

# GERECHTIGKEIT



**Olaf Scholz**  
Umverteilen – aber was?

**Michaela Willert**  
Geschlechtergerechtigkeit – Von Leitbildern zu Leidbildern?

**Gerhard Bäcker**  
Sozialabbau im Namen der „Generationengerechtigkeit“?

**Inken Wiese**  
Der palästinensische „Dritte Weg“

**DL21-Sonderseiten**  
„Bürgerversicherung“ zum SPD-Bundesparteitag in Bochum am 17.-19.11.2003

Von Thomas Westphal

„Was tun? Der Diskurs über Gerechtigkeit wird nur überzeugen, wenn er bittere Bilanzen nicht verschweigt. Warum ist so vieles so schief gelaufen, trotz des vielen Geldes und noch mehr guter Absichten, von der Arbeitsmarkt- über die Bildungs- bis zur Familienpolitik? Es ist Zeit für radikale Revisionen, für eine reflexive Aufklärung der Politik und der Gesellschaft über sich selbst: Wo und warum sind sie gescheitert? Was trauen sie sich als Ergebnis kollektiver Anstrengungen noch zu? Wo liegen die Potenziale brach? Die Zukunft gewinnt jene Partei (und mit ihr gewinnt dann auch das Land), die ein inspirierendes Bild von der Zukunft hat, ein Bild, das die wirtschaftlichen und sozialen Kräfte freisetzt. Visionen? Nie waren sie so notwendig wie heute!“

Nein, nein dies ist kein Zitat aus der Rede des Jusobundesvorsitzenden auf einem Parteitag, auch kein Auszug aus einer der letzten Ausgaben des „Freitag“, auch in diesem Heft stand dieser Satz nicht zu lesen. Er stammt von Warnfried Dettling, langjähriger führender Mitarbeiter des Konrad-Adenauer-Hauses, der heute als freier Autor in Berlin lebt. Er veröffentlichte diese Passage in einem Artikel über das Gerechtigkeitsdilemma der SPD im Handelsblatt.

Während die Mehrheit der Bevölkerung und auch der Wähler, die ihre Einstellung zur Politik mittlerweile von der Politikverdrossenheit zur Politikverachtung gesteigert haben, die Abwesenheit von Visionen, von Konzepten und Zukunftsplänen genauso beklagt wie Warnfried Dettling, scheint die Parteispitze der SPD noch immer nach dem Motto zu handeln: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen!“

Die gesamte Volkspartei SPD hat sich in sich selbst zurückgezogen. Alle ihre Teile beziehen sich in ihrem politischen Handeln nur auf eigene innere Wahrnehmungen und Aufgaben. Niemand hebt den Kopf und richtet den Blick auf fernere Ziele, auf den Horizont, den es zu erreichen gilt. Im Parteikarussell geben sich die Kontrahenten die Stichworte gegenseitig, die Umdrehungen pro Minuten steigen kontinuierlich und der Ton wird rauer bis peinlich.

Sechs Abgeordnete stimmen nicht für eine Gesundheitsreform, die im Konsens mit der CDU/CSU erarbeitet wurde und weit über die Beschlüsse des eigenen Parteitages hinausgehen. Gleichzeitig fehlen der Union bei der Abstimmung über 20 Stimmen. Als „Feiglinge“ und „gewissenlose Gesellen“ wurden die Abweichler anschließend öffentlich an den Pranger gestellt.

*Kurzum:* Wenn ein Abgeordneter, der einer Gesundheitsreform nach monatelanger Debatte im Bundestag nicht zustimmt, obgleich er weiß, dass die Gesetzesvorlage im Parlament eine breite Mehrheit erfährt, ein Feigling ist, dann ist ein Koalitionär, der seinen Koalitionsvertrag monatlich nachbessert, weil er merkt

zu welchen Ergebnisse seine Absichten führen, wahrscheinlich ein Held und ein Norwegerpullover ist ein ärmelloses T-Shirt.

\*

Die Volkspartei SPD genügt sich selbst. Das Attribut „Volk“ lässt sich nur noch schwer begründen. Die Ankündigungen einer breiten Gerechtigkeitsdebatte oder die Streichung des demokratischen Sozialismus aus dem Wortschatz des Grundsatzprogramms sind hohle Gebilde. Sie haben mit den gesellschaftlichen Problemen nichts zu tun, sie dienen einzig und allein der innerparteilichen Flurbegradigung. Schröder und seine Mannschaft wollen mit der Agenda 2010 in einem Atemzug den Traditions Kern der SPD schmelzen, Gerechtigkeit und demokratischer Sozialismus sind die dafür auserkorenen Götzenbilder. Aus der Zerstörung dieser Götzenbilder erhoffen sich Kanzler und Generalsekretär neue Kraft und Beifall von anderer Seite. Kurzum: Das Vorgehen folgt der Maxime, wenn beide Volksparteien es schaffen, ihre sozialen Flügel abzusprengen, kann sich in der Mitte eine Allianz der Globalisierungsreformen finden, die Deutschland in eine neue Prosperität führen kann.

\*

Aber das Drehbuch hat zwei entscheidende Schwächen:

Die siegesbewussten Modernisierer selbst sind es, die in Wahlkämpfen das Ausmaß der Veränderungsnotwendigkeiten und der sozialen Grausamkeiten vernebeln oder dem anderen in die Schuhe schieben. Schröder und auch Stoiber haben ihre Wahlkämpfe immer nur dadurch gewonnen, dass sie ihren Wählern versprochen haben es bliebe im Wesentlichen alles beim Alten.

Der Bedarf an neuer Orientierung im Lebensalltag, an Leitbildern für Familienwerte, Kinderziehung und an alltäglicher Gerechtigkeit ist groß, die Republik streitet über Kopftücher in der Schule, über das Erziehungsproblem mit Jungen, über Kinderbetreuung und beruflicher Perspektive für junge Frauen, über Sitte, Anstand und neuen Benimmregeln, das alles ohne eine sozialdemokratische Stimme. Schlimmer noch, die nach innen gewendeten Gerechtigkeitsdiskurse der SPD signalisieren den Wählern: Kümmert Euch um Eure Probleme, wir haben unsere!

Kurzum: Ich befürchte, die eigentlichen Feiglinge sitzen nicht auf den hinteren Stühlen des Parlaments, sondern weit vorn auf den Regierungsbänken.

Statt aus dem Traditions Kern der SPD heraus die Dringlichkeit der Reformaufgaben zu beschreiben und sich darüber mit der Gesellschaft auseinander zu setzen, werden Wahlprogramme und Versprechen wie Lotterielose mit Gewinnversprechen verteilt. Und diese wirft man bekanntlich gleich in den Müll-eimer.

**Herausgeber/Herausgeberinnen:**

Karin Benz-Overhage (Frankfurt/ML)  
 Klaus Dörje (Recklinghausen)  
 Katrin Fuchs (Verl)  
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)  
 Michael R. Krätke (Ammterdam)  
 Uwe Kremer (Dortmund)  
 Detlev von Lärcher (Weyhe)  
 Benjamin Milkfeld (Bochum)  
 Susi Möhsbeck (Magdeburg)  
 Andrea Nahles (Weiler)  
 Horst Peter (Kassel)  
 René Rospel (Hagen)  
 Thomas Sauer (Mölin)  
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)  
 Thomas Westphal (Dortmund)  
 Ulrich Zuchert (Apensee)

**Redaktion:**

Thorben Albrecht  
 Ulf Banschens  
 Björn Böhning  
 Tanja Breuer  
 Stefanie Gerszewski  
 Sebastian Jobelius  
 Oliver Kaczmarek  
 Anja Kruke  
 Dirk Meyer  
 Lars Neumann  
 Svea Reiners  
 Reinhold Rönker  
 Frank Schauff  
 Inken Wiese

**Redaktionsmanagement:**

Reinhold Rönker, logo office Leichlingen

**Redaktions- und Verlagsadressen:**

spw-Verlag/Redaktion GmbH  
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund  
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10  
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11  
 Telefax 02 31 - 40 24 16  
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de  
 www.spw.de

**Geschäftsführung:**

Olaf Schade  
 Alfred Voges

**Konto des Verlages:**

Postbank Dortmund  
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.

Jahresabonnement Euro 34,-

(bei Bankeinzug Euro 32,-)

Auslandsabonnement Euro 37,-

Abbestellungen mit einer Frist

von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und

Zuschriften. Wenn möglich, sollen

Manuskripte per E-mail oder auf einer

MS-DOS/Windows-formatierten Diskette

mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2003.

Alle Rechte vorbehalten.

**Titelfoto:**

Christian Kiel, Berlin

**Satz- und Gestaltung:**

Ralf Schmitz, Leverkusen

**Druck:**

Notte-Druck, Iserlohn  
 1.-2. Tausend, Oktober 2003

*Burkhard Zimmermann*  
 DL21-Jahretsagung: Zwischen Bedeutungszuwachs und Krötenschlucken ..... 4

Dokumentation: Erklärungen von SPD-Abgeordneten  
 zur Abstimmung über den „Gesundheitskonsens“ ..... 4

*Genot Grumbach*  
 Neue Zeiten denken – die Tagung der SPD Hessen-Süd ..... 6

*Claudia Tausend, Ralf Mattes*  
 Bayern-SPD – Abschied von der Volkspartei? ..... 7

*Hans-Joachim Olczyk*  
 Schiffbau ist noch mehr als Schiffe bauen ..... 9

*Björn Wiele*  
 Schill Out! ..... 10

**GERECHTIGKEIT**

*Horst Peter, Reinhold Rönker*  
 Gerechtigkeit – Einleitung zum Schwerpunkt ..... 11

*Olaf Struck*  
 Die Gerechtigkeitsdebatte in der SPD – ein Überblick ..... 13

*Olaf Scholz*  
 Umverteilen – aber was? ..... 19

*Sönke Klages*  
 Was will die SPD heute unter Sozialer Gerechtigkeit verstehen? ..... 22

*Niels Annen, Björn Böhning*  
 Gerechtigkeit im Generationswechsel ..... 26

*Michael Opielka*  
 Der Gesundheits"konsens" ..... 29

*Michaela Willert*  
 Geschlechtergerechtigkeit - Von Leitbildern zu Leidbildern? ..... 31

*Gerhard Bäcker*  
 Sozialabbau im Namen der „Generationengerechtigkeit“? ..... 35

**INTERNATIONALE POLITIK**

*Nils Hindersmann, Oliver Lindner, Torben Klant,  
 Sebastian Vollmer, Jan Wagner, Sven-Björn Wieduwilt*  
 Die WTO-Verhandlungen in der Doha-Runde ..... 39

*Thilo Scholle*  
 Global Action for Peace – IUSY-Festival 2003 ..... 44

*Inken Wiese*  
 Der palästinensische „Dritte Weg“ ..... 46

**THEORIE & STRATEGIE**

*Marcel Sachs*  
 Die Vermarktlichung der deutschen Gesundheitsversorgung ..... 48

*Horst Heimann*  
 Die Linke muss die Welt auch interpretieren! ..... 51

*Stefan Grönebaum*  
 Die Genossen, das Geld und die Gemeinden ..... 53

Rez.: Nach dem Fortschritt (Ingo Zander) ..... 56  
 Rez.: Armut und Reichtum (Michael Klundt) ..... 57  
 Rez.: Kritik der reinen Oberfläche (Lennart Laberenz) ..... 58

# SPD-Linke macht Druck!

Die Herbsttagung des Forum DL21 e.V. am 26. und 27. September 2003

Von Burkhard Zimmermann

Einen solchen Medienrummel gab es lange nicht bei einem Herbsttreffen der SPD-Linken. Musste doch gar die Presse von einigen Diskussionen ausgeschlossen werden, denn sonst wären wir gar nicht zur inhaltlichen Arbeit gekommen. Dies zeigte aber auch deutlich die wachsende Bedeutung einer sozialdemokratischen Parteilinken in der heutigen Zeit. Nachdem sich die Grünen und die PDS immer stärker aus der Rolle einer gesellschaftlichen Alternative verabschieden, nachdem die Lokomotive aus dem Bundeskanzleramt immer stärker ohne Basiskontakt in irgendeine gesellschaftliche Richtung „fehl“ rollt, kommt der Parteilinken eine noch größere Bedeutung zu. Auch ohne Journalisten war diese Herbsttagung wesentlich besser besucht als die vergangenen Tagungen.

## Mitgliederversammlung der Forum DL 21

Der Freitag stand unter dem Schwerpunkt der Analyse und Betrachtung der eigenen Arbeit und der „Vereinsarbeit“. Als Vorsitzende wurden Andrea Nahles und Detlev von Larcher wiedergewählt.

Im Rechenschaftsbericht betonte Andrea Nahles die Notwendigkeit, die aktuelle Debatte in der SPD dazu zu nutzen, verstärkt neue Mitglieder zu werben und konnte berichten, dass sich zunehmend regionale Strukturen in den Landesverbänden bilden.

Vorgelegt wurde zudem der Antrag der Parteilinken zum Bochumer Bundestag. Die aktuelle Fassung kann im Internet unter [www.forum-dl21.de](http://www.forum-dl21.de) abgerufen werden. Andrea Nahles erläuterte, dass dieser zwar nicht auf alle zur Debatte stehenden Fragen eingehen, sondern vor allem längerfristige Perspektiven in Richtung Bürgerversicherung, Umlagefinanzierung, Erbschaftssteuer zu entwickeln suche. Nils Annen, JUSO-Bundesvorsitzender, bemerkte hierzu, man müsse in der Diskussion eine gewisse Weinerlichkeit vermeiden, wenn die Partei zu einer klaren Strategie zurückfinden wolle. Im Moment sei es jedoch so, dass von denen, die noch den 2002er Wahlkampf mehr gemacht haben, keiner mehr motiviert sei, Wahlkampf zu machen. Schröder glaube, er habe die Bundestagswahl alleine gewonnen. Gürtel enger schnallen, gilt für arme Leute. Niemand sei überzeugt worden von der Agenda 2010. Deshalb gelte es

Perspektiven wie die Bürgerversicherung und Erbschaftssteuer zu entwickeln, aufklärerische Arbeit sei zudem erforderlich.

Bemerkenswerterweise hat der Parteivorstand am darauffolgenden Montag seinen Leitantrag nicht abgestimmt. Offensichtlich hatten sie Angst vor zu vielen Gegenstimmen in der Öffentlichkeit. Nach der Satzung gibt es damit eigentlich keinen Antrag des PV zum Parteitag.

Deutlich wurde in der Diskussion, dass die Parteilinke in der SPD sehr breit ist und dass es

von der Parlamentarischen Linken in der Bundestagsfraktion und den Abweichlern in der Bundestagsfraktion, von der Arbeit in den Parteibezirken, im Parteirat bis zu den InitiatorInnen des Mitgliederbegehrens.

Festzustellen ist, dass in der Folge der unsozialen Politik der rot-grünen Bundesregierung und der Wahlniederlagen ein immer ernster zunehmender Widerstand in der Partei entsteht. Eines der wesentlichen Beispiele war der letzte Parteirat Anfang September. Auch NRW hat erkannt, dass ohne eine Strategieände-

## Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Horst Schmidbauer, Fritz Schösser, Ottmar Schreiner, Rüdiger Veit, Sigrid Skarpelis-Sperk und Klaus Barthel zum Gesetzesentwurf der Fraktionen SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur „Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV Modernisierungsgesetz-GMG)“

Gesundheit ist unser höchstes Gut. Deswegen haben die Menschen den Anspruch auf ein hochwertiges Gesundheitswesen, das solidarisch und gerecht ist.

Die Unterzeichner anerkennen die Bemühungen der Bundesregierung und der Regierungskoalition, diese Aufgabe zu lösen. Der ursprüngliche Koalitionsentwurf war dafür eine gute Grundlage. Den jetzt vorliegenden parteiübergreifenden Gesetzesentwurf vom 4. September 2003 können wir jedoch nicht zustimmen.

Die CDU/CSU hat es verstanden, den Kranken und Versicherten tief in die Tasche zu greifen und die medizinische Leistung Zahnersatz zu „privatisieren“. Gleichzeitig verstand sie es mehr Wettbewerb unter den Anbietern zu verhindern. Das Ziel einer wirklichen Reform, nämlich eine Verbesserung des Bestehenden, wird damit nicht erreicht. Vielmehr werden wesentliche Grundsätze einer sozialen und solidarischen Gesellschaft aufgegeben und die Lasten ohne Notwendigkeit einseitig verteilt.

1. Die mit dem Gesetzesentwurf beabsichtigte Kostendämpfung belastet ungerechtfertigt die Versicherten und Kranken mit 17,6 Milliarden Euro, die Anbieterseite aber nur mit 3,5 Milliarden Euro. Die Strukturfehler der Über-, Unter- und Fehlversorgung im Gesundheitswesen, die vom Bundeskanzler in seiner Rede vom 14.03.03 mit 20 Prozent beziffert wurden, werden damit nicht einmal ansatzweise behoben. Der Gesetzesentwurf bringt allenfalls eine kurzzeitige Kostenentlastung der Krankenversicherung.

2. Wesentliche Elemente, die zustimmungsfrei möglich gewesen wären, wie die Positivliste für Arzneimittel, eine wirksame Qualitätskontrolle und eine klare Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln werden nicht realisiert. Unser Ziel einer Stärkung des Hausarztprinzips und der integrierten Versorgung werden durch den „Kompromiss“ nur noch halbherzig angegangen.

3. Der vorliegende Gesetzesentwurf bedeutet den Einstieg in den Ausstieg aus dem Solidarprinzip. Die „Privatisierung“ der Kosten des Zahnersatzes ist der erste Schritt weg von der Parität, hin zu einer ungerechten und einseitigen Lastenverteilung. Auch das Solidarprinzip wird mit der Einführung des Einheitsbeitrages für Zahnersatz ausgehebelt.

Menschen mit geringem Einkommen müssen bei der Gesetzlichen Krankenversicherung ebensoviel zahlen wie ein gutverdienender Versicherter. Dies ist unsolidarisch.

4. Die Belebung der Binnenkonjunktur, die durch die Steuerreform auf den Weg gebracht worden ist, wird durch die zusätzlichen Belastungen für die Versicherten, wie Zuzahlungen, Leistungsausgrenzungen und Zusatzbeiträge konterkariert.

Der vorliegende Gesetzesentwurf löst die Strukturprobleme im Gesundheitswesen nicht.

Die Unterzeichner treten für eine Weiterentwicklung der Krankenversicherung zu einer Versicherung für alle Erwerbstätigen, vom Abgeordneten bis zum Freiberufler, ein. Sie fordern die Bundesregierung auf, die Grundlagen für eine solche Reform zu schaffen.

notwendig ist, die verschiedenen Strömungen zusammenzufassen und zusammenzuführen,

der Bundespolitik Kommunalwahlen und Landtagswahlen verloren sind. Deshalb gab es einen halben Aufstand im Parteirat wegen der Gemeindefinanzreform. Auf der anderen Seite entwickelt sich ein zunehmend konstruktiver Widerstand um den Parteibe-zirk

Hessen-Süd, der im Umfeld des Parteitages vom 1. Juni mehrere Konferenzen durchgeführt hatte.

Teilgenommen an der Tagung haben auch mehrere der sog. „Abweichler“ aus der Bundestagsfraktion. Einigkeit unter den Teilnehmern bestand in der Ablehnung der Maßregelungen der Bundestagsabgeordneten.

Natürlich bestehen zum Abstimmungsverhalten vom 26. September unterschiedliche Meinungen, wie es sinnvoll ist, im Bundestag abzustimmen. Klar wurde auch, dass wesentlich mehr Bundestagsabgeordnete – auch über die Linke hinaus – abweichendes Abstimmen nicht ausschließen.

Ein Blick in unser Grundsatz- bzw. ins Wahlprogramm belegt zudem, wer eigentlich die Abweichler sind. Nur angesichts von Europawahlen im Juni 2004 und 13 Kommunalwahlen und Landtagswahlen mit leicht zu prognostizierendem Ausgang ist es absolut notwendig, sich eine Oppositionsfähigkeit und -legitimation zu erhalten.

Der Ausgang der bayrischen Landtagswahl, bei der die CSU in ihrem Wahlsieg immerhin 237.000 Stimmen verloren hat, die SPD aber fast die Hälfte der Stimmen, spielte eine große Rolle in der Debatte. Nicht nur die bayrischen Vertreter bezogen sich immer wieder darauf.

### Die Herbsttagung

Im Mittelpunkt der Debatte am Samstag stand die Auseinandersetzung mit dem SPD-Generalsekretär Olaf Scholz, der mit seinem Beitrag eher enttäuschte. Seine Durchhalterede basierte darauf, alle hätten den Aufschwung erwartet, der Sozialstaat werde nicht abgebaut, „wir halten uns einen guten Sozialstaat“, besser als alle Länder um uns herum. Es werde „beobachtet, ob wir uns durchsetzen“. Wir müssten noch bis zum Jahresende durchhalten. Wir brauchen natürlich Diskussion, aber nicht über das, was die Agenda 2010 betreffe. Wir brauchen Mut zur Priorität „Bildung“ und befänden uns in einem Sinnfindungsprozess. Dieser Analyse wurde vielfältig widersprochen. Gernot Grumbach (Bezirksvorsitzender Hessen-Süd) verwies auf die Defensive, in der wir uns gesellschaftlich befinden. Er beschrieb, wie sich der Widerspruch in der Gesamtpartei ausbreitet, wie ein Parteibeck nach dem anderen in Opposition zum Gesamtkurs der Partei gehe. Die Parole „Irgendwann wird es besser“ sei für die Partei tödlich. Es sei ökonomisch unlogisch, Massenkaufrkraft abzubauen und die Zerstörung der Binnenkaufrkraft zu forcieren, beklagte Uli Maurer (Parteivorstand und Baden-Württemberg). Mechthild Bolik aus Sachsen-Anhalt betonte, dass die SPD die Bundestagswahl vor allem im Osten gewonnen hat und dass der Osten sich jetzt verlassen vorkomme. Mit der dritten Generation der Buddenbrooks verglich Björn Böhning die jetzige Politik der Bundesregierung. Deren dritte Generation habe alles in Schutt und Asche gelegt, was die Vorfahren aufgebaut haben.

Franz Müntefering betonte in seinem Referat, die SPD sei nicht eine Partei der Programme, sondern des Gestaltens. Solange er die Fraktion führe, ginge diese nie gegen die Bundesregierung. Und verschmitzt formulierte er, er wisse wie man dieses täte. Erstrittenes sei nicht sicher. Der Sozialstaat sei die Antwort auf den nationalen Kapitalismus gewesen. Wer rede

in die Strategie „da müssen wir jetzt durch“ so verbissen, dass damit die Zukunft der Partei und des bundesdeutschen Sozialstaates gefährdet wird. In der Steuerpolitik wurden irrational die Reichen entlastet. Die Folgen sind fatal. In dieser Situation muss die Parteilinke in ihrer ganzen Breite zusammenhalten und Druck in der Partei und auf die Partei entfalten. Die Auffor-

### Erklärung nach §31 der GO der Abgeordneten Horst Kubatschka, Christine Lucyga, Florian Pronold, René Röspe, Waltraud Wolff und weitere zur Abstimmung über Punkt 17 der Tagesordnung des Deutschen Bundestages am 26. September 2003: Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz – GMG)

Unser Land braucht eine Reform des Gesundheitswesens. Die Unterzeichner anerkennen die Bemühungen der Bundesregierung und der Regierungskoalitionen, diese Aufgabe zu lösen. Der als Ergebnis aus den Konsensgesprächen mit der CDU/CSU nunmehr vorliegende Gesetzesentwurf vom 4. September 2003 erfüllt unsere Ansprüche an eine langfristig wirksame und sozial ausgewogene Reform des Gesundheitssystems in weiten Teilen nicht. Die Union hat hier Einschnitte durchgesetzt, die über die auf dem SPD-Parteitag beschlossenen Festlegungen der Agenda 2010 hinaus gehen und gleichzeitig einen angemessenen Konsolidierungsbeitrag der Anbieterseite verhindert. Damit werden wesentliche Grundsätze einer sozialen und solidarischen Gesellschaft aufgegeben und die Lasten ohne Notwendigkeit ungerecht und einseitig verteilt.

1. Die mit dem Gesetzesentwurf beabsichtigte Kostendämpfung belastet Versicherte und Kranke überproportional, die Anbieterseite dagegen kaum. Die Strukturfehler der Über-, Unter- und Fehlversorgung im Gesundheitswesen, die vom Bundeskanzler in seiner Rede vom 14.03.03 mit 20 Prozent beziffert wurden, werden damit nicht einmal ansatzweise behoben. Der Gesetzesentwurf bringt allenfalls eine kurzzeitige Kostenentlastung der Krankenversicherung.
2. Wesentliche Elemente, die zustimmungsfrei möglich gewesen wären, wie die Positivliste für Arzneimittel, eine wirksame Qualitätskontrolle und eine klare Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln werden nicht realisiert. Die Ziele einer Stärkung des Hausarztprinzips und der integrierten Versorgung werden nur noch halbherzig angegangen.
3. Der vorliegende Gesetzesentwurf bedeutet den Einstieg in den Ausstieg aus dem Solidarprinzip. Wir befürchten, dass die „Privatisierung“ der Kosten des Zahnersatzes nur der erste Schritt weg von der Parität und hin zu einer ungerechten und einseitigen Lastenverteilung ist. Das Solidarprinzip wird mit der Einführung des Einheitsbeitrages für Zahnersatz ausgehebelt.
4. Der vorliegende Gesetzesentwurf konterkariert wesentliche Zielsetzungen zur Stärkung des Wirtschaftswachstums. Die Stärkung der Einkommen und Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten, die durch die Steuerreform auf den Weg gebracht wurde, wird durch die zusätzlichen Ausgaben für die Gesundheitssicherung konterkariert.

Mit der Zustimmung zum vorliegenden Gesetzesentwurf beugen wir uns der Mehrheitsentscheidung unserer Fraktion. Die Reform des Gesundheitssystems ist damit für uns jedoch keinesfalls abgeschlossen. Ziel der Reform kann für uns nur eine Bürgerversicherung sein, die die finanziellen Lasten der Gesundheitsvorsorge fair und solidarisch auf Teile der Gesellschaft entsprechend verteilt.

über europäische Sozialpolitik? Viele spielten defensiv, man dürfe jedoch nicht nur im eigenen 16-Meter-Raum bleiben. Im übrigen gäbe es für alle Einschnitte Übergangsfristen.

Er kündigte an, die Fraktion wolle mehr Geld für die Bereiche Bildung, Gesundheit und Wohnen mobilisieren. Ende des Jahres sei es mit den Einschnitten vorbei, doch bis dahin müssten Fraktion und Regierung Handlungsfähigkeit zeigen und bei der verabredeten Linie, die der Parteitag vom 1. Juni beschlossen habe, bleiben. Allerdings sei es noch nie um so viele Details gegangen wie jetzt. Vieles hänge zudem ab von der Entwicklung der Weltwirtschaft. Der Fraktionsvorsitzende beschwor die Geschlossenheit der Partei in dieser Situation: „wer nicht macht, wird nicht recht behalten“. Die Menschen würden nur goutieren, wenn es weitergehe.

### Fazit einer gelungenen Tagung.

Auf die sozialdemokratische Linke kommen wichtige Aufgaben zu. Die Parteispitze hat sich

derung von Franz Müntefering, kurzfristig weitere konkrete Änderungsvorschläge in die Debatte um Hartz III und IV einzubringen, wurde in den Tagen nach der Tagung intensiv genutzt. Ob sie Anerkennung und Umsetzung finden, beschreibt die Kehrseite der aktuellen Situation der Linken: zu strukturellen Änderungen an den sogenannten „Reformpaketen“ wird es nicht mehr kommen können, weil die Regierung befürchten muss, von ihrer Strategie abzuweichen. Die Linke ist also zu Korrekturen aufgefordert, ohne wirklich erfolgreich sein zu können.

Deshalb gilt mehr denn je, dass wir verstärkt mit zivilgesellschaftlichen Kräften in Gewerkschaften, Kirchen, Friedensbewegung kooperieren müssen. Heute brav sein, gilt nicht, sondern schadet der Zukunft der demokratischen Gesellschaft morgen. Die Herbsttagung zeigte deutlich, dass eine sozialdemokratische Linke gerade jetzt gebraucht wird und in der Öffentlichkeit Gehör finden kann, wenn sie als eigenständige Kraft in der SPD erkennbar ist.

## „Neue Zeiten denken“

Der Kongress „Neue Zeiten denken“ der SPD Hessen-Süd entwickelt Perspektiven

Von Gernot Grumbach

Die südhessische SPD hatte eingeladen und viele sind gekommen. 230 Teilnehmer aus 10 Bundesländern haben am Wochenende des 6/7. September in Frankfurt über Perspektiven für die SPD diskutiert. Das Ergebnis von sieben Arbeitsgruppen und 3 Foren kann sich sehen lassen. Ziel war es, endlich eine offene zukunftsorientierte Diskussion darüber zu führen, wie soziale Gerechtigkeit und Solidarität unter heutigen Bedingungen langfristig organisiert werden können. Breit eingeladen und öffentlich war die Veranstaltung ein bewusstes Gegenbild zu der zunehmenden Tendenz der Bundespartei, wichtige Weichenstellungen nur noch hinter verschlossenen Türen zu diskutieren. Bei dem Kongress ist deutlich geworden, es gibt eine Reihe von Konzepten, die Probleme besser lösen können oder weiter in die Zukunft reichen als das chaotische Flickwerk der derzeitigen Bundespolitik. Dazu gehört eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die bewusst alle Möglichkeiten einsetzt, um zusätzliche Beschäftigung zu schaffen. Das fängt an bei einer anderen Zeitplanung für die Haushaltskonsolidierung, die Spielraum lässt für zusätzliche Investitionen, geht über eine Stärkung der kommunalen Finanzen, mit der Konsequenz von Neuinvestitionen in die kommunale Infrastruktur und damit zusätzlicher Beschäftigung über Vorschläge für eine andere Politik der europäischen Zentralbank hin zu regionalen Erfahrungen mit einer integrierten Struktur- und Beschäftigungspolitik. Ein zweiter wichtiger Aspekt ist der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne der Nachhaltigkeit. Hier waren sich Vertreter von Wirtschaft und Umweltverbänden einig,

dass eine Politik, die auf Innovationen zur Energieeinsparung und Ressourcenschonung setzt, nicht nur langfristig unvermeidlich ist, sondern bereits kurzfristig zusätzliches Wachstum und Beschäftigung ohne Schädigung der Umwelt sichern kann. Notwendig um dies anzuschließen, ist eine Mix aus Ordnungsrecht, langfristig berechenbaren Abgaben und die Förderung von technischen und gesellschaftlichen Innovationen insbesondere im Energiebereich.

Ein wichtiger Schwerpunkt war die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Dabei ging es im Kern um eine Verbesserung der Qualität auf der einen Seite und eine Ablösung der Finanzierung von der engen Bindung an die Lohnkosten. Kernthema war die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung im Gesundheitsbereich, in die ohne Beitragsbemessung beziehungsweise mit einer deutlicher höheren Beitragsbemessungsgrenze als heute alle einzahlen und mit der alle Einkommensarten erfasst werden. Darüber hinaus gab es Vorschläge zur Reform der Rentenversicherung und zur Einführung einer Arbeitsversicherung, in der Zeiten von Arbeitslosigkeit und Qualifizierungsphasen aber auch der Wechsel zwischen Selbständigkeit und abhängiger Beschäftigung abgesichert werden soll. Damit würde zukünftig eher Arbeit und Qualifizierung finanziert und nicht Arbeitslosigkeit. Ein weiterer wichtiger Bereich waren neue Initiativen zur Gleichstellung von Frauen. Dabei ging es um eine Doppelstrategie von Gleichstellungspolitik auch im privatwirtschaftlichen Bereich und der Durchsetzung von Gender-Mainstreaming zur Berücksich-



tung von Konsequenzen für die Geschlechter bei politischen Entscheidungen.

In der Schlussrunde mit den drei Landesvorsitzenden Andrea Ypsilanti (Hessen), Claus Möller (Schleswig-Holstein) und Wolfgang Jüttner (Niedersachsen) und dem Generalsekretär der SPD Olaf Scholz wurden die Diskussionen im Vorfeld des Bundesparteitages noch einmal konkreter. Mit einer Erhöhung der Erbschaftsteuer bei großen Vermögen soll ein Schritt für mehr Gerechtigkeit bei den Steuern getan werden. Mit einer Bürgerversicherung, in die alle den gleichen Anteil ihrer Einkommen einzahlen soll die Krankenversicherung auf solidarische Weise zukunftsfähig gemacht werden. Und mit einer Korrektur der Gemeindefinanzreform sollen zusätzliche Mittel für beschäftigungsschaffende kommunale Investitionen gesichert werden.

Einig waren sich alle, dass Verteilungsgerechtigkeit und Teilhabe bzw. Chancengleichheit untrennbar zusammen gehören. Es gibt eine tiefe Sehnsucht nach Gerechtigkeit in Partei und Bevölkerung. Wer mehr Gerechtigkeit will, muss einfach mehr Demokratie wagen.

Forum DL21

Gernot Grumbach ist Vorsitzender der südhessischen SPD und Mitglied des Hessischen Landtags.

## Die Bayern SPD nach der Landtagswahl

Von Ralf Mattes und Claudia Tausend

Am 21. September hat Bayern einen neuen Landtag gewählt. Die CSU konnte sich über ein Rekordergebnis von 60,7 %

und eine Zweidrittelmehrheit der Mandate freuen. Dieses Ergebnis ist auch ein Triumph für Edmund Stoiber, dem es gelang, den lan-

gen Schatten des CSU-Übervaters Franz-Josef Strauß (bestes Wahlergebnis: 58,3%) abzuschütteln und gestärkt in die kommenden bundespolitischen Auseinandersetzungen um die Führungsfrage zu gehen.

Die Bayern SPD hingegen ist am Boden zerstört. Mit 19,6% erreichte sie das schlechtes-

Ralf Mattes, Wahlkampfleitung der SPD München, Claudia Tausend, Wahlkampfleiterin SPD München

te Ergebnis ihrer Geschichte, gleichzeitig das schlechteste Ergebnis, dem sich die SPD jemals in Westdeutschland gegenüber sah. Alle 92 Direktmandate gingen verloren (1998 noch 5 von damals 102 in den Ballungsräumen München und Nürnberg). Der Landtagsfraktion werden künftig noch 41 statt 67 Abgeordnete angehören. Der Status der SPD als Volkspartei ist existenziell gefährdet, in manchen Regionen bereits verloren: ganze Landstriche bleiben ohne sozialdemokratische Vertretung. Die Rückwirkungen auf die Finanz- und Organisationskraft können noch gar nicht abgeschätzt werden, auch wenn die Generalsekretärin Susanne Biedefeld spontan erklärte, dass ein Verlust des Jahresets in Höhe von 6% für den Landesverband verschmerzbar wäre. Die Untergliederungen, die künftig auf die Unterstützung von 25 Abgeordneten, deren Abgaben und Mitarbeiterapparat verzichten müssen, werden dies anders sehen.

Die gesamte Opposition im Bayrischen Landtag ist empfindlich geschwächt. FDP und Freie Wähler konnten zwar an Zuspruch gewinnen, scheiterten aber an der Fünf-Prozent-Hürde. Die Grünen gewannen zwar zwei Prozent, erreichten aber mit 7,7% weniger als von ihnen erhofft und verloren zudem einige etablierte Kräfte die aufgrund des stark persönlichkeitsbezogenen Zweitstimmenwahlrechts von Neulingen wie der ehemaligen Schauspielerinnen und Tierschutzaktivistin Barbara Rütting überholt wurden. Auch die SPD verlor namhafte Leistungsträger, darunter mehrere Ausschusssprecher und – besonders bitter – als einen der wenigen jüngeren Hoffnungsträger den parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion. Noch in den letzten Wochen hatten alle Oppositionskräfte – an der Spitze die SPD – unabgesprochen versucht, die Angst vor einer Zweidrittelmehrheit der CSU zu schüren und dadurch die eigenen Lager zu mobilisieren – vergebens. Nach vierzig Jahren Alleinherrschaft der CSU schreckt diese neue Dimension der Allmacht einer Partei nicht mehr, zumal die Zweidrittel-Mehrheit in erster Linie Einfluss auf die parlamentarische Geschäftsordnung hat und keine für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar spürbaren Folgen.

Weder der totale Triumph der CSU noch die vernichtende Niederlage der SPD kamen ganz überraschend: die Strategie der CSU setzte darauf, ein „Signal an Berlin“ (Plakativmotiv der Schlussphase) auszusenden und damit dem Wähler die Gelegenheit zu geben, die rot-grüne Bundesregierung in Berlin für ihre Politik in einer Denkmittelwahl abzustrafen. Das Leitmotiv der Wiederholung der Bundestagswahl, die von Stoiber nie verkraftete Niederlage 1998 wettzumachen, ihn nachträglich als eigentlichen Sieger zu legitimieren und ihm eine zweite Chance einzuräumen, durchzog den ganzen Wahlkampf der CSU. Der Name des Spitzen-

kandidaten der Bayern SPD wurde von Stoiber nicht in den Mund genommen, das geforderte TV-Duell der Spitzenkandidaten kommentarlos verweigert. Der Gegner von Stoiber saß und sitzt in Berlin. So schrieb denn auch am Wahlabend niemand die verheerende Wahlniederlage der SPD dem bayrischen Spitzenkandidaten, der „tapfer in aussichtsloser Position gekämpft habe“ zu, sondern Kommentatoren, Wahlforscher und die Sieger der CSU sprachen von einer „Ohrfeige für Schröder“, von einer „Quittung, die die Bundesregierung für ihre verfehlte Politik bekommen habe“. Staatskanzlei-Chef Erwin Huber rief Schröder zum „Verlierer des Tages“ aus, Generalsekretär Thomas Goppel sah in dem Wahlergebnis einen „Wählerauftrag, in Berlin für Ordnung zu sorgen“ und Gattin Karin Stoiber erklärte: „Von Bayern geht die Kraft aus“.

Kanzler Schröder hingegen verzichtete am Wahlabend auf einen Auftritt vor den Fernsehkameras und überließ es Generalsekretär Scholz den Bayern zu kondolieren und

len in Bayern von vorn herein abgeschrieben hatte, die Rücksichtslosigkeit der Berliner Ankündigungspolitik in der Gesundheits- und Rentenpolitik oder bei der Gemeindefinanzreform, die die bayrischen Kommunalpolitiker aller Parteien auf die Barrikaden treibt. Handwerkliche Mängel bei der Umsetzung von Reformvorhaben wurden attestiert, Kommunikations- und Vermittlungsprobleme thematisiert, aber auch der Kurs der rot-grünen Regierung als Ganzes in Frage gestellt. Erste Analysen der Wählerwanderungen haben gezeigt, dass der Rückgang der Wahlbeteiligung von 12,5% auf 57,3% vor allem zu Lasten der SPD ging. Die SPD verlor insgesamt ein Drittel ihrer Wähler, gleichermaßen bei der klassischen Stammwählerschaft der Arbeiter und Kleineren Einkommen wie auch bei jüngeren Menschen und Frauen.

Wie bereits zuvor bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen zeigte sich auch in Bayern, dass die Verunsicherungen über die Belastungen durch die Agenda



21 0 0 0 0 0  
 Wege  
 zu neuem Fortschritt  
 Tagung 26./27. September

dem bayrischen Spitzenkandidaten für seine „großartige Arbeit“ zu danken. Er hieß übrigens Franz Maget.

Während des gesamten Wahlkampfes hatte sich das Spitzenpersonal aus Berlin auffallend zurückgehalten, was im übrigen kaum jemand bedauerte. Die wenigen Auftritte von Kanzler Schröder wurden lustlos als Pflichtprogramm absolviert und trugen nicht zur Besserung der Stimmung bei. Die angereisten Bundesminister Clement und Stolpe belehrten den Spitzenkandidaten und die Bayern SPD, die sich in Einzelfragen behutsam von der Regierungspolitik abzugrenzen versuchte, über die Richtigkeit ihrer Reformvorhaben, die ihre positive Wirkung schon noch entfalten würden, wenn man nur lange genug abwarten würde. So konzentrierte sich denn die erste Wahlanalyse der innerparteilichen Gremien zunächst auf den Beitrag der Bundespolitik zum Wahlergebnis. Viel kritisiert wurde das Desinteresse der Bundespartei, die die Landtagswahl-

2010 ehemals SPD-nahe Wählerschichten massenhaft in die Wahlenthaltung, teilweise auch ins konservative Lager treibt, ohne dass dieser Verlust durch einen Zugewinn an anderer Stelle kompensiert werden konnte.

Die Stellungnahme der Bayern SPD am Wahlabend lautete dementsprechend:

„Wir haben in einem Umfeld gekämpft, das noch nie so schwer war. Viele sind verunsichert über den Kurswechsel der Bundesregierung in Anbetracht des Reformbedarfs. Es ist uns auch nicht gelungen, landespolitische Themen in den Mittelpunkt der Wahaueinandersetzung zu stellen. Die Bundespolitik hat alles überlagert. Viel unserer Wähler sind nicht zur Wahl gegangen und haben uns damit abgestraft.“

An dieser Stelle könnte man jede Wahlanalyse beenden, wenn man glaubte, dass allein der Bundestrend für die vernichtende Wahlniederlage der Bayern SPD verantwortlich wäre und man sich so in guter Gesellschaft

mit der niedersächsischen und der hessischen SPD, die aus einer günstigeren Ausgangslage dramatisch abstürzte, befinden würde. Tatsächlich sitzt der Wahlverlierer aber nicht nur in Berlin, sondern auch in Bayern. Zumindest der Landesvorsitzende Wolfgang Hoderlein teilte diese Einschätzung. Er übernahm die Verantwortung, zog am Tag nach der Wahl die Konsequenzen und trat zurück. Weitergehende Forderungen nach Rückzug des gesamten Führungspersonals, das während der Dauer des ganzen Landtagswahlkampfes nicht in Erscheinung trat, weder Inhalten noch Strategien ausgab und die wahlkämpfende Partei schussendlich allein ließ, wurden überhört.

Die Bayern SPD muss sich seit dem 21. September nicht zum erstenmal mit dem schlechtesten Wahlergebnis ihrer Geschichte auseinandersetzen. Bereits die 28,7 % bei der Landtagswahl 1998 waren ein historischer Tiefststand, der bei den Europawahlen 1999 mit knapp über 21% noch einmal deutlich unterboten wurde. Es folgten 26,1% bei der Bundestagswahl 2002 und jetzt der Absturz auf unter 20 %. Damit nähert sich die Bayern SPD als Ganzes einer Marke, die 2002 in einem der schwächsten bayrischen Bundeswahlkreise vom Jusovorsitzenden und Bundestagskandidaten Florian Pronold erreicht wurde, der sich damals für dieses Wahlergebnisses vom späteren Spitzenkandidaten als „Protagonisten des Projektes 18“ verspotten lassen musste. Tatsache ist, dass es der Bayern SPD seit 40 Jahren nicht gelingt, die Gleichung CSU = Bayern aufzulösen. Der in den 70er und 80er Jahren gestartete Versuch, das „Andere (wie auch immer geartete) Bayern“ zu definieren, konnte keine neuen Wählerschichten erschließen, sondern verprellte eher noch Wohlmeinende, die sich ihr Heimatland nicht madig machen lassen wollten. Die jetzt in den Feuilletons wieder aufflammende Strategie, die darauf setzt, aus der „roten“ eine „weiß-blaue“ SPD und damit eine „bayrische“ Partei zu machen ist weder hilfreich

noch realistisch, zumal sie auf die Abtrennung der Bayern SPD von der Bundesorganisation hinausläuft. Auch die Wahl von Renate Schmidt als bekannter und beliebter Spitzenpolitikerin zur Landesvorsitzenden und zweimaligen Spitzenkandidatin führte nur zu einem vorübergehenden Zwischenhoch bei den Wahlen 1994. Die sich von ihr als Person angesprochenen fühlenden Wählergruppen, vor allem jüngeren Frauen, konnten nicht dauerhaft gebunden werden. Dennoch: der Wunsch nach einem „Heilsbringer“ durchzieht auch jetzt wieder die Debatte um die Zukunft der Bayern SPD, die Hoffnung auf einen, der es „schon wieder richten“ würde, ohne allzu tief in die Befindlichkeiten und lieb gewonnenen Gewohnheiten einer Partei einzugreifen, die es sich in der Opposition über die Jahre eingerichtet hat. Wenn Franz Maget, dem nun diese Aufgabe angetragen wird, Zurückhaltung zeigt, so ist dies nachvollziehbar. Mit einem reinen Auswechseln von Personen wird es ohnehin nicht getan sein. So einigte sich denn der Landesvorstand auch darauf, die Führungsfrage zunächst offen zu lassen und erst auf einem Sonderparteitag Anfang nächsten Jahres zu entscheiden. Leider steht zu befürchten, dass auch andere Fragen auf Dauer unbeantwortet bleiben. Kaum jemand traut der jetzt vom Landesvorstand bestimmten Übergangslösung aus den drei stellvertretenden Landesvorsitzenden mit dem in Berlin an vielfachen Fronten kämpfenden Landesgruppenchef Ludwig Stiegler an der Spitze zu, positive Ansätze zur Lösung des Kernproblems der Bayern SPD zu entwickeln. Nötig wäre nämlich die Formulierung eines erkennbaren gemeinsamen sozialdemokratischen Projekts. Diese erfordert als erstes die Verzahnung der bisher völlig unabhängig voneinander agierenden Ebenen von Landtagsfraktion, Landesgruppe im Bundestag und Kommunalpolitik, die Einbindung der wenigen profilierten und erfolgreichen Einzelfiguren vor allem aus der kommunalen Ebene, die Fest-

legung einiger weniger Themenbereiche und die Zuspitzung dieser auf für Wählerinnen und Wähler verständliche Aussagen. Wirft man einen Blick auf die Kompetenzen, die der SPD von den Wählern zugestanden werden, kann man erkennen, welche Herkulesarbeit hier auf Landesverband und Landtagsfraktion zukommen: gleich ob es sich um Wirtschaftspolitik, um Arbeitslosigkeit oder Zukunftskonzepte handelt, die Kompetenzzuweisungen der Bayern SPD liegen bei unter 10% und damit 50 % hinter der CSU. Selbst in der Bildungspolitik liegt der Abstand zwischen SPD und CSU bei 30%. Hinter diesen Werten zeigt sich das ganze Ausmaß der Versäumnisse der Oppositionspolitik in der Landtagsfraktion wie in der Partei und die Aufbauarbeit, die jetzt in Angriff genommen werden muss.

Ein Baustein für das Gelingen dieser Aufgaben wird die grundsätzliche Neukonstruktion des Landesvorstands sein, der gelähmt durch Regionalproporz und schiere Größe, bisher vor allem durch eigene Nabelschau, Unverbindlichkeit und Nichtstun auffiel. Die von den Untergliederungen über die Jahre viel gerügte Aufsichtsratsmentalität und organisierte Verantwortungslosigkeit muss durch eine straffere Organisation der Vorstandsarbeit mit klarer Aufgabenstellung und Kompetenzzuordnung überwunden werden. Und ganz entscheidend für diesen Prozess: noch immer besteht mehr als die Hälfte des Landesvorstands aus amtierenden Bundestagsabgeordneten, ehemaligen Bundestagsabgeordneten und solchen, die es noch werden wollen. Künftig ist die Arbeit des Landesvorstands von der starken Konzentration auf die der Vertretung – weniger der politischen als der persönlichen – Interessen der Landesgruppe im Bundestag und ihrer Exponenten zu lösen. Nur so kann die nötige Kraft entwickelt werden, um langfristig ein Profil als glaubwürdige politische Alternative zur CSU auszubilden und den Status der CSU als wahrscheinlich letzter Hegemonialmacht in der freien Welt zu brechen.

Forum DL21

## Schiffbau ist noch mehr als Schiffe bauen oder: Strandet die EU in Südkorea?

Von Hans-Joachim Olczyk,

In der Debatte um die neoliberale „Agenda 2010“ gab es nicht wenige, die anmerkten, ob es nicht besser sei, sich um die Sicherung bestehender und Schaffung neu-

er Arbeitsplätze zu bemühen, als durch Leistungskürzungen bei Arbeitslosen und Beschäftigten die Arbeit hier so billig machen zu wollen, dass es sich wieder „lohnen“ soll,

in Deutschland zu produzieren. Konzeptionslosigkeit in der Wirtschafts- und Strukturpolitik ist die eine Ursache dafür. Beispiel Schiffbau: „Beim Schiffbau“, so Clement bei einem Besuch auf der Lloyd-Werft in Bremerhaven im Mai 2003, „reden wir jedoch von einer Industrie, die Chance hat – wenn die Wettbewerbsbedingungen weltweit gleich wären.“



Clement versprach auch künftige Hilfen, die jedoch so gestaltet werden müssten, dass sie vor der EU Bestand haben. Künftige Hilfen – gemeint sind damit die „Beihilfen“ von 6%, die nach den EU-Wettbewerbsrichtlinien bei der Finanzierung von Aufträgen durch die Landes- und Bundesregierungen gestellt werden dürfen. „Nur der Protest von 120.000 Werftbeschäftigten im Jahr 1999 und der ständige Druck des europäischen Gewerkschaftsdachverbandes EMB hat es überhaupt möglich gemacht, dass über die Fortführung der Schiffbauhilfen in Europa positiv entschieden wurde,“ so Heino Bade von der IG Metall Küste. „Es gibt da immer ein fürchterliches Gezerre im Ministerrat. Und die Genehmigung der Hilfen für den Schiffbau bedeutet dann nicht, dass sie auch gewährt werden. Das mussten wir in den meisten Küstenländern – aufgrund der angespannten Haushaltslagen – auch immer wieder durchsetzen.“ Das Jahr 2003 konnten diese Hilfen für zukünftige Aufträge zum Teil gar nicht voll ausgeschöpft werden. Der Hintergrund: Eine Auftragslücke, die sich schon im Jahre 2002 abzeichnete, konnte nicht gefüllt werden. In 2003 wurden auf europäischen Werften nur noch 7 % der weltweit vergebenen Aufträge platziert – gerade deutsche Reeder lassen lieber in Südkorea bauen. Der Grund: Dort gibt es die Schiffe zu Dumpingpreisen. Wie die EU-Kommission im Mai 2003 feststellte, liegen die Preise der Schiffe in einigen Bereichen um bis zu 25% unter den realen Bau- und Finanzierungskosten. Die Folge: Die kurze Verschnaufpause bei der Beschäftigungslage im Schiffbau aus dem Jahre 2002 ist lange vorbei. Waren es „damals“ auf 40 norddeutschen Werften mit knapp 22.000 noch 1.300 mehr Beschäftigte als noch 1999, wird eine Zählung in diesem Jahr mit einem Ausblick auf das Jahr 2004 dramatisch schlechter ausfallen. Insolvenzen in Lübeck und Emden. Massenentlassungen in Kiel, Papenburg, Wismar und Warnemünde. Obwohl unter anderem auf Druck der IG Metall die Einsetzung eines „maritimen Koordinators“ erreicht wurde, fehlt ein Gesamtkonzept – in Deutschland und der EU.

„Der maritime Sektor ist unter industriepolitischen Gesichtspunkten eines der zentralen Zukunftsfelder des 21. Jahrhunderts. Die maritimen Wirtschaftszweige sind in hohem Grad technologieintensiv. Schlüsseltechnologien aus der Elektronik, Informatik, Logistik sowie der Antriebs- und Werkstofftechnik kommen im Schiffbau, der Schifffahrt und Hafenumschlag zum Einsatz. Die maritime Industrie kann für die zentralen Probleme der Energieversorgung und der Umwelt und Verkehrspolitik Antworten geben auf die drängenden strukturpolitischen Probleme Europas. In dieser Hinsicht kann sich die maritime Produktion mit der Luft- und Raumfahrtindustrie messen,“ so Bezirksleiter IG Metall Küste, Frank Teichmüller. Die Struktur unterscheidet sich allerdings fundamental. Auf über 200 EU-Werften werden heute Seeschiffe gebaut und/oder repariert. Die durchschnittliche Betriebsgröße einer europäischen Werft liegt bei 500, das Nebeneinander von kleinen und großen, privaten und staatlichen Werften bringt mit der Konkurrenz zu insbesondere südostasiatischen staatlich geschützten Werften Nachteile mit sich. Auf die Wettbewerbsprobleme wird zur Zeit aber eher mit einer forcierten und aggressiven Lohndumpingstrategie reagiert. Der vorerst gravierendste Fall: Um Aufträge für Containerschiffe zu erhalten, verzichtete die Belegschaft bei HDW in Kiel auf Weihnachts- und Urlaubsgeld und leistet zwei Jahre unbezahlte Mehrarbeit. Heino Bade: „Die zentralen Stärken des deutschen und europäischen Modells, nämlich Innovation, Qualifikation, Motivation, Identifikation der Belegschaften werden dadurch untergraben.“ Europäische und nationale Politik müsste die Rahmenbedingungen für eine

Stärkung der Kooperationen der maritimen Wirtschaft insbesondere in ihrer Klein- und mittleren Unternehmensstruktur verbessern, fördern und stützen. Kooperation ist das Stichwort: Es geht um Kapitalbeteiligungen oder Zusammenschlüssen von Werften, engerer Kooperation bei Forschungsvorhaben und technologischen Entwicklungen, der Nutzung gemeinsamer Qualifizierungs- und Trainingseinrichtungen, der engeren Abstimmung mit Zulieferern und Reedern



bis hin zu gemeinsamen Einkaufs- und Marketingaktivitäten.

Die Werften in Deutschland und der EU brauchen eine politische Initiative zur Stärkung des maritimen Sektors. Der maritime Sektor braucht verlässliche Rahmenbedingungen in den Feldern der Verlagerung in noreuropäischer Verkehre auf die Wasserstraßen, zur Entwicklung neuer Umschlagkonzepte, schnellerer ökologischer effizienter Verkehre und zum Erschließen neuer Wachstumsfelder u.a. im Bereich von Offshore – Energieanlagen. Dazu gehört die Wiederherstellung „fairer“ Marktverhältnisse. Eine WTO-Klage und Sanktionen gegen die südkoreanische Industrie können dabei nur einen ersten Schritt darstellen, ein OECD-Abkommen ebenfalls. Ob die Zeit reicht? Oder gilt das Motto des Arbeitgeberverbandes VSM „Sea the Future“ bald nur noch außerhalb Europas?

Forum DL21

## Schill-out

Von Björn Wiele

Am 19. August war Hamburg für einen Tag Bundesweit in den Schlagzeilen. Am Morgen entließ der Hamburger Bürgermeister Ole von Beust (CDU) den Innensenator Roland Schill (Partei Rechtsstaatlicher Offensive). Was folgte

war eine regelrechte „Schlammschlacht“, die die Republik den Atem anhalten ließ. Angefangen hatte alles mit einer Affäre um den Staatsrat der Innenbehörde, Walter Wellinghausen, der Einkünfte aus illegalen Nebentätigkeiten bezog. Obwohl klar war, dass man Wellinghausen nicht würde halten können, wollte Schill seinen Staatsrat nicht entlassen. Was folgte, war ein handfester Streit in einem Gespräch unter vier Augen, bei dem Schill drohte hatte von Beust als homosexuell zu outen und ihm ein Liebes-

verhältnis mit dem Justizsenator Roger Kusch unterstellte. Diesen Erpressungsversuch begegnete von Beust offensiv, er entließ nicht nur den Staatsrat der Innenbehörde, sondern den Senator gleich mit. Soweit das Geschehene.

Doch alle die dachten, damit sei die Rechtskoalition aus der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, CDU und FDP gescheitert sah sich im Irrtum. Die Koalition hält – bist jetzt.

Dies verwundert jedoch nur bei einer oberflächlichen Betrachtung. Nachdem in Hamburg 44 Jahre die SPD regiert hatte, konnte bei der letzten Bürgerschaftswahl die Rechtskoalition eine parlamentarische Mehrheit erringen. Die

Björn Wiele lebt in Hamburg

Gunst der Stunde nutzend, schmiedete Ole von Beust, Spitzenkandidat der CDU, die Rechtskoalition unter Einbeziehung von Schill. Von Beust war ein Bürgermeister von Schills Gnaden und er selbst hat Schill zum Innensenator gemacht. Er hat nichts gesagt, als Schill im Bundestag gegen Ausländer hetzte, er hat nichts gesagt, als Schill das Moskauer Giftgas in Hamburg einsetzen wollte oder die Kirche verunglimpfte. Es darf spekuliert werden, ob Ole von Beust nur aufgrund von machtpolitischen Erwägungen bei all diesen Themen auf einen Konflikt mit Schill verzichtet hat, oder weil er es inhaltlich nicht problematisch fand.

Schills Erpressungsversuch konnte er sich jedoch nicht gefallen lassen. Die Gefahr, dass deshalb die Koalition platzt, ist jedoch in Wirklichkeit gering. Es ist für die „Schill-Partei“ zwar leicht, sich bei jeder noch so rechtsextremistischen Äußerung hinter ihren Gründer zu stel-

len, doch solidarisch mit einem Erpresser zu sein, ist da schon schwieriger. In dieser Situation aus der Rechtskoalition auszutreten, würde die Schill-Partei an den Rand des Zusammenbruches führen. Gleichzeitig steht Ole von Beust als der starke Mann da, der in Krisenzeiten Führungsstärke und Handlungsfähigkeit gezeigt hat. Dafür mögen ihn die Hamburgerinnen und Hamburger und noch viel mehr die übermächtige Springerpresse der Stadt.

Der Zustand der Hamburger Sozialdemokraten hingegen ist desolat. Noch immer ist sie in ihrer Rolle als Opposition nicht angekommen. Ihre Politik geht unausgesprochen davon aus, dass die Rechtskoalition nicht lange halten und die Macht dann der Sozialdemokratie von selber wieder in den Schoß fällt. Dies zeigt auch die sofort gestellte Forderung nach Neuwahlen. Dabei ist nicht die Forderung an sich das Problem, sondern die Tatsache, dass offensichtlich

viele sozialdemokratische Protagonisten ernsthaft an ein Scheitern der Rechtskoalition glauben. Deshalb ist die Forderung auch mit einer Kampagne für Neuwahlen begleitet worden. Bereits vor der „Schlamm Schlacht“ war im Sommerloch bereits die Debatte um den nächsten sozialdemokratischen Spitzenkandidaten für Hamburg entbrannt. Sie ist zwar mittlerweile in ein geregeltes Verfahren überführt worden, aber noch nicht entschieden ist. Dabei ist die Auswahl zwischen den Beiden übrig gebliebenen Kandidaten ist wie die zwischen Äpfel und Birnen. Der ein, Mathias Petersen ist gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und ein relativ unbeschriebenes Blatt. Dadurch könnte er zwar für einen neuen Aufbruch stehen, gleichzeitig ist aber überhaupt nicht klar welche Inhalte er vertritt. Der andere, Thomas Mirow, ist als ehemaliger Wirtschaftssenator zwar sehr bekannt, auch über Hamburgs Grenzen hinaus, dafür steht er aber für alle die „modernen“ Sozialdemokratischen Politikinhalt (Studiengebühren, Standortpolitik) mit denen die SPD gerade landauf landab von den Wählern abgestraft wird. Dabei ist überhaupt nicht klar, warum ausgerechnet diese beiden ihren Hut in den Ring werfen. Thomas Mirow ist zwar von dem wichtigen SPD Unterbezirk Wandsbek vorgeschlagen worden, doch bisher hat sich kein weiterer Unterbezirk sich offiziell hinter Mirow gestellt.

Auf dem Landesparteitag am 24. Oktober soll dann die Kandidatenfrage entschieden werden. Dies wäre das erste Mal in der Geschichte der SPD, das man bereits zwei Jahre vor der nächsten Wahl einen Spitzenkandidaten nominiert. Außerdem ist es wohl das erste Mal in der Geschichte der SPD, das man einen Kandidaten nominiert, ohne ein Wahlprogramm zu beschließen. Dies wird erst zu einem späteren Zeitpunkt erarbeitet. Mittlerweile hat die SPD Bürgerschaftsfraktion ein 10 Punkte Sofortprogramm vorgelegt (siehe Kasten). Doch ob dies für eine Mehrheitsfähigkeit reicht, darf bezweifelt werden.

Lediglich mit einer Volksinitiative für ein besseres Kindertagesheim-Gesetz, die erfolgreich angelaufen ist, kann sich die SPD profilieren. Doch dürfte dieses eine Thema nicht ausreichen, um Mehrheiten zu bekommen. Weiterhin undiskutiert ist die Frage, wie die SPD ihr Strukturproblem in den Griff bekommen will. Es existieren keine Konzepte, wie die verlorengegangenen Wählergruppen in den sozialen Brennpunkten wieder gebunden werden sollen. Auch dass der Hamburger Landesvorsitzende Olaf Scholz gleichzeitig der Generalsekretär der Bundespartei ist, schadet mehr, als es nützt, da bei der Regierungspolitik in Berlin nicht mit Rückenwind für die Hamburger Sozialdemokratie zu rechnen ist.

Diese Situation wäre eigentlich eine gute Gelegenheit für die Linken, in die Offensive zu gehen und Inhalte und Personen zu platzieren. Da es in Hamburg jedoch keine organisierte und gemeinsam handelnde Parteilinke gibt, ist von dieser Seite nichts zu erwarten. Forum DL21

Folgende zehn Punkte würde die SPD-Bürgerschaftsfraktion als Sofortprogramm nach einem Regierungswechsel vordringlich angehen:

**Kinderbetreuung:** In Hamburg fehlen zurzeit 18.000 Kinderbetreuungsplätze. Ein Notprogramm soll in einem ersten Schritt sofort viertausend zusätzliche Kita-Plätze schaffen, damit alle berufstätigen Eltern in Hamburg einen Betreuungsplatz für ihre Kinder bekommen. Danach werden wir den schrittweisen Ausbau weiter vorantreiben.

**Schule:** Das neue Lehrerarbeitszeitmodell des Senats soll grundlegend überarbeitet werden, damit die Hamburger Schulen wieder praxisgerecht arbeiten können. Neue Regeln für die Arbeitszeit sollen gemeinsam mit den Schulen entwickelt werden. Die seit 2001 abgebauten 400 Lehrerstellen werden wieder aufgestockt.

**Ausbildung und Arbeit:** Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften in Hamburg sollen das Bündnis für Ausbildung und Arbeit wieder aufnehmen. Wir wollen, dass jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot gemacht wird. Mit einer aktiven Beschäftigungspolitik soll die Arbeitslosigkeit gesenkt werden. Bis zu viertausend Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger sollen über ein kommunales Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm unter anderem für Reinigung und Pflege des öffentlichen Raums zur Verfügung stehen.

**Sicherheit und Ordnung:** Ein kommunaler Ordnungsdienst soll in den Hamburger Stadtteilen für Sauberkeit sorgen. Dazu sollen mehrere hundert Langzeitarbeitslose eingesetzt werden. Eine Polizeireform soll die Polizeiarbeit in den Stadtteilen stärken und Polizeibeamte von Bürokratie entlasten. Prävention und Repression sollen wieder in ein vernünftiges Verhältnis gebracht werden, um Straftaten zu verhindern.

**Stadtentwicklung:** Mehr bezahlbare Wohnungen, mehr Kinderbetreuung, mehr Arbeitsplätze – ein Maßnahmenbündel soll die Voraussetzungen für eine wachsende und zusammenwachsende Stadt schaffen und die Lebensqualität in den Stadtteilen erhöhen. Hamburg muss in den kommenden Jahren jeweils mindestens 2.400 neue Mietwohnungen bauen.

**Kultur:** Das gemeinsame Projekt der Bewerbung Hamburgs als europäische Kulturhauptstadt für 2010 soll das Verhältnis zwischen Politik und Kulturschaffenden wieder reparieren.

**Finanzen:** Eine Allianz der Stadtstaaten soll Hamburgs Finanzen bei den Entscheidungen über die Steuerpolitik sichern und die Blockadepolitik der unionsregierten Bundesländer überwinden.

**Gesundheit:** Die Hamburger sollen per Volksentscheid über den Verkauf der städtischen Krankenhäuser abstimmen können. Nach Vorstellung der SPD soll die Stadt die Mehrheit am Landesbetrieb Krankenhäuser behalten.

**Bezirksreform:** Durch eine Stärkung der Bezirke sollen die Bürger vor Ort mehr Einfluss auf die Politik bekommen. Dazu soll die Bezirksverwaltung grundlegend reformiert werden, um mehr Kompetenzen in die Stadtteile zu verlagern.

**Reform öffentlicher Dienst:** Hamburgs Verwaltung soll effektiver und bürgernäher werden – durch einen Umbau des öffentlichen Dienstes nach den Prinzipien Verwaltungsmodernisierung, Entbürokratisierung, schlankere Hierarchien und Bezahlung mit Leistungsanreizen.

# Gerechtigkeit

## Einleitung zum Schwerpunkt

Von Horst Peter und Reinhold Rünker

### I.

Ein Schwerpunkt zum Thema Gerechtigkeit zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist risikoreich und notwendig. Es birgt das Risiko des Abgleitens in tagespolitische Kritik an der Agenda 2010 als neoliberalen Sündenfall der nachträglich durch ein neues Verständnis von Gerechtigkeit programmatisch legitimiert werden soll, genauso wie das Risiko des Abhebens in die Sphäre unverbindlicher philosophischer Seminare der Linken, bei denen sich herrlich politisch folgenlos streiten lässt, gewissermaßen als Spielweise.

Notwendig ist der Schwerpunkt trotz der ihm anhaftenden Risiken, weil eine Neudefinition des Prinzips der Gerechtigkeit an den Grundlagen und dem historisch gewachsenen Selbstverständnis der SPD und der Funktion der SPD in der Gesellschaft der Bundesrepublik rührt. Das Berliner Programm sieht in den Grundwerten des Demokratischen Sozialismus Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität die Zentrale Grundlage sozialdemokratischer Politik.

*„Sie sind Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit. Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln...“*

*Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bedingen einander und stützen sich gegenseitig. Gleich im Rang, einander erläuternd, ergänzend und begrenzend erfüllen sie ihren Sinn“*, erklärt der Text des Berliner Programms die Funktionsweise der Grundwerte. Sie wirken als Prinzipien. Insofern prallen die Begründungen für eine Neudefinition an ihnen ab, da ein Prinzip Wegweiser ist und keinen konkreten erreichten Zustand gesellschaftlicher Wirklichkeit benennt.

Es liefert „Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit“ und ist „Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft,“ Prinzipien und stellt damit Analyse-kriterium und Reformmaßstab dar. *„Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus“*, endet der Grundwerteabschnitt des Berliner Programms, das sich hier im Einklang mit dem Godesberger Programm befindet.

Die Argumente der „Erneuerer“ der SPD, der Begriff Gerechtigkeit sei nicht mehr zeitgemäß, da er Gleichheit im Ergebnis anstrebe, da er leistungsfeindlich sei und damit gesellschaftliche Dynamik bremsen prallen am Text und am Sinn des gültigen Programms ab und erweisen sich als Scheinargumente.

Gerechtigkeit bezieht sich im spw-Diskussionskontext nicht nur auf die Herstellung gleicher Ausgangsbedingungen, sondern setzt das individuelle Handeln dauerhaft mit den gesellschaftlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten in Beziehung. Als „gerecht“ erscheint solches Handeln, das erstens dem Einzelnen die größtmögliche Entfaltung unter Berücksichtigung der materiellen Bedingungen und der Entfaltung anderer Menschen und der Auswirkungen auf die natürlichen Lebensgrundlagen ermöglicht; zweitens wenn diese Entfaltung nicht als individuelles Privileg verstanden, sondern als Recht aus seiner Gesellschaftlichkeit heraus begründet wird. Gerechtigkeit ist deshalb drittens nicht absolut zu verstehen, sondern relational in Bezug auf die jeweiligen sozialen, kulturellen und historischen Kontexte. Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit sind damit nicht voneinander zu trennen, sie stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander und fordern zum Handeln, zur Aufhebung auf einem höheren Niveau auf. Ähnliche Spannungsverhältnisse entstehen zu den Leitprinzipien des neoliberalen Entwicklungsmodells: Gerechtigkeit und Konkurrenz, Gerechtigkeit und Leistung, Gerechtigkeit und Durchsetzung des größtmöglichen Vorteils des Individuums. Daraus ergibt sich die zentrale Frage nach den Akteuren, die diese Spannungsverhältnisse auflösen: ist das über den Markt als Steuerungsinstanz möglich oder bedarf es der gestaltenden politischen Richtungsentscheidungen?

Auf dem Sonderparteitag ist deutlich geworden, dass der Ausdruck des Zusammenwirkens der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Sozialstaatsprinzip tief in der SPD verankert ist. Ohne Einsatz von Vertrauensfrage, der Sachzwangfrage des Einsatzes der Alt-Promis Eppler und Vogel wäre eine Mehrheit nicht vorstellbar gewesen.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Aber der sozialstaatliche Grundkonsens der bundesdeutschen Verfassung, der die soziale Entwicklung zumindest der Bundesrepublik geprägt hat, hat nicht nur in der SPD-Mitgliedschaft sondern in der Bevölkerung große Zustimmung. So konnten Altliberale wie Dahrendorf vom sozialdemokratischen Zeitalter sprechen.

### II.

Nun hat nach den gescheiterten Anläufen des Schröder-Blair-Papiers und der ersten Gerechtigkeitsdebatte zu Beginn der SPD-Programme die Generalsekretärin Olaf Scholz einen dritten Versuch gestartet, das Verhältnis von Gerechtigkeit und Gleichheit neu zu bestimmen. Die Kernaussage lautet, dass soziale Gerechtigkeit nicht Egalisierung nach Umverteilung bedeutet (Wer hat das je behauptet?) sondern die Suche nach intelligenten Lösungen zur Durchsetzung von Teilhabechancen durch Bildung und Arbeit (Wer könnte dagegen sein?) sowie Leistungsgerechtigkeit (Was ist das eigentlich?) Neu ist bei Scholz' Anlauf, dass der Ideengeber für „new labour“ und damit des Schröder-Blair Papiers Anthony Giddens (wohl wegen differenzierter Revision seiner Thesen) durch den kürzlich verstorbenen Gerechtigkeitsphilosophen (auf ihn kann man sich deshalb besser verlassen!) John Rawls abgelöst scheint.

Die Grundfrage von Rawls ist die nach der Möglichkeit von allgemein verbindlichen Gerechtigkeitsprinzipien, die von allen Mitgliedern und jedem einzelnen Mitglied einer gegebenen Gesellschaft akzeptiert werden könnten. Seine Grundidee besteht darin, dass solche Prinzipien nur objektiv verbindlich sein können, wenn sie von nun an ihrem eigenen Interesse ausgerichtet, frei und rational entscheidenden Menschen ausgewählt würden, wenn diese, in einen ursprünglichen Zustand der Gleichheit versetzt, die Aufgabe hätten, die Grundstruktur der künftigen Gesellschaft und alle ihre fun-

Reinhold Rünker, Mitglied der spw-Redaktion, arbeitet und lebt als Organisationsberater in Leichlingen

Horst Peter, spw-Herausgeber, Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung, lebt in Kassel

damentalen Normen zu bestimmen. In diesem Urzustand schließen die Menschen einen Gesellschaftsvertrag ohne ihre künftige Stellung in der Gesellschaft zu kennen. Vor diesem Hintergrund formuliert Rawls zwei wesentliche Prinzipien der Gerechtigkeit: das Freiheitsprinzip und das Unterschiedsprinzip. „Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu regeln, dass sie sowohl (a) den am wenigsten Begünstigten die bestmöglichen Aussichten bringen als auch (b) mit Ämtern und Positionen verbunden sind, die allen gemäß der fairen Chancengleichheit offen stehen.“ (John Rawls. Eine Theorie der Gerechtigkeit 1975, S. 104)

In der Tat lässt sich über Rawls treffend streiten. Ob er als Stichwortgeber für ein sozialdemokratisches Programm geeignet ist, wird bezweifelt. Obwohl Rawls selbst kein Neoliberaler, haben sich die Neoliberalen des Differenzprinzips zur Formulierung eines zeitgemäßen Gerechtigkeitsbegriffs bemächtigt: Ungleichheit wird zur zentralen Triebkraft der ökonomischen Wachstumsdynamik erklärt, die Ergebnisse des Wachstums sollen allen zugute kommen. Dieser trickle-down-Effekt ist jedoch der Kern des zeitgemäßen neoliberalen Gerechtigkeitsbegriffs. Das zweite Element ist die Teilhabemöglichkeit am Arbeitsmarkt, die mit der Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit gekoppelt ist und dadurch zum gerechten Ertrag aus der Arbeit führt. Für die Verlierer bleibt eine gesellschaftliche Verantwortung auf geringstem Niveau, allerdings nicht als Rechtsanspruch, sondern als Wohlfahrtsleistung, die strengster Kontrolle unterliegt. Die Aufgabe der Politik ist es, die Rechnungen für diese Grundkonstellation herzustellen. Die Übernahme des Terrains der „produktivitätsorientierten Ungleichheiten“ löst einen Gerechtigkeitsbegriff ab, der sich im Kampf um die Verringerung sozialer Ungleichheit als politisch wirksam und auch mehrheitsfähig erwiesen hat. Die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus haben in ihrem Zusammenwirken ihre Realitätstüchtigkeit sowohl als Analysekriterium realer gesellschaftlicher Zustände als auch als Maßstab für Reformen bewiesen. Dabei haben sie sich auch nicht als hinderlich erwiesen, wenn die Reichweite einer Reform aufgrund gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse oder von Kompromisserfordernissen in Regierungskoalitionen oder gegenüber anderen Mehrheiten im Bundesrat begrenzt würde. Nicht zugelassen haben die Grundwerte die Beliebbarkeit von Reformprojekten.

Der intendierte neue Gerechtigkeitsbegriff als Gerechtigkeit im Zugang und Leistungsgerechtigkeit hat den Test seiner Realitätstüchtigkeit noch vor sich. Vor allen Dingen müsste er im Programmverständnis der SPD auch als Analysekriterium der Wirklichkeit geeignet sein. Nimmt man die Begründung für die Suche nach einem neuen Gerechtigkeitsverständnis Ernst, dann müssten wir jetzt bereits

im Zustand einer wachstumshinderlichen „egalitären Gesellschaft“ leben. Birgit Mahnkopf hat bereits 2000 im Zusammenhang mit der ersten Debatte um das Programmprinzip Gerechtigkeit (Birgit Mahnkopf: Gerechtigkeit durch Ungleichheit, Prokla 121, Dez, 2000) festgestellt, dass diese Gesellschaft eine Chimäre ist: Soziale Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen wächst ständig – das hat die Bundesregierung 2001 in ihrem Armuts-/Reichtumsbericht selbst belegt. Die Ungleichheit der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt verschärft sich zu Lasten der Teilnahmekancen von Frauen, ungleiche Chancen in der Bildung werden mit jeder internationalen Vergleichsstudie neu belegt, die Globalisierung verschärft die fehlende Verteilungsgerechtigkeit noch. Die Leistungsgerechtigkeit, die unter dem Stichwort Qualifikation und Entgelt im deutschen Sozialmodell nicht strittig und gesellschaftlich akzeptiert ist, erodiert im internationalen Wettbewerb. Schon kleine Leistungsdifferenzen schlagen sich in riesigen Ertragsdifferenzen nieder. Geldkapitalbesitzer und Spitzenmanager werden privilegiert, die durchschnittliche Leistung macht zum Verlierer. Leistungsbereitschaft von Arbeitslosen nützt nichts, wenn die Arbeitsangebote fehlen. Mit der Nachrangigkeit von Umverteilungspolitik wird auch die Kategorie der Bedarfsgerechtigkeit verabschiedet: für die überflüssige Restbevölkerung aus genug qualifizierten älteren und gesundheitlich beeinträchtigten Menschen bleibt eine Grundsicherung unterhalb des Existenzminimums, der jetzigen Sozialhilfe. Eine Politik des Forderns und Förderns wird zur disziplinierenden Armenpolitik, weil die Gewinner der Verteilung des Reichtums über den Markt nicht mehr teilen wollen. „Geiz ist geil“ ist der sozialpolitische Imperativ der Reichen.

### III.

Diese nur unzureichende Beschreibung des Zustandes der Gesellschaft würde für einen erweiterten Gerechtigkeitsbegriff der Fördern aller menschlichen Potenziale von Armutskonstellationen unter Einbezug der Gerechtigkeit zwischen den Völkern und gegenüber künftigen Generationen Ernst nimmt, viel politischen Interventionsraum schaffend. Allerdings müsste Politik diese Spielräume schaffen und die dafür erforderlichen Konflikte auch eingehen. Die Forderung nach der Umverteilung öffentlicher Mittel in den Bildungssektor bleibt wirkungslos, wenn nicht die ungleiche Chancen verstärkende selektive Schulstruktur abgelöst wird. Wenn in der Sekundärverteilung des Steuersystems das Prinzip der Leistungsfähigkeit nicht rigoros umgesetzt wird, für die Abgaben zur Sozialversicherung gilt das genauso, dann wird der Begriff der Leistungsgerechtigkeit ad absurdum geführt. Wenn bei Sozialtransfers für Ungleichheit der Gleichheitsgrundsatz eingeklagt wird, dann wird das Prinzip des Förderns ins Gegenteil verkehrt.

Wenn Ausgrenzung der Verlierer aus der Gesellschaft zu Lebenslagen führt, die den Wiedereinstieg erschweren, wenn nicht aussichtslos machen, dann verlangt das Prinzip des Förderns nach staatlich finanzierter Infrastruktur in den Gemeinden.

Ein an praktischen Förderungen orientierter Diskurs um eine Anreicherung und nicht eine Entleerung des Gerechtigkeitsbegriffs lohnt gerade in einem von neoliberalen Mainstream dominierten Umfeld.

Olaf Struck macht in seinem Beitrag hierzu einige konkrete Themenvorschläge, von denen Olaf Scholz v. a. den Aspekt der Bildung heraus greift, das einmal eines der zentralen Reformfelder sozialdemokratischer Politik darstellte. An diese Zeiten erinnert Sönke Klages, jedoch mit der Vermutung, dass Sozialdemokraten eher hohe Einkommensunterschiede akzeptieren, soweit sie selbst den individuellen Aufstieg geschafft haben, weil sie von dieser sozialdemokratischen Reformpolitik profitierten.

Um konkrete Reformfelder, in denen sich „Gerechtigkeit“ materiell manifestiert, geht es auch in den vier folgenden Beiträgen: Niels Annen und Björn Böhning verweisen einerseits auf die hegemoniale Bedeutung der Gerechtigkeitssymbolik nach innen wie außen, andererseits machen sie klar, dass die Voraussetzung für eine Wiedergewinnung hegemonialer Überzeugungskraft die Verbindung mit einer ökonomischen Prosperitätskonstellation ist. Michael Opielka nimmt einmal mehr in dieser Zeitschrift kritisch Stellung zu den Vermarktlichungstendenzen (vgl. dazu auch den Text von Marcel Sachs in diesem Heft außerhalb des Schwerpunkts) in der Gesundheitspolitik im Gefolge des „Gesundheitskonsens“. Defizite der Gerechtigkeits- und Sozialstaatsdebatte diskutiert Michaela Willert am Beispiel veränderter Lebensläufe unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit. Abschließend widerlegt Gerhard Bäcker beliebte Vorurteile in der Rentendiskussion

### IV.

Die spw-Schwerpunkte seit Antritt der rot-grünen Regierungskoalition zeigen, dass der Diskurs der Linken nicht darauf zielt, traditionistisch den Sozialstaat in seinem erreichten Zustand zu „retten“, sondern ihn vor dem Hintergrund der sich ändernden ökonomischen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen zeitgemäß weiterzuentwickeln. In diesem Kontext ist Gerechtigkeit stets als ein Reformprinzip begriffen worden, das Motor für die Weiterentwicklung linker Politik ist, neben den anderen Reformprinzipien Freiheit, Solidarität und dem Reformprinzip Nachhaltigkeit als dem Maßstab für die Zukunftsfähigkeit der Politik.

So gesehen ist es allerdings für linke Politik nicht akzeptabel aus diesem Kontext das Prinzip Gerechtigkeit durch Umdeutung herauszubrechen und als Rechtfertigung für eine andere Politik zu instrumentalisieren.

# Soziale Gerechtigkeit zwischen Effizienz und Sicherheit

## Anmerkungen zur aktuellen Diskussion in der SPD

von Olaf Struck

### 1. Gerechtigkeit als ein Zentralwert der SPD

Vor allem »Gerechtigkeit« gilt innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie als ihr zentraler Grundwert. So überrascht es nicht, dass Debatten um das zukünftige Verständnis der Partei am Begriff Gerechtigkeit geführt werden (Merkel 2001; Meyer 2001; SPD 2000; Thierse 2001). Bisher bestand die gerechtigkeits-theoretische Position der SPD darin, über die Gewährung von Chancengleichheit hinaus, die erwirtschafteten Güter des Landes ein Stück weit von oben nach unten umzuverteilen. Diese Auffassung findet sich dann auch im 1989 beschlossenen Berliner Grundsatzprogramm. Hier heißt es: *„Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.“* Nun soll diese verteilungsgerechte Position zugunsten einer innovations- und leistungsanreizenden Ungleichheit verändert werden.

Schon in dem „Dritte Wege – Neue Mitte“-Strategiepapier der Grundsatzkommission wird ein entsprechender Wechsel der Gerechtigkeitsauffassung gefordert. Soziale Gerechtigkeit bedeute weder eine schlichte Herstellung von Vermögens- und Einkommensgleichheit noch sei es gerecht, den bestehenden Sozialstaat einfach fortzuschreiben. Stattdessen wird ein „modernes Verständnis“ von sozialer Gerechtigkeit gefordert: Einkommensungleichheiten oder Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten können sozial gerecht sein, wenn dadurch wirtschaftliche Dynamik entfesselt wird, die auch die wenigsten Begünstigten einer Gesellschaft profitieren lässt und bspw. Arbeitslose in das Erwerbssystem zurückführen hilft. Mit dieser Auffassung entsprechen die Autoren dem Differenzprinzip des kürzlich verstorbenen John Rawls', auf den sie sich auch explizit berufen.

In Veröffentlichungen im Rahmen des Programmforum zum Thema Gerechtigkeit machten sich vor allem Gerhard Schröder und Wolfgang Clement zu Wortführern der Überzeugungen, nach der eine begrenzte Ungleichheit im Ergebnis ein Katalysator sowohl für individuelle wie auch für gesellschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten sein könne (in: SPD 2000). Man könne sich heute

nicht mehr auf Verteilungsgerechtigkeit beschränken, sondern müsse die Herstellung von mehr Chancengleichheit in den Mittelpunkt stellen (Schröder 2000). Nun wurde gerade in der Verteilungsgerechtigkeit und der ex post Umverteilung von Marktergebnissen eine traditional sozialdemokratische Erweiterung des liberalen Gerechtigkeitsbegriffs gesehen, der allein auf Startbedingungen fokussiert ist (Meyer 2001; Mahnkopf 2000). Es geht also um die wichtige und alte Frage: Darf und soll der Staat die Ergebnisse von Marktgeschehnissen nachträglich verändern? Welchen Einfluss hat eine nachträgliche Umverteilung auf Leistung, Innovation, Risikobereitschaft und Flexibilität? In welchem Verhältnis

stehen Effizienz (hier ökonomische Effizienz im weitesten Sinne, einschließlich der von Verfahrenskosten etc.) und Sicherheit (hier soziale Sicherheit im weitesten Sinne, d.h. unter Einschluss von Bildung, Investitionssicherheiten etc.) zueinander, bzw. wie sieht eine gerechte Balance zwischen Effizienzförderung und Sicherheit aus?

### Diskussion um neue Grundsätze

Gemeinhin wird viel Zeit und geistiger Aufwand in die Darstellung und Unterfütterung des Trennenden gelegt. So gewinnt man Kontur, die für Aufmerksamkeitserlangung und Identität wichtig sind. Abgrenzung kann zudem der Formierung eigener oder nahestehender Akteure im »Kampf« um Inhalte und Macht dienlich sein. Dies ist in gewisser Weise unausweichlich und das Salz in die Suppe von politischen Auseinandersetzungen. Dennoch: Eine inhaltliche Überzeugung der Anderen weicht opportunistischen Machtkalkülen und endet kurz hinter der 50%-Mehrheitsgrenze. Minderheiten und Gruppen ohne Lobby und Bündniskraft – etwa Kinder und Arbeitslose – bleiben ungehört. Bestehende Gemeinsamkeiten bleiben hinter den jeweiligen Demarkationslinien verborgen.

a) Die einen argumentieren aus Sicht von Effizienz, deren Zustandekommen jedoch Sicherungsstrukturen benötigt. Hiernach soll durch die Aktivierung möglichst vieler Menschen eine effiziente und hohe Wohlfahrtsproduktion ermöglicht werden. Soziale Sicherung erfolgt nachrangig. Aus dieser Sicht ist es dann vor allem effizient, Leistungsanreize bereitzustellen, damit Investitionen in Güter, Bildung oder Arbeitskräfte zustande kommen. Überdurchschnittliche Leistungen

sollen sich in besserer Vergütung ausdrücken (Leistungsgerechtigkeit). Kurzum: Gemäß dieser Auffassung soll zum Wohle der wirtschaftlichen Dynamik und Effizienz ein leistungsanreizendes Maß an sozialer Ungleichheit bestehen. Daneben

Es geht also um die wichtige und alte Frage: Darf und soll der Staat die Ergebnisse von Marktgeschehnissen nachträglich verändern?

soll die politische Gestaltung einer immer auch notwendigen Sicherheit von Effizienz durch den Aufbau oder Erhalt von leistungs- und effizienz sichernden Anreizsystemen gekennzeichnet sein.

b) Die anderen argumentieren aus der Sicht von Sicherheit und begründen dies mit Effizienz bzw. dem »Nutzen der Sozialpolitik«. Nur unter der Bedingung sozialer Sicherheit kommen Investitionen und »freiwillige Leistungsbereitschaft« zustande, die über einen »Dienst nach Vorschrift« oder eine passiven Lebensweise hinausgehen, bzw. werden Effizienzmaßnahmen (etwa Rationalisierung) nicht boykottiert. Wichtig für eine gemeinsame Positionsfindung ist dabei, dass auch hier zunächst aus dem Blickwinkel der Leistungsgerechtigkeit argumentiert wird. Anreize für eine »freiwillige Leistungsbereitschaft« erfordern eine faire Beteiligung derjenigen, die ebensolche Leistungen erbringen.

Gesetzt den Fall, die Vertreter der ersten Position können die Auffassung teilen, dass die soziale und ökonomische Integration zunehmender Teile der Bevölkerung sowohl die gesamtgesellschaftliche Produktionskraft wie auch das Wohlfahrtsniveau zugunsten aller steigern kann, dann läge der Unterschied zwischen den beiden Positionen allein in der differenten Auffassung über die Balance zwischen Förderung bzw. Sicherheit auf der einen und effizienzsteigernder Förderung auf der anderen Seite. Da das Risiko

Foto: Christian Kiel (Berlin)



mangelnder Teilhabe vor allem in ökonomisch schlechter gestellten Gruppen kumuliert, sind dann aber Umverteilungen von jeweils einkommstärkeren Gruppen zu einkommenschwächeren Gruppen unvermeidlich. Denn Teilhabe- bzw. Chancengerechtigkeit ist notwendigerweise mit Umverteilungsnotwendigkeiten verbunden. Ein Tatbestand, der auch den Wortführern der ersten Position einleuchten sollte.

Ein Resümee beider genannten Positionen verdeutlicht, dass sie aus zunächst unterschiedlicher Perspektive zu sehr vergleichbaren Ergebnissen kommen können. Interessant ist, dass die zweite Position von den Protagonisten der ersten Position weitgehend mitgetragen werden kann. Vorausgesetzt allerdings, die Systeme zur Schaffung von Teilhabe und sozialer Sicherung genügen ihrer Forderungen nach Leistungsanreizen. Da auch in der zweiten Position der Gedanke der Leistungsgerechtigkeit als Basis einer Erzeugung »freiwilliger Leistungsbeurteilung« besteht, geht es in beiden Positionen um eine wechselseitig fördernde Balance zwischen Sicherheit und Effizienz.

## 2. Philosophische Leitideen sozialer Gerechtigkeitskriterien

Je nach Geltung unterschiedlicher Gerechtigkeitskriterien können gleiche oder auch ungleiche Verteilungen von Gütern oder Positionszugängen als gerecht oder ungerecht gekennzeichnet werden. So verstößt beispielsweise das Gerechtigkeitkriterium des Egalitarismus, der eine Verteilungsgleichheit anstrebt sowohl gegen eine Chancengleichheit, etwa für jene, die größere Bedürfnisse haben (z.B. Invaliden) als auch gegen eine Leistungsgerechtigkeit, etwa für jene, die zum Nutzen anderer höhere Anstrengungen vollbracht haben. Auf der anderen Seite verstößt eine leistungsgerechte Verteilung nicht selten gegen eine Chancen-

gleichheit, da selektive und ungleiche Grundverteilungen Ergebnisse vorwegnehmen.

### Die markt-libertäre Position

Ausgangsbasis der libertären Position (John Locke, Friedrich A. Hayek, Robert Nozick) ist das Recht jeden Individuums, über die eigene Person und über alles, was sie durch Talente und eigene Produktivität hervorgebracht hat, frei und unbegrenzt verfügen zu können. Jede Einzelperson kann dann alle Güter, die sie durch ihre Arbeit oder durch Anwendung der von ihr in Besitz genommenen Ressourcen erworben hat, durch gleichwertige Güter anderer Personen austauschen. Unter der Voraussetzung, dass das Procedere des Austausches auf Freiwilligkeit basiert, ist auch das Ergebnis unabhängig des Verteilungsergebnisses gerecht. Im Ergebnis steht eine deutliche Ablehnung sozialstaatlicher Korrekturen an marktinduzierten Einkommens-, Eigentums- und Wohlfahrtsituationen. Allein eine staatliche wirtschaftliche Mindestsicherung soll jenen helfen, die sich in Worten Hayeks, »selbst nicht erhalten können« (ebd.: 382). Sie sei moralisch Pflicht, diene aber auch der politischen Stabilität sowie als gesellschaftlich funktionsunterstützende Mobilitätshilfe, indem sie jenen, denen durch »Wechselfälle des Lebens« die eigenen Sicherungsgrundlagen entzogen wurde, die Wiedererlangung austauschbarer Leistungskraft ermöglicht. Diese Leistungen dürften ein marginales Niveau nicht überschreiten, da ansonsten leistungs- und freiheitsabträgliche Wirkung entstehen, die aus dieser Perspektive keine Legitimationsbasis haben.

In dieser Position wird also eine marktvermittelte Leistungsgerechtigkeit als effizienzsteigerndes Kriterium hervorgehoben. Unberücksichtigt bleiben allerdings zum einen soziale Mechanismen der Schließung und Ausgrenzung (einschließlich von Konzentration- und Monopolbildungen) sowie zum zweiten sozial, kulturell und ökonomisch »ererbte« Herkunftslagen und ihre Wirkungen auf die individuellen Gestaltungschancen. Beides unterminiert jedoch, die von Libertären hervorgehoben Effizienz- und Leistungsprinzipien. Ein Grund dafür, dass linke Libertäre eine starke Einschränkung des Erbrechtes und stricte öffentliche Kontrolle und Verhinderung von wirtschaftlichen Kartell- und Monopolbildungen fordern.

### Die pluralistische (kommunitaristische) Position

Anders als Markt-Libertäre sind pluralistische Positionen (David Miller; Michael Walzer) von der Auffassung geleitet, dass die in einer Gesellschaft zur Verfügung stehenden Güter sehr unterschiedlich seien. Festgestellt wird, es gebe unterschiedlichste Gerechtigkeitssphären, in denen unterschiedliche Verteilungskriterien gelten. Um ein gerechtes Ergebnis zu erzielen darf ein Kriterium, das in einer Sphäre Gültig-

keit besitzt (etwa Effizienz im Erwerbssystem), nicht in andere (etwa medizinische Pflege oder Bildung) hineinregieren. So müssen dann Belohnung und Strafe nach Verdienst verteilt werden, die Geschäfte nach Fähigkeiten, politische Funktionen nach demokratischen Beschlüssen der Gemeinschaftsmitglieder, medizinische Pflege nach Bedürfnissen, Einkommen nach Effizienz usw. Störung der Sphärenabhängigkeiten durch Übertragung von Kriterien bedeutet hier Ungerechtigkeit. Ungleiche Verteilungsleistungen innerhalb der Sphären sind hingegen möglich und wahrscheinlich. Die Auftrittswahrscheinlichkeit für Personen in den jeweiligen Sphären seien jedoch unterschiedlich. Dementsprechend würden Personen in einzelnen Sphären hohe, in anderen niedrige Verteilungsleistungen erhalten. Darüber hinaus verbindet sich mit dieser Position die Auffassung, dass Entscheidungen über Verteilungsleistungen – mit Ausnahme von Mindeststandards – lokalen Gemeinschaften zu überlassen seien. Sie würden effizienter agieren als staatliche Bürokratien und seien zudem besser in der Lage, Einzelfällen gerechter zu beurteilen.

Diese Auffassung ist durch zwei Schwierigkeiten gekennzeichnet. Zum einen idealisiert sie die Unabhängigkeit gesellschaftlicher Sphären zueinander. Eine Gesellschaft komplexer Verschiedenheit gilt als Gesellschaft komplexer Gleichheit. Diese These übersieht allerdings, dass in modernen Marktgesellschaften unauflösbare Verflechtungen zwischen den Sphären und damit universal gültige Austauschregeln, Bindungen und rechtliche Normen gelten. Gerechtigkeitkriterien verlieren sich nicht in Sphären. Sie bleiben auf Effizienz (und damit Leistungsgerechtigkeitswerten) auf der einen und Sicherheit (und damit Teilhabechancen und Verteilungskorrekturen) bezogen, auch wenn die jeweilig konkrete Ausgestaltung spezifische Maßnahmen zur wechselseitigen Stärkung der Effizienz-Sicherheits-Balance beinhaltet (siehe Abschnitt 4).

Die zweite Schwierigkeit besteht in der kommunitaristischen Idealisierung lokaler gemeinschaftlicher Gerechtigkeitfindung. Zum einen bleibt unberücksichtigt, dass universelle und gesamtgesellschaftlich geltende und staatlich durchgesetzte Gerechtigkeitssnormen in erheblichem Umfang Handlungssicherheiten bieten und (auch bei kritisch zu reflektierenden Effizienzproblemen staatlicher Bürokratien) durchaus gesellschaftsweit Transaktionskosten (die mit immerwährenden Aushandlungen verbunden wären) mindern. Zum anderen sind lokale beteiligungsorientierte Gerechtigkeitssysteme anfällig gegenüber Klientelismus und – im Zuge von Sphärenüberschreitungen – kaum zu kalkulierenden Ungleichverteilungen und Machtmonopolisierungen. Doch selbst wenn es gelänge, eine zivilgesellschaftliche Selbstorganisation zu fördern und (mit Hilfe übergemeinschaftlicher Kontrollinstanzen) zu erhalten,

bestünde ein – schon von Alexis de Tocqueville (1997) angesprochenes – Problem fort, der Umgang von Mehrheiten mit Minderheiten. Ohne gesamtgesellschaftlich institutionalisierte universelle Gerechtigkeitsnormen und sozialer Grundleistungen besteht seitens von Mehrheiten die Gefahr einer dauerhaften Marginalisierung von Minderheiten, wobei dann weniger Teilhabechancen, als eher karitative und sozial befriedende Sozialleistungen diejenigen erreichen, die nicht aus eigener Kraft dem Mainstream einer zivilbürgerlichen Mehrheit folgen können.

Wie schon bei der markt-libertären Position bestehen auch hier eher Negativwirkungen auf Effizienz-Sicherheits-Balancen als die erwünschten positive Wechseleffekte.

### Die liberal-wohlfahrtsstaatliche Position

Eine tragfähige Balance zwischen Effizienz und Sicherheit liefert demgegenüber die liberal-wohlfahrtsstaatliche Position, wie sie vor allem von John Rawls (1975) entfaltet wurde. Er versucht die Prinzipien einer gerechten Gesellschaft durch hypothetische Verträge unter einzelnen Gemeinschaftsmitgliedern zu bestimmen. Wie Hayek denkt er Gesellschaft von Individuen aus. Diese seien nutzenmaximierend und wollen über gesellschaftliche Grundgüter (wie Selbstachtung, Freiheit, Chancen, Einkommen) lieber in höherem als in geringerem Maße verfügen. Wenn nun ein sogenannter »Schleier des Nichtwissens« über die Chancen und Risiken des individuellen Lebensverlaufs und den relevanten Eigenschaften und Kriterien zur Erreichung von Grundgütern gezogen wird, dann werden die Individuen in der Ausgestaltung ihrer Austauscharrangements versuchen, einerseits hohe Anteile an Grundgütern zu bekommen, andererseits Risiken, nichts zu erhalten, zu minimieren trachten. Gefangen in dieser hypothetischen Unwissenheit wird ihnen ein moralischer Standpunkt aufgezwungen, den alle auch dann als fair bezeichnen können, wenn der Schleier gelüftet wird.

Zwei Verteilungsregeln erweisen sich dabei als allgemein zustimmungsfähig. Die erste und vorrangige Verteilungsregel verlangt eine gleiche Verteilung von formalen Grundfreiheiten und politischen Rechten. Verfahrensgerechtigkeit ist heute in allen Theorien unumstritten und in rechtsstaatlich verfassten Demokratien umgesetzt. Die zweite Verteilungsregel entwirft einen Grundsatz einer sozio-ökonomischen Gerechtigkeit. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu regeln, dass sie sowohl (a) den am wenigsten Begünstigten die bestmöglichen Aussichten bringen als auch (b) mit Ämtern und Positionen verbunden sind, die allen gemäß der fairen Chancengleichheit offen stehen“ (ebd.: 81). Gerade der zweite Grundsatz gilt als umstritten. Lohnspreizung, Vermögensbildung, Steueraufwendungen für Bildung und Forschung usw. sind gemäß der zweiten Verteilungsregel kritisch danach zu hinter-

fragen, welche Teilnutzen sie für weniger Begünstigte bereitstellen. Hier enthebt sich der liberale Rawls von der klassisch liberalen Position, die eine prinzipielle Effizienz und evolutionäre Moral des Marktes konstatiert, die jeder durch Verstand (Kognitionsproblem) oder politischer Mehrheitsmeinung (Sonderinteressenproblem) geprägten Entscheidung überlegen sei.

Anders als die zwei zuvor genannten Positionen stellt Rawls nun tatsächlich (staatliche) Institutionen in den Vordergrund seiner Überlegung, indem er sie als wichtigste Adressaten für Gerechtigkeitsforderungen ansieht. Märkte seien unübertroffenen in ihrer Allokationseffizienz, eine Entstehung gerechter gesellschaftlicher Zustände leisten sie jedoch nicht, da ja schon die Zugänge zu Märkten ungleich verteilt seien. In die politische, wirtschaftliche und soziale Verfassung einer Gesellschaft müssen deshalb Institutionen eingeschrieben werden, die Grundgüter fair zu verteilen in der Lage sind.

Damit eignet sich die liberal-wohlfahrtsstaatliche Position am besten für die Gerechtigkeitsüberlegungen eines modernen Sozialstaates, die eine wechselseitig stärkende Balance zwischen leistungsgerechter Effizienz und chancengerechter und umverteilender Sicherheit anstrebt. Rawls wird deshalb für die folgenden Überlegungen zu handlungsraum-spezifischen Maßnahmen als Bezugsgröße dienen.

### 3. Gerechtigkeit zwischen Sicherheit und Effizienz in ausgewählten politischen Handlungsfeldern

Im Folgenden soll beispielhaft verdeutlicht werden, in welcher Weise Leistungsgerechtigkeit, Chancen- oder Teilhabegerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit in eine wechselseitig stärkende Balance zwischen Sicherheit und Effizienz überführt werden können. Dabei erwartet die Öffentlichkeit überzeugende Antworten auf die Frage: Wie ist eine gesicherte Lebensführung und Wohlfahrtsproduktion möglich? Die Antworten hierauf müssen angesichts zeitveränderlicher Herausforderungen und auf der Basis des Erreichten immer wieder neu gefunden werden.

Die zentralen Herausforderungen heute sind: (a) Globalisierung, die weltweit sowohl Wirtschaftsräume und soziale Kulturen als auch ökologische, wirtschaftliche und soziale Probleme zusammenführt. (b) Neue Arbeitswelten, die flexiblere Anpassungen sowohl von den Akteuren am Arbeitsmarkt wie auch von institutionellen und betrieblichen Strukturen verlangen. (c) Neue Lebensentwürfe und Muster des Zusammenlebens etc., die im Zuge der wohl-

fahrtsstaatlichen Entwicklung freiere Formen fanden und zugleich durch neue partnerschaftliche Risikoarrangements zur Bewältigung flexibler Bildungs- und Arbeitsanforderungen gekennzeichnet sind. (d) Demographische Verwerfungen, vor allem in modernisierten Gesellschaften, und ihre Folgen für Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialsysteme. (e) An Pfadabhängigkeiten gebundene staatliche Steuerungssysteme, deren Erfolge der Vergangenheit vielfach Ursache inflexibler Gestaltungsmöglichkeiten in der Gegenwart sind, die jedoch angesichts neuer Herausforderungen ihr Wirken an einer neuen Balance zwischen Effizienz und Sicherheit ausrichten müssen, da sonst die Grenze politischer Handlungsunfähigkeit überschritten wird. Doch nicht nur die Herausforderungen haben sich verändert, auch die Basis der Antworten ist von der historischen Zeit abhängig.

Die heutige Suche nach einer Balance zwischen Sicherheit und Effizienz und eine Bearbeitung von neuen und fortbestehenden Risiken einer flexibleren Lebensführung kann auf einem ungleich höheren Niveau ansetzen, als noch in den 70er Jahren

### Armutsbekämpfung

Die Vermeidung und Bekämpfung von Armut gilt in allen Gerechtigkeitsansätzen als vorrangiges Ziel. Nur ein Leben über der Armutgrenze sichert Autonomie und Würde. Nur eine gesicherte Lebensbasis ermöglicht die Integration in ein System der Schaffung kollektiver Güter und überindividueller Wohlfahrt auf der Grundlage individueller Qualifikation und Arbeit. Dabei stellen Armutsvermeidung und soziale Transfers eine notwendige, jedoch keinesfalls hinreichende Bedingung für eine soziale, kulturelle und ökonomische Integration dar. Nicht passive Fürsorge im Sinne einfacher Umverteilungen, sondern eine aktive Förderung der Selbstorganisation sind dabei in den Vordergrund zu stellen. Umverteilungen zur Wahrung von Chancengerechtigkeit sind notwendig.

Doch vor allem Anreize zu einer der Lebenssituation angepassten Leitungsförderung sind geeignet, zugleich Sicherheit und Effizienz zu stärken. Eine der Lebenssituation angepassten Leistungsförderung bedeutet dann, eine zielgerichtete

Die Öffentlichkeit erwartet überzeugende Antworten auf die Frage: Wie ist eine gesicherte Lebensführung und Wohlfahrtsproduktion möglich?

Abstimmung mit familiären und gesundheitlichen Lagen und/ oder qualifizierenden und arbeitsmarkt-integrativen Maßnahmen zu erreichen. Sie kann dann statusnah über das Maß der Mindestversorgung hinausweisen, wenn zugleich Pflichten zu einer aktiven Mitwirkung institutionalisiert sind.

# DEMO – Die kommunale Kompetenz



Immer nah dran. Lesen Sie jeden Monat, was in Deutschlands Städten, Kreisen und Gemeinden gedacht und getan wird.

- Hintergründe und Informationen zu aktuellen Schwerpunktthemen
- Best-Practices-Beispiele für moderne, soziale und nachhaltige Kommunalpolitik
- Regelmäßige Reporte zu kommunalen Dienstleistungen, Energie, Verkehr, öffentlichem Raum u.a.
- Extras zu Ländern, Städten und Regionen
- Tipps, Termine, Personalien, Buchhinweise
- Und zwischen den Heften kostenlos der DEMO-Newsletter (Anmeldung: [seeger@demo-online.de](mailto:seeger@demo-online.de))

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeheft:

Tel.: (0 30) 2 55 94 - 130, Fax:(0 30) 2 55 94 - 199, [www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)



## Bildung

Hohe staatliche Investitionen in Bildung und Ausbildung sind weder in der philosophischen noch in der politischen Diskussion umstritten. Die Ausbildung von Kompetenzen und Qualifikationen beeinflussen nicht nur die individuellen Lebenschancen, sondern sind zugleich Grundlage für die Schaffung kollektiver Güter einer gemeinschaftlichen Wohlfahrtsproduktion. Solange höhere Bildungsleistungen mit besseren Beschäftigungs- und Einkommenschancen einhergehen, bestehen individuelle Anreize zur Bildung und (im Falle von Steuerprogression) Refinanzierungswirkungen. Lernmittelfreiheit und freier Zugang zu Bildung sind Grundlage einer chancengerechten Teilhabe an einer sicheren Lebensführung. Jüngst haben die PISA-Ergebnisse die Vielzahl nationaler Studien in der Auffassung bestätigt, dass das deutsche Bildungssystem nicht in der Lage ist, ungleiche Herkunftschancen auszugleichen. Trotz Niveauhebung bestehen Chancengerechtigkeiten fort, die heute allerdings mit deutlich sichtbaren Effizienzproblemen verbunden sind. Steigende Anforderungen an Kompetenz und Qualifikation im Erwerbsleben, gepaart mit einem zunehmenden demographisch bedingten Mangel an jüngeren qualifizierten Kräften, rechtfertigen und erfordern deutliche höhere Anstrengungen als bisher. Das im internationalen Wohlfahrtsstaatvergleich zum Teil geringe Niveau der deutschen Bildungsausgaben bietet vor diesem Hintergrund Anlass zur Sorge. Eine Steigerung schulischer Qualität erfordert: mehr schulische Zeit für Lernen und Kooperation (innerhalb und über die Schulgrenzen hinaus). Hinzukommen müssen Integrationsbemühungen, etwa durch eine integrative Zusammenführung von Haupt- mit Realschulen, um stigmatisierende Effekte auf Seiten der Schüler aber auch der Lehrer zu vermeiden.

Zumindest für den tertiären und sekundären Bildungsbereich besteht insgesamt in der Gerechtigkeitsforschung eine relativ große Einigkeit über das Primat einer öffentlichen Versorgung. Anders stellt sich die Situation im Hochschulbereich dar. Hier wird eine Fortschreibung einer Privilegienstruktur konstatiert, da Abgänger mit individuell besseren Verdienst- und Lebenschancen belohnt werden. Finanzierungsbeiträge von Studenten (von bspw. 500,- im Semester) können dabei durchaus als sozial gerecht gelten, zumal eine Reihe anderer weiterführender Ausbildungswege (etwa die Meisterausbildung und Wege im Gesundheitsbereich usw.) durch deutliche Kostenbeteiligungen gekennzeichnet sind. Positive Effekte sind dabei vor allem innerhalb der Universität zu erwarten. Zahlende Studierende haben höhere Erwartungen an die Organisation und die Qualität der Lehre. Letztere ließe sich durch die Finanzierungswirkung durchaus verbessern. Die höheren Erwartungen sollten jedoch auch in Form von wir-

kungsvollen Mitsprachemöglichkeiten bei der Evaluation des Lehrkörpers genutzt werden.

## Arbeitsmarktintegration

Erwerbsarbeit ist das zentrale Mittel für ökonomische Ressourcen. Dies gilt aufgrund der nach wie vor hohen Abhängigkeit der Transferleistungen der sozialen Sicherungssysteme (insb. Rente, Arbeitslosengeld, Krankengeld) auch über die Zeit der unmittelbaren Einbindung in die Erwerbsarbeit hinaus. Zudem ist Erwerbsarbeit ein zentrales Mittel der sozialen Anerkennung, der mentalen Stabilität, Motivation sowie der kulturellen Bindung und qualifikatorischen Förderung. Insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit verletzt die individuelle Autonomie und das Selbstwertgefühl und führt nicht selten zu nachhaltigen Risiken in Wahrung und Rückgewinnung von Lebenschancen. Die gestiegene Zahl jener, die vom Zugang zu Arbeit ausgeschlossen sind, wie auch jene, die aus individuellen, betrieblichen oder arbeitsmarktstrukturellen Gründen von Ausschluss bedroht sind und nicht zuletzt jene, die zunehmend flexibel und selbstverantwortlich ihre Lebensführung gestalten, erwarten nachhaltig wirksame Antworten auf Herausforderungen und die Frage: Wie ist eine sichere Lebensführung möglich?

Die Antwort: Erwerbstätigenquote steigern! Bei dieser, auch im »Scholz-Papier« aufgestellten Leitlinie handelt es sich um eine realistische Abkehr von dem alten Primat Vollbeschäftigung. Letzte bleibt erstrebenswert ist jedoch utopisch, angesichts der über 4 Mill. registrierten Arbeitslosen und der weiteren etwa 3 Mill. Menschen, die bei Verbesserung der Arbeitsmarktsituation ihre Integration in den Arbeitsmarkt versuchen werden. Gleichwohl lässt sich die Bundesregierung am Abbau der Arbeitslosigkeitszahlen messen, ein – nicht zuletzt aufgrund des Verhaltens »stiller Reserven« und einer Überschätzung politischer Möglichkeiten – gleichermaßen riskantes wie dummes Unterfangen.

Richtig bleibt der Versuch, mehr Menschen in das System der Erwerbsarbeit zu integrieren. Deutlich stärker als bisher sind dabei allerdings Mobilitätsmöglichkeiten am Arbeitsmarkt zu schaffen. Mobilität ist dann effizient, sicher und gerecht, wenn längere abgesicherte und gesellschaftlich klar definierte Zeiten der Nichtarbeit, etwa um Kinder zu erziehen, sich beruflich weiterzubilden, eine Selbständigkeit vorzubereiten, ein soziales Engagement auszuüben etc., Freiräume für die Beschäftigung derzeit Arbeitsloser schafft. Im Grundsatz gilt die Erwartung, hohe Wiedereintrittschancen würden phasenweise freiwillige Austritte und damit eine arbeitsmarktförderliche Mobilitäten erhöhen. Der Weg zu einem solchen Umverteilungssystem von Arbeit ist weit, zwischen Verbänden und Parteien abzustimmen, aber auch in einzelnen Schritten begehbar.

## Alterssicherung

Ein statusnahes und durch Erwerbsarbeit getragenes beitragsbezogenes Alterssicherungssystem ist leistungsgerecht und stimuliert Motivation noch zu Erwerbszeiten, vorausgesetzt es vermittelt ausreichende Sicherheit. Leistungen, die nicht auf Erwerbsarbeit basieren sollen, gleichwohl als gesellschaftlich förderlich bestimmt werden (wie etwa Kindererziehungszeiten, Bildungszeiten etc.), sind steuerlich zu finanzieren, da sie in ihren Positivwirkungen nicht auf Beitragszahler beschränkt sind. Dabei sind steuerliche Anteile vor allem dahingehend zu stärken, dass eine gesellschaftlich förderliche Mobilitätsbereitschaft zwischen Arbeit, Bildung und familiärer und sozialer Betreuung befördert wird.

Solange die Grundsätze der Leistungsgerechtigkeit und Sicherheit gewahrt bleiben, können Leistungen im Zuge einer demographischen Vorbereitung gesenkt werden. Als gerecht empfunden werden solche Kürzungen vor allem dann, wenn sie schon heute dem Erhalt der sozialen Sicherungsbasis durch Förderung junger Generationen (etwa in der Familien- und Bildungspolitik) zugute kommt und politisch direkt hieran gekoppelt wird.

spw 4 / 2003

## Literatur

- Hayek, Friedrich August von (1971): Die Verfassung der Freiheit. Tübingen
- Hayek, Friedrich August von (1996): Die Anmaßung von Wissen. Tübingen
- Kersting, Wolfgang (1999): Gleiche gleich und Ungleiche ungleich: Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit. In Dornheim, Andrea u.a. (Hg.): Gerechtigkeit. Opladen
- Kersting, Wolfgang (Hg.) (2000): Politische Philosophie des Sozialstaats. Weilerwist
- Locke, John (1999): Über die Regierung. Stuttgart
- Mahnkopf, Birgit (2001): Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus. In: Prokla 121: 489-525
- Merkel, Wolfgang (2001): Die Dritten Wege der Sozialdemokratie ins 21. Jahrhundert. In: Berliner Journal für Soziologie 10, S. 99-124.
- Meyer, Thomas (2001): Grundwerte im Wandel. In: Münterfering, Franz; Machnik, Matthias (Hg.): Sicherheit im Wandel. Neu Solidarität im 21. Jahrhundert. Berlin 13-30
- Miller, David (2002): Principles of Social Justice. Cambridge, Mass. u.a.
- Nozick, Robert (1976): Anarchie, Staat, Utopia. München
- Rawls, John (1975): Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt
- Rawls, John (1993): Political Liberalism. New York
- Scholz, Olaf (2003): Gerechtigkeit und Solidarische Mitte im 21. Jahrhundert. Programmdialog Gerechtigkeit. (Manuskript) Berlin
- SPD (2000): Grundwerte heute: Gerechtigkeit. Dokumentation der Podiumsdiskussion vom 200 in Berlin
- SPD (2001): Wegmarken für ein neues Grundsatzprogramm. Zwischenbericht der Grundsatzkommission an den Parteitag der SPD in Nürnberg 2001
- Schröder, Gerhard (2000): Die zivile Bürgergesellschaft. Zur Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft. In: Neue Gesellschaft 47: 200-207
- Tocqueville, Alexis de (1997): Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart
- Thierse, Wolfgang (2001): Justice Remains to be the Basic Core Value of Social-Democratic Politics. In: Cuperus, René u.a. (Hg.): Multiple Third Ways. Amsterdam 135-149
- Walzer, Michael (1992): Sphären der Gerechtigkeit. Frankfurt a.M.

# Das Oktober-Heft ist da!



Populismus pur:  
**Kanzler auf  
Ostalgiewelle**

**3**  
Heft  
  
**5**  
Euro

Dreimal EULENSPIEGEL zum Preis von zwei! Wenn Sie 5 Euro (bar, Scheck oder Briefmarken) an die Redaktion »Eulenspiegel«, Gubener Str. 47, 10243 Berlin, Kennwort »spw«, schicken, erhalten Sie die »Eule« 3 Monate frei Haus. Ohne Risiko: Das Probe-Abo endet nach drei Monaten automatisch.  
[www.eulenspiegel-zeitschrift.de](http://www.eulenspiegel-zeitschrift.de)

# Umverteilen – aber was?

## Warum Sozialdemokraten über Gerechtigkeit nachdenken müssen

Von Olaf Scholz

### I.

Was kann heute eigentlich als gerecht gelten? Darüber ist in der SPD in den vergangenen Wochen eine kontroverse und gerade deshalb produktive programmatische Debatte entbrannt, die auch in der Öffentlichkeit insgesamt auf beträchtliches Interesse stößt. Es ist offensichtlich: Dieses Thema der Sozialdemokratie bewegt die Menschen. Aber warum ist das so? Und warum gerade jetzt? Mir scheint die Antwort ziemlich naheliegend: Die bestehenden sozialstaatlichen Arrangements und Institutionen geben auf die legitimen Gerechtigkeitserwartungen von immer mehr Menschen immer unbefriedigendere Antworten. Die großen Herausforderungen der globalisierten Wirtschaft und der gesellschaftlichen Alterung, die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte und die langfristig verfestigte Massenarbeitslosigkeit verbinden sich zu einem komplizierten Problemensemble, dem offensichtlich keine am Status quo orientierte Politik mehr gerecht werden kann. Wir müssen neue Wege einschlagen – aber welche? Bei den Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sowie in vielen Gruppen der Gesellschaft, etwa in den Kirchen und in den Gewerkschaften wächst in dieser Lage die Einsicht, dass wir neu darüber nachdenken müssen, was gerecht ist und was nicht. Mit ihnen zusammen und nicht nur unter sich müssen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Debatte darüber führen, mit welchen veränderten Mitteln das bleibende Ziel der Gerechtigkeit in Zukunft am besten verfolgt werden kann.

### II.

Meine regulative Idee der Gerechtigkeit lautet: Gerecht ist, was Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben so zu gestalten und zu organisieren, wie sie es selbst gerne gestalten und organisieren möchten; gerecht ist, was die Menschen stärkt. Deshalb bedingen sich Gerechtigkeit und Freiheit wechselseitig: Eine Politik, die Menschen dauerhaft in Abhängigkeit bringt, sie entmündigt oder ihnen Selbstrespekt und Selbstachtung nimmt, kann weder gerecht noch freiheitlich sein. Ihrem Selbstverständnis nach ist die Sozialdemokratie zuallererst eine Emanzipationsbewegung gewesen. Dem sozialdemokratischen Menschenbild entspricht daher ein Verständnis von Gerechtigkeit, das den Bezug zu einer Lebenschancen ermöglichenden Freiheit stets im Blick behält. Gerecht

ist deshalb gerade auch, was die Voraussetzungen dafür schafft, dass mündige Menschen in diesem Sinne ihre eigenen Pläne verfolgen können. Der jüngst verstorbene amerikanische Sozialphilosoph John Rawls nannte diese Voraussetzungen die „Grundgüter“ der Gerechtigkeit. Es geht dabei um Grundrechte, Grundfreiheiten und Chancen, um allgemein dienliche Mittel wie Einkommen und Besitz, um Respekt und Selbstrespekt. „Diese Güter“, schrieb Rawls, „sind Dinge, die freie Bürger als freie und gleiche Personen benötigen, und Ansprüche auf sie gelten als angemessene Ansprüche.“ Den Menschen solche Grundgüter in möglichst umfassender Weise zur Verfügung zu stellen ist deshalb eine Bedingung dafür, dass politische und soziale Gerechtigkeit überhaupt möglich wird.

Unter den Bedingungen des intensiven und fortgesetzten Wandels der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen muss nun aber immer wieder aufs Neue bestimmt werden, wie dem Ziel der Gerechtigkeit am besten gedient ist. So hat die Tatsache, dass Menschen nach dem Ende des Industrialismus als gesellschaftsprägender Lebensform – empirisch völlig unbestreitbar – einen veränderten, verstärkt individualisierten Anspruch auf ein selbstbestimmtes und selbstverantwortetes Leben erheben, erhebliche Auswirkungen darauf, was sie für gerecht halten und was für ungerecht. Und so erfordert etwa der beschleunigte Umbruch zu einer wissensintensiven Wirtschaft die Einsicht, dass sich die Voraussetzungen künftiger Gerechtigkeit von den Voraussetzungen bisheriger Gerechtigkeit unterscheiden können. Kein Zweifel, das emanzipatorische Ziel, auch in Zukunft eine möglichst große Zahl von Menschen in den Genuss der Rawls'schen „Grundgüter der Gerechtigkeit“ kommen zu lassen, kann politische Entscheidungen erfordern, die von den noch durch die Erfahrungen und Gerechtigkeitsintuitionen des Industrialismus geprägten Menschen partiell durchaus als ungerecht wahrgenommen

werden. Das erlebt die SPD gerade in diesen Monaten. Aber worin bestünde die Alternative zu einem zeitgemäßen Gerechtigkeitsverständnis für das 21. Jahrhundert, wo doch die Bedingungen des 20. Jahrhunderts vergangen sind und auch nicht mehr zurückkehren werden?

### III.

Gerecht ist gewiss nicht der Wandel als Selbstzweck. Allerdings findet der Umbruch der gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen in rascher Weise ohnehin statt. Jeder statische Gerechtigkeitsbegriff droht unter diesen Bedingungen von den fortwährenden Veränderungsprozessen ad absurdum geführt zu werden. Klar ist daher auch, dass *kein* Wandel und *keine* Veränderung, *kein* Aufbruch und *keine* Erneuerung in der gegenwärtigen Verfassung unseres Gemeinwesens auf jeden Fall ungerecht sind: Die fortgesetzt hohe und über die Jahre strukturell wie konjunkturell weiter gestiegene Arbeitslosigkeit beschneidet heute die Teilhabechancen viel zu vieler Menschen, ja noch ihrer Kinder und Kindeskinde, in unserem Land. Es droht damit das Auseinanderfallen unserer Gesellschaft in strukturelle „Insider“ und „Outsider“ des Sozial- und Wirtschaftssystems, die einander auch im Alltag immer weniger begegnen. Die einen sind drin, die anderen draußen; die einen ziehen in die guten Viertel, die anderen bleiben zurück in den zunehmend abgehängten Stadtquartieren und benachteiligten Regionen; die einen sind in der Wissensgesellschaft angekommen, die anderen verlie-

ren den Anschluss. So nimmt die soziale, kulturelle und räumliche Entmischung zu.

Nicht erst seit den bedrückenden Ergebnissen der PISA-Studie sowie der aktuellen OECD-Studie *Bildung auf einen Blick* wissen wir, dass die allgemeine soziale Aufwärtsdynamik in Deutschland zum

Stillstand gekommen ist – übrigens: anders als bei einer Anzahl unserer europäischen Nachbargesellschaften. Doch die Verteilung individueller Lebenschancen darf nicht von vornherein vorausbestimmt sein durch die soziale, regionale oder ethnische Herkunft eines Menschen. Dieses normative Leitbild muss die SPD behaupten und sich, wenn nötig, aufs Neue wieder erarbeiten. Die beiden Politikfelder, auf denen angesichts dieser Umstände zukünftig darüber entschieden wird, ob unsere Gesellschaft imstande ist, möglichst allen Menschen Teilhabechancen zu geben, heißen Bildung und Arbeit. Auf diesen Gebieten vor allem erweist sich der Gerechtigkeitsgrad unseres Gemeinwesens, auf diesen Gebieten müssen Sozialdemokraten deshalb ihrem emanzipatorischen Erbe gerecht werden.

So hat die Tatsache, dass Menschen einen veränderten Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben erheben, Auswirkungen darauf, was sie für gerecht halten.

Das war viele Jahrzehnte lang die besondere Stärke unserer Partei: der moralische Anspruch, bessere Chancen und ein besseres Leben in einer gerechteren Welt für immer mehr Menschen zu erkämpfen. Ohne solch eine übergeordnete Mission und Vision aber kann eine sozialdemokratische Partei auf die Dauer gar nicht existieren – jedenfalls dann nicht, wenn sie den für sie konstitutiven Glauben an die besondere historische Legitimität ihrer Aufgabe nicht verlieren will. Die Chance, eine Sinndimension sozialdemokratischer Politik im Kampf für bessere und gerechtere Verhältnisse gleichsam neu zu entdecken, kann sich als befriedigendes Aha-Erlebnis für die Partei erweisen – sofern sie diese Chance erkennt und entschlossen ergreift.

#### IV.

Wenn gerecht ist, was Menschen zu zeitgemäßen „Grundgütern“ und damit zu Lebensperspektiven verhilft, dann ist heute und in überschaubarer Zukunft nichts so gerecht wie die entschlossene Ausweitung von Bildungschancen und Bildungszugängen auf allen Ebenen der Gesellschaft. So betont der renommierte Sozialstaatsforscher Gøsta Esping-Andersen in seinem jüngsten Buch *Why We Need a New Welfare State* (Oxford 2002) die dringende Notwendigkeit einer integrierten „child-centered social investment strategy“, also einer Strategie sozialer Investitionen, die von vornherein auf die präventive und nachhaltige Vermeidung der Ursachen von Arbeitslosigkeit und gesellschaftlichem Ausschluss abzielt, statt erst dann mit Transfers oder Maßnahmen einzugreifen, wenn der soziale „Schadensfall“ von Arbeitslosigkeit, gesellschaftlicher Marginalisierung oder Exklusion bereits eingetreten ist.

Hier vor allem, in der bestmöglichen Verteilung von Lebenschancen wird sich deshalb im 21. Jahrhundert der Gerechtigkeitsgehalt sozialdemokratischer Politik erweisen. „Das

wirklich Überraschende an den neuen Formen des Kapitalismus ist die Art, wie er ... Ungleichheit erzeugt“, schreibt der amerikanische Soziologe Richard Sennett zu Recht. Wachsende Ungleichheit und schwindende Versorgung mit den „Grundgütern“ der Gerechtigkeit werden heute und in Zukunft aber vor allem durch Mangel an Bildung hergestellt. Deshalb gilt unter den Bedingungen immer stärker wissenschaftstützter Ökonomie mehr als jemals zuvor: Gerechtigkeit ist Bildung – und Bildung ist Gerechtigkeit. Eben das macht den Zugang zu Bildung zu einem entscheidenden Thema. Bildung ist heute der zentrale Schlüssel, der den Weg zu den Grundgütern der Gerechtigkeit eröffnet. Wo Sozialdemokraten Bildung in ihrer ganz umfassenden gesellschaftspolitischen Dimension zum zentralen Leitmotiv ihrer Politik machen, da wird in der Tat der Pfad zu einer

neuen Politik der Gerechtigkeit eingeschlagen, die diesen Namen wirklich verdient.

Wo wir als Sozialdemokraten überzeugend darzulegen imstande sind, dass wir entschlossen und mit absoluter Vordringlichkeit für – selbstverständlich: qualitativ gute und zeitgemäße – Bildung für möglichst viele Menschen kämpfen, da erobern wir uns ein zentrales und zeitgemäßes Gerechtigkeitsprojekt von unmittelbarer Plausibilität. Stellen wir angesichts des unumkehrbaren Weges in die wissensintensive Wirtschaft nachweislich Bildung in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Gerechtigkeitspolitik, beweisen wir, dass wir verstanden haben, worin die Voraussetzungen einer gerechten und wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaft unter den ökonomischen Bedingungen des 21. Jahrhunderts bestehen.

#### V.

Die SPD wird sich auf diese Weise nicht nur ein gesellschaftspolitisches Offensivprojekt zurückerobern. Sie kann damit auch symbolisch, kulturell und emotional den Anschluss an für sie selbst formative, in den jüngsten Jahrzehnten aber eher in den Hintergrund getretenen Phasen ihrer eigenen Geschichte zurückgewinnen. Historisch gesehen war die Sozialdemokratie viele Jahrzehnte lang das genaue Gegenteil einer statisch auf Bewahrung ausgerichteten Partei. Sie war zuallererst eine Emanzipations- und Selbsthilfebewegung in Zeiten fundamentaler sozialer Umbrüche und Verwerfungen im Zuge von Industrialisierung und Urbanisierung, wobei Bildung von Anfang an als zentrales Mittel zur (Selbst-)Befreiung aus ungerechten Verhältnissen betrachtet wurde. Genau diesem An-

spruch muss die Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert unter neuen Bedingungen wieder gerecht werden. Die soziale und kulturelle Ermächtigung von Menschen, die anderenfalls mangels Fertigkeiten und Kenntnissen unweigerlich an die Rän-

der der Gesellschaft geraten würden, ist ein Anliegen, das eine sich ihrer Herkunft bewusste Sozialdemokratie schon aus normativ-moralischen Gründen mit neuer Dringlichkeit auf ihre Fahnen schreiben muss.

Mit neuer Dringlichkeit? Ich glaube schon. Natürlich können wir uns weismachen, die SPD sei in den vergangenen Jahren mit immer gleichbleibender Intensität und Vordringlichkeit die Partei der gerechten Bildungschancen und der sozialen Aufwärtsmobilität gewesen. Nur stößt sich diese Behauptung an der harten Wirklichkeit, wie sich nicht zuletzt im internationalen Vergleich zeigt. Die Wahrheit ist: Als Emanzipationsbewegung und Ermöglicher sozialer Aufwärtsmobilität waren wir schon einmal besser.

„Aufstieg durch Bildung“ – unter diesem sehr ernst gemeinten Motto rissen die Sozialdemokraten in den frühen sechziger Jahren des ver-

gangenen Jahrhunderts die öffentliche Meinungsführerschaft an sich. Bildungspolitik wurde zum Markenzeichen schlechthin der sozialreformerischen SPD jenes Jahrzehnts – mit enormem Erfolg für die Partei selbst, aber auch für die Bundesrepublik insgesamt. Damals machte sich eine in der Ära Adenauer betulich gewordene Gesellschaft entschlossen auf den Weg in eine bessere und gerechtere Zukunft, die Fortschritt für alle bringen sollte. Sozialer „Aufstieg durch Bildung“ wurde zur handfesten Erfahrung einer ganzen Gesellschaft.

Plötzlich waren Lebenswege nicht mehr durch soziale Herkunft festgelegt. Zu Millionen gelang den Kindern „kleiner Leute“ in der Ära von Willy Brandt und Helmut Schmidt der Ausbruch aus bildungsarmen Verhältnissen. Die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft wuchs deutlich; wer von unten kam, musste nicht mehr zwangsläufig unten bleiben. Fortschritt war möglich! Der Sohn des Bergarbeiters aus Dortmund-Eving konnte es nun zum Diplomingenieur bringen, die katholische Landwirtschafterin aus Niederbayern zur Psychologin. Und die Bildungsleitern, auf denen sie nach oben stiegen, hatten Sozialdemokraten aufgestellt. Es war die enge Verzahnung zwischen dem erfolgreichen Leben vieler Menschen und sozialdemokratischer Politik, der den bis heute bestehenden Lebensbund einer ganzen Generation mit der SPD begründete.

In den trägen Jahren der Ära Kohl wurde die Uhr des gerechten Fortschritts zum Stillstand gebracht, ja zurückgedreht. Seit 1998 haben wir sie unter sehr schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wieder zum Ticken gebracht. Der sichernde und schützende Sozialstaat in Deutschland existiert – im historischen und internationalen Vergleich in nahezu beispielloser Weise, und natürlich werden wir darum kämpfen, dass es dabei bleibt. Damit die Uhr des gerechten Fortschritts auch in Zukunft laufen kann, müssen wir sie heute neu aufziehen und justieren – davon handelt die aktuelle Debatte innerhalb der SPD. Dass diese Diskussion um ein zeitgemäß erweitertes Verständnis von Gerechtigkeit nicht im Entferntesten die Abkehr von den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit und der gerechten Verteilung bedeutet, versteht sich schon begrifflich von selbst. Die SPD wird auch im 21. Jahrhundert am Leitbild der sozialen Gerechtigkeit festhalten. Gerade deshalb müssen wir uns darüber verständigen, wie sich dieser Anspruch angesichts fundamental veränderter Konstellationen bewahren und erneuern lässt.

#### VI.

Heute müssen wir uns sehr ernsthaft fragen, in welchem Zustand sich die Bildungsleitern befinden, auf denen viele jener Kinder „kleiner Leute“ vor Jahrzehnten den sozialen Aufstieg geschafft haben: Sind sie nicht ziemlich morsch geworden? Sind nicht allzu oft die untersten Sprossen herausgebrochen? Scheitern nicht viele heute bereits deshalb am Einstieg in den Aufstieg? Und haben nicht auch die erfolgreich nach oben Ge-

## Die Wahrheit ist: Als Emanzipationsbewegung und Ermöglicher sozialer Aufwärtsmobilität waren wir schon einmal besser.

kletterten zugelassen, dass einige dieser Leitern hinter ihnen wieder eingezogen wurden?

Auch hier ist der empirische Befund eindeutig. Nach aktuellen internationalen Vergleichsstudien des Heidelberger Sozialstaatsforschers Wolfgang Merkel liegt Deutschland im Vergleich von 19 westlichen Industrienationen anhand der Kriterien von Armut, Bildung, Arbeitsmarkt, Sozialstaat und Einkommensverteilung nur auf dem elften Platz. Schon das ist bedenklich genug. Extrem besorgniserregend ist aber, dass Deutschland dabei gerade auf den Gebieten der Bildung und des Arbeitsmarktes besonders schlecht abschneidet – exakt dort also, wo über gerechte Lebenschancen und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes am meisten entschieden wird.

Nicht allein die unbestreitbaren Mängel des deutschen Bildungssystems im internationalen Vergleich sind heute unser Problem. Schlimmer noch ist, dass die soziale Aufwärtsschicht der sechziger und siebziger Jahre inzwischen fast völlig zum Stillstand gekommen ist. Kaum irgendwo sonst in der westlichen Welt hängen Bildung, Berufs- und Lebensperspektiven der Menschen heute so sehr von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Wenn es von 100 Kindern aus der Oberschicht 72 bis an die Universität schaffen, aber nur acht aus der Unterschicht, dann hat unsere Gesellschaft ein hoch dramatisches Gerechtigkeitsproblem. Kein Zweifel, dieses Problem ist auch ein Umverteilungsproblem, denn natürlich kostet gute Bildung für alle viel Geld. Aber das ist eine Selbstverständlichkeit, über die zu streiten sich nicht lohnt. In Wahrheit müssen wir die Frage beantworten, welchen Prioritäten Umverteilungspolitik heute folgen muss, um im Ergebnis gerecht zu sein.

Dass es gleichzeitig gerechter und ökonomisch erfolgreicher geht, beweisen im Übrigen auf nüchtern-visionäre Weise unsere skandinavischen Nachbarländer: Hervorragendes Bildungswesen, flächendeckende und hochwertige Betreuungseinrichtungen für Kinder sowie – dadurch ermöglicht – die hohe Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben tragen hier dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit gering bleibt und das Risiko von Bildungsarmut und sozialem Ausschluss gering. Nebenbei verzeichnen die skandinavischen Gesellschaften hohe Geburtenraten und wirtschaftliche Dynamik – so entsteht lebbar Zukunft. Das bedrückende Phänomen der Vererbung sozialer Nachteile von einer Generation zur nächsten ist in Skandinavien weitgehend ausgestorben. Wie sich moderne Sozialstaatlichkeit und ökonomische Effizienz gegenseitig zu stärken vermögen, statt einander in die Quere zu kommen, haben Manuel Castells und Pekka Himanen in ihrem Buch *The Information Society and the Welfare State: The Finnish Model* (Oxford 2002) eindringlich nachgewiesen.

## VII.

Bildung, Arbeit, Familie, Lebenschancen, Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität – all das be-



dingt einander heute in der Tat gegenseitig. An der Wirklichkeit scheitern wird deshalb, wer versucht, diese Kategorien gegeneinander in Stellung zu bringen. Nicht das Beharren auf historischen Begriffen wird den Erfolg sozialdemokratischer Gerechtigkeitspolitik im 21. Jahrhundert sicherstellen. Nicht um abstrakte Debatten über „mehr Staat“ oder „weniger Staat“ geht es, auch nicht vor allem um das Niveau von Sozialtransfers. Was Menschen heute dringend erwarten und brauchen, sind tatsächliche Lebenschancen und echte Chancengleichheit in einer solidarischen Gesellschaft.

Eine „Neue Politik der Gerechtigkeit“ zum vor allem mit den Mitteln bemächtiger Bildung bedeutet deshalb zugleich eine Chance für die SPD, ihre ursprünglichen Leitmotive wieder zu entdecken. Zugleich wird sie vielfältige gesellschaftliche Bündnisse sowie Verbindungen zu verwandten Debatten ermöglichen: So benötigt die Wirtschaft hoch qualifizierte Arbeitskräfte, wobei angesichts des im Ernst erst noch bevorstehenden, in seinem Ausmaß noch kaum begriffenen demografischen Umbruchs bereits jetzt klar ist, dass jeder einzelne heute unzureichend ausgebildete Jugendliche nicht nur unwiederbringlich um Lebenschancen und „Grundgüter der Gerechtigkeit“ gebracht wird, sondern auch schon in wenigen Jahren eine Belastung für Wertschöpfung und Sozialstaat bedeutet. So wirken die Gebote der Gerechtigkeit und des ökonomischen Nutzens in dieselbe Richtung. Ausdrücklich bezieht auch Gösta Esping-Andersen Gerechtigkeits- und Effizienzgesichtspunkte aufeinander, wenn er völlig zu Recht schreibt: „Es sollte allen offensichtlich sein, dass wir es uns in den fortgeschrittenen Ökonomien des 21. Jahrhunderts keinesfalls leisten können, nicht egalitär zu sein.“ Dem steht derzeit noch die Wirklichkeit im Wege. Ausbildung und besonders die weiterführenden Bildungsinstitutionen wirken in Deutschland in hohem Maß sozial ausschließend. Zugleich werden diejenigen, die an höherer Bildung gar nicht oder nur wenig teilhaben, überproportional zu deren Finanzierung herangezogen. Das ist weder gerecht noch volkswirtschaftlich weitsichtig.

Deshalb ist es gerade auch aus gerechtigkeitspolitischen Gründen richtig, im Rahmen eines umfassenden nationalen Bildungsprojekts

dafür zu sorgen, dass es in Deutschland Ganztagsbetreuung für alle Kinder gibt, deren Eltern das wollen. Deshalb wäre es auch richtig, zeitgemäße Veränderungen an der Schulpflicht vorzunehmen. Es ist nicht einzusehen, weshalb kein lebenslanges Recht auf einen ersten allgemeinbildenden Schulabschluss etabliert und durch konkrete institutionelle Bildungsangebote auch handfest zu unterfüttert werden sollte. Ebenso sinnvoll wäre es, die Schulpflicht in Deutschland nicht mehr bis zum 14. Lebensjahr gelten zu lassen, sondern erfolgsabhängig bis zum ersten Schulabschluss. Solche Maßnahmen würden dazu beitragen, genau diejenigen Gruppen mit neuen Fertigkeiten und Chancen auszustatten, die anderenfalls in Zukunft (und bereits heute) auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft von vornherein dem Risiko der fortgesetzten Exklusion ausgesetzt wären.

Die genannten Beispiele stehen für sehr konkrete und dennoch weit über den Tag hinausweisende Gerechtigkeitsziele, die geeignet sind, die Zukunft in Deutschland für ganz normale Menschen lebbar zu machen. Genau diesen Bezug zur realen Verfassung unserer Gesellschaft heute und über den Tag hinaus brauchen wir nach meiner Überzeugung unbedingt – gerade auch in unseren programmatischen Debatten über die Grundsätze und Ziele sozialdemokratischer Gerechtigkeitspolitik im 21. Jahrhundert. „Moderne, gebildete, säkulare Gesellschaften sind von der Existenz einigermaßen konkreter, optimistischer und plausibler politischer Szenarien abhängig statt von Szenarien zur Erlösung jenseits des Grabes“, hat der Philosoph Richard Rorty zu Recht festgestellt. Und weiter: „Um an sozialer Hoffnung festzuhalten, müssen die Mitglieder einer solchen Gesellschaft sich selbst eine Geschichte erzählen können, die davon handelt, wie alles besser werden kann. Und sie dürfen keine unüberwindlichen Hindernisse für das Wahrwerden dieser Geschichte sehen.“ Deshalb taugen alle unsere Grundsatzdebatten zur Frage der Gerechtigkeit letztlich nur so viel, wie sie einen ganz handfesten Beitrag dafür leisten, dass unter den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts mehr Menschen bessere Chancen auf ein besseres Leben haben. In diesem Sinne haben wir uns auf den Weg gemacht.

# Was will die SPD heute unter Sozialer Gerechtigkeit verstehen?

Von Sönke Klages

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“ (Brecht)

Eigentlich gelte es, „Ideologieschrott“ über Bord zu werfen, so der SPD-Generalsekretär. Weil aber große Teile der Partei und der Gesellschaft immer noch nicht recht überzeugt sind von Gesundheits- und Arbeitsmarkt-„Reformen“, die SPD aber doch gefälligst „gut finden“ soll, was die Regierung tut (Scholz), muss ein neuer ideologischer Überbau nachgeschoben werden, der den Richtungswechsel zu rechtfertigen hilft. Dabei wird zur Konzeption verklärt, was real hilf- und mutlose Anpassung an die Dauerstimmungsmache von Wirtschaftslobby, Medienkonzernen und wichtigtuerschen „Vordenkern“ war: an den Mainstream neoliberaler Krisenerklärung und Gegenreform. Um sich die of-fenkundige Illusion „wir bestimmen die Richtung der Reformen“ (derselbe) vorzugaukeln und die konformistische Banalität durch eine „Vision“ zu kaschieren, wird der Traditionsbegriff der Gerechtigkeit noch einmal vor der Verschrottung bewahrt und neu aufpoliert – freilich mit grobem Tuch und Creme aus fremder Produktion.

## Gerechtigkeit im Berliner Grundsatzprogramm

Die Neufassung des SPD-Grundsatzprogramms soll zwar erst im nächsten Jahr erfolgen, doch die Frage „Was bedeutet heute soziale Gerechtigkeit?“ wird auf den Bundesparteitag im November vorgezogen. Hierzu hat Olaf Scholz jetzt ein Papier vorgelegt, das die Umdeutung des Gerechtigkeitsbegriffs fortzuschreibt, wie sie bereits von Bodo Hombach, Wolfgang Clement, Rudolf Scharping u.a. eingeleitet wurde. Es geht im Kern um den Verzicht auf Verteilungsgerechtigkeit, die ersatzweise Förderung von Bildungschancen, die schrittweise

Ersetzung von solidarischer Absicherung durch private Eigenvorsorge und die Forcierung von quasi Zwangsarbeit im Niedriglohnbereich.

Doch bevor wir uns dem näher zuwenden, erinnern wir uns an die bisher gültige sozialdemokratische Auffassung von Gerechtigkeit: „Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. Sie verlangt die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau. Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.“ (Berliner Grundsatzprogramm der SPD) Hier wird noch ein enger Zusammenhang von Gerechtigkeit und Gleichheit formuliert: Weil alle Menschen gleiche Würde besitzen, haben auch alle das Recht auf gleichberechtigte soziale, kulturelle und politische Teilhabe.

**Weil alle Menschen gleiche Würde besitzen, haben auch alle das Recht auf gleichberechtigte soziale, kulturelle und politische Teilhabe.**

Ersetzt man die Gleichheit durch die Ungleichheit, so wird die soziale, kulturelle und politische Teilhabe. Weil alles dies in einer Warenaus- und Geldwirtschaft aber auf individuellen ökonomischen Ressourcen basiert, müssen diese, also v.a. das Einkommen, zumindest annähernd gleich verteilt sein. Auch deshalb wird klargestellt: „Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und Nützlichkeit.“

Von konservativer und liberaler Seite wird diese Zielperspektive sozialer Gleichheit sei jeher als „Gleichmacherei“ diskreditiert, die entweder der Freiheit des Individuums (Liberalismus) oder der natürlichen Ungleichheit der Menschen (Konservatismus) entgegengesetzt sei. Obwohl mit dem Boom der Genforschung auch die konservative Weltansicht wieder an Boden gewinnt (man sei halt dumm oder klug geboren, da könne man nichts machen), ist doch vor allem die liberale Unterstellung einer Zwangsgleichung der Lebensweise äußerst wirksam. Verschreckt durch entsprechende Versuche im sog. Realsozialismusglauben auch viele Sozialdemokraten an den angeblichen Wi-

derspruch zwischen Freiheit und Gleichheit. Doch richtig verstanden widersprechen sie sich nicht, sondern bedingen sich gegenseitig. Deshalb heißt es im Grundsatzprogramm: „Der Mensch ist als Einzelwesen zur Freiheit berufen und befähigt. Die Chance zur Entfaltung seiner Freiheit ist aber stets eine Leistung der Gesellschaft. (...) Freiheit verlangt Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht, aber auch die Chance, individuelle Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken. Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Chance zur Freiheit nutzen. Auch um der Freiheit willen wollen wir gleiche Lebenschancen und umfassende soziale Sicherung. (...) Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sondern Entfaltungsraum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten aller. Gerechtigkeit, das Recht auf gleiche Lebenschancen, muss mit den Mitteln staatlicher Macht angestrebt werden.“

Diese differenzierte, aber klare Argumentation ignorierend, werden auch im Diskurs der selbsternannten „Modernisierer“ Freiheit und Gleichheit gegeneinander ausgespielt. So setzt auch Scholz soziale Sicherung subtil mit Entmündigung, mit Abhängigkeit in Verbindung. Sozialer Ausgleich wird gegen „Eigenverantwortung“ gesetzt, obwohl er doch erst die Voraussetzung ihrer Möglichkeit schafft. Die Ironie dabei ist, dass der deutsche (Sozial-)Staat in seiner konkreten Ausgestaltung tatsächlich auch autoritäre Züge einer „formierten Gesellschaft“ trug und trägt: in seiner enormen bürokratischen Verengung und Kontrolle, seiner Ausrichtung am konservativen männlichen Lebensmodell des „Haushaltsvorstands“, seiner starken, oft aggressiven Ablehnung neuer, alternativer Lebensformen. Bei alledem haben sich insbesondere traditionelle (rechte) Sozialdemokraten hervorgetan. Doch während linke und feministische Reformbestrebungen genau hier auf „Umbau“ im Sinne größerer Selbstbestimmung zielten, sollen bei den heutigen „Reformen“ im Namen der „Eigenverantwortung“ die repressiven Elemente noch verstärkt werden, während Frauen bei Renten-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitsreform absehbar die Hauptverliererinnen sein werden.

## Gerechtigkeit und sozialer Aufstieg

Der Sozialstaat, so der nahegelegte Schluss, müsse gleichsam um der Freiheit willen zu-

rückgestutzt werden, die SPD solle sich in diesem Sinne gar als „Emanzipationsbewegung“ wiederentdecken – was sie angeblich „in den jüngsten Jahrzehnten“ nicht war. Doch wo das Pathos anschwillt, beschleicht einen die Sorge um die Substanz. Denn schon die Unterstellung, die SPD habe soziale Gerechtigkeit nur als Verteilungsgerechtigkeit und damit nicht „umfassend“ genug verstanden, ist falsch. Zum einen hat sich die SPD in ihrer Praxis schon lange auch den liberalen Grundsatz des „proportionalen Vergeltens“ zu eigen gemacht, allgemein bekannt unter dem Titel „Leistungsgerechtigkeit“. Und zum anderen war die reale SPD-Politik zwischen 1966 und 1982, in den Ländern auch noch länger, durch einen tatsächlich umfassenden Dreiklang aus sozialer Sicherung, Bildungsexpansion und dem Ausbau für alle bezahlbarer öffentlicher Dienstleistungen gekennzeichnet.

In der Praxis der letzten Jahrzehnte hat die SPD nie ernsthaft versucht, tatsächliche „Gleichheit“ durchzusetzen. Je mehr SozialdemokratInnen aus privilegierten Schichten stammten oder den individuellen Aufstieg in qualifizierte Angestellten- und Beamtenjobs geschafft hatten und die damit verbundenen Wohlstandsgewinne genossen (sowohl materiell als auch den sozialen Status betreffend), desto eher akzeptierte die Partei (und zunehmend auch die Gewerkschaften) die Realität hoher Einkommensunterschiede. Doch um diese zu rechtfertigen, ohne sie einfach aus ständischer Tradition begründen zu können, muss man den verschiedenen Qualifikationen und Tätigkeiten ein unterschiedliches Maß an „Leistung“ beimessen. Doch welcher Maßstab kann dem zugrunde liegen? Ins Feld geführt werden drei: Arbeitszeit, „Verantwortung“ und unterschiedlich hohe Qualifikationen. Bei näherer Betrachtung sind sie alle objektiv kaum haltbar. Die faktischen Arbeitszeiten vieler ArbeiterInnen und „kleinen“ Angestellten liegen weit über den nominellen, gemütlich anmutenden 35 oder 38 Stunden (Überstunden als Regelsituation). Warum ist die „Verantwortung“ eines Managers (als positive Bürde verstanden), der um der Aktionärsrendite willen Arbeitsplätze wegrationalisiert, per se höher als die der Krankenschwester? Und warum seine Qualifikation? Die ungleiche Bewertung von Ausbildungsgängen und Qualifikationen basiert auf der stets unterstellten Höherwertigkeit von geistigen gegenüber manuellen und sozialen Fähigkeiten – doch diese ist keineswegs objektiv zwingend, sondern gründet in dem historischen Privileg der höheren Stände und herrschenden Klassen, sich nicht die Finger schmutzig machen

zu müssen. Tatsächlich beruhen die unterschiedlichen Leistungsbewertungen auf der gesellschaftlichen Definitions- und betrieblichen Durchsetzungsmacht der von ihnen profitierenden, also der Eigner, Manager, Intellektuellen, leitenden Beamten und PolitikerInnen. Die enormen Einkommensungleichheiten sind nicht allein faktischen Leistungsunterschieden geschuldet, sondern tradierten kulturellen Zuschreibungen, sozialen Machtgefällen und Kräfteverhältnissen. Heute kommt hinzu, dass selbst so akzeptierte Leistungsgerechtigkeit faktisch immer mehr versagt, was die Menschen auch wahr-

nehmen: zum einen spielt für das Einkommen immer öfter das vorhandene, oft geerbte Vermögen eine größere Rolle als tatsächliche Leistung, während andererseits auch (hoch-)qualifizierte Tätigkeiten zuneh-

mend entwertet werden; zum zweiten verursacht das voranschreitende Wettbewerbsprinzip immer mehr „The winner takes it all“-Situationen, d.h. auch sehr geringe Leistungsunterschiede (oder Darstellungskunst, Beziehungen, Korruption oder schlicht Glück) können zu enormen Einkommensunterschieden führen; und zum dritten machen viele Menschen die Erfahrung, dass auch große Leistungen und großes „eigenverantwortliches“ Engagement nicht honoriert werden, etwa wenn trotz vieler (zunehmend selbstbezahlter) Fort- und Weiterbildungen Arbeitslosigkeit doch nicht vermieden oder überwunden werden kann. (s. Birgit Mahnkopf: PROKLA 121, 2000)

## Je mehr Sozialdemokraten den individuellen Aufstieg geschafft hatten desto eher akzeptierte die Partei hohe Einkommensunterschiede.

Wenn die SPD die realen Einkommens- und Vermögensunterschiede als Resultate vermeintlicher „Leistungsgerechtigkeit“ bzw. unveränderlicher struktureller Kräfteverhältnisse auch weitgehend akzeptierte, so hat sie sich doch eine Ahnung davon bewahrt, dass diese nicht wirklich gerecht sind. Deshalb – bisher – die prinzipielle Solidarität mit gewerkschaftlichen Tarifkämpfen, deshalb – bisher – der Versuch, die ungerechte „Primärverteilung“ (Verhältnis zwischen Arbeits- und Gewinneinkommen) durch steuer- und sozialpolitischen Ausgleich („Sekundärverteilung“) wenigstens zu korrigieren, also die soziale Ungleichheit „etwas gleicher“ zu machen. Weil dies im Rahmen der kapitalistischen Verhältnisse aber nur begrenzt möglich ist, hat man versucht, wenigstens „unverschuldete“ Unterschiede in der Leistungsfähigkeit auszugleichen, und zwar v.a. durch die Bildungspolitik: durch Ausbau, pädagogische und soziale Förderung sollte zumindest ansatzweise Chancen-Gleichheit erreicht werden. Insofern wurde der Grundsatz realisiert, den auch aufgeklärte Liberale wie der z.Zt. wohl bedeutendste Gerechtigkeitsphilosoph, der US-Amerikaner John Rawls, vertreten: um einen gerechten Ausgleich im Ergebnis zu gewährleisten, muss man vorab Ungleiches auch ungleich behandeln. (s. John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1971)

### Das neue Gerechtigkeitsleitbild

Die bisherige Gerechtigkeitspolitik der SPD war also insofern umfassend, als das sie eine Einheit bildete aus ausgleichender Sozialpolitik, fördernder Bildungspolitik und weiteren öffentlichen Dienstleistungen im sozialen und kulturellen Bereich. Diese vergleichsweise wirksame Einheit wollen Sc-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

holz und andere modisch-windschnittige Genossen (im Zentrum nur Männer) nun auflösen: bei den öffentlichen Dienstleistungen wird laviert zwischen partiellem Ausbau (Kinderbetreuung), Sparpolitik und Privatisierungseifer. Bildungsförderung soll Sozialpolitik nicht mehr ergänzen, sondern (weitgehend) ersetzen. Sieht es auf den ersten Blick so aus, als hätte Scholz mit dem Thema Bildung nur „neu“ entdeckt, was doch als „Chancengleichheit“ schon längst zum sozialdemokratischen Kernbestand gehört, so tritt bei seinem Zugriff jedoch ein völlig anderes Gerechtigkeitsverständnis zutage.

Sein Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass unsere Gesellschaft sich polarisiert und immer mehr Menschen von sozialer Exklusion betroffen oder bedroht sind. Dies als Manager einer Regierungspartei anzuerkennen, ist ein Verdienst. Doch an seinen Lösungsrezepten dieses „zentralen Gerechtigkeitsproblems“ wird deutlich, dass er die individualisierende Ursachenzuschreibung der Neoliberalen verinnerlicht hat: verantwortlich für ihre (drohende) Exklusion sind die einzelnen Menschen selbst, denn sie sind entweder nicht gut genug qualifiziert, oder sie sind nicht bereitwillig genug, Billigjobs anzutreten. Da gerechte Politik als eine solche postuliert wird, die den Menschen hilft und sie drängt, sich selbst zu helfen (unter weitgehender Ausblendung der gesellschaftlichen Bedingungen und mangelhaften Möglichkeiten), wird sie im Kern reduziert auf zwei Dinge: zum ersten, „Fördern und Fordern“ in und durch Bildung, und wenn dieses für einen qualifizierten Job nicht reicht, wenn – in dieser Logik – der oder die Einzelne also nicht leistungswillig genug war: der Ausbau des „Niedriglohnssektors“, verbunden mit einem hohen Druck, solche Jobs auch unter schlechtes-

ten Konditionen anzunehmen. Denn, so die These: Jeder Job ist besser als kein Job.

Dieses Gerechtigkeitsverständnis kann man am ehesten als „Startchancengleichheit“ bezeichnen: Das neoliberale Leitbild – und gleichzeitig weitgehend die Realität des modernen, deregulierten und globalisierten Kapitalismus – einer Gesellschaft, in der die Individuen in scharfer Konkurrenz jeder für sich und gegen (fast) alle anderen um ihren Anteil am Wohlstand, um Chancen für ein gutes Leben kämpfen, wird im Grunde akzeptiert. Nur sollen am Start, also am Beginn des Lebens, alle möglichst gleiche Chancen haben. Dass es unter „entfesselten“ kapitalistischen Bedingungen dennoch notwendig zu großer sozialer Ungleichheit kommt, dass es also notwendig Verlierer gibt, wird als notwendiges Übel, als Preis für eine „dynamische“ und „freie“ Gesellschaft hingenommen. Doch werden die Verlierer – das ist die zweite modern-

sozialdemokratische Abdämpfung des reinen Neoliberalismus – nicht gänzlich fallengelassen, sondern knapp über dem Boden aufgefangen; mit dem „Netz“ eines Niedriglohnjobs, das sich für die Betroffenen aber schnell als Käfig herausstellen kann: denn einmal hier angekommen, hat man kaum noch Chancen, sich daraus wieder zu befreien. Gerade in Deutschland sind soziale Stigmatisierungen nach wie vor hoch wirksam. Wer einmal im Keller war, dem haftet der Geruch oft bleibend an, trotz vieler Bäder in Fleiß und Weiterbildung. Der Lebenslauf bleibt „beschmutzt“.

#### Die Agenda 2010 als Prototyp

Dieses „moderne“ Bild von Gerechtigkeit hat mit dem bisherigen sozialdemokratischen Leitbild von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit nicht mehr viel zu tun. Ging es bisher um annähernd gleiche Chancen auf individuelle Entfaltung und gesellschaftlich-kulturelle Teilhabe während des ganzen Lebens (s.o. gültiges Programm), so wird diese Gleichheit jetzt auf die vermeintliche Gleichheit am Start des Wettrennens und Wegboxens reduziert. Danach regiert die „freie“ Konkurrenz, die umso besser funktioniert, je rücksichtsloser sie ausgefochten wird. Wer abgehängt wird, hat Pech gehabt, bzw. war nicht leistungswillig genug. Nur wer verwundet liegen bleibt, wird vom „Lazarettwagen“ (Rudolf Scharping) eingesammelt.

Dass der ideologische Überbau der Agenda 2010 so aussieht, ist kein Zufall: Auch die vorgezogene Steuerreform wird die Schwächung der Massenkaukraft und damit der Binnennachfrage nicht ausgleichen können, die durch Sozialleistungskürzungen

und steigende „Eigenvorsorge“-Aufwendungen verstärkt wird. Bei gleichzeitigem Verzicht auf beschäftigungswirksame öffentliche Investitionen ist ein nennenswerter Anstieg qualifizierter (Vollzeit-)Arbeitsplätze kaum zu erwarten. Wenn man dennoch einen Zustand erreichen möchte, der sich irgendwie „Vollbeschäftigung“ nennen lässt, bleibt nur der Ausweg über den Niedriglohnsektor. Dem – durch repressive Sozialpolitik erzwungenen – wachsenden Angebot an billiger Arbeitskraft wird sicherlich nicht die Nachfrage fehlen, denn durch die zunehmende Polarisierung der Verteilung und der nominell viel stärkeren Entlastung hoher Einkommen durch Steuer- und Sozialreformen wird es mehr Menschen geben, die sich das eine oder andere

### Selbst in sich ist der Ansatz, Sozialpolitik durch Bildungsförderung zu ersetzen, nicht schlüssig.

Dienstmädchen leisten können (und subjektiv verständlich auch müssen, denn sie selbst haben vor lauter Arbeit keine Zeit für so was). Der Zynismus an dem Ge-

wendigkeit von Niedriglohnarbeit liegt im übrigen darin, dass es auch hierzulande längst einen riesigen Niedriglohnsektor gibt: Das WSI-Institut hat in einer Studie herausgearbeitet, dass ein Drittel aller Beschäftigten in Deutschland weniger als 75% des Durchschnittsverdienstes erhält, 12% sogar weniger als die Hälfte, Tendenz steigend. Viele Berufsgruppen, auch solche, die man nicht ernsthaft als geringqualifiziert bezeichnen kann (Kranken- und AltenpflegerInnen, ErzieherInnen, FachverkäuferInnen, FriseurInnen usw.) bekommen schon heute nur sehr niedrige Löhne. Wenn dann davon gesprochen wird, dass ein Niedriglohnsektor erst noch geschaffen werden muss, dann können damit nur US-amerikanische Verhältnisse gemeint sein, in denen vielen Menschen trotz knochenharter, langer Arbeit und äußerster Flexibilität gerade mal das absolute Existenzminimum bleibt. Schöne neue Gerechtigkeit.

Nicht nur zynisch, sondern auch gänzlich absurd ist es, wenn Scholz von „Emanzipation“ schreibt, um seine Konzepte anzupreisen. Das Ziel der sozialdemokratischen Bewegung war es bisher, sich von abhängigen, ausbeuterischen, unwürdigen und rechtlich wie sozial ungleichen gesellschaftlichen Verhältnissen zu emanzipieren, zu befreien. Wenn schon die Mehrheit nicht mehr vom Kapitalismus an sich, dann wollten wir uns aber wenigstens innerhalb des kapitalistischen Käfigs von solchen Zuständen soweit in Richtung Freiheit und Gleichheit emanzipieren, wie es nur geht. Deshalb bestand das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik auch nicht nur darin, hohe fachliche Qualifikationen zu ermöglichen, sondern immer auch in umfassender Weltaneignung und

## WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

# 44

### Feminismus, Gender, Geschlecht

Geschlechterpolitik im Neoliberalismus, Gender-Mainstreaming und Gleichstellung, Finanzpolitik und Gender Budget, Frauenrechte und Vereinete Nationen, Feministische Gewerkschaftspolitik, Lohnungleichheit, Sozialversicherung, Frauenstrahl und Frauen-Markt

St. Jangher, S. Schottler-Kleemann, M. Madoni, B. Neke, K. Pühl, C. Mehl, F. Voltroff, N. Weidner, Th. Wüthrich, S. Kuppeler

Diskussion

A. Haug: Geschlechterverhältnisse  
A. Machler: Frauen- oder Geschlechterforschung?  
P. Putschert: Zur Debatte um Judith Butler  
T. Solent: Ingeborg Aili Mærsk  
C. von Werdt: Schein-Macht des Patriarchats

Management • Rezensionen • Zeitgespräch

23. Jg./T. Halbjahr 2003 Fr. 25.- / € 16,-

232 Seiten, € 16,- (Abonnement € 27,-) zu beziehen im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8028 Zürich  
Tel./Fax 0041 1 273 03 02  
vertrieb@widerspruch.ch [www.widerspruch.ch](http://www.widerspruch.ch)



Persönlichkeitsentfaltung, in Selbstbestimmung und Demokratie. Doch bei Scholz wird Emanzipation zur „Befreiung“ aus sozialstaatlicher Absicherung, zur bestmöglichen individuellen Anpassung an die Anforderungen von Konkurrenz und Arbeitsmarkt. Jeder ist „frei“ und emanzipiert“, seinen ökonomischen Nutzwert für den Markt, sein „Humankapital“ zu optimieren. Aber er tut dies alles „frei“ (von solidarischer Sicherung) und „eigenverantwortlich“ – eben „emanzipiert“. Letztlich ist dies viel eher eine „Gleichmacheri“ von Lebensformen als das sozialdemokratische Ziel der Gleichheit der individuellen Möglichkeiten.

Doch selbst in sich ist der Ansatz, Sozialpolitik durch Bildungsförderung zu ersetzen, nicht schlüssig. Ein zentrales Ergebnis der PISA-Studie lautet ja bekanntermaßen, dass der Bildungserfolg in Deutschland immer noch erheblich vom sozialen Status der Kinder und Jugendlichen abhängt, dass also ein ausgebautes und (relativ) durchlässiges Bildungssystem allein noch lange keine Chancengleichheit gewährt. Da reicht auch keine (immerhin wieder etwas ausgeweitete) Ausbildungsförderung, denn wir wissen inzwischen, wie sehr Lernmotivation und Bildungszugang bereits in den ersten Kinderjahren geprägt werden, und auch später noch wesentlich vom Klima zu Hause. Ob ein familiäres Umfeld aber eher bildungsfreundlich oder –feindlich ist, hängt wiederum stark von deren sozialen Möglichkeiten und Lebensumständen ab. Das bedeutet, hohe Bildung aus einer „Underclass“-Lebenslage heraus zu erreichen, ist zwar nicht unmöglich, aber doch viel schwieriger. Der Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung mit Bildungsauftrag ist daher ein wichtiger Schritt, doch auch das kann die grundlegende Verbesserung prekärer Lebensverhältnisse durch sozialen Ausgleich nicht ersetzen. Eben deshalb bilden Bildungs- und Sozialpolitik eine

Einheit, die nur gemeinsam wirkliche Chancengleichheit herstellen kann. Sie gegeneinander auszuspielen, ist falsch. Da verwundert es kaum noch, dass auch die zweite wichtige PISA-Erkenntnis ignoriert

wird: dass Chancengleichheit und gute Bildung für alle nur in einem integrierten Schulsystem zu haben sind. Bildung als „neuen“ Schlüssel zu sozialer Gerechtigkeit zu preisen, aber vor einem dafür zwingend notwendigen Umbau Richtung Integration ängstlich zurückzuschrecken, ist nicht konsequent – und schon gar nicht modern.

### Erfordert Wirtschaftsdynamik Ungleichheit

In der sozialdemokratischen Gerechtigkeitsdebatte hat schließlich ein weiteres

Argument an Gewicht gewonnen: die Annahme, dass (begrenzte) soziale Ungleichheit für ein dynamisches Wachstum der Wirtschaft förderlich und notwendig sei. Dieses Standardelement aus dem neoliberalen Baukasten hat sich Wolfgang Clement vehement zu eigen gemacht. Da – so die gängige Vorstellung – wirtschaftliches Wachstum letztlich allen zugute komme, auch den Schwachen, sei also gerecht, was Wachstum bzw. Arbeit schaffe.

In sehr viel differenzierterer Weise als bei Clement, Scholz und Co. wird dieser Ansatz auch in einem Papier der SPD-Grundwertekommission vertreten („Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität: Die Maßstäbe und Prinzipien sozialdemokratischer Politik im 21. Jahrhundert“; Zwischenbericht der SPD-Grundwertekommission 2001). Hier wird allerdings das grundsätzliche Verständnis von Gerechtigkeit als annähernder sozialer Gleichheit bestätigt, doch es wird gefragt, unter welchen Umständen soziale Ungleichheit dennoch zu rechtfertigen sei. Anknüpfend an John Rawls (s.o.) sei Ungleichheit nur dann insgesamt legitim, wenn sie auch vor denen gerechtfertigt werden kann, die von ihr (relativ) benachteiligt werden. Dies sei dann der Fall, wenn durch die Ungleichheit eine solche (materielle) Verbesserung erreicht wird, dass es selbst den Menschen am unteren Ende der Skala absolut besser gehe als in einem Zustand der Gleichheit. Formuliert in den 70er Jahren hieß das praktisch: solange es auch dem ärmsten US-Amerikaner besser gehe als dem durchschnittlichen Sowjet-Bürger, ist der Kapitalismus trotz seiner enormen sozialen Ungleichheit moralisch gerechtfertigt. Den Kompromisscharakter des Papiers der Grundwertekommission erkennt man freilich daran, dass trotz dieser vorsichtig formulierten

theoretischen Weichenstellung dennoch in Bezug auf die bundesdeutsche Realität mehr Gleichheit gefordert wird – anders als bei Clement und Co., wo mit diesem Argument auch noch die zukünftig (u.a. als

Folge der eigenen Politik) weiter wachsende soziale Ungleichheit gerechtfertigt wird, bei der man den VerliererInnen nicht ernsthaft einen individuellen Vorteil vorgaukeln kann.

Doch ob in radikaler oder gemäßigter Form: die Grundannahme dieser These ist falsch. Für die Behauptung, (hohe) soziale Ungleichheit sei gegenüber sozial- und lohnpolitischem Ausgleich wirtschaftlich effizienter, gibt es keinerlei praktischen Beweis. Sie ist ein ideologischer Mythos. Im Gegenteil spricht vieles dafür, dass gerade die so-

## Armut und Kindheit



**Christoph Butterwegge  
Karin Holm/Margherita Zander u.a.  
Armut und Kindheit**

Ein regionaler, nationaler  
und internationaler Vergleich  
2003. 321 Seiten. Kart. 16,90 EUR  
ISBN 3-8100-3707-9

In diesem Band werden Ursachen und Erscheinungsformen von Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, auf dem Land und in der Stadt sowie in der sog. Ersten und Dritten Welt miteinander verglichen.

■ Leske + Budrich

[www.leske-budrich.de](http://www.leske-budrich.de)

## Die sozialpolitischen Regulierungen der Vergangenheit haben den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands begünstigt.

zial- und arbeitsmarktpolitischen Regulierungen der Vergangenheit den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands begünstigt haben – und das die derzeitige Innovations- und Wachstumsschwäche auch in der Erosion der sozialen und Arbeitsbeziehungen begründet ist. (s. Mahnkopf 2000 sowie Arne Heise: Dreiste Elite. Zur politischen Ökonomie der Modernisierung, Hamburg 2003).

Nach aller Kritik an den pseudo-modernen Revisionen bleibt die Frage, welche Alternativen es gibt für eine zeitgemäße sozialdemokratische Politik sozialer Gerechtigkeit. Was die grundsätzliche begriffliche Fassung angeht, gilt die Aussage der Grundwertekommission, „dass der Abschnitt ‚Grundwerte des Demokratischen Sozialismus‘ des Berliner Programms in seinen Grundaussagen nicht revisionsbedürftig ist. Hier liegt ein in seinen Formulierungen auch sprachlich kaum überbietbarer Text vor.“ (SPD-Grundwertekommission 2001) Doch wie können diese Grundüberzeugungen praktisch umgesetzt werden, wie kann die programmatische Konzeption eines erneuerten, modernen Sozialstaates im Kontext einer veränderten Arbeitsgesellschaft aussehen? Dies zu klären ist das Ziel der Programmdiskussion in den kommenden Monaten. Die Aufgabe, dies einzulösen, liegt bei der sozialdemokratischen Linken.

# Gerechtigkeit im Generationswechsel

Von Niels Annen und Björn Böhning

Die Situation der SPD ist ernüchternd. Seit Wochen im U30%-Turm gefangen, treibt eine desorientierte Partei im politischen Schlamm der negativen Stimmungen und leidet an einer notorischen Mobilisierungsschwäche, die nicht zuletzt auch in den Massenaustritten der vergangenen Monate ihren Ursprung hat. In diese Phase kommunizierter Desillusion und fehlender politischer Perspektive versuchte Olaf Scholz die programmatische Debatte der Partei durch die Definition eines „neuen Gerechtigkeitsbegriffs“ wieder anzustoßen. Die Debatte darum, wie Deutschland und Europa 2030 auszusehen hat, ist zweifelsohne zu führen. In der aktuellen Auseinandersetzung um die Agenda 2010 und deren Folgen, läuft die Gerechtigkeitsdebatte jedoch Gefahr, zur reinen philosophischen Legitimation des tagesspolitischen Klein-Klein zu verkommen. Dabei müssen sich gerade sozialdemokratische Linke darüber im Klaren sein, dass jetzt nicht der Fehler gemacht werden darf, sich von den zentralen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungsfeldern zu verabschieden.

Nichtsdestotrotz darf nicht unwidersprochen sein, was Olaf Scholz unter neuer Gerechtigkeit versteht, insbesondere wenn es darum geht, sich von Begriffen der „Verteilungsgerechtigkeit“ oder des „demokratischen Sozialismus“ zu verabschieden. Die Auseinandersetzung um Begriffe ist dabei auch ein Kampf um die Werte der Sozialdemokratie. Doch einen zentralen Fehler begeht die Parteiführung dabei: Sie geht mit dem individuell tief verankerten Verständnis von sozialer Gerechtigkeit um, als ob dieses wie ein Antragstext einfach umgeschrieben oder gelöscht werden könnte. Mit anderen Worten: Hegemoniale Interpretationen, die in sozialen Milieus wurzeln, lassen sich nicht durch eine Begriffsumdeutung von oben abschaffen oder verändern, ohne bei der gesellschaftlichen Basis Unverständnis hervorzurufen.

Die Konfrontation von Gerechtigkeitsbegriffen, wie der Chancengleichheit im Bildungswesen, mit der Frage gesellschaftlicher Umverteilung entblößt sich dabei als Quadratur des Kreises: Oder hat nicht gerade die PISA-Studie dargelegt, wie ungleich die Chancen im Bildungswesen gerade für diejenigen mit unprivilegiertem Herkunft verteilt sind? Und ist es nicht Gebot der Sozialdemokratie den

Geldbeutel der Eltern nicht zum Maßstab für gesellschaftliche Chancen werden zu lassen? Soziale Gerechtigkeit lässt sich nicht dadurch definieren, dass Begriffe gegeneinander gestellt oder ausgetauscht werden. Wird der Begriff der sozialen Gerechtigkeit für die SPD beliebig, wird auch die SPD beliebig.

Als junge sozialdemokratische Generation wollen und werden wir die Frage einer sozialen Erneuerung in Wirtschaft und Gesellschaft daher nicht nur den „Enkelsöhnen“ überlassen, sondern die soziale Frage im 21. Jahrhundert progressiv gestalten. Es gilt, die veränderten Bedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft aufzugreifen, und in einen neuen Transfermechanismus zwischen relativen VerliererInnen und GewinnerInnen der Modernisierung einmünden zu lassen.

## Den Wandel gestalten – neue Politik wagen

Ein Politik, die auf der Vereinbarkeit von Modernität und Solidarität gründet, ist weit mehr, als es die Agenda 2010 ausdrückt. „Modernisierung der Politik bedeutet nicht, auf Meinungsumfragen zu reagieren, sondern es bedeutet, sich an objektiv veränderte Bedingungen anzupassen.“ (Schröder-Blair-Papier 1999) Dies sollte sich die Regierung Schröder häufiger vor Augen führen. Das „System Schröder“, die Politik als „Tageskompetenz“ auf die Überschriften der Bild-Zeitung aufzubauen, ist Teil des Problems der SPD und wird nicht durch fehlende Langzeitkommunikation besser.

Denn wie die Diskussionen seit dem Sonderparteitag bereits zeigen, bleibt diese Agenda nur ein Stückwerk, das keine Idee einer Erneuerung des Sozialstaats enthält. Stattdessen beschränkt sich ein Großteil der Regierung darauf, Sozialreformen auf Abbaudebatten zu beschränken, ohne auch nur eine Perspektive für die Zielrichtung und die Qualität sozialstaatlicher Leistungen zu benennen. Das gilt im übrigen für alle Seiten: Für Arbeitgeber, für große Teile der Gewerkschaften, für Regierung wie für die Opposition.

Gesellschaftliche und ökonomische Rahmenbedingungen haben sich fundamental verändert. Das bedeutet vor allem, dass die Erwerbs- und Lebensläufe junger Menschen andere sind, als diejenigen, für die der deutsche Sozialstaat „soziale Gerechtigkeit“ definiert hat. Aber vor allem haben die Menschen auch andere Ansprüche an den Sozial-

staat, andere Ansprüche an soziale Gerechtigkeit: Frauen wollen sich nicht mehr mit dem männlich dominierten Normalarbeitsverhältnis abfinden und den Erwerbswunsch plus Familie ausgeschlossen sehen. Männer verstehen nicht, warum zwischen dem 35. und 50. Lebensjahr sich Arbeit immer mehr verdichtet und Überstunden angehäuft werden, wenn eigentlich Familie, Kindererziehung oder auch Weiterbildung individuell wie gesellschaftlich sinnvoll wären. Und junge Menschen sehen nicht mehr ein, warum sich Arbeit immer mehr entgrenzt und Freizeit zu einem kostbaren Gut wird, während in Zeiten zunehmender Unsicherheit immer mehr Mobilität und Flexibilität abverlangt wird.

Dabei ist es nicht der Punkt, dass die Menschen nicht flexibel wären. Für Junge trifft dies überhaupt nicht mehr zu. Das Problem ist, dass der deutsche Sozialstaat kaum eine Gegen- bzw. Unterstützungsleistung für wachsende Flexibilität, Mobilität und Unsicherheit bereithält. Und statt diese Schieflage anzugehen, wird nur immer wieder an der einen oder anderen (Finanz-) Stellschraube der bisherigen Struktur gedreht, ohne auch nur darüber zu diskutieren, wie neue individuelle Erwerbs- und Lebensläufe zukünftig abgesichert sein können. Eine soziale Gerechtigkeit in neuen Zeiten muss die Grundlagen legen, für Individualität, Selbstbestimmung und Solidarität in Arbeit und Leben.

## Demografischer Wandel und neue Gerechtigkeit?

Die Bevölkerung in Deutschland altert. Dieser Prozess ist nicht neu, sondern seit Jahrzehnten bekannt. Auf der einen Seite hat der sogenannte „Pillenknicke“ zu einer raschen Absenkung der Geburtenrate geführt. Auf der anderen Seite ist die durchschnittliche Lebenserwartung im letzten Jahrhundert kontinuierlich gestiegen und wird weiter steigen.

Der demografische Wandel wird umfangreiche Auswirkungen auf das Gemeinwesen haben. Eine alternde Gesellschaft wird anders aussehen als eine Gesellschaft, in der Alte die Minderheit waren. Die Ansprüche der Menschen wird sich verändern. Wirtschaft und Gesellschaft werden sich auf die Ansprüche und Konsumhaltung einer älteren Gesellschaft einstellen müssen. Staatliche Dienstleistungen und Produkte werden sich der demografischen Entwicklung anpassen müssen. Staatliche Investitionen sind dafür ohne Zweifel notwendig.

Mit der Veränderung der Bevölkerungsstruktur wird sich auch die Arbeitswelt verändern

müssen. Die Ökonomie steht vor der Aufgabe, die Beschäftigung älterer Erwerbstätiger durch Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen zu fördern. Bis 2020 wird der Anteil der 50-65jährigen gemessen an allen Personen zwischen 20 und 65 auf knapp 40% steigen. Heute sind es gerade gut 30%. Das bedeutet vor allem, dass die Volkswirtschaft das Potenzial älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser als heute nutzen muss.

Gesundes – „gutes“ – Arbeiten muss zum Leitbild der kommenden Erwerbsgesellschaft werden. Dem Arbeiten ohne Ende, wie es vor allem die junge Generation bestens kennt, muss durch einen Mix aus tariflichen und gesetzlichen Maßnahmen Einhalt geboten werden. Nur wer lebenslang in gesunden Verhältnissen arbeitet, und nur wem Ruhephasen eingeräumt werden, der wird auch im Alter noch produktiv arbeiten können. Das „Auspowern“ der Menschen im Alter zwischen 25 und 45, wie es bisher betrieblicher Alltag ist, muss beendet werden. Gerade in der Lebensphase, in der Kindererziehung und Weiterbildung individuell wie gesellschaftlich sinnvoll wären, werden Massen an Überstunden von den Beschäftigten angehäuft. Hier wären Initiativen strategischer Arbeitszeitverkürzung sinnvoll.

Der demografische Wandel erhöht sozialstaatliche Aufgaben und schränkt sie nicht ein. Deshalb haben wir auch keinen „Generationenkonflikt“ um schwindende Ressourcen. Sondern wir haben eine Auseinandersetzung um Umbau oder Abbau des Sozialstaates. Das Ziel muss es sein, für alle Generationen ein aktives und sicheres Sozialsystem zu organisieren. Das gilt für heute wie für morgen. Sozialstaatliche Leistungen müssen immer aus der aktuellen Wertschöpfung einer Generation heraus abgeleitet werden. Deshalb ist auch die Finanzierung des Sozialstaates sicherer als vielfach behauptet. Gehen wir pessimistisch von einem jährlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität um 1,4% aus, würde sich bei konstanter Erwerbstätigenzahl und konstanter Bevölkerung das reale BIP im Verlauf von 50 Jahren mehr als verdoppeln. Gerade deshalb brauchen wir eine hohe Produktivität der erwerbstätigen Bevölkerung und eine innovative Volkswirtschaft. Diese schafft den Verteilungsspielraum, mit dem sozialstaatliche Leistungen finanziert werden. Die Sozialdemokratie der nächsten Generation muss dafür sorgen, dass dieser Verteilungsspielraum auch ausgeschöpft wird. Gerade deshalb wird heute und morgen Generationengerechtigkeit nicht ohne Verteilungsgerechtigkeit und umgekehrt zu denken sein. Dazu gehört auch und gerade eine Initiative zur Erhöhung der Erbschaftssteuer.

Es ist daher nicht die Aufgabe der kommenden sozialdemokratischen Generation vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ein Spaltplatz zwischen die Generationen

zu treiben. Und es ist auch nicht unsere Aufgabe, die Spaltungen innerhalb der jungen Generation zu verschweigen und mit der „Generationengerechtigkeit als Kampfbegriff“ (Albrecht von Lucke) gegen die soziale Sicherung zu Feld zu ziehen. Sondern wir stehen vor der Herausforderung, generationenübergreifend und solidarisch ein Sozialsystem neu zu organisieren, so dass auch kommende Generationen von einem sicheren und flexiblen Sozialstaat profitieren. Gleichfalls ohne die Lebensrisiken zu privatisieren.

Es wäre deshalb einmal Wert darüber nachzudenken, wie der Begriff der Generationengerechtigkeit an bestimmte Kriterien gebunden werden kann, die heute umgesetzt auch nach vorne weisen können. Wir Jusos haben dazu den Vorschlag gemacht, Generationengerechtigkeit konkret zu verknüpfen mit den Ausgaben für Bildung (mindestens 8%) sowie Forschung und Entwicklung (mindestens 3%) gemessen am BIP. Das würde bedeuten, nicht heute über die „schlimme demografische Situation“ im Jahre 2050 zu klagen, sondern jetzt Zukunftschancen für die junge Generation zu sichern.

#### **Auch mal über den Tellerrand schauen...**

Die sozialstaatliche Reformdiskussion haben uns zweifelsohne viele andere Länder voraus. Die Skandinavier waren dafür aus sozialdemokratischer Sicht wohl die erfolgreichsten. Sie haben übersetzt, dass soziale Gerechtigkeit heute auch immer ein „Deal“ zwischen Ansprüchen der Ökonomie und den Ansprüchen der Menschen ist. Flexibilität und Sicherheit, Mobilität und Befähigung sowie Solidarität und ökonomischer Fortschritt gehören eben zusammen und nicht auseinander. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass eine moderne, hochproduktive Ökonomie ohne einen funktionstüchtigen Sozialstaat nicht stabil gehalten werden kann. Gerade das ist eines der Hauptprobleme der Agenda 2010: Sie versucht den deutschen konservativen Wohlfahrtsstaat durch ein unkoordiniertes Kürzen „auf niedrigem Niveau“ zu stabilisieren. Diese kurzfristige Politik wird allerdings nur den Startschuss setzen für die Agenden 11, 12 oder 13. Sie ist auf die Überbrückung der derzeitigen Konjunkturfurche ausgerichtet, nicht auf ein dynamisches (qualitatives) Wirtschaftswachstum und einen nachhaltigen sozialen Fortschritt. Mit anderen Worten: Für eine moderne Umsetzung von sozialer Gerechtigkeit reicht es nicht aus, Sozialkürzungen aus liberalen Wohlfahrtsstaaten und Druckmechanismen sozialdemokratischer Wohlfahrts-

staaten nach Deutschland zu kopieren. Notwendig ist es vielmehr, ein neues Bündnis zwischen sozialem Fortschritt und ökonomischer Prosperität zu schließen.

Deshalb gilt es für die nächste sozialdemokratische Generation, mit einem ökonomischen Gestaltungsanspruch in die Offensive zu gehen. Das heißt natürlich auf der einen Seite die Frage nach der Finanzierung der Sozialsysteme zu stellen. Auf kurze und mittelfristige Sicht, ist die Frage nach dem richtigen Mix aus beitragsfinanzierten und steuerlichen Bestandteilen zu stellen. Eine Voraussetzung dafür ist, dass endlich das beitragsfinanzierte System so einnahmesicher gemacht wird, dass es überlebensfähig bleibt. Deshalb ist die Debatte um eine soli-

darische Bürgerversicherung so wichtig. Hier muss sich auf der anderen Seite ein neuer makroökonomischer Diskurs anschließen. Dieser ist der SPD völlig verloren gegangen. Das gilt für den vulgärkeynesianischen Ansatz ebenso wie für die gescheiterte monetaristische Politik

Hans Eichels. Unter den Bedingungen schwacher Konjunktur mit neuen Konsolidierungsprogrammen in die Rezession hineinzusparen, ist nicht generationengerecht, sondern zerstört heute die Zukunftschancen von morgen. Es gilt aus der Krise herauszuwachsen und nicht hineinzusparen. Eine europäisch koordinierte Konjunktur- und Beschäftigungspolitik ist dafür mehr als überfällig.

#### **Die Rolle des Staates im 21. Jahrhundert**

Der Staat spielt bei der Sicherung von sozialer Gerechtigkeit nach wie vor eine wichtige, wenn nicht die zentrale Rolle. Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe in neuen Zeiten wird einen starken Staat brauchen. „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten“. Dies gilt auch und gerade für die Sozialpolitik. In der Debatte um „good governance“ setzt sich immer mehr durch, dass die emanzipative Entfaltung der Menschen, aber auch die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaftsstruktur, einen Staat braucht, der Rahmenbedingungen durchsetzen kann und dort regulativ eingreift, wo sich gesellschaftliche und ökonomische Fehlentwicklungen breit machen. Das sieht im übrigen auch die neoliberale Lehre so. Sie will allerdings immer nur dort einen starken (notfalls undemokratischen) Staat, wo er für gute Standortbedingungen, ausreichend Absatzmärkte oder innere Sicherheit sorgt. Die SPD sollte dafür sorgen, dass soziale Gerechtigkeit nur in Zusammenhang mit einem Staat gedacht werden kann, der Freiheit und Individualität,

**Hegemoniale Interpretationen, die in sozialen Milieus wurzeln, lassen sich nicht durch eine Begriffsumdeutung von oben abschaffen.**

Solidarität und Prosperität, Emanzipation und Geschlechtergleichstellung sichert, wahrt und gegen ausgrenzende Kräfte verteidigt. Unsere Vision eines modernen Staates bietet Sicherheit und Chancengleichheit, organisiert Teilhabe und Partizipation und hilft Karriere, Beruf und Freizeit in Einklang zu bringen. Dies gilt im übrigen für alle Bevölkerungsschichten.

Der Wandel der Ökonomie wird nicht nur national, sondern vor allem europäisch, ja global zu gestalten sein. Zum Thema globale Gerechtigkeit findet sich bei Olaf Scholz kein einziges Wort. Angesichts der weltweiten Krisenentwicklung und dem Auseinanderdriften zwischen Nord und Süd ist aber gerade dies eine der Herkulesaufgaben für „modernes Regieren im 21. Jahrhundert“. Eine neue Sozialdemokratie muss die Kraft dazu aufbringen, die gesellschaftliche Regulierung des globalen Kapitalismus voranzutreiben und nach den Kriterien der Nachhaltigkeit, der Demokratie und des Sozialen zu regulieren. Dies ist die zentrale Aufgabe einer globalen linken Bewegung, die die SPD mitgestalten will und muss.

Dies wird nur in einem solidarischen Europa funktionieren: Soziale Gerechtigkeit wird zukünftig europäisch sein – oder sie wird nicht sein. Auch dafür ist die Agenda 2010 der falsche Weg: Sie wird lediglich den Druck auf die anderen europäischen Staaten erhöhen, gleichfalls ihre Sozialsysteme „anzupassen“. Stattdessen sollten endlich koordinierte Schritte zu einem gemeinsamen europäischen Sozialstaat hin unternommen werden. Dieser Sozialstaat kann einen Teil der gesamten europäischen Wertschöpfung dafür verwenden, einen neuen EU-weiten ökonomischen Wachstumspfad zu beschreiten, und gleichzeitig alle Menschen an einer gemeinsamen europäischen Solidarität teilhaben zu lassen. Und es wäre endlich eine abgestimmte Wachstums- und Beschäftigungspolitik auf europäischer Ebene notwendig. Die SPD

sollte Vorreiterin einer nachhaltigen, regionalisierten Strukturpolitik, die sich auf die Entwicklung von Wachstumskernen beschränkt. Eine europäisch abgestimmte Strukturpolitik muss ökonomische Innovationsfelder identifizieren und gemeinsam fördern. Gleichfalls sollte eine neue strukturelle Verknüpfung von exportorientiertem Sektor und lokaler Ökonomie durch die Förderung regionaler Wirtschaftscluster erfolgen.

Das bedeutet, nicht immer nur von Deutschland aus mit dem Finger auf Europa zu zeigen, sondern als stärkste Wirtschaftsmacht der EU voranzugehen, wie es zum Beispiel zusammen mit Frankreich bei der Dynamisierung der Stabilitätskriterien gelungen ist und gelingen muss.

### Die Linke und soziale Sicherung

Eines der größten Probleme für die alte Linke ist es, dass ihr das Verständnis dafür abhanden gekommen ist, dass soziale Sicherung nicht nur dafür da ist, die Menschen vor Krisen zu bewahren. Dafür wurde sie auch nicht erfunden. Sondern sie ist dafür da, einen langfristigen ökonomischen Wachstumspfad zu sichern, der – bei entsprechender Verteilung – auch einen Teil an Solidarität organisiert. Nachfragestabilität, Sicherung von Ausbildung und Qualifizierung, Förderung von Flexibilität und Mobilität sowie Sicherung von Bildung und Innovation sind die wichtigsten Pfeiler unseres Sozialstaats. Diese müssen wieder mehr zur Geltung kommen. Nicht durch die Kürzung bisheriger Leistungen, sondern durch das Umsteuern auf eine aktive, präventive und flexible Versicherung:

Zum Beispiel sollte die Arbeitslosenversicherung nicht erst dann wirksam werden, wenn der Risikofall Arbeitslosigkeit eingetreten ist, sondern als „Arbeitsversicherung“ für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für Weiterbildung oder für Arbeitsplatzwechsel wirken. Eine so organisierte Flexibilität, verbunden mit einer nachhaltigen Struktur- sowie

einer nachfrageorientierten, investiven Stabilitätspolitik wäre aus Sicht der jungen Generation eine generationengerechte Politik – nicht die des kurzfristigen Stopfens von Haushaltslöchern.

Dies verweist auf einen zentralen Schwachpunkt der Gerechtigkeitsthesen von Olaf Scholz. Sie abstrahieren von der Ebene der Erwerbsarbeit. Soziale Gerechtigkeit früher und heute war immer auch an die Umverteilung von Arbeit gebunden und vor allem daran, das ungleiche Klassenverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu regulieren. Davon darf und kann sich eine moderne Sozialdemokratie, die sich als gesellschaftlicher Fortschrittsmotor im Interesse der Menschen versteht, nicht verabschieden. Sozial gerecht ist dabei allerdings nicht alles, was Arbeit schafft. Damit ließe sich zweifelsohne auch die Sklaverei begründen. Sozial ist hingegen, was den Menschen (weltweit) die Sicherheit gibt, mit den globalen Herausforderungen zu leben und arbeiten.

Gerade aber wenn staatliche Regulierung auch künftig eine wichtige Rolle spielt und spielen soll, muss die Linke neu darüber nachdenken, wie ein positives Staatsverständnis neu etabliert werden kann. Das wird nur funktionieren, wenn der Sozialstaat in Zukunft nicht mehr nur auf dem Kontoauszug wahrgenommen wird, sondern bei der Hilfe nach individuellem Fortkommen und der Unterstützung eines selbstbestimmten Lebens und Arbeitens. In unserer eigenen Generation ist dies wichtiger denn je: Das Vertrauen in staatliche Institutionen ist bei ihr fast gänzlich verloren gegangen. Während dies von Konservativen und Liberalen zum Raubzug gegen den Staat ausgenutzt wird, muss es der jungen Sozialdemokratie gelingen, sozialstaatliche Unterstützungsleistungen wieder „erlebbar“ zu machen. Das kann zum Beispiel auch bedeuten, individuelle Karriere nicht mehr zu diffamieren, sondern mit Beratungs-, Qualifizierungs- und Weiterbildungsleistungen zu unterstützen.

Das Vertrauen in den Staat ist von der herrschenden Politikergeneration zerstört worden. Ein zentrales Projekt der nächsten Generation ist es, dieses Vertrauen zurückholen und ausgehend von einem neuen Konsumverhalten, soziale Leistungen auf vorwärtsgerichtete, innovative und qualifizierende Maßnahmen umzusteuern.

Vor dem Hintergrund der fundamentalen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, mit völlig neuen Anforderungen an die Gestaltungsfähigkeit der Menschen ist ein neuer sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat – als Inbegriff sozialer Gerechtigkeit – unerlässlich. Es wäre das erste Mal, dass es der SPD gelingt, diesen zu bauen. Will die SPD nicht noch mehr Wahlen verlieren, muss sie jetzt die Frage beantworten, wie wir zukünftig Leben, Arbeiten und Wirtschaften wollen. Die Antwort darauf ist die Grundlage für eine neue soziale Gerechtigkeit.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

# Der Gesundheits-„konsens“

## Einstieg in die Zukunft oder Verlängerung der Vergangenheit?

Von Michael Opielka

Zahlreiche sozialpolitische Reformen seit den 1990er Jahren zogen ihre Dringlichkeitsbehauptung daraus, die Lohnnebenkosten senken zu müssen. Nun zeigt ein Blick über die Grenzen, dass Deutschland hinsichtlich der Gesamtheit der Abgabenbelastung keine Spitzenstellung einnimmt. Ledige deutsche Geringverdiener werden zwar vergleichsweise stark belastet (13,8% Steuern, 34,2% Sozialabgaben), im OECD-Maßstab Platz 2; der Normalverdiener (20,2% Steuern, 40,6% Sozialabgaben) liegt auf Rang 5, auch der Geringverdiener mit 2 Kindern wird kräftig herangenommen; anders jedoch Ehepaare, ob als Allein- oder Doppelverdienerehe; für beide liegt die Abgabenbelastung insgesamt im OECD-Mittelfeld (Quelle: OECD Taxing Wages 2002). Das liegt vor allem an der im Wohlfahrtsstaatsvergleich niedrigen Steuerlast, nur hinsichtlich der Abgaben auf abhängige Arbeit nimmt Deutschland einen Spitzenplatz ein.

### Lohnnebenkosten: Verteilungsproblem oder Arbeitsplatzgefährdung?

Das verteilungspolitische Problem ist die einseitige Belastung der Lohneinkommen, während Vermögens- und Selbstständigen-einkommen entlastet werden. Dieses Problem ist in der Tat gravierend und jede sozialpolitische Reform sollte es berücksichtigen. Die „Gesundheitsreform 2003“ geht dieses Verteilungsproblem jedoch nur marginal an, indem sogenannte „versicherungsfremde“ Leistungen (Mutterschaftsgeld usw.) künftig aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden sollen. Dazu wird die Tabaksteuer erhöht – zugleich sollen mit der auf 2004 vorgezogenen Steuerreform die „Besserverdienenden“ und reumütige Vermögenseinkommensbezieher markant entlastet werden. In der derzeit von (neo-)liberalen Nationalökonomien dominierten Sozialpolitikdebatte wird von der verteilungspolitischen Schieflage abgelenkt. Man fokussiert auf die hohen Sozialabgaben nicht als verteilungspolitischen Skandal, sondern interpretiert sie als Beschäftigungshindernis. Die „Finanzierungslücke“ in Sachen Gesundheit könne man nicht über steigende Lohn-

nebenkosten decken, weil das „zu einer steigenden Arbeitslosigkeit“ führe, heißt es im Kompromisspapier von rot-grüner Bundesregierung und Opposition. Doch Lohnnebenkosten an sich lassen die Arbeitslosigkeit weder steigen noch sinken. Die vergleichende Sozialpolitikforschung hat jedenfalls keinen Zusammenhang zwischen Sozialabgaben und Arbeitslosigkeit feststellen können. Der Grund ist klar: Aus Arbeitgebersicht sind Lohnnebenkosten Lohnbestandteil. Wenn eine Firma gut wirtschaftet, kann sie mit dem Sozialstaat leben.

### Neoliberalisierung oder Solidarität?

Die Frage ist freilich, welche Bürger mit weniger Sozialstaat noch gut leben können. Denn die „Besserverdienenden“ brauchen keine gesetzliche Krankenversicherung. Sie kommen mit privaten Versicherungen zu recht. Das sieht man gut in den USA, deren Gesundheitswesen gleichwohl das teuerste weltweit ist (gemessen am Anteil der Gesundheitskosten am Bruttoinlandsprodukt). Während die neoliberal ideologisierten Eliten in Deutschland den Sozialstaat gerne „verschlanken“ und „auf das Notwendige zurückführen“ wollen, sieht die Bevölkerung die Dinge realistisch. Wie wir aus Umfragen wissen, präferieren die Bürger ziemlich ungeboren eher die Option „mehr Geld ins System“ als Leistungseinschränkungen. Auch das Solidaritätsprinzip und eine Einkommensumverteilung innerhalb der Rentenversicherung finden überwältigende Zustimmung. Die Politik muss das natürlich in ihr Kalkül einbeziehen. Das führt zu eigentümlichen Paradoxien. Im Beschluss der sogenannten „Herzog-Kommission“ der CDU zur „Reform der gesetzlichen Krankenversicherung“ vom 18.6.2003 heißt es in sozialistischer Egalitätsrhetorik gleich zu Beginn: „Die Kommission lehnt jede Form von Zwei-Klassen-Medizin nachdrücklich ab“ – um dann im folgenden (neben einigen beachtlichen verteilungspolitischen Vorschlägen) eine Vielzahl von Privilegien zu verteidigen, von der Beihilfe für Beamte über die Befreiungsmöglichkeit „Besserverdienender“ in die Privatversicherungen, und zumindest das Risiko

des sozialen Ausschlusses einzukalkulieren, wenn die Verlagerung zahlreicher Leistungen (Zahnersatz, Krankengeld, private Unfälle) aus der gesetzlichen in private Krankenversicherungen gefordert wird. Das teils paradoxe Nebeneinander von Egalitäts- und Marktrhetorik durchzieht nicht nur die CDU-Programmatik sondern den gesundheitspolitischen Diskurs insgesamt. Aus diskursanalytischer Sicht liegt der Grund für die Verwirrung in einer latenten Neubestimmung der „öffentlichen Güter“ in der Folge von Globalisierung und gleichzeitiger gesellschaftlicher Ausdifferenzierung in immer subtilere Teilsysteme.

Ist „Gesundheit“ noch immer das öffentliche Gut, das „Wohl“, zu dem sie seit der Krankenversicherungseinführung durch Bismarck im Jahr 1883 vergesellschaftet wurde? Oder ist „Gesundheit“ schlicht ein „privates“ Gut, jenseits der Politik, wie dies der neoliberale Diskurs empfiehlt? Diskurse, die mit Polaritäten arbeiten, hier also „öffentlich vs. privat“ oder „Staat vs. Markt“, sind einerseits besonders eingängig, andererseits notorisch unterkomplex. Damit eignen sich dualistische Diskurse gut zur Verschleierung (beispielsweise werden Ineffizienzen im Staatssektor mit dem Verweis auf Marktgräuere legitimiert) – was wiederum, wenn sich „Realisten“ und „Undogmatiker“ zur Entschleierung aufmachen, gerne zur schlichten Vorzeichenverkehrung führt, man lobt beispielsweise den Markt-„Wettbewerb“ über den Klee. Die moderne Soziologie (nach Talcott Parsons) bietet einen Ausweg, indem sie über die beiden wichtigsten steuerungstheoretischen Tatsachen neben Markt und Staat aufklärt, nämlich Gemeinschaft und (Wert-)Legitimation. So sind „gemeinschaftliche“ Steuerungsformen gerade im deutschen (subsidiären) Sozialstaat verbreitet: 35,8% der Krankenhausbetten in Deutschland finden sich in freigemeinnützigen Krankenhäusern (50,7% in öffentlich-kommunalen, 7% in privaten) (Stand 2000, lt. Stat. Bundesamt), Pflege findet noch immer überwiegend in Familien statt und auch die „Professionen“, also die in Disziplinen ausdifferenzierten (Gesundheits-)Berufe, sind in sich selbst „gemeinschaftlich“ verfasst und anerkannt, mit Berufsverbänden und Professionsethik, aber auch mit der steuerlichen Bevorzugung der Freiberufler (Mehrwertsteuerbefreiung usw.). Letzteres deutet darauf, dass das gesamte Hilfesystem und geradezu prototypisch darin das Gesundheitssystem – wenn es sich ernst nimmt

– eher gemeinschaftlichen als marktlichen (oder gar staatlichen) Charakter trägt. Auch hier helfen Fakten: im Jahr 2001 arbeiten 4.122.000 Menschen im Gesundheitswesen, davon 71,4% (!) Frauen (Stat. Bundesamt). Das Gesundheitswesen ist (wie das gesamte Sozial- und Bildungswesen) in den letzten drei Jahrzehnten das am kontinuierlichsten und stärksten wachsende Arbeitsmarktsegment und dabei zugleich ein Teil der produktiven, Werte schöpfenden Wirtschaft. 298.000 Ärztinnen und Ärzte, 493.000 Arzt- und ZahnarzthelferInnen, 697.000 Krankenschwestern und Hebammen und 223.000 Krankenpflegehelfer, 263.000 Altenpfleger oder 136.000 „Gesundheitshandwerker“ (Optiker, Zahntechniker usw.) dokumentieren, dass es im Gesundheitswesen vor allem um Organisation von Hilfe geht und nicht um irgendwelche beliebigen und häufig verzichtbaren Dienstleistungen, wie Pizzadienste, UMTS oder Prostitution. Abstrakter sind die „legitimativen“ Steuerungsformen, aber im Gesundheitswesen besonders wirksam: zum einen die Steuerung durch die medizinische Wissenschaft – bis hin zum Ausgeliefertsein an das Expertentum – wie neuerdings durch ökonomische Diskurse. Zum anderen die Steuerung durch ethisch-religiöse Werte, die sich in einer pluralistischen Gesellschaft dem Diskurs unterziehen müssen: die Medizinethik wird auch aufgrund des medizinischen Fortschritts zunehmend zur Handlungslehre, der teils erschreckend fahrlässige Umgang mit „Euthanasie“ (wie in den Niederlanden) deutet darauf hin, dass in hochkomplexen Systemen die Wertebene eine ganz neue und erhebliche Bedeutung erhält. Sowohl das Gemeinschaftswie das Legitimationssystem der modernen Gesellschaft haben sich modernisiert: wo früher Familie (Sippe) und Kirche dominierten, sind heute u.a. mit dem gemeinschaftlichen Hilfe- und Bildungssystem und dem (legitimativen) Wissenschafts- und pluralen Religionssystem komplexe Regulierungsformen der Wohlfahrtsproduktion entstanden, die auf Wirtschaft (Markt) und Politik (Staat) eben nicht reduziert werden dürfen.

### **Einstieg in die Zukunft oder Verlängerung der Vergangenheit?**

Welche Antworten auf diese komplexe Lage gibt nun der rot-grün-schwarze Gesundheitskompromiss? Angesichts der fragwürdigen Ausgangsfrage der ganz großen Koalition – wie senken wir die Lohnnebenkosten? – stand zu befürchten, dass die vorgeschlagenen Lösungen falsch greifen. Die Befürchtung war berechtigt:

(1.) So werden Kosten aus der solidarischen Absicherung – d.h.: der Finanzierung entsprechend dem Einkommen – auf die Beitragszahler („Arbeitnehmer“) verlagert und zwar sowohl beim Krankengeld wie beim Zahnersatz. Für das Jahr 2007, also das volle Wirksamwerden der „Gesundheitsreform“,

ist zum einen schlicht die Verlagerung von Kosten vom Arbeitgeber- auf den Arbeitnehmeranteil geplant ist: Arbeitgeberanteil: 6,08%, Arbeitnehmeranteil: 6,93% – hinzu kommen noch erhebliche weitere Belastungen der Beitragszahler: im Jahr 2007 möchte man durch Leistungsausgrenzungen und erweiterte Zuzahlungen allein 5,8 Mrd. Euro einsparen (zusätzlich zur Herausverlagerung von 3,5 Mrd. Euro für den Zahnersatz und 5,0 Mrd. Euro für das Krankengeld). Für den durchschnittlichen Bürger, vor allem aber für die einkommensschwächeren Haushalte ergeben sich aus diesen Rechenkünsten nur Nachteile: man zahlt nicht weniger für die Krankenversicherungen, hat aber weniger Leistung. Für die gehobeneren Einkommensgruppen freilich ergeben sich Vorteile, vor allem für die Gesunden in diesen Gruppen. Das heißt keineswegs, dass Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen politisch-ethisch abzulehnen ist. Nicht nur, weil in den meisten anderen Ländern die Selbstbeteiligungen weitaus höher sind – in Japan wurde beispielsweise die Zuzahlungsquote für unter 70jährige (und über 3jährige!) im April 2003 von 20 auf 30% angehoben. Gerade die komplexe Verschränkung von Gesundheit als zugleich privatem, weil körperlich-individuellem, und öffentlichem Gut erfordert einen Steuerungsmix. Individuelle Vorsorgebereitschaft und Risikoaversion erhöhen sich, wenn der eigene Geldbeutel im Spiel ist. Der Vorschlag der CDU-„Herzog-Kommission“, prozentuale Selbstbeteiligungen auf alle Gesundheitsleistungen einzuführen, ist dem undifferenzierten rot-grün-schwarzen Kompromiss einer Zuzahlung von 10% mit Mindest- und Höchstbetrag (5 bzw. 10 Euro pro Leistung und Arzneimittel) vorzuziehen – sowohl die CDU-Kommission wie der Parteienkompromiss sehen dabei (zurecht) eine Begrenzung der Eigenbeteiligung auf 2% des Bruttojahreseinkommens vor.

(2.) Unbegreiflich ist, warum die „grüne“ (und die schwarze) Fraktion in der Vermarktlichung des Gesundheitswesens einen Königsweg sehen. Vermarktlichung mag bei Kartellen zu Dynamisierung führen. Allein ein Blick auf die Entwicklung des Kliniksektors in den vergangenen 10 Jahren macht sichtbar, dass hier bereits eine dramatische Entwicklung im Gang ist. Nach Angaben der Deutschen Krankenhaus-Gesellschaft verringerte sich die Zahl der öffentlich-staatlichen Häuser zwischen 1995 und 2000 von 863 auf 744, die Zahl der privaten Krankenhäuser stieg von 373 auf 446. Die Unternehmensberatung Arthur Andersen schätzt, dass sich die Zahl der öffentlichen Krankenhäuser bis 2015 nochmals um fast die Hälfte verringern wird. Zwar wurden durch dabei entstehende Synergien in Klinikkonzernverbänden Kostensenkungen beobachtet – die bei öffentlichen und gemeinnützigen Trägern gleichwohl auch erreicht werden. Doch der teils erhebliche Profit der Klinikkonzerne

und –AGs fließt in Privattaschen. Einen Nachweis für patientenzentriertere Leistungserbringung (oder bessere Arbeitsbedingungen) bleibt die „Privatisierungssorgie“ (Horst Seehofer) schuldig. Hier spielen (nicht nur) die Grünen mit dem kapitalistischen Feuer, dessen Wirkungen kaum durchschaut werden. Es ist im internationalen Vergleich kein Land bekannt, in dem eine Vermarktlichung des Gesundheitswesens zu einer Kombination von Leistungsverbesserung (vor allem im Bereich der Prävention) und Kostensenkung geführt hätte. Wettbewerb ist nötig, Kommerzialisierung eher schädlich.

(3.) Schließlich müssen (gerade) die Grünen selbstkritisch erkennen, dass sich mit dieser „Gesundheitsreform“ kein Durchbruch zu einer „Bürgerversicherung“ ereignet. Die „Wachstumsschwäche in der Finanzierungsbasis“ der gesetzlichen Sozialversicherungen kritisierte der Sachverständigenrat für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (SVR) in seinem Gutachten 2003. Für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) blieben zwischen 1980 und 2000 die beitragspflichtigen Einnahmen je Mitglied um 31% hinter dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigen zurück. Strukturell heißt dies, dass die Sozialversicherungsabgaben auf einen immer kleineren Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte erhoben werden. Praktisch heißt das für die GKV, dass sie bei einer vergleichbaren Beitragsbasis wie im Jahr 1980 im Jahr 2000 Mehreinnahmen von gut 22 Mrd. Euro erzielt hätte, und dies ohne wesentliche Mehrausgaben. Damit läge der heutige durchschnittliche Beitragssatz zur GKV bei knapp 11,6% – und nicht bei etwa 14,4%. „Besserverdienende“ wandern in die Privatversicherungen, die am Risikostrukturausgleich nicht beteiligt sind. Und die relativ steigenden Vermögens- und Mieteinnahmen werden an den Sozialversicherungen vorbei geerntet. Keiner der Vorschläge der Rürup-Kommission – ob eine Erweiterung der GKV für alle Berufsgruppen oder eine „Kopfpauschale“ nach Schweizer Vorbild für alle Bürger – wurde aufgegriffen.

### **Wo bleibt das Positive?**

Im rot-grün-schwarzen Kompromiss finden sich nicht nur Zumutungen, sondern durchaus längst Überfälliges: Die institutionelle Beteiligung von Patienten- und Behindertenverbänden und die Installierung eines Patientenbeauftragten · Die Zulassung von „medizinischen Versorgungszentren“ in die Regelversorgung · Die Einbeziehung von Versorgungsbezügen und Selbstständigen-einkommen von Rentnern in die volle Beitragspflicht (- aber warum gilt das nicht für Vermögenseinkommen? Und: warum zahlen Rentner künftig nicht den vollen Kassenbeitrag, sondern weiterhin nur die Hälfte?) Aber das ist zu wenig. So nützt diese Gesundheitsreform nur den Gesunden und den „Besserverdienenden“.

# Um was es auf dem Bochumer SPD-Parteitag geht

Von Detlev von Larcher

Während es im Augenblick, in dem ich dies schreibe, der Linken in der SPD darum geht, der Agenda 2010 die giftigsten Zähne zu ziehen, wenigstens ein Minimum von sozialer Gerechtigkeit beim Umbau der sozialen Sicherungssysteme zu sichern, wird es beim Parteitag im November um die langfristige Perspektive des Sozialstaates und um die der SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit gehen. Es geht um nichts weniger als die Frage, ob die SPD als linke Volkspartei lebensfähig bleibt oder ob sie den von Christian Bommarius in der Berliner Zeitung am 30. Sept. beschriebenen Erfrierungstod erleidet. Ihn zu verhindern, ist die vordringlichste Aufgabe der Linken in der SPD. Denn der Parteivorsitzende selbst, dessen Aufgabe es ja wäre, seine Partei als starke gesellschaftliche Kraft zu erhalten und in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu führen, ist ja Ursache für den drohenden Erfrierungstod.

Die Sätze von Bommarius erschrecken: „Schröders entscheidendes Verdienst liegt in der kompromisslosen Entschlossenheit, mit der er der SPD jeden Einfluss auf die Regierungspolitik, jede Andeutung von Relevanz, selbst jede stumme Wortmeldung im Namen eines vermeintlichen Grundsatzprogramms verweigert. ... Schröder hat das Vorhandensein der SPD derart aus seinem Bewusstsein verdrängt, dass er jede Erinnerung daran inzwischen mit Rücktrittsdrohungen zu beantworten pflegt...“

Das ist spitz formuliert. Aber ist es nicht auch gut beobachtet? Und es droht, dass folgender Satz von Bommarius Realität wird: „Nicht der dramatische Verfall der Wählersympathien ist das Kardinalproblem der SPD, sondern der Zusammenbruch des Respekts, den die Partei noch vor kurzer Zeit und mit vollem Recht vor sich selbst und vor ihrer Geschichte empfand. Der Preis aber ist auf Dauer für jede Partei unbezahlbar.“

Das die Linke ohne Selbstbewusstsein verloren ist, war Willy Brandt immer klar. Darauf weist Albrecht Müller in einem Beitrag für die „Blätter für deutsche und internationale Politik“ mit Recht hin. Und er erinnert uns: Als die Konservativen öffentlich Sozialdemokraten und Kommunisten in einen Topf warfen und ihre Parole „Freiheit statt Sozialismus“ lautete,

hielt Willy Brandt eine große Rede unter der Überschrift: „Erfolg von 109 Jahren Demokratischem Sozialismus“ Die Offensive gegen die Konservativen mobilisierte nicht nur die Partei und deren Anhänger, sie führte auch zu einem grandiosen Wahlsieg.

Warum nur stellt Olaf Scholz heute den Begriff „Demokratischer Sozialismus“ ohne Not zur Disposition? Warum nur will er den Begriff: Soziale Gerechtigkeit umdeuten?

Albrecht Müller wertet das so: „Dieser Vorgang ist ein eindeutiges Zeichen für die Strategie der Anpassung an konservative Vorstellungen, die sich der bestimmende Teil der SPD Spitze zu Eigen gemacht hat. Er ist für Privatisierung und Deregulierung, für die Reduzierung der solidarischen Sicherung zu Gunsten der privaten Vorsorge – und nun auch noch für die Abschaffung eines eingeführten Begriffes und die Umdeutung eines zentralen sozialdemokratischen Grundwertes. Die konservativen Kräfte haben damit nicht nur die Hegemonie über die öffentliche Debatte unter den Eliten erreicht, sie prägen sogar die innere Willensbildung der großen linken Volkspartei.“

Es besteht die reale Gefahr, dass diese Politik der Anpassung, die nicht die sozialdemokratische Vorstellung einer Gesellschaft durchsetzen will, sondern das als richtig ansieht, was sich durchsetzen lässt, nicht nur die Regierungsfähigkeit verspielt, sondern die Partei auch oppositionsunfähig macht.

Das zu verhindern ist die Aufgabe der Parteilinken auf dem Parteitag und danach. Nur sie kann die dafür notwendigen Diskussionen auf dem Parteitag anstoßen. Denn die Seeheimer sind wie schon lange nur noch Jasager. Sie denken nur noch in Posten und Pöstchen, wie ihre gegenwärtigen Äußerungen in der kontroversen Debatte um die „Hartz – Gesetze“ zeigen.

Dem dient *unser* Leitantrag für den Parteitag: „Neue Zeiten denken – Gestaltungsaufgaben annehmen!“ Unsere Forderungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit, zur Modernisierung der Sozialsysteme, zur richtigen Reaktion auf den demographischen Wandel, für eine Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive für eine Bürgerversicherung, für eine Arbeitsversicherung statt der Arbeitslosenversicherung für die Ren-

tenversicherung als Erwerbstätigenversicherung, für eine Gemeindefinanzreform und unsere Finanzierungsvorschläge wollen auf die konkrete Regierungspolitik Einfluss nehmen, natürlich. Aber sie zeichnen darüber hinaus eine zum vorherrschenden neoliberalen Mainstream sozialdemokratische alternative Perspektive auf, für die es sich in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den Konservativen, mit der Lobby der Wirtschaft und mit den dem neoliberalen Common Sense verpflichteten Medien zu kämpfen lohnt.

Es geht darum, worum es der SPD in ihrer langen, ruhmreichen Geschichte immer ging, gestaltend auf die Bedingungen gesellschaftlicher Entwicklung maßgeblichen Einfluss zu nehmen. Es geht darum, auf der Grundlage unserer Grundwerte die Antworten zu finden, für die Gestaltung der globalisierten Welt und nicht die sozialdemokratischen Grundwerte der vorgeblichen Realität anzupassen.

Darum sind die Zeilen am Anfang unseres Antrages so wichtig: „Die SPD ist die Partei der Freiheit in Solidarität. ... Freiheit meint jedoch auch die Freiheit von Armut, Willkür und Gewalt. Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit.“

Es ist legitim und notwendig, sozial gerechte Politik immer wieder zeitgemäß zu interpretieren. Es macht jedoch keinen Sinn, Bildungschancen gegen Verteilungsgerechtigkeit, Beschäftigungs- oder Generationengerechtigkeit auszuspielen...“

Wenn die Mitglieder der SPD wieder stolz auf ihre Partei sein, wieder Selbstbewusstsein entwickeln wollen, müssen sie die widersprüchlichen Interessen in unserer Gesellschaft beim Namen nennen und sich und ihrer Regierung klar machen, wessen Interessen sie gegen Widerstände vertreten und – auch in notwendigen Kompromissen – durchsetzen wollen.

Wenn es dabei bleibt, dass die Menschen bis tief in die Mitgliedschaft der SPD hinein der Meinung sind, es sei gleichgültig, wer im Bund und in den Ländern regiert, weil es keinen entscheidenden Unterschied zwischen den großen Volksparteien gebe, ist das Ende sozialdemokratischer Regierungstätigkeit absehbar. Aber schlimmer noch: die Frage steht auf dem Parteitag, ob die SPD ihrer historischen Verantwortung für die Geschehnisse der Welt und der Menschen in ihr gerecht wird oder ob sie vor den Kräften des neoliberalen Zeitgeistes versagt und damit bedeutungslos wird.

# Bürgerversicherung? – Chance oder eher Risiko?

Von Daniel Kreutz

Die Tinte unter dem parteienübergreifenden Konsenspapier zur Gesundheitsreform war noch nicht trocken, da sammelte sich die Politik schon auf dem nächsten Schauplatz: die „Bürgerversicherung“ bewegt die Gemüter. Angesichts der politischen Protagonistinnen - vom neosozialdemokratischen Mainstream über die Neuen Grünen bis zu Horst Seehofer - muss es erstaunen, dass die „Bürgerversicherung“ Forderungen aufgreift, die über lange Zeit nur vom sozial- und linksoppositionellen Lager vertreten wurden und denen bisher eine ernsthafte Diskussion in aller Regel verwehrt blieb.

## Sozialer Richtungswechsel?

Bei der Bürgerversicherung geht es um die Entwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) von einer Arbeitnehmersversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, die auch Selbständige, Manager, Abgeordnete und Minister - womöglich gar Beamte - in die Pflichtversicherung einbeziehen soll. Eine solche Ausweitung würde die Finanzbasis der GKV verbreitern, die in Folge der Massenerwerbslosigkeit an chronischer Auszehrung leidet. Entschlossener Widerstand der privaten Krankensicherer (PKV) scheint gewiss. Und es geht darum, nicht nur Arbeitseinkommen, sondern auch andere Einkommensarten (aus Unternehmertätigkeit, Kapitalvermögen, Vermietung, Verpachtung) in die Beitragspflicht einzubeziehen. Damit würde die „Belastungsgerechtigkeit“ unter den Versicherten erhöht. Wer allein aufs Arbeitsentgelt angewiesen ist, wird bisher deutlich höher belastet als derjenige, der auf andere und zusätzliche Einkünfte zurückgreifen kann. Auch die Einbeziehung anderer Einkommensarten in die Beitragspflicht verspricht Mehreinnahmen für die GKV. Haben wir es also mit einem politischen Kurswechsel für Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit zu tun? Gibt es eine neue Bereitschaft, der Idee der Solidargemeinschaft und dem Grundsatz der „solidarischen Finanzierung“ in der GKV nach Jahrzehnten gegenläufiger Reformen wieder durchgreifend zu stärken? Meine Antwort auf alle diese Fragen ist ein klares Nein.

## Bürgerversicherung im „Y-Modell“ der Rürup-Kommission

Die „Bürgerversicherung“ ist eine der beiden Langfrist-Alternativen, die im Frühjahr von der

Rürup-Kommission vorgeschlagen wurde (Vorschlag Lauterbach). Die andere ist Rürups „Kopfpauschalen“-System - eine neoliberale Utopie reinsten Wassers, die zudem nur äußerst schwer umsetzbar erscheint. Beide wurzeln im Konsens über kurzfristige Risikoprivatisierungen und den marktförmigen Umbau des Gesundheitswesens. Bereits dem amtlichen Text der Kommission konnte man über die „Bürgerversicherung“ Folgendes entnehmen:

1. Es soll weiterhin eine (angehobene) Beitragsbemessungsgrenze und eine Versicherungspflichtgrenze geben. Die „Einbeziehung aller Einkommen“ meint keineswegs alle. Die Besserverdienenden und Reichen bleiben der PKV erhalten. Und während Arbeitnehmer zusätzlich Beiträge auf die Mieteinnahmen einer vermieteten Garage entrichten, sinkt die Beitragsbelastung bei den GKV-Versicherten nach wie vor um so mehr, je höher ihr Einkommen ist. Eine „Solidarität“, die nur „unten“ gilt, ist keine. Die „starken Schultern, die die Lasten der Schwachen mittragen“ sollten, kümmern sich weiter um den feinen Zwirn zu ihrer Bedeckung.

2. Dies gilt erst recht, wenn man sich ansieht, was aus der hälftigen Finanzierung der Krankheitsabsicherung durch die Kapitaleseite wird. Was bei den alten und neuen Versicherten (Personen) zusätzlich eingenommen wird, hat keinerlei „paritätische“ Gegenfinanzierung seitens der Arbeitgeber (Unternehmen). Im Gegenteil: die Mehreinnahmen bei den Versicherten sollen die weitere Absenkung der Arbeitgeberbeiträge finanzieren. So soll die „Bürgerversicherung“ dem Ende der paritätischen Finanzierung dienen. Nicht zu Unrecht sprechen ihre grün-rot-schwarzen Protagonisten deshalb von einem „Systemwechsel“.

3. Auch Lauterbach will neben einer Versorgung der gesetzlich Versicherten mit dem „medizinisch Notwendigen“ eine Privatversicherung für die „so genannte Luxusmedizin“. Über den Trend geben die aktuellen Leistungsausgrenzungen Auskunft: Außer Krankengeld und Zahnersatz werden auch und Brillen, Sterbe- und Entbindungsgeld, nicht verschreibungspflichtige Medikamente, Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt sowie medizinisch nicht notwendige Sterilisi-

## Inhalt:

Detlev von Larcher Um was es auf dem Bochumer SPD-Parteitag geht	1
Daniel Kreuz Bürgerversicherung? – Chance oder eher Risiko?	2
Marlies Volkmer Die solidarische Alternative heißt Bürgerversicherung	3
Andrea Ypsilanti, Dr. Thomas Spies, Thorsten Schäfer-Gümbel Zukunftsfähig und gerecht: Solidarische Bürgerversicherung – das Hessen-Süd-Modell	4
Auszüge aus dem Antrag der Parteilinken zum SPD-Parteitag Neue Zeiten denken – Gestaltungsaufgaben annehmen!	5

on aus dem GKV-Leistungskatalog getilgt. Mit den Leistungsausgrenzungen, die die politischen „Bürgerversicherer“ selbst veranlassen, wächst der Markt für die PKV. Sie soll keineswegs dem Solidarprinzip weichen, sondern ihren Wachstumshunger allenfalls zügeln. Wer voreilig glaubte, die „Eierköpfe“ in der Rürup-Kommission belächeln zu können, weil sie sich bei den Langfrist-Vorschlägen nicht einigen konnten, war ihnen tatsächlich schon halb auf dem Leim. Denn es war nicht Unvermögen, sondern strategisches Kalkül: Rürup gibt mit dem „Kopfpauschalen“-System den Radikalen 200 Euro pro Menschenkopf, egal wie niedrig das Einkommen ist! Totalabschaffung der Arbeitgeberbeiträge und massive Entlastungen für alle Besser- und Spitzenverdiener! Massive soziale Ungerechtigkeit und bruchartige Verwerfungen, wenn es nicht gelingt, mit Steuertransfers beträchtlichen Umfangs das Schlimmste abzufedern! Welcher Versicherte, der sich da nicht mit Grausen wenden und flüchten würde - in die Arme der Lauterbachschen Bürgerversicherer, die Retter des Solidargedankens: Ulla Schmidt, Krista Sager, Horst Seehofer! Dass er dann doch die Zeche zu zahlen hat - das merke er erst, wenn sie ihn fest im Schwitzkasten haben. Ein billiges Remake der Schmierenkommödie vom „bösen“ und vom „guten“ Polizisten. Dennoch ist Rürups neoliberale Utopie kein Fake, das lediglich zur Komplettierung der Strategie aufgebaut wurde. Die Komplettprivatisierung des Krankheitsrisikos mit Kopfprämienystem ist Ausdruck der Ziele der Marktfundamentalisten aus Arbeitgeberverbänden und Politik. Auch hierfür formiert sich eine parteienübergreifende Koalition von wirtschaftsnahen Post-Sozialdemokraten, FDP und dem Mainstream der vormaligen „Konservativen“. Auch wenn unwahrscheinlich ist, dass sich das Rürup-Modell demnächst durchsetzt, geben die damit verbundenen Zielsetzungen die Richtung vor, in die die Reise mittel- und langfristig gehen soll.

Daniel Kreutz ist Mitglied der AG Soziale Sicherung von attac-Deutschland, hat während der 90er Jahre als NRW-MdL für die Gesundheits- und Sozialpolitik Verantwortung getragen und arbeitet heute beruflich als Referent für Sozialpolitik beim SoVD-NRW. Dieser Beitrag ist eine persönliche Meinungsäußerung.



### Verteilungsfragen in den Mittelpunkt rücken

Wer dem Systemwechsel zum Wettbewerbsstaat eine zukunftsfähige Alternative sozialstaatlicher Weiterentwicklung („Solidarstaat“) entgegenstellen will, wäre gut beraten, die realen Verteilungsfragen hinter den vordergründigen „Signalen“ der „Bürgerversicherung“ in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu rücken und das konsequente Solidarprinzip einzufordern. Neben der Aufhebung der rational nicht begründbaren Beitragsbemessungs- und Versicherungsfluchtgrenze muss es vor allem darum gehen, dem langjährigen Trend zum Rückzug der Wirtschaft entgegenzutreten. Die Ursache der Finanzprobleme der Sozialversicherung liegt weder in angeblichen „Kostenexplosionen“, noch in der „demografischen Entwicklung“, noch im „medizinischen Fortschritt“, noch in „mangelnder Effizienz“, sondern in der Schrumpfung des Anteils der beitragspflichtigen Arbeitsentgelte am Volkseinkommen durch die Massenerwerbslosigkeit und ihre indirekten Folgen (unzureichende Entgeltentwicklung, Ausbreitung von Niedriglohnbeschäftigung). Die Sozialversicherung muss vor allem auf der Einnahmeseite gestärkt werden, um ihre Leistungsfähigkeit zurückgewinnen zu können. Wenn dazu das Mittelaufkommen bei den Versicherten gesteigert werden soll, dann muss es erst recht darum gehen, die Finanzierungsparität durch Einführung eines ergänzenden Wertschöpfungsbeitrags der Unternehmen zu wahren. Die Sozialversicherung muss von der Erwerbslosigkeit - nicht von der Erwerbstätigkeit! -, abgekoppelt werden. Gerade in Zeiten schwerer Arbeitsmarktkrise muss sie ihre Sicherungsfunktion bewähren können. Der Abbau von Arbeitsplätzen darf nicht gleichbedeutend mit dem Rückzug des Kapitals aus seiner Mitverantwortung für die wirksame Absicherung der großen Lebensrisiken sein. Die sozialpolitische Qualität von Reformen entscheidet sich nicht zuletzt

darin, ob sie zu einer ausgewogenen Lastenverteilung zwischen Kapital und Arbeit hin- oder wegführen. Gemessen daran ziehen „Kopfpauschaler“ und „Bürgerversicherer“ am gleichen Ende des Strangs.

### Entkoppelung vom „Faktor Arbeit“?

Auch im sozialoppositionellen Spektrum ist die Auffassung weit verbreitet, angesichts der hohen Erwerbslosigkeit könne die entgeltbezogene, an sozialversicherungspflichtiger Erwerbsarbeit ansetzende Beitragsfinanzierung nicht „zukunftsfähig“ sein. Vielfach wird daher etwa ein Systemwechsel zu einer Steuerfinanzierung nach skandinavischem Beispiel gefordert. Dem ist nicht nur zu entgegnen, dass dies eine weitreichende Reform des Steuersystems zur Vorbedingung hätte, um eine der Parität entsprechende Lastenverteilung und damit soziale Gerechtigkeit zu sichern. Es muss auch darauf hingewiesen werden, dass es gute, systematische Gründe hat, warum der „rheinische“ Sozialstaat als „Vollbeschäftigungsstaat“ konzipiert wurde. Die vorrangige Lehre aus der Weimarer Katastrophe war nämlich, dass sich Gesellschaftsspaltung durch Massenerwerbslosigkeit und soziale Perspektivlosigkeit, wie sie zwischen 1928 und 1933 den Boden für die faschistische Machtergreifung bereitete, nie wiederholen dürfe. Ein Staat, der dauerhafte Massenerwerbslosigkeit und die Entstehung eines neuen „Subproletariats“ prekärer Dienstbotenbeschäftigung hinnimmt, ist kein Sozialstaat. Auch wenn wir „Vollbeschäftigung“ zukünftig anders, insbesondere geschlechtergerecht zu definieren haben, kann eine Bewegung für soziale Gerechtigkeit am Grundübel des Ausschlusses von Millionen von der Erwerbsteilhabe keinesfalls vorbeigehen. Schlüsselement einer alternativen Strategie für die Ausweitung des regulären Arbeitsplatzangebots - und damit auch: zur

Behebung der binnenwirtschaftlichen Nachfrageschwäche als Konjunkturproblem Nummer Eins - ist die Umverteilung vorhandener Erwerbsarbeit durch rasche Arbeitszeitverkürzungen. Dass dies Instrument funktionsfähig ist, wird mittlerweile von unerwarteter Seite bestätigt: Die rot-grüne NRW-Landesregierung erwartet, dass die beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung im Öffentlichen Dienst des Landes einen Wegfall von rechnerisch 11.300 Arbeitsplätzen ermöglicht. Wenn Arbeitsumverteilung durch Arbeitszeitpolitik in dieser Richtung funktioniert, dann funktioniert sie ebenso sehr anders herum.

Wenn wir glauben, dass zu den wichtigen Aufgaben zukunftsfähiger Sozialstaatlichkeit auch gehört, das Erwerbsleben so zu organisieren, dass das gebrochene Vollbeschäftigungsversprechen des „rheinischen“ Sozialstaats wieder einlösbar wird, dann wird in der Perspektive auch die Beitragsfinanzierung der Sozialversicherung wieder tragfähiger. Man mag dennoch über steuerliche Finanzierungsalternativen debattieren; eine „Entkoppelung vom Faktor Arbeit“ ist aus der Perspektive einer Neuen Vollbeschäftigung jedenfalls keine „systemische Notwendigkeit“. Eine „Notwendigkeit“ ist diese allerdings aus der verteilungspolitischen Perspektive der neoliberalen Systemveränderer. Um einen großen Schub der Umverteilung zugunsten des Kapitals auslösen zu können, müssen sie einerseits die Finanzierungsparität beseitigen. Andererseits aber brauchen auch sie noch Sozialsysteme, die durch „Abfederung“ sozialer Risiken in hinreichendem Umfang für eine soziale Stabilisierung ihres Regimes sorgt. Ihre Forderung nach „Entkoppelung vom Faktor Arbeit“ sind Ausdruck einer Perspektive, die die Spaltung der Gesellschaft in (Über-)Arbeitende und Erwerbslose samt ihren Folgerisiken für die Demokratie auf Dauer hinzunehmen bereit ist.

# Die solidarische Alternative heißt Bürgerversicherung

Von Marlies Volkmar

Seit Jahren hängt die Finanzierungsfrage der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wie ein Damoklesschwert über der Politik. Angesichts sich verschärfender Probleme ist die Diskussion über Ursachen und Reformoptionen endlich ans Licht der breiten Öffentlichkeit getreten.

Parteiübergreifend ist es spätestens seit diesem Sommer unstrittig, dass die Finanzierungsbasis der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) so schnell wie möglich reformiert werden muss: Zu groß sind die Einnahmeausfälle durch die anhaltend angespannte konjunkturelle Entwicklung,

insbesondere durch die reine Lohnbezogenheit der Finanzierung, durch den fortschreitenden demografischen Wandel und durch die Möglichkeiten für Gutverdiener, sich dem System zu entziehen. Daher muss die Partei bereits auf dem anstehenden Parteitag in Bochum klar und eindeutig die Weichen dafür stellen, wohin die Reise der GKV gehen soll.

Die Rürup-Kommission hat in ihrem Abschlussbericht zwei mögliche Modelle zur

Reform der Finanzierung vorgestellt: das sogenannte Kopfpauschalmodell und das Modell der Bürgerversicherung.

Im Kopfpauschalmodell entrichten alle Erwachsenen, unabhängig von ihrem Einkommen, einen gleich hohen Versicherungsbeitrag. Versicherte mit geringem Einkommen erhalten einen steuerfinanzierten Zuschuss. Zur Gegenfinanzierung wird der Arbeitgeberbeitrag dem Bruttoentgelt der Beschäftigten zugeschlagen, was zu entsprechend höheren Lohn- und Einkommenssteuerzahlungen führt.

Das Modell der Bürgerversicherung entspricht einer Weiterentwicklung des bestehenden Systems durch die Ausweitung des Versichertenkreises sowie die Einbeziehung weiterer nicht lohnbezogener Einkommensarten. In einem ersten Schritt sollten Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenze angehoben werden. Durch diese Maßnahmen können die Beitragsätze zur Krankenversicherung erheblich gesenkt werden.

Beide Modelle verfügen über Vor- und Nachteile. Daher muss sorgfältig geprüft werden, mit welchem System die bestehenden Probleme der GKV tatsächlich gelöst werden können. Diese sind, wie eingangs erwähnt, die Demografie- und Konjunkturabhängigkeit sowie die systemwidrigen Ausstiegsmöglichkeiten der Gutverdiener. Der Demografie ist wohl mit keinem Finanzierungsmodell beizukommen. Unverzichtbar sind hier eine familienfreundlichere Politik und Maßnahmen für eine verstärkte Zuwanderung. Die Konjunkturanfälligkeit kann bestenfalls gebremst, keinesfalls jedoch beseitigt werden: In Zeiten der Rezession brechen bei beitragsfinanzierten Systemen die Einnahmen weg, im Falle des Kopfpauschal-

modells steigen bei sinkenden Einnahmen des Staates die steuerfinanzierten Transfers für Geringverdiener und Sozialfälle. Ob die Höhe der Transfers angesichts der bekannten kurzfristigen Begehrlichkeiten der Finanzpolitiker gesichert ist, darf getrost bezweifelt werden.

Auch die Ausgabenentwicklung spricht nicht für das Kopfpauschalmodell. Das Gesundheitssystem der Schweiz, das bekanntlich über Kopfprämien finanziert wird, hat nach den USA die zweithöchsten Ausgaben weltweit. Das Wachstum der kaufbereinigten Pro-Kopf-Ausgaben verlief im schweizerischen Gesundheitswesen sogar deutlich steiler als in Deutschland. Zudem steigt auch in der Schweiz die Belastung der Versicherten durch stetig steigende Prämien: Der jahresdurchschnittliche Prämienzuwachs in der Schweiz betrug 2002 etwa 6,9 Prozent.

Der wichtigste Unterschied zwischen dem Prinzip der Kopfpauschale und der Bürgerversicherung bleiben Transparenz und Umfang von Umverteilung. Im Kopfpauschalmodell findet Umverteilung nur noch über das Steuersystem statt. Die These, in einem Steuer-Transfer-System werde gerechter umverteilt, ist freilich noch nie bewiesen worden. Denn steuerliche Gestaltungs- und Absetzmöglichkeiten führen zu individuell sehr unterschiedlichen Steuergrenzbelastungen. Zudem sind die Umverteilungswirkungen wenig transparent: Aufgrund des hohen Anteils indirekter Steuern ist z.B. in der Schweiz eine Umverteilung kaum noch nachvollziehbar, so dass das Schweizer System beim WHO-Ranking zum Ziel einer „Faireren Finanzierung“ des Gesundheitssystems nur auf Platz 38-40 kam – Deutschland hingegen auf Platz 6-7.

Die Umverteilungsdefizite des Kopfpauschalmodells offenbaren sich in Berechnungen bezüglich der Be- und Entlastung unterschiedlicher Einkommensschichten. Mit dem Kopfpauschalmodell werden kleine und mittlere Haushaltseinkommen zwischen 10.000 und 40.000 Euro p.a. zusätzlich belastet, Gutverdiener jenseits von 50.000 Euro p.a. jedoch bis zu 1,5 Prozent entlastet! Mit der Bürgerversicherung hingegen ist die Beitragsentlastung besonders bis zu einem jährlichen Bruttoeinkommen von 40.000 Euro spürbar. Die breiten Schichten der Gesellschaft werden hier stärker zur Finanzierung herangezogen: Haushalte mit einem Einkommen von über 50.000 Euro werden bis zu maximal 2 Prozent des verfügbaren Einkommens zusätzlich belastet. Das umverteilende Solidarsystem genießt in der Bevölkerung eine große Akzeptanz, wie selbst der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen in seinem jüngsten Jahresgutachten feststellt. Diese Akzeptanz kann durch die Bürgerversicherung noch gestärkt werden, führt sie doch zu wesentlich mehr Gerechtigkeit als das bestehende System und das Kopfpauschalmodell. Denn alle Schultern der Gesellschaft finanzieren entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit das Krankheitsrisiko. Der Parteitag steht bei der Entscheidung über die Zukunft der Krankenversicherung vor einer Richtungsentscheidung. Natürlich geht es hier nicht um bis ins letzte Detail formulierte Handlungsanweisungen für die Regierung. Die Partei muss aber grundsätzlich klarlegen, welcher Weg für sie gangbar ist und welcher nicht. Daher sollte der Parteitag in seiner Entscheidung weitergehen, als es der Leitantrag des Parteivorstandes formuliert: Durch ein eindeutiges Bekenntnis zur solidarischen Bürgerversicherung.

## Zukunftsfähig und gerecht: Solidarische Bürgerversicherung

von Andrea Ypsilanti, Dr. Thomas Spies und Thorsten Schäfer-Gümbel

Mit dem Konzept der Solidarischen Bürgerversicherung, das im Bezirksausschuss der nordhessischen SPD einstimmig und auf dem Bezirksparteitag der südhessischen SPD mit breiter Mehrheit beschlossen wurde, hat die hessische SPD als erster Landesverband eine realistische Alternative in der Diskussion um die Gesundheitsreform auf-

zeigt. Es definiert die Merkmale eines Konzepts, dessen Begriff zunehmend instrumentalisiert wird und unter dessen Etikett allerlei Unsinn vertrieben wird. Mit dem hessischen Modell wird ein Beitrag zum modernen Sozialstaat geleistet.

Alle wissen es: Der jetzt ausgehandelte Kompromiss zur Gesundheitsreform löst

die Probleme nicht. Die eigentlich notwendigen Strukturreformen werden nicht auf den Weg gebracht, dafür aber vor allem die abhängig Beschäftigten belastet und die paritätische Finanzierung des Gesundheitssystems aufgegeben. Dennoch gibt der Kompromiss finanziell nur Luft für wenige Jahre. Deshalb ist es kein Wunder, dass die Hauptbeteiligten an den Konsensgesprächen grundlegendere Reformen in einigen Jahren für notwendig erachten. Erfreulicher Weise setzt derzeit eine breite Diskussion über die notwendigen Veränderungsschritte ein.

Andrea Ypsilanti, MdL ist Landesvorsitzende der hessischen SPD, Dr. Thomas Spies, MdL ist gesundheitspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion und Vorsitzenden der nordhessischen AGS und Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL ist stellv. Vorsitzender der SPD Hessen-Süd.

### Das Problem

Die gesundheitspolitische Debatte wird seit Jahren vor allem als Diskussion über die Höhe des Beitragssatzes geführt und umkreist damit immer und immer wieder das Finanzierungsproblem, ohne es zu lösen. Tatsächlich ist eine grundsätzliche, gerechte und dauerhafte Reform der Einnahmeseite der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) dringend erforderlich, um wirkungsvolle Strukturreformen umsetzen zu können, die selbst wiederum kostendämpfend wirken können.

Seit Jahrzehnten ist der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BiP) weitgehend stabil. Die sogenannte „Kostenexplosion im Gesundheitswesen“ ist eine Legende. Die Gesundheitsausgaben haben stets im Rahmen der allgemeinen Wohlstandsentwicklung gelegen. Dagegen sind die Beiträge zur GKV kontinuierlich gestiegen: seit 1960 von damals ca. 7% auf heute ca. 14%.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielschichtig: Der sinkende Anteil der Löhne am Volkseinkommen und die Zunahme von Selbstständigkeit sowie von Kapital- und Vermögenserträgen führten zu einer übermäßigen Belastung der abhängigen Beschäftigung bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch steigende Beitragssätze.

Aufgrund der seit über 20 Jahren auseinandergehenden Schere zwischen Arm und Reich und der gleichzeitigen Beibehaltung der Beitragsbemessungsgrenze als Obergrenze der heranzuziehenden Einkommen wird ein immer größer werdender Teil des Wohlstandes von der Beteiligung an den Kosten des Gesundheitswesens ausgenommen. Dadurch steigt die relative Belastung kleinerer Einkommen über den Beitragssatz. Unterhalb der Bemessungsgrenze führen wachsende Armut und eine steigende Zahl

von Empfängern von Transferleistungen (Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger) ebenfalls zu einer Verringerung des beitragspflichtigen Einkommens.

Die fortwährende Entlastung der öffentlichen Haushalte zu Lasten der GKV, wie z. B. die politische Festlegung nicht ausgabendeckender Krankenversicherungsbeiträge für Empfänger von Sozialleistungen und ähnliche Maßnahmen, belasten das System zusätzlich, ebenso wie die gesamtgesellschaftlich zu tragenden, sogenannten versicherungsfremden Leistungen.

### Der Vorschlag

In der von den hessischen Sozialdemokraten vorgeschlagenen Solidarische Bürgerversicherung sollen alle Bürgerinnen und Bürger versichert werden. Die Finanzierung erfolgt, in dem jede und jeder auf alle Einkünfte unabhängig von Höhe oder Einkunftsart den gleichen prozentualen Beitrag leistet, unter Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze und der Versicherungspflichtgrenze. Alle geben von allem den gleichen Anteil. Nur so wird eine drastische Beitragssatzsenkung auf unter 10 % und eine gerechte Lastenverteilung erreicht. Entlastet werden Einkommen, die weniger als 80.000,— € jährlich haben.

Damit kommen bei der Solidarischen Bürgerversicherung folgende Einnahmen hinzu: der Anteil von Löhnen über € 3450,— monatlich, Miet-, Zins- und Kapitalerträge, Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit.

Laut statistischem Bundesamt betrug die Gesamtsumme der Einkünfte in Deutschland in 2002 rund 1,6 Billionen Euro (911 Mrd. Löhne und Gehälter, 295 Mrd. Renten, 450 Mrd. Selbstständige und Kapitalerträge). Dem stünden 143 Mrd. Ausgaben GKV gegenüber (129 Mrd. plus 11% für die bisher nicht versicherten Personen). Daraus ergäbe

sich rechnerisch für eine Solidarische Bürgerversicherung für das Jahr 2002 ein Beitragssatz von 9 %.

### Das Problem?

Unter den Befürwortern von Bürgerversicherungsmodellen besteht Streit in der Frage, ob eine Beitragsbemessungsgrenze und damit ein höchster absoluter Beitrag beizubehalten ist. Befürworter einer Obergrenze begründen dies damit, dass Versicherte mit hohem Einkommen einen hohen Beitrag zahlen, aber keine äquivalent höherwertige Leistung erhalten. Das Argument trägt jedoch nicht.

Erstens ist Merkmal des solidarischen Prinzips, dass Finanzierung nach Leistungsfähigkeit erfolgt und Leistung nach Bedarf.

Zweitens gibt es – im Gegensatz zu den anderen Systemen der sozialen Sicherung – im Gesundheitswesen nie Äquivalenz. Ein Mensch kann sein Leben lang höchste Beiträge zahlen und trotzdem das Glück haben, gesund zu bleiben. Umgekehrt gibt es (seltene) Fälle, in denen unabhängig vom Beitrag innerhalb weniger Monate Kosten von mehreren Millionen Euro entstehen. Äquivalenz ist keine sachgemessene Kategorie.

### Das Fazit

Mit der Solidarischen Bürgerversicherung wird die Finanzierung des Gesundheitssystems modernen Maßstäben einer solidarischen Ausgestaltung gerecht. Das System wird einfacher, gerechter und transparenter. Die notwendigen Strukturreformen im Gesundheitswesen müssen zeitgleich vorangetrieben werden, sie werden aber niemals abgeschlossen sein. Weitere Informationen zum Thema sind im Internet unter [www.solidarische-buergerversicherung.de](http://www.solidarische-buergerversicherung.de) abrufbar.

# Neue Zeiten denken - Gestaltungsaufgaben annehmen!

Antrag der Partei-Linke  
 Stand: 26.09.2003

## 1. Gestaltungsaufgaben

Wir Sozialdemokraten haben Gestaltungsnöwendigkeiten in unserer 140 jährigen Geschichte immer wieder frühzeitig erkannt und wir haben hart an praxistauglichen Lösungen gearbeitet. Daran gilt es anknüpfen. Wir erwarten von der Politik nicht, das sie den Menschen vorschreibt, wie sie zu leben haben. Gute Politik soll stattdessen Räume öffnen und Rahmen setzen, damit unterschiedliche Lebensmodelle selbstbestimmt und solidarisch verwirklicht

werden können. Politik machen heißt in diesem Sinne, sich einer permanenten Gestaltungsaufgabe zu stellen. (...)

Die SPD ist die Partei der Freiheit in Solidarität. Jeder Mensch muss frei sein, sein Leben eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen. Freiheit meint jedoch auch die Freiheit von Armut, Willkür und Gewalt. Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit ist der Schlüssel für die Freiheit der vielen Menschen, denen ohne Zusammenhalt und Aus-

gleich in unserer Gesellschaft ein selbstbestimmtes Leben nicht möglich wäre. Soziale Gerechtigkeit ist die Essenz einer sozialen Demokratie. Sie anzustreben heißt, die Würde auch der Schwächeren zu achten. Es ist legitim und notwendig sozial gerechte Politik immer wieder zeitgemäß zu interpretieren. Es macht jedoch keinen Sinn, Bildungschancen gegen Verteilungsgerechtigkeit, Beschäftigungs- oder Generationengerechtigkeit auszuspielen – Realität ist, dass sie alle Seiten derselben

Medaille sind. Soziale Gerechtigkeit schließt Leistungsbereitschaft nicht aus, sie schafft vielmehr die Grundlage dafür, dass verschiedene Begabungen und Leistungsniveaus unabhängig von der sozialen Herkunft gefördert werden können. Soziale Gerechtigkeit ist - so gesehen - die Schöpfkelle einer modernen und solidarischen Leistungsgesellschaft.

## 2. Soziale Gerechtigkeit heute herstellen erfordert, sich den drängenden Gestaltungsaufgaben zu stellen:

### • *Arbeitslosigkeit abbauen*

Arbeit bleibt der bestimmende Faktor unseres Lebens. Sie besitzt eine zentrale Bedeutung für die Lebenssituation und -perspektiven der großen Mehrheit der Bevölkerung. Sie ist nach wie vor die maßgebliche Einkommensquelle und ein zentraler Bezugspunkt im menschlichen Leben. Arbeitslosigkeit ist demzufolge nicht nur der Verlust von Einkommen sondern eben auch der Verlust von individueller und gesellschaftlicher Identität. Erwerbsarbeit kann daher nicht gegen Familienarbeit oder Freizeit ausgespielt werden. Ziel ist Erwerbsarbeit für alle zu ermöglichen sowie Familien- und Erwerbsarbeit wie auch Freizeit besser zu vereinbaren. Wir fordern deshalb eine neue Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive. (...)

Ziel ist und bleibt es deshalb, allen jungen Menschen eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Nicht Maßnahmekarrieren sind gefragt. Gutgemeinte Warteschleifen sind keine Ersatz für eine Ausbildung im Dualen System. Der Bundeskanzler steht im Wort: „Aber ohne eine nachhaltige Verbesserung der Ausbildungsbereitschaft und ohne die Übernahme der zugesagten Verantwortung für diesen Bereich ist die Bundesregierung zum Handeln verpflichtet und sie wird das auch tun.“ (Regierungserklärung vom 14.3.). Die Zeit zum Handeln ist da.

• *Modernisierung unserer Sozialsysteme.* Es ist in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund des Wirkens der Sozialdemokratie im Verbund mit den Gewerkschaften gelungen, die Absicherung grundlegender Lebensrisiken zu gewährleisten. Gleichwohl gibt es einen unabweisbaren Reformbedarf, der aber nicht aus angeblichen Grenzen der Finanzierbarkeit resultiert.

Der bundesdeutsche Sozialstaat wird den heutigen Anforderungen an soziale Gerechtigkeit nicht mehr gerecht. (...) (wir) brauchen eine Erweiterung und Ergänzung unseres Begriffs sozialer Gerechtigkeit. Es geht nicht nur um die Absicherung bestimmter Lebensrisiken. Soziale Gerechtigkeit muss heute zunehmend auch als Aufgabe begriffen werden, soziale Teilhabe zu ermöglichen: Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Teilhabe an Bildungschancen.

Insofern ist auch eine neue Konzeption von Sozialstaat notwendig, die unter dem Motto „Fördern und Fordern“ treffend beschrieben

werden kann. Entgegen weitläufiger Meinungen widerspricht der pauschale Abbau von Leistungen wegen angeblicher Nicht-Finanzierbarkeit allerdings einer solchen Sozialstaatskonzeption.

Wir fordern daher als Schwerpunktprojekte die Weiterentwicklung der Krankenversicherung zur Bürgerversicherung und die Überführung der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung.

### • *Demographischen Wandel als Chance begreifen*

Die bundesdeutsche Bevölkerung wird älter. Der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung wird in den nächsten Jahrzehnten erheblich sinken, die Zahl der nicht Erwerbstätigen (insbesondere von älteren Menschen) wird erheblich zunehmen. Dies erfordert umfassende Veränderungen in unserer Gesellschaft, etwa auch im Bereich der sozialen Infrastruktur. (...)

(...)

### • *Wachstum nachhaltig gestalten*

Um diese Herausforderungen angehen zu können, brauchen wir wirtschaftliches Wachstum. Aber, es kann nicht um blinde Wachstumsgläubigkeit gehen.

Wirtschaftliches Wachstum ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung zur Lösung drängender sozialer Probleme - wie etwa international die Sicherstellung der grundlegenden materiellen Lebensgrundlagen für alle Menschen oder national der Abbau der Arbeitslosigkeit. Ökologische Grenzen verbieten aber ein einfaches Fortschreiben der bisherigen Wachstumspfade. Wachstum muss verbunden werden mit einem tiefgreifender Strukturwandel, der insbesondere eine rasche und drastische Steigerung der Ressourceneffizienz gewährleisten muss. Wachstum kommt ohne auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Innovation nicht aus. (...) Deshalb fordern wir eine Stärkung entsprechender öffentlicher Investitionen, die Setzung neuer Anreize für private Investoren sowie ein Abbau ökologisch bedenklicher Subventionen.

Eine derartige Reformoffensive muss sich der Realität einer globalisierten Wirtschaft stellen. (...)

Dies erfordert eine Erweiterung des zur Zeit vorherrschenden Zielkataloges der Wirtschaftspolitik, der vor allem auf die Wahrung von Geldwertstabilität, die haushaltspolitische Konsolidierung, die Zurücknahme des Staates sowie weltmarktorientierte Verbesserung der Angebotsbedingungen gerichtet ist. An dessen Stelle muss ein policy-mix treten, der einerseits die Stabilitätsziele nicht negiert, andererseits aber Wachstum und Strukturwandel als Ziele staatlicher Politik stärker gewichtet. Ein wichtiges Element in diesem Kontext ist eine veränderte Interpretation des europäischen Stabilitätspaktes im Rahmen der europäischen Währungsunion sowie eine Intensivierung der wirtschaftspolitischen Dialoges in der EU mit der Perspektive der Bildung einer europäischen Wirtschaftsregierung.

## 2. a) Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive

Um den oben genannten Herausforderungen gerecht werden zu können, brauchen wir eine qualitativ ausgelegte Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive. Dabei ist die Tarifautonomie keine Hindernis sondern ein wesentliche Bedingung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Wir bekennen uns zum Flächentarif, der in der Realität bereits heute zahlreiche Gestaltungsmöglichkeiten für Unternehmen, Betriebsräte und Beschäftigte eröffnet, als einem der wesentlichen Instrumente zur Regulierung der Arbeitsbeziehungen. (...)

Die zu ergreifenden Maßnahmen müssen einerseits kurzfristig wirken, um die lahmen Konjunktur anzukurbeln. Andererseits müssen sie einen Strukturwandel unter den Prämissen der Nachhaltigkeit befördern. Wir schlagen daher ein umfassendes Maßnahmenbündel vor:

Zur **Stärkung der Binnennachfrage** ist das Vorziehen der Steuerreform zu begrüßen. Auf die vorzeitige Senkung der Spitzensteuersätze sollte dabei verzichtet werden, da hiervon kaum konjunkturelle oder strukturelle Effekte zu erwarten sind.

Wir brauchen eine Initiative zur **Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen**. Hier stehen zwei Maßnahmen im Mittelpunkt: Erstens bedarf es eines **nachhaltigen Abbaus übermäßiger Bürokratie**. (...)

Zweitens müssen die **Finanzierungsbedingungen für KMU** weiter verbessert werden. Hierzu bedarf es einer entsprechenden Kapitalausstattung (50-Milliarden-Kapitalstock) für die Mittelstandsbank. Damit sollen dem Mittelstand einschließlich der Landwirtschaft auf unbürokratischem Wege zinsgünstige Kredite deutlich unterhalb des Marktinzins und mit langen Laufzeiten angeboten werden.

Öffentliche **Investitionsoffensive für nachhaltiges Wachstum und zur Stärkung kommunaler Investitionen im Volumen von 10 Mrd. jährlich**.

(...)

Wir brauchen eine Innovations- und Bildungsoffensive Exportorientierte und rohstoffarme Volkswirtschaften müssen auf Innovation setzen, um im Wettbewerb bestehen zu können. Innovation ist aber kein rein technischer Vorgang. Die Quelle von Innovation sind immer die Menschen. Das Fundament unserer Innovationsfähigkeit wird in unseren Schulen, unseren Ausbildungseinrichtungen und unseren Hochschulen gelegt.

Unser Bildungssystem zu modernisieren, ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben. Deswegen haben wir ein ambitioniertes Ganztagschulprogramm aufgelegt. Deswegen setzen wir auf eine bessere Qualität und Qualitätssicherung in der Schule.

(...)

Wir fordern die Einrichtung eines regional gegliederten Ausbildungsumlage-Fonds (AuF!) durch den Bund. Der Fonds soll mit den Tarifparteien zusammen organisiert werden. Alle Unternehmen und Verwaltungen mit mehr als 10 Beschäftigten, die nicht ausbilden, werden verpflichtet, Zahlungen in Höhe der branchenüblichen Ausbildungskosten an den Fonds zu leisten. Als Richtwert wird eine Ausbildungsquote von 5% der Beschäftigtenzahl angenommen. Der Fonds finanziert die Einrichtung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen, unterstützt Ausbildungsverbände und die Einrichtung überbetrieblicher Ausbildung.

## 2. b) Bürgerversicherung

(...)

Ohne eine grundlegende Reform der Beitragsgestaltung können die Finanzierungsprobleme der GKV nicht gelöst werden. Die seit Jahren zur Verbesserung der Finanzierung eingesetzten Instrumente wie die Leistungskürzungen und die Erweiterung der Selbstbeteiligung von Patienten etc. können nur temporäre Entlastungen bewirken. Wir fordern daher die Einführung einer Bürgerversicherung. Sie stellt eine Reform der Finanzierung des Gesundheitswesens dar und sie schafft einen soliden und gerechten Ausgleich der Belastungen. Alle Bürgerinnen und Bürger werden versichert. Das schließt ausdrücklich auch Beamte und Selbständige ein. Die Finanzierung erfolgt, in dem jede und jeder auf alle Einkünfte - auch Mieten, Zinsen und Kapitaleinnahmen - einen Beitrag leistet.

Diese Einbeziehung anderer Einkunftsarten entlastet nachhaltig den Faktor Arbeit. Die Beitragsbemessungsgrenze für die Einkommen aus Erwerbstätigkeit muss angepasst werden. Die Parität soll erhalten bleiben. Die Privaten Krankenkassen werden in diesem Modell ihre bisherigen Vollversicherungsangebote verändern müssen. Sie können jedoch weiter am Markt über Zusatzversicherungen bestehen. Die ersten Schritte zur Realisierung dieser Reform werden wir noch in der laufenden Legislaturperiode einleiten.

Eine moderne Bürgerversicherung ist die konkrete Umsetzung sozialdemokratischer Grundsatzwerte auf der Höhe der Zeit. Sie ist leistungsstark, nachhaltig, transparent, solidarisch und volkswirtschaftlich sinnvoll. Die Bürgerversicherung kann Realität werden. (...)

## 2. c) Absicherung moderner Erwerbsbiographien - Arbeitsversicherung statt Arbeitslosenversicherung

(...)

Mit der Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung soll ein neues sozialpolitisches Arrangement etabliert werden, um die alten und neuen Friktionen in den Erwerbsbiographi-

en sozialstaatlich abzusichern. Damit werden zugleich wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Anforderungen erfüllt, die nicht zuletzt eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bewirken: Die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird zu einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote beitragen, die gerade auch unter dem Aspekt der Finanzierung des Sozialstaates wünschenswert ist. Die Absicherung von Weiterbildung schafft wichtige Voraussetzungen, damit sich Deutschland im wirtschaftlichen Wettbewerb, der immer stärker von dem Qualifikationsniveau der Beschäftigten geprägt wird, behaupten kann.

Die veränderte sozialstaatliche Absicherung korrespondiert mit den veränderten Ansprüchen der Beschäftigten an ihre Erwerbstätigkeit und hebt dadurch den Lebenswohlstand.

Arbeitslosigkeit ist heute nur noch eine unter mehreren möglichen Brüchen in den individuellen Erwerbsbiographien, die einer sozialstaatlichen Flankierung bedürfen: Die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit zum Zwecke der Weiterbildung gewinnt in der sogenannten Wissensgesellschaft einen größeren Stellenwert. Die Arbeitsversicherung sollte die individuellen Möglichkeiten zur Weiterbildung durch Weiterbildungsgutscheine und zentral geführte Lernzeitkonten erweitern.

Kindererziehung wird zwar immer noch geschlechtsspezifisch zugeordnet, allerdings haben Frauen und auch viele Männer berechnete Wünsche und Ansprüche, ihre Erwerbstätigkeit mit dem Familienleben besser vereinbaren zu können, als dies heute möglich ist. Die materielle Absicherung von Erziehungszeiten sowie die Ermöglichung von Weiterbildung und Qualifizierung während Elternzeiten soll Bestandteil der Arbeitsversicherung werden.

Die Arbeitslosenversicherung zielt ausschließlich darauf, abhängig Beschäftigte abzusichern. Inzwischen ist jedoch eine relevante Gruppe von neuen Selbständigen entstanden, die sich in vielen qualitativen Merkmalen nur wenig von abhängig Beschäftigten unterscheidet. Deshalb sind alle Selbständigen in die Arbeitsversicherung einzubeziehen.

## 2. d) Rentenversicherung als Erwerbstätigenversicherung

Wir fordern die Ausweitung der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung.

(...)

Da das durchschnittliche Rentenalter derzeit jedoch nur bei 62 Jahren liegt, ist eine Verschiebung der Altersgrenze nicht erforderlich. Das Erreichen der derzeitigen Altersgrenze wäre schon ein riesiger Fortschritt. Diese Entwicklung muss politisch gefördert werden. So könnte z.B. die Teilren-

tenregelung für ältere Arbeitnehmer optimiert werden. Die Idee ist, das je nach Gesundheitszustand und persönlichen Einkommensverhältnissen eine Teilrente in variabler Höhe bezogen werden könnte und gleichzeitig dazu eine Teilzeitbeschäftigung ausgeübt würde. Es würde weiterhin Einkommen erzielt und trotzdem eine zusätzliche Rentenansparung erworben. So ließen sich die Erfahrungen älterer Arbeitnehmer in einer Phase des gleitenden Übergangs in den Ruhestand nutzen.

Um die unterschiedlichen körperlichen Beanspruchungen bei einer Erhöhung des Rentenzugangsalters zu berücksichtigen - so ist ein Maurer am Bau oft anders betroffen als Bürofachkräfte - sollte es für kurze Übergangszeit für diesen speziellen Personenkreis der rentennahen Jahrgänge möglich sein, wenn 45 Pflichtbeitragsjahre erreicht wurden, vor dem 65 Lebensjahr in Rente gehen zu können.

(...)

Eine weitere Veränderung der Rentenformel, die zu einer Absenkung des Rentenniveaus auf 40 Prozent (Brutto) führt, lehnen wir ab. Stattdessen muss die Finanzierungsgrundlage der 12 Rentenversicherung durch die Einbeziehung von Selbständigen und Beamten und die Erhöhung des steuerfinanzierten Anteils verbreitert werden.

## 3. Finanzierung

Die Beschäftigungs- und Wachstumsperspektive wie auch die Modernisierung der Sozialsysteme sind nur realisierbar, wenn gleichzeitig ein finanzpolitischer Kurswechsel vorgenommen wird. Die derzeitige Finanzpolitik erklärt die möglichst rasche Haushaltskonsolidierung symbolisiert durch einen ausgeglichenen Haushalt zum zentralen Ziel. Um dieses Ziel zu erreichen, werden negative Konjunkturwirkungen billigend in Kauf genommen.

Der ins Feld geführte Konsolidierungsdruck wird sehr fragwürdig begründet. Das Argument, Schuldenaufnahme widerspricht dem Prinzip der Generationengerechtigkeit, greift nicht, weil mit den staatlichen Schulden Werte - etwa im Bereich der Infrastruktur - geschaffen werden, die auch in vielen Jahren noch zu nutzen sind. Zudem gibt es keine ökonomisch begründbare objektive Verschuldungsgrenze. Politisch besteht lediglich die Gefahr, dass die gestiegene Zins-Steuer-Quote inzwischen die finanziellen Handlungsspielräume des Staates übermäßig einengt. Deshalb brauchen wir eine Konsolidierungspolitik, die aber nicht gleichzusetzen ist mit einer Reduzierung der Neuverschuldung auf Null.

(...)

Wir fordern eine Abkehr von der Politik der übereilten und dadurch konjunkturschädlichen Haushaltskonsolidierung und fordern stattdessen einen wachstumsorientierten Konsolidierungskurs. Kern eines solchen Konsolidierungskurses ist die Abkoppelung der Haushaltssanierung von der aktuellen Kon-

junktorentwicklung und die Hinwendung zu einer mittelfristigen Strategie, die sich an den Wachstumsraten orientiert. D.h. für die konsumtiven und investiven Ausgaben sollten ein mittelfristiger Wachstumspfad vorgegeben werden, der nicht überschritten werden darf. Dieser mittelfristige Wachstumspfad muss unterhalb einer 13 durchschnittlich erwarteten Wachstumsrate liegen. Eine solche Ausrichtung hat zur Folge, dass Staatsausgaben in schwachen Konjunkturphasen eben nicht absinken und damit die wirtschaftliche Dynamik weiter belasten, sondern als automatische Stabilisatoren wirken.

Wird das Kriterium eingehalten, dass die mittelfristige durchschnittliche Wachstumsrate nicht überschritten wird, steigt der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP nicht, sondern wird im Zeitverlauf sinken. In Krisenzeiten ist aber natürlich eine Konsequenz, dass die aktuelle Neuverschuldung ansteigt.

Flankiert werden muss dies durch eine konsolidierungsorientierte Einnahmenpolitik des Staates. Mit einer solchen Politik können erstens ein übermäßiger Schuldenanstieg in Zeiten schwacher Konjunktur vermieden werden und zweitens die Konsolidierungserfolge in konjunkturell guten Zeiten beschleunigt werden. Dabei ist konjunkturell von großer Bedeutung, dass nur Steuern und Abgaben in den Blick genommen werden, die nachfrage-schonend sind. D.h. es sollten vor allem die Einkommensbestandteile höher gefordert werden, die wenig nachfragewirksam sind. Damit wird zugleich ein Stück Steuergerechtigkeit hergestellt, denn grundsätzlich muss der Staat dafür Sorge tragen, dass die unterschiedlichen Einkommensarten die gleiche steuerliche Behandlung erfahren. Schließlich sollte finanzpolitische Umwidmungen vorgenommen werden.

#### Konkret fordern wir:

##### (a) Änderung der Erbschaftssteuer

Hohe private Vermögen begründen unabhängig vom jeweiligen Einkommen eine eigenständige Quelle wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Sie sind in angemessener Weise an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben zu beteiligen. Eine Änderung der Erbschaftssteuer als auch die Besteuerung privater Veräußerungsgewinne bei Immobilien und Wertpapieren sind dringend geboten. Immobilien und Grundbesitz werden im Steuerrecht zur Zeit durchschnittlich nur cirka halb so hoch bewertet als Geldvermögen, das ist rechtlich, ökonomisch und verteilungspolitisch nicht gerechtfertigt. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1995 das der Bewertung zugrundeliegende Bewertungsgesetz kritisiert.

Das geltende Bewertungsgesetz tritt Ende 2005 außer Kraft. Unter Berücksichtigung einer BVG Entscheidung ist das Bewertungsgesetz so rechtzeitig zu novellieren, das spätestens zum 1.1.2006 ein neues Erbschaftsrecht rechtskräftig werden kann. Für eine Neuregelung sollen folgende Grundsätze gelten:

- Immobilien und Grundbesitz sollen etwa wie Geldvermögen bei der Besteuerung bewertet werden
- Durch angepasste Freibeträge soll privat genutztes Wohneigentum auch in Zukunft für Ehepartner und Kinder im Erbschaftsfall weitgehend steuerfrei bleiben
- Großvermögen sollen stärker belastet werden
- Bei der Neubewertung von Betriebsvermögen ist bei der Neuregelung durch Freibeträge oder vergleichbare Instrumente sicherzustellen, dass ein Betriebsübergang im Erbschaftsfall insbesondere der Bereich für kleine und mittelständische Unternehmen nicht übermäßig erschwert wird.

(b) Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Immobilien und Wertpapieren.

(c) Verbesserte Ausschöpfung vorhandenen Steuerquellen

Dazu ist es einerseits nötig, die bestehenden Gesetze konsequenter zu vollziehen und wo nötig gesetzliche Regelungen zu schaffen, um Steuerhinterziehung besser zu erkennen. Eine besondere Aufgabe wird in diesem Kontext darin bestehen, den internationalen Steuerwettbewerb zu regulieren und internationale Steueroasen auszutrocknen. Der Steuerflucht von Unternehmen und Privatpersonen muss ein wirkungsvoller Riegel vorgeschoben werden. Dazu ist auch eine partielle Aufhebung des Bankgeheimnisses notwendig.

Andererseits geht es um den Abbau legaler Steuerumgehungsmöglichkeiten, also der Streichung sachlich fragwürdiger Steuervergünstigungen wie etwa bei der Finanzierung von Schiffbeteiligungen.

(d) die Besteuerung bisher steuerfreier Rückstellungen für die atomare Entsorgung bei Atomkraftwerksbetreibern, die derzeit etwa einen Umfang von 35 Mrd. Euro betragen.

(...)

(e) die Aufhebung der Mineralölsteuerbefreiung für mineralölverarbeitende Betriebe, die etwa 1 Mrd. Euro jährlich kostet.

(f) eine Auflösung eines Teils der Devisenreserven der Bundesbank, die nicht für die Sicherung der Europäischen Zentralbank vorgehalten werden müssen.

Diese Maßnahmen zur Einnahmestärkung sind auch deshalb notwendig, um die Finanzierung der Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive wie auch der Modernisierung der Sozialsysteme konsolidierungs- und konjunkturverträglich gewährleisten zu können. Darüber 15 hinaus gilt für die Sozialsysteme als generelle Leitlinie, dass deren finanzielle Basis dadurch gestärkt werden muss, indem alle Erwerbstätigengruppen (also insbesondere auch Selbständige und Beamte) in die Systeme integriert werden, soweit dies verfassungsrechtlich zulässig ist. Zudem ist es notwendig, alle Einkommensarten zu belasten, so dass beispielsweise auch auf Zins- und Mieteinnahmen Sozialabgaben erhoben werden.

Schließlich sind die steuerfinanzierten Anteile der Sozialversicherung zu erhöhen.

#### Gemeindefinanzen stärken

Eine veränderte Finanzpolitik muss schließlich eine Reform der föderalen Finanzausgleiches beinhalten. Die Kommunen sind in den letzten Jahren an den Rand des finanziellen Ruins gedrängt worden und sind immer weniger in der Lage, ihre Aufgaben wahrnehmen zu können. Durch die beschränkten Finanzierungsmöglichkeiten vernachlässigen immer mehr Städte und Gemeinden notwendige öffentliche Infrastrukturausgaben. Hier baut sich ein Investitionsstau im Bereich der Daseinsfürsorge wie auch bei Investitionen für Kinder und Bildung auf, der kurzfristig die konjunkturelle Entwicklung schwächt und mittelfristig erhebliche negative ökonomische Folgen haben wird. Die finanzielle Ausstattung der Gemeinden muss verstetigt und ausgeweitet werden. Die derzeitigen Überlegungen und Beschlussvorschläge zur Gemeindefinanzreform sind unzureichend und lösen nicht diese zentralen finanzpolitischen Problem der Kommunen. Wir fordern deutliche Korrekturen bei der Gemeindefinanzreform:

- Die richtige Einbeziehung von Freiberuflern darf nicht mit einer Entlastung von Kapitalgesellschaften verbunden werden. Gewinne – etwa auch aus Vermietung etc. – müssen zu Einnahmen bei den Gemeinden führen.

Der Anteil der Kommunen an den Einsparungen, die aufgrund der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe entstehen, sind deutlich auszuweiten.

Zur Ausdehnung der Finanzierungsmöglichkeiten von Kommunen halten wir auch Public- Private-Partnership (PPP) für sinnvoll. Grundsätzlich bieten PPP Chancen, die Kommunen zu entlasten und gleichzeitig Unternehmen in die Pflicht für das Gemeinwesen zu nehmen.

Insbesondere der Bereich des out-sourcing, also die Beauftragung von Privatunternehmen als Zuarbeiter für die öffentliche Hand ist ausbaufähig. In der Frage des direkten Sponsorings von Veranstaltungen und Institutionen der öffentlichen Hand durch private Anbieter sollten allerdings klare Grenzen gesetzt werden. Die englische Schule, die nach einem 16 Kooperationsvertrag mit Coca-Cola keine Schulmilch mehr anbietet, ist ein mahnendes Beispiel. Im Hinblick auf die sozialdemokratischen Kernforderungen demokratische Kontrolle und Transparenz, Verbraucherschutz und Teilhabe sind so genannte cross-borderleasing- Geschäfte eindeutig abzulehnen. Die Beteiligung an dubiosen Steuereinsparmodellen im Ausland, die Gefahr eigener Steuerausfälle bei Regressansprüchen und das leichtfertige Spielen mit den Einflussmöglichkeiten und Handlungsspielräumen kommunaler Politik ist keine Lösung für unzureichende kommunale Finanzen.

# Von Leitbildern zu Leidbildern?

## Neue Lebensläufe und Geschlechtergerechtigkeit

Von *Michaela Willert*

Schillernde Begriffe wie jener der Gerechtigkeit erfordern es, sie zu Beginn zu definieren. In diesem Artikel wird Gerechtigkeit als die Chance betrachtet, Zugang zu allen gesellschaftlichen Ressourcen zu haben. Dem entsprechend bedeutet Geschlechtergerechtigkeit, dass dieser Zugang allen unabhängig vom Geschlecht offen steht. Dazu gehören vor allem: Zeit und Geld. Ohne genügend freie Zeit, und damit ist nicht ausschließlich die von Erwerbstätigkeit freie Zeit gemeint, und die zum Leben nötigen Mittel können alle weiteren Ressourcen, wie z.B. der Zugang zu gesellschaftlichen Positionen, Kultur etc. auch nicht genutzt werden. Und zu Gerechtigkeit gehört zweitens, und das ist eine politische Aufgabe, dass real bestehende Unterschiede in den Zugangsmöglichkeiten nicht durch institutionelle Regelungen zementiert oder sogar verstärkt werden. Es geht also um die Herstellung von Chancengleichheit. Wie sieht es gegenwärtig mit dem Zugang zu Zeit und Geld aus?

### Ressourcen

Zunächst zur Zeit: Vergleicht man die Zeitverwendung von Ehepartnern mit Kindern miteinander, so zeigen sich verschiedene Muster der täglichen Zeitverwendung bei Männern und Frauen (vgl. Grafik 1). Ehefrauen wenden viel Zeit für Haushaltstätigkeiten und Kinderbetreuung auf: je jünger die Kinder im Haushalt sind, desto mehr. Bei Männern dominiert die Erwerbsarbeit den Tag. Ihr Zeitaufwand für Hausarbeiten und Kinderbetreuung bleibt, unabhängig vom Alter des jüngsten Kindes im Haushalt, relativ gleich. Aus einer Studie über die Lebenssituation alleinstehender Frauen (Arbeitsgemeinschaft Riedmüller/Infratest, i.E.) ist allerdings bekannt, dass die Zeitverwendung junger lediger Frauen eher jener der Männer ähnelt: viel Erwerbstätigkeit, wenig Hausarbeit.

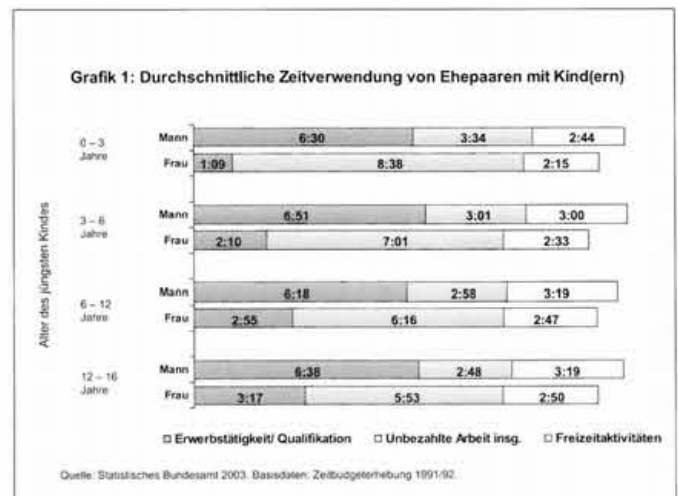
Zugang zu Zeit als gesellschaftlicher Ressource bedeutet auch: Einfluss auf die Bewertung von Zeit. Was wird als gesellschaftlich wertvolle und dementsprechend zu vergütende Zeit, was als „Privatvergnügen“ definiert? Ein Beispiel dafür ist die Umbenennung des „Erziehungsurlaubs“ in „Elternzeit“.

Damit verbunden waren Veränderungen, die es für Väter attraktiver machen sollten, ebenfalls an der Erziehung zu partizipieren und den Erziehenden mit Teilzeitarbeit und der Aufteilung mehrerer Perioden der Elternzeit auf einen längeren Zeitraum die Bindung an die Firma zu erleichtern.

Mehr Zeit im Haushalt und für Kinderbetreuung, weniger Zeit für Erwerbstätigkeit: allein daraus ergibt sich ein geringerer Zugang zu individuell erwirtschafteten finanziellen Ressourcen. Selbst wenn man die Einkommen von Frauen und Männern mit einer Vollzeittätigkeit vergleicht, verdienen Frauen weniger. Bei den jungen Frauen unter 30 in Westdeutschland ist die Distanz zu den Einkommen der gleichaltrigen Männer noch relativ gering. Danach sinken die Frauen-Einkommen jedoch bis auf drei Viertel der Gehälter von Männern, bei Frauen kurz vor dem Rentenalter sogar auf zwei Drittel. In den neuen Ländern sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern nicht so gravierend.

Für die mit dem Alter zunehmenden Unterschiede in Westdeutschland gibt es mehrere Gründe. Zum einen haben Frauen aufgrund der Unterbrechung der Erwerbstätigkeit für die Kindererziehung weniger Berufserfahrung. Ein weiterer Grund ist, dass ältere Frauen meist geringer qualifiziert sind als ihre männlichen Kollegen. Doch auch mit gleichem Qualifikationsniveau verdienen Frauen weniger, da sie wesentlich öfter Tätigkeiten ausüben, die nicht ihrem formalen Abschluss entsprechen. Schließlich resultieren die Lohndifferenzen aus unterschiedlichen Berufen, die Männer und Frauen wählen. So gibt es einerseits ausgesprochene „Männerbranchen“, die den Beschäftigten tarifvertraglich hohe Einkommen bieten. Dazu ge-

hören u.a. die Chemie- und die Metallbranche (vgl. Bundesregierung 2002, S.87 ff). Dem stehen Frauendomänen gegenüber, in denen vergleichsweise niedrigere Löhne gezahlt werden, wie z.B. in den Hotels und Gaststätten, dem Bekleidungs- und im Nahrungsmittelbereich. Die tarifliche Grundvergütung vieler typischer Frauenberufe, wie Friseurin, Floristin etc. ist sehr niedrig. Insgesamt zeigt sich, dass aufgrund der zeitlichen Verteilung von gesellschaftlich als „bezahlenswert“ angesehener Erwerbstätigkeit



und Nicht-Erwerbstätigkeit zwischen den Geschlechtern sowie aufgrund der Struktur der Erwerbsarbeit Frauen in geringerem Maße Zugang zu individuell erwirtschafteten ökonomischen Ressourcen haben. Ob und in welchem Umfang Frauen in einem Haushalt am Einkommen des Partners und am gemeinsamen Vermögen teilhaben, ob und in welchem Ausmaß sie eigenständig darüber entscheiden, konnte bis jetzt noch nicht wissenschaftlich befriedigend ermittelt werden. Der Gesetzgeber geht im Steuerrecht zumindest bei Ehepaaren davon aus, dass sie mit ihren jeweiligen Einkommen gemeinsam wirtschaften (Ehegattensplitting). Wenn es darum geht, staatliche Leistungen zu beziehen, also etwa Sozial- oder Arbeitslosenhilfe oder die neue Grundsicherung, müssen auch nicht-verheiratete Partner füreinander sorgen.

Wie geht die gegenwärtige Sozialpolitik mit diesen zwischen den Geschlechtern unterschiedlich verteilten Zugangschancen zu gesellschaftlichen Ressourcen um? Wie wird die politische Aufgabe erfüllt, durch Rege-

lungen, Gesetze und Maßnahmen diese Ungleichheiten nicht noch zu verstärken oder sie gar abzubauen? Um es vorweg zu nehmen: nicht sehr gut.

Zwei Prinzipien bzw. normative Leitbilder formen das deutsche Sozialsystem, d.h. die Verbindung von privater Lebensführung bzw. Erwerbstätigkeit und sozialer Absicherung. Diese Leitbilder bestimmen den Zugang zu sozialer Absicherung sowie das Sicherungsniveau.

### 1. Leitbild: Der gender contract

Lange Zeit dominierte in der alten Bundesrepublik Deutschland das Modell des „männlichen Ernährers“, dessen Ehefrau ausschließlich für den Haushalt und die Kinder zuständig ist. Mittlerweile hat sich dieses Bild etwas gewandelt: die Rolle der Nur-Hausfrau wurde weitestgehend in jene der Teilzeit beschäftigten Haushaltsverantwortlichen umdefiniert. Konstant blieb aber die geschlechtsspezifische Aufgabenteilung: der männliche „Ernährer“ und die für den Haushalt allein verantwortliche Frau. Dieses Rollenmodell wird vom Steuerrecht mit dem Ehegattensplitting gestützt. Das Fehlen sozialer Dienstleister, an die die häuslichen Aufgaben wie Kinderbetreuung oder Pflege Älterer kostengünstig delegiert werden kann, tut sein Übriges, um diese Aufgabenteilung zu zementieren. Finanzielle staatliche Anreize für das Alleinverdienermodell, Verantwortungszuschreibung der Haushaltstätigkeiten allein zu Frauen und teure (speziell im Verhältnis zum erreichbaren Verdienst der Frauen) bzw. nicht verfügbare soziale Dienstleistungen erschweren Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt und damit die Möglichkeit zur eigenständigen finanziellen Absicherung.

Statt dessen wurden vom Ehemann abgeleitete soziale Absicherungen eingeführt. Besonders deutlich wird dies am Beispiel des Rentensystems. So wurde die Witwenrente geschaffen, damit die Familie auch über den Tod des Ernährers hinaus versorgt ist. Dass diese Rente auch an Männer, also Witwer gezahlt wird, ist vergleichsweise neu (erst 1986).

Doch das den Sozialstaat prägende Leitbild findet immer weniger Entsprechung in der Realität. In den 90er Jahren hat der Anteil lediger und geschiedener Frauen in bundesdeutschen Haushalten zu-, der Anteil verheirateter Frauen abgenommen. Junge Menschen heiraten immer später, Frauen sind im Durchschnitt bei ihrer ersten Hochzeit 28 Jahre alt, Männer 30. Und sie bekommen immer später Kinder, zunehmend auch ohne verheiratet zu sein. Zugleich ist die Anzahl

der Scheidungen in den 90er Jahren um 40% gestiegen (Zahlen aus: BMFSFJ 2003). Die Lebensweisen von Frauen und Männern ändern sich also zunehmend, auch wenn der Wunsch, Familie zu haben, noch immer sehr verbreitet ist. In der Familienpolitik wurde diese Entwicklung schon länger wahrgenommen, wie etwa die Neuregelungen im Kindschaftsrecht belegen. Hier wurde – zumindest auf dem Papier – das Sorgerecht für Väter ermöglicht, die nicht mit der Mutter ihres Kindes verheiratet sind und das gemeinsame Sorgerecht im Fall einer Scheidung zum Regelfall gemacht. Auch dass inzwischen gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften möglich sind, spricht für eine größere Offenheit dieses Politikbereichs für gesellschaftliche Entwicklungen. In der Sozial- und ganz besonders in der Rentenpolitik scheint die Zeit hingegen stehen geblieben zu sein. Selbst in der Riesterreform genießen Verheiratete bei der Zulagenförderung einen Sonderstatus. Die Abschaffung der Witwenrente zugunsten einer eigenständigen Sicherung der Frauen war nicht durchsetzbar. Statt dessen ist mit dem Erhalt der Witwenrente und der Einführung des Rentensplittings zwischen Ehepartnern ein unentschiedenes Gemisch entstanden, bei dem das Splitting allerdings schlechter

abschneidet. Für Witwen (und nur für diese) wurden Zuschläge für Zeiten der Kinderbetreuung eingeführt. Von den beschlossenen Kürzungen der gesetzlichen Rente sind Frauen stärker betroffen, da sie vor der Reform von de-

ren Umverteilungsmechanismen stärker profitierten und außerdem die gesetzliche Rente den größten Teil ihrer gesamten Alterseinkünfte ausmacht. Die Verluste können sie nicht im gleichen Maße wie Männer mit privater Vorsorge ausgleichen, denn sie erwirtschaften durch ihre höhere Lebenserwartung aus privaten Vorsorgeverträgen monatlich niedrigere Zahlungen. Dem mit der Verpflichtung der Wirtschaft zu Unisex-Verträgen entgegen zu wirken, wurde bei der Rentenreform verpasst.

Frauen immer wieder auf ihre Aufgaben innerhalb der Familie zu verweisen, statt Rahmenbedingungen für ihre Integration in den Arbeitsmarkt und damit eine eigenständige finanzielle Absicherung zu schaffen, fällt dem Sozialstaat allerdings auf die Füße oder vielmehr ins Sozialhilfebudget der Länder und Kommunen. Mehr als ein Fünftel der Bedarfsgemeinschaften in der Sozialhilfe waren im Jahr 1998 allein Erziehende und ihre Kinder. Hinzu kam ein genauso großer Anteil allein lebender Frauen, unter ihnen besonders viele Rentnerinnen. Fast zwei

Drittel der Frauen, von denen der Grund bekannt wurde, warum sie Sozialhilfe beziehen, sind durch eine Trennung oder Scheidung in diese Situation geraten. Von den Männern war dies nur ein knappes Viertel.

Unter dem Gesichtspunkt des gleichen Zugangs zum Arbeitsmarkt und den dort erwerblichen ökonomischen Ressourcen haben Frauen durch die deutsche Ausgestaltung des gender contract gegenwärtig schlechtere Chancen als Männer, obwohl sie aufgrund ihres Bildungsniveaus eigentlich gleich gut dastehen müssten. Dies gilt für Frauen unabhängig von ihrem Familienstand. Dieser ist jedoch entscheidend für den Zugang zu abgeleiteten Ansprüchen innerhalb des Sozialsystems, die zum Ausgleich der unterschiedlichen Arbeitsmarktintegration von Ehefrauen geschaffen wurden. Ungleichheit in den Zugangschancen besteht also zwischen Männern und Frauen, wie auch zwischen verheirateten und nicht-verheirateten Frauen.

### 2. Leitbild: Das Normalarbeitsverhältnis als Basis der sozialen Sicherung

Der deutsche Sozialstaat funktioniert nach dem Sozialversicherungsprinzip, das die Sicherung eines bestimmten Lebensstandards zum Ziel hat (im Gegensatz zum sog. Beveridge-System, das eine das Existenzminimum abdeckende Grundsicherung bietet). Das gesellschaftliche Arrangement der Absicherung, die Maßlatte für den zu sichernden Lebensstandard, realisiert sich in einer auf bestimmte Weise ausgestalteten Erwerbsform, dem Normalarbeitsverhältnis (NAV). Das heißt konkret: Die Absicherung des Lebensstandards wird gewährleistet für unbefristete Vollzeitarbeit mit Arbeitnehmerstatus. Nur diese Form der Arbeit garantiert angemessen hohe Einkommen, die – siehe Leitbild 1 – die Existenz einer Familie gewährleisten. Von diesem Einkommen und der Beschäftigungsdauer leitet sich die Höhe sozialer Leistungen wie Arbeitslosengeld und Rente ab. Zugleich existieren zahlreiche Regulierungen, die den Bestand des NAV absichern (Arbeitnehmerüberlassung, Regelungen zu Befristungen).

Was ist mit Arbeitsverhältnissen, die davon abweichen, den sog. „neuen“ oder „atypischen“ Erwerbsformen, denen wesentliche Elemente des NAV fehlen? Im Jahr 1998 arbeiteten in den alten Bundesländern von den knapp 30 Mio. Beschäftigten etwa 62 % in einem NAV, zehn Jahre vorher waren es noch 67 %. Die absolute Anzahl der NAV ist allerdings weitgehend stabil geblieben, die Anteilsabnahme resultiert aus einer Zunahme anderer Arbeitsverhältnisse. Besonders starke Wachstumsdynamiken gab es bei Teilzeitbeschäftigungen und bei Selbstständigen ohne Mitarbeiter. Zusammen mit den befristet Beschäftigten arbeiten in solchen „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen etwa 27 % der westdeutschen Erwerbstätigen.

Das Prinzip der allenfalls zuverdienenden Ehefrau ist nicht mehr das, was die Wirtschaft will, und es ist nicht mehr das was die Frauen wollen.



gen (1988: 20%). In Ostdeutschland lag der Anteil 1998 bei ungefähr 22 % der 6,5 Mio. Beschäftigten. Betrachtet man nur jene Beschäftigungsverhältnisse, die als prekär angesehen werden, „weil sie im Vergleich zum Konstrukt Normalarbeitsverhältnis deutliche Risiken für die Arbeitenden aufweisen, sei es, dass sie in der Regel nicht auf Dauer angelegt sind, kein existenzsicherndes Einkommen gewährleisten und/oder arbeits- und sozialrechtlich wenig abgesichert sind“ (Schreyer 2000, S. 2), also Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung und freie Mitarbeit, beträgt der Anteil 10% in den alten Bundesländern und 16% in den neuen Ländern. Wenn das NAV die Basis der Absicherung des Lebensstandards gegenüber verschiedener, durch die Sozialversicherung abgedeckter Risiken darstellt, haben „atypisch“ Beschäftigte einen eingeschränkten Zugang zu den Leistungen des Sozialsystems. Die Frage ist dann, ob es sich um eine systematische Benachteiligung bestimmter Personengruppen handelt, die auf diese Weise schlechtere Zugangschancen zur gesellschaftlichen Ressource „soziale Absicherung“ haben? Und tatsächlich sind es vor allem Frauen, junge Menschen und gering Qualifizierte, die überdurchschnittlich oft in „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen arbeiten (vgl. WSI 2001). Offensichtlich sind dies alles Gruppen, die aus unterschiedlichen Gründen Zugangsschwierigkeiten zu Normalarbeitsverhältnissen haben.

### Frauen

Besonders Mütter realisieren ihre Erwerbswünsche durch Teilzeitarbeit und sind zudem oft geringfügig beschäftigt. Rund zwei Drittel der westdeutschen Frauen gaben dafür „persönliche oder familiäre Gründe“ an (WSI 2001, S. 52 u. 62). Diese Wahl des Arbeitsverhältnisses entspringt nicht nur freiwilligen Entscheidungen, sondern u.a. einem Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen. Das Statistische Bundesamt ermittelte, dass im Jahr 1994 in den alten Ländern nicht einmal jeder achte Kindergartenplatz eine Vollzeitbetreuung mit Mittagessen anbot (vgl. dazu auch Hank u.a. 2001). Mit dem Betreuungsangebot ist als Erziehende in den alten Bundesländern kaum Teilzeiterwerbstätigkeit möglich, geschweige denn ein Vollzeitjob.

Hier wirken sich beide Prinzipien des deutschen Sozialstaates so auf Frauen aus, dass sie durch die Gestaltung des gender contract geringere Chancen haben, Vollzeit erwerbstätig zu sein, wodurch sich wiederum ihr Zugang zum sozialen Sicherungssystem verschlechtert.

### Junge Menschen

Junge Frauen wie junge Männer arbeiten überdurchschnittlich oft in befristeten Arbeitsverhältnissen. Sie sind auch häufiger in Zeitarbeit zu finden. Das liegt daran, dass

neue Beschäftigungsverhältnisse in immer stärkeren Maße befristet abgeschlossen werden. Davon sind nur die nachrückenden Generationen betroffen, während die NAV von den Älteren besetzt sind. Dass in den neuen Bundesländern auch Ältere in größerer Zahl auf befristeten Stellen zu finden sind, widerspricht der These von der Aufnahme „atypischer“ Beschäftigungen als Reaktion auf einen schlechteren Zugang zum NAV nicht. In den neuen Ländern sind Ältere häufig in ABM. Zudem ist der Arbeitsmarkt dort wesentlich stärker in Bewegung, so dass Ältere nach einer Phase der Arbeitslosigkeit ebenfalls neue Beschäftigungsverhältnisse, und das heißt eben in großem Umfang befristete, eingehen.

### Gering Qualifizierte

Sie sind altersunabhängig weit überproportional befristet angestellt, gering qualifizierte Frauen oft nur geringfügig entlohnt. Allerdings muss gesagt werden, dass auch Hochschulabsolventen oft befristet arbeiten. Der Wandel des Arbeitsmarktes, auf dem einfache Tätigkeiten immer weniger gefragt sind (vgl. Dostal, W./Reinberg, A. 1999, S. 3), bietet aber vor allem gering Qualifizierten immer weniger reguläre Arbeitsmöglichkeiten. Selektionsprozesse auf dem Arbeitsmarkt, durch die gering Qualifizierte bei Einstellungen strukturell benachteiligt werden, und der wirtschaftliche Strukturwandel verringern die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt von Menschen ohne Berufsausbildung. Dazu gehören besonders viele MigrantInnen. Damit verringern sich gleichzeitig ihre Zugangschancen zum System sozialer Absicherung.

### „Neue“ Selbstständige

Sie arbeiten ohne Mitarbeiter und zumeist auch ohne eine größere Ausstattung mit Eigenkapital. Die Zahl der „Solounternehmer“ ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Sie sind häufig in den Bereichen „wirtschaftliche, technische und rechtliche Beratung“ sowie „Erziehung, Unterricht, Gesundheit und persönliche Dienste“ anzutreffen (Vanselow

Foto: Christian Kiel (Berlin)



2003, S. 14). Einfache Tätigkeiten finden sich darunter genauso wie wissensintensive; gering Qualifizierte sind dort ebenso tätig wie Akademiker. Geissler (2000) zeigt, dass aufgrund der verschiedenen Zugänge in das „Solounternehmertum“ diese Form der atypischen Beschäftigung Chancen eröffnet: Als kleineres Übel gegenüber der Arbeitslosigkeit oder zur Verwirklichung der eigenen Vorstellungen der Kombination von privater Lebensführung und Erwerbsarbeit.

Dies gilt insgesamt für alle „atypischen“ Erwerbsformen. So ist mit einer befristeten Beschäftigung häufig die Hoffnung verbunden, im Anschluss eine Normalbeschäftigung aufzunehmen. Ein Teilzeitjob ermöglicht es, Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit zu verbinden. Durch das Sozialstaatsprinzip, Lebensstandard sichernde soziale Leistungen an das NAV zu koppeln, wird aber den „atypisch“ Beschäftigten der Zugang zu diesem System erschwert, wenn nicht gar versperrt. Eine starke rechtliche Regulierung des NAV bei gleichzeitiger Deregulierung atypischer Beschäftigung (z.B. Befristung, Minijobs) schützt System-Insider, während neu den Arbeitsmarkt betretenden Gruppen der Zugang systematisch erschwert wird. Die gegenwärtigen Änderungen des Sozialsystems finden im System statt und betreffen deswegen auch nur jene, die dort sind: ältere, westdeutsche Männer sowie die von deren Einkommen abhängigen Angehörigen. Die Diskussion um die angemessene Rentenhöhe, so sie denn überhaupt stattfindet, ist

immer am sogenannten Standardrentner orientiert, der 45 Jahre Vollzeit gearbeitet und durchschnittlich viel verdient hat. Gleichzeitig tragen aber auch nur noch die System-Insider zum Erhalt des Systems bei.

### Fazit

Die Leitbilder, auf denen das deutsche Sozialsystem gegenwärtig beruht, sind dysfunktional geworden, da sie immer weniger Entsprechung in der Realität finden. Durch die Beharrung darauf werden jene, die diesen Normen nicht entsprechen (können), von sozialen Leistungen ausgeschlossen.

Die Erwerbswünsche von Frauen sowie die gesellschaftliche Notwendigkeit ihrer Erwerbsarbeit auf der einen Seite, veränder-

te Formen des familialen Zusammenlebens, bei denen nicht mehr von lebenslang stabilen Beziehungen ausgegangen werden kann auf der anderen Seite, konfliktieren mit den auf dem gender contract beruhenden institutionellen Regelungen.

Das Prinzip der allenfalls zuverdienenden Ehefrau ist nicht mehr das, was die Wirtschaft will, und es ist nicht mehr das, was die Frauen wollen. Unternehmen wollen „ihre“ qualifizierten Frauen an sich binden. Frauen investieren in gleichem Maße in ihre Bildung, ihr Humankapital, wie Männer, schließen sowohl das Abitur als auch das Studium mit besseren Noten ab. Unternehmen investieren ihrerseits in weibliches Humankapital. „Managing Diversity“, der Umgang mit unterschiedlichen Lebensweisen, ob durch Herkunft oder Geschlecht begründet, ist eine Anforderung, der sich internationale Unternehmen seit längerem stellen und die wesentlicher Bestandteil ihrer Personalentwicklung ist. Niemand will diese Humankapital-Investitionen „in den Sand gesetzt sehen“. Davon abgesehen ist die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen ein Ziel, das sich die Bundesregierung im Rahmen der europäischen Beschäftigungspolitik und zur nachhaltigen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme selbst gesetzt hat. Nicht zu vergessen ist das sich wandelnde Rollenverständnis der Väter: Immer mehr haben den Anspruch, ihre Vaterrolle auszufüllen und nicht nur Zahlmaschinen für ihre Kinder zu sein. (BMFSFJ 2001)

Es sind neue Antworten der Politik notwendig, um der Zementierung von Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und den Familienformen entgegen zu wirken. Dazu gehört die Bereitstellung von Familienarbeit unterstützenden Dienstleistungen ebenso wie die Auflösung der in der Sozialpolitik offensichtlich immer noch unauflös-

lich scheinenden Verbindung von Frauen, Ehe und darauf basierender sozialer Sicherung.

Die Verantwortung für den Ausbau der Kinderbetreuung liegt bei den Kommunen. Ob das angekündigte Programm im Rahmen der Agenda 2010 greifen wird, ist fraglich. Werden die Kommunen ihre eingesparten Mittel ausgerechnet für Kindertagesstätten ausgeben? Zwar heißt der Finanzansatz „In-

vestitionen und Kinderbetreuung“, aber wie die Kommunen diese beiden Schwerpunkte gewichten, ist allein ihre Sache. Insofern wird es die Aufgabe der KommunalpolitikerInnen sein, die Mittel für Kinderkrippen zu erstreiten und jene der auf Landesebene Aktiven, auf die Abrufung der Bundesmittel zum Ausbau

der Ganztagschulen zu dringen.

Wenn der Anspruch auf Geschlechtergerechtigkeit im Sinne der Schaffung von gleichen Zugangschancen zu sozialen Ressourcen in der Politik ernst genommen wird, muss man bei politischen Entscheidungen an diejenigen denken, die sie letztendlich betreffen. Wer sind diejenigen, die in Minijobs arbeiten werden? Wen schließe ich vom Leistungsbezug aus, wenn ich beim Arbeitslosengeld II die Einkommen von Lebenspartnern stärker als bisher auf die Leistungen anrechne? Wer ist durch das Absenken von Leistungen aus Solidarsystemen eher betroffen und wer kann diese Absenkungen angemessen durch Produkte des Kapitalmarktes kompensieren?

Dem althergebrachten sozialpolitischen Leitbild entspricht auch die steigende Zahl „atypisch“ Beschäftigter nicht mehr. Die Stärkung der Bindung zwischen Lebensstandardsicherung und NAV – nichts anderes ist mit einer Verstärkung des Äquivalenzprinzips bzw. des Leistungsprinzips gemeint – trifft vor allem Menschen mit erschwerten Zugang zu den NAV negativ. Für sie lohnt sich Leistung im Sinne von entsprechenden Gegenleistungen im Absicherungsfall immer weniger. Der Nutzen, den sie durch hohe Einzahlungen ins System haben könnten, sinkt zunehmend, wenn das System ihnen kein Auskommen mehr gewährleistet. Und damit steigt die Tendenz, sich diesem System durch Schwarzarbeit zu entziehen. Gleichzeitig werden andere „atypisch“ Beschäftigte, wie z.B. Selbstständige oder geringfügig Beschäftigte, davon ausgeschlossen, ihren Beitrag zum Sozialsystem zu leisten. Daran ändert auch die dreijährige Beitragspflicht der „Ich AG's“ nur wenig. Schließlich kann die enge Bindung des Sozialsystems an das NAV individuelle Arbeits-

marktmobilität und –flexibilität verhindern, solange soziale Absicherung nur für System-Insider gewährleistet ist. Wer wagt denn den Schritt aus dem NAV in die Selbstständigkeit, wer den Job im Ausland, wenn er oder sie dadurch direkt hinterher oder spätestens in der Rente im Sozialhilfebezug landet?

Es sollte aber nicht um eine Definition neuer idealer Frauenbilder und Arbeitswelten gehen. Die gesellschaftliche Entwicklung zeichnet sich durch die Abnahme institutionalisierter Lebensverläufe und die Zunahme der Wählbarkeit der eigenen Biographie aus. Neue starre Leitbilder würden in einer Gesellschaft mit zunehmender Pluralisierung der Lebensläufe erneut bestimmten Gruppen Chancen zum Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen verbauen. Es geht deshalb darum, flexiblere Lebensgestaltung anzuerkennen, zu der in unterschiedlichen Phasen des Lebens unterschiedliche Arbeitsformen passen. Dementsprechend ist ein Sozialsystem nötig, das Wahloptionen dahingehend belässt, wie das eigene Leben gestaltet wird, ohne bestimmte Entscheidungen durch einen erschwerten Zugang zu sozialer Absicherung zu sanktionieren. Den Grad der individuell erreichbaren Absicherung von dem Bestand einer Ehe oder einer bestimmten Form der Erwerbsarbeit abhängig zu machen, wirkt dem Ziel der Herstellung von Gerechtigkeit zunehmend entgegen. So werden aus Leitbildern des Gesetzgebers Leitbilder wachsender Bevölkerungsgruppen.

spw 4 / 2003

### Literatur

- Arbeitsgemeinschaft Riedmüller/Infratest i.E.: Die Lebenssituation alleinstehender Frauen in Deutschland; Studie im Auftrag des BMFSFJ
- BMFSFJ 2001: Die Rolle des Vaters in der Familie Zusammenfassung des Forschungsberichts, download am 18.09.2003 [www.bmfsfj.de/Anlage7876/Faltblatt\\_Die\\_Rolle\\_des\\_Vaters\\_in\\_der\\_Familie.pdf](http://www.bmfsfj.de/Anlage7876/Faltblatt_Die_Rolle_des_Vaters_in_der_Familie.pdf)
- BMFSFJ 2003: Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemographische Entwicklung in Deutschland. Erweiterte Neuauflage 2003; Berlin, Köln, Bonn
- Bundesregierung 2002: Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern, BT-Drs. 14/8952
- Dostal, W./Reinberg, A. 1999: Ungebrochener Trend in die Wissensgesellschaft, in: IAB-Kurzbericht 10/1999
- Geissler, B. 2000: Unabhängige Gründer oder neues Proletariat? Anmerkungen zu sozialen Ursachen und Folgen neuer selbstständiger Erwerbsformen, in: FR am 20.04.2000
- Hank, K./Tillmann, K./Wagner, G. 2001: Außerhäusliche Kinderbetreuung in Ostdeutschland vor und nach der Wiedervereinigung. Ein Vergleich mit Westdeutschland in den Jahren 1990 – 1999, Working Paper des Max-Planck-Institut für demografische Forschung, WP 2001-003; Rostock
- Schreyer, F. 2000: Unsichere Beschäftigung trifft vor allem die Niedrigqualifizierten, in: IAB-Kurzbericht 15/2000
- Vanselow, A. 2003: Neue Selbstständige und die Zukunft der Arbeit: Auf dem Weg in die Werkvertragsgesellschaft?, in: Die berufsbildende Schule (BbSch) 55 (2003) 1.
- WSI 2001: Flexicurity: Soziale Sicherung und Flexibilisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Forschungsprojekt im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen; Düsseldorf

# Sozialabbau im Namen der „Generationengerechtigkeit“?

Von Gerhard Bäcker

## Die Älteren: Ein Leben auf Kosten der Jungen?

Die Äußerung des Vorsitzenden der Jungen Union Phillip Missfelder, „Ich halte nichts davon, wenn 85-Jährige noch künstliche Hüftgelenke auf Kosten der Solidargemeinschaft bekommen. Das klingt zwar jetzt extrem hart, aber es ist doch nun mal so: Früher sind die Leute auch auf Krücken gelaufen“ hat im August für Empörung gesorgt. Es wäre falsch, dies als Entgleisung zu bewerten. Denn Forderungen, älteren Menschen sozialstaatliche Leistungen zu versagen, häufen sich. Kaum noch zu zählen sind die Forderungen, die Rentenansprüche der Älteren auf eine reine Grundsicherung herunter zu fahren – zumindest aber die Rentenanpassung auszusetzen und das Rentenniveau (weiter) zu kürzen. Ausgehend von einer Diagnose, nach der der Sozialstaat der eigentliche Verursacher der Probleme auf dem Arbeitsmarkt sei, hat ein Wettbewerb um radikale Forderungen zum Abbau sozialer Rechte eingesetzt. Die Mahnung des Bundespräsidenten: „Das Sozialstaatsgebot ist kein Anhängsel des Grundgesetzes. Es gehört zum Kernbestand unserer gesellschaftlichen Ordnung. Die Menschen dürfen nicht schutzlos den großen Lebensrisiken Alter und Armut, Krankheit und Arbeitslosigkeit ausgeliefert werden“ klingt mittlerweile „altmodisch“.

Grundlegend für diese Forderung, ist die Auffassung, die Alten lebten auf Kosten der Jungen und die Gesellschaft müsse vor deren überzogenen Ansprüchen geschützt werden. Da sich angesichts des demografischen Umbruchs das Zahlenverhältnis zwischen Älteren und Jüngeren immer mehr zu Ungunsten der Jüngeren verschiebe, sei ein Abbau der umlagefinanzierten Solidarsysteme und der Übergang zur kapitalgedeckten Alters- wie Gesundheitsvorsorge notwendig. Denn bei privaten Vorsorgeformen sei die „Generationengerechtigkeit“ gewährleistet, da hier jede Generation nur für sich selber Sorge.

## Was verstehen wir unter „Generationen“?

Es bleibt unklar, was mit „Generationen“ und „Generationengerechtigkeit“ eigentlich gemeint ist. Wenn in der Sozialpolitik von Ge-

nerationen die Rede ist, wird auf das Wechselverhältnis der Altersgruppen abgestellt, die durch Leistungs- und Finanzierungsströme miteinander verbunden sind. Abgrenzungskriterium ist die Beteiligung am Arbeitsmarkt und die Einkommensquelle: Während die im Arbeitsleben stehende und (hauptsächlich) von ihrem Erwerbseinkommen lebende Generation mit Beiträgen für die Sozialsysteme aufkommt, und Ansprüche auf spätere Zahlungen erwirbt, zählt die ältere Generation zu den Leistungsempfängern. Am anderen Ende steht die junge Generation: Kinder und Jugendliche empfangen ebenfalls Leistungen, wobei ihr Lebensunterhalt vorrangig durch familiäre Übertragungen und erst ergänzend durch öffentliche Transfers sichergestellt wird. In der zeitlichen Abfolge übernimmt diese Generation, wenn sie in den Arbeitsmarkt eintritt, die Aufgabe, die dann aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene „neue“ ältere Generation zu alimentieren. Dieser Zusammenhang wird als „Generationenvertrag“ bezeichnet.

Allerdings begrenzt sich Sozialpolitik nicht auf diese intergenerationale und intertemporale Umverteilung. Die Bandbreite der interpersonellen und damit intragenerationalen Umverteilung wird deutlich, wenn man an die Arbeitslosenversicherung und Arbeitsmarktpolitik, Sozialhilfe, besondere Transfers (Kindergeld, Wohngeld, Erziehungsgeld) sowie an Realtransfers (soziale Diensten und Einrichtungen) denkt. Auch die Älteren sind insbesondere durch indirekte Steuern – an diesen Sozialausgaben beteiligt. Da die indirekten Steuern einen immer höheren Anteil haben und die Älteren viel konsumieren, nimmt ihre Beteiligung an Staatsausgaben zu. Sie tragen auch zur gesetzlichen Krankenversicherung und Pflegeversicherung bei.

## Was ist „Generationengerechtigkeit“?

Was aber ist nun „Generationengerechtigkeit“. Schaut man näher hin, ist die Forde-

rung nach „Gerechtigkeit“ schillernd und enthält abweichende, ja konkurrierende Normen wie „Leistungsgerechtigkeit“, „Bedarfsgerechtigkeit“, „Teilhabegerechtigkeit“ oder „Chancengerechtigkeit“. Der Maßstab für „Gerechtigkeit“ lässt sich nicht durch die Wissenschaft finden, sondern durch Werturteile und vorherrschende gesellschaftlich-politische Normen. Im Folgenden begreifen wir „Generationengerechtigkeit“ als den Auftrag, allen Altersgruppen in der Gesellschaft, einen Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe am Wohlstand einzuräumen. Das Lebensalter soll also *nicht* negatives Selektionskriterium bei Einkommen oder der Versorgung mit gesundheitlichen und sozialen Leistungen sein.

Zu klären ist aber auch, auf welche zeitliche Dimension der Vergleich der Generationen abstellt: Eine *zeitpunktbezogene* Betrachtung des sozialstaatlichen Generationenverhältnisses stellt auf Altersgruppen ab. Gefragt wird, wie sich die Wohlstandsposition der Älteren im Vergleich zur mittleren Altersgruppe darstellt. Die Kinder und Jugendlichen bis zum Beginn

**Generationengerechtigkeit ist der Auftrag, allen Altersgruppen einen Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe am Wohlstand einzuräumen.**

der Berufstätigkeit können in diesen Vergleich nicht direkt einbezogen werden, da sich ihre Einkommenslage aus dem Haushaltseinkommen errechnet.

Wechselt man von der statischen Querschnitt- in eine dyna-

mische Längsschnittanalyse und überprüft, wie sich das intergenerationale Verhältnis im *Zeitverlauf* entwickelt hat und – wichtiger noch – entwickeln wird, wechselt auch der Generationenbegriff. Statt der Altersgruppen kommen Kohorten bzw. Geburtsjahrgänge ins Blickfeld. Bei einer solchen Analyse der intergenerationalen Verteilung über die Zeit hinweg interessiert, ob aufeinander folgende, historisch unterschiedlich situierte Jahrganggruppen durch die Sozialpolitik gleich behandelt werden, also eine vergleichbare sozialstaatliche Leistungsbilanz aufzuweisen haben, oder ob – wie befürchtet – die Jahrganggruppen, die heute am Beginn der Erwerbstätigkeit stehen, gegenüber denen, die sich in der Altersphase befinden, benachteiligt werden. Unter diesem Blickwinkel wäre Generationengerechtigkeit nicht mehr als materiale Gerechtigkeits-

norm, sondern als Gleichbehandlung und Verfahrensgerechtigkeit zu verstehen.

### Einkommenslage der Generationen im Querschnittsvergleich

Wenn untersucht werden soll, wie sich die Einkommenslage der Älteren im Vergleich zur mittleren Altersgruppe darstellt, bietet es sich an, die Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung zu betrachten. Allerdings orientiert die Rentenversicherung nicht auf die Absicherung der älteren Generation, vielmehr geht es primär um die Sicherung der abhängig Erwerbstätigen und ihrer Angehörigen im Alter und bei Erwerbsminderung. Ziel ist es auch nicht, ein für alle gleiches Einkommen im Alter zu gewährleisten. Entsprechend der Lohnersatzfunktion der Rente wird darauf

abgestellt, das im Durchschnitt der Erwerbsbiografie erzielte Arbeitsentgelt im Alter und bei Erwerbsminderung so auszugleichen, dass die „Rangstelle“ in der Hierarchie der Erwerbseinkommen auch beim Rentenbezug beibehalten wird. Grundlegendes Prinzip für die Rentenberechnung ist die „Teilhabeäquivalenz“ bzw. „Anteilsgerechtigkeit“. Entscheidend für die Höhe der individuellen Rente ist danach die relative Höhe des Bruttoeinkommens im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttoeinkommen aller Versicherten in den jeweiligen Versicherungsjahren.

Wenn die Rente eine Lebensstandardsicherungsfunktion erfüllen soll, reicht es nicht, sie nur bei ihrer Erstberechnung am allgemeinen Einkommensniveau (aktueller Rentenwert) auszurichten; auch die Bestandsrenten müssen der Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitsentgelte folgen. Die Rentenver-

sicherung definiert danach Generationengerechtigkeit als Teilhabeäquivalenz. Das heißt, dass die Renten der Einkommensentwicklung der aktiven Generation im Positiven wie im Negativen folgen. Da sich die jährliche Rentenanpassung an der Nettoentgeltentwicklung der Beschäftigten im Vorjahr orientiert, fallen die Anpassungen sehr niedrig aus – auch unterhalb der Preissteigerungsrate – wenn die Zuwachsraten der Nettoentgelte niedrig sind. Steigende Beitragssätze belasten also nicht allein die Nettoeinkommen der mittleren Generationen;

### Von einer einseitigen Belastung der mittleren Generation durch Beitragssatzanhebungen kann nicht gesprochen werden.

über die Rückkopplung der Rentenformel mindert sich auch die Rentenanpassung. Von einer einseitigen Belastung der mittleren Generation durch die zurückliegenden Beitragssatzanhebungen kann also nicht gesprochen werden, da diese auch bei der

Rentanpassung durchschlagen.

Eine andere Frage ist, ob die Steigerung der Beitragssätze als tragbar angesehen werden kann, mit Blick auf steigende Arbeitskosten (Arbeitgeberbeiträge) und ihre möglichen Rückwirkungen und auf die Einkommen und steigende Abgabewiderstände bei sinkenden Nettoeinkommen. Der Hinweis, dass auch die Rentenanpassungen sehr niedrig ausfallen können, wenn die Nettoentgeltzuwächse der Beschäftigten im Vorjahr entsprechend liegen, ist zwar zutreffend, löst aber nicht die Akzeptanzprobleme.

Das Prinzip „Teilhabeäquivalenz“ wird durch das Rentenniveau konkretisiert. Entscheidende Maßgröße ist hier das Nettoniveau der sog. Eck- oder Standardrente (Verhältnis einer Nettorente mit 45 Entgeltpunkten = Durchschnittsverdienst und 45 Versicherungsjahre zum durchschnittlichen Nettoar-

beitsentgelt). Es liegt (alte Bundesländer/2001) bei 69,1 % eines vergleichbaren Arbeitnehmerinkommens. Durch die ab 2001 in Kraft getretene neue Rentenformel wird das Nettoentgeltniveau in den nächsten Jahren absinken: Die Rentenanpassung folgt der Nettoentwicklung nur noch abgebremsert. Zudem wird der private Vorsorgebeitrag mit jährlich 0,5 % von 2003 bis 2010 als Belastung der Arbeitnehmer eingerechnet – unabhängig davon, ob er tatsächlich geleistet wird. Lässt man die privaten Vorsorgebeiträge unberücksichtigt, wird das Nettoentgeltniveau bis 2030 auf 64,5% absinken.

Über die tatsächlichen Rentenzahlbeträge, ihre Schichtung und die Durchschnittswerte sagt das Rentenniveau noch nichts aus. Ein Großteil der Renten liegt wegen einer niedrigeren Entgeltposition und geringeren Versicherungsjahren deutlich unter der Eckrente. Die Rentenschichtung spiegelt die Hierarchie der Erwerbseinkommen, zu Lasten vor allem der Frauen, die wegen ihrer Lebensverläufe in der Regel unterbrochene Versicherungsbiografien und niedrige Entgelte aufweisen.

### Haushaltseinkommen der Generationen im Vergleich

Die große Zahl niedriger Renten, könnte bedeuten, dass Altersarmut verbreitet ist. Das ist aber nicht so:

- Misst man Armut an der Sozialhilfeschwelle, zeigt sich, dass Sozialhilfebedürftigkeit älterer Menschen (ab 65 Jahre) eher niedrig liegt: Ende 2001 gut 200.000 Personen – darunter nahe 67% Frauen. Dies entspricht 7,4% aller Hilfeempfänger. Die Sozialhilfequote älterer Menschen liegt mit 1,5% deutlich unterhalb der Gesamtbevölkerung (3,3%).

- Misst man Armut als relative Einkommensarmut – Armut liegt dann vor, wenn das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen weniger als 50% des Durchschnitts beträgt –, lag 2000, die Armutsquote für 61 bis 70jährige bei 5,7% und für über 71jährige bei 4,8%. Im Vergleich zur allgemeinen Armutsquote zeigt sich eine vergleichsweise günstige Einkommenslage: Die Armutsquote der Gesamtbevölkerung beträgt 9,1%.

Insgesamt sind Sozialhilfe- und Armutsrisiken der älteren Bevölkerung stark zurückgegangen. Damit vermeidet die soziale Sicherung im Alter erfolgreich Altersarmut. Die Gleichsetzung von Alter und Armut, die bis Ende der 50er Jahre in Deutschland üblich war, und etwa in Großbritannien bis heute üblich ist, ist überwunden. Dieses positive Gesamtbild ist nicht ausschließlich ein Ergebnis der Rentenversicherung: So können Renten aus der Rentenversicherung durch andere Alterssicherungssysteme, insbesondere die betriebliche Altersversorgung, aber auch durch private Leibrenten und/oder Erwerbseinkünfte (Zinsen, Mieten, Gewinne)



Foto: Christian Kiel (Berlin)

ergänzt werden, was gerade bei hohen gesetzlichen Renten und bei einer überdurchschnittlichen Einkommensposition häufig der Fall ist. Zum anderen lassen sich Einkommensverhältnisse immer nur auf der Basis der Haushaltseinkommen bewerten.

Vergleicht man auf der Ebene der bedarfsgewichteten *Haushaltseinkommen* die Wohlstandsposition der Altenhaushalte (mit Arbeitnehmerhaushalten zeigt sich für 2000 folgendes Bild:

Die Position der Arbeitnehmerhaushalte entspricht etwa der relativen Wohlstandsposition aller Privathaushalte.

Rentnerhaushalte erreichen 84% des Durchschnitts.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Einkommensniveaus der sozialstaatlichen Generationen materiell weitgehend gleich gestellt sind. Eine überzogen hohe Position der Rentner(haushalte) lässt sich nicht feststellen. Von einer Verletzung der „Generationengerechtigkeit“, zu Lasten der mittleren Generation kann nicht gesprochen werden.

Gerechtigkeit innerhalb der Generationen? Diese Befunde basieren auf Durchschnittswerten. So wenig es „die“ Einkommenslage von Altenhaushalten gibt, kann von „der“ Einkommenslage der Haushalte in der Erwerbsphase gesprochen werden:

Bei den Altenhaushalten sind vor allem folgende Gruppen besonders schlecht versorgt:

- Ehemalige Arbeitnehmerhaushalte mit einer niedrigen beruflichen Position des Mannes, um so mehr, wenn sie sich am Ernährer- und Hausfrauenmodell orientiert haben,
- Alleinstehende, ledige oder geschiedene Frauen sowie Witwen aus der vorgenannten Gruppe,
- ehemalige „kleine“ Selbständige, die keine ausreichende private Vorsorge aufgebaut haben,
- Arbeitsemigranten, die erst im mittleren und höheren Alter in die Bundesrepublik gekommen sind und keine ausreichenden Rentenanwartschaften erwerben konnten.

Besser gestellt sind jene Älteren, bei denen Einkommen aus mehreren Quellen zusammentreffen und die Vermögen haben. Es zeigt sich, dass das Lebensalter und die Höhe des Vermögens eng zusammenhängen. Aber: Bei Mehrpersonenhaushalten über 65 Jahre gehörten 1998 den unteren 50% dieser Haushalte nur 13% des Geld- und Grundvermögens, hingegen fielen 33,7% des Vermögens auf die obersten 10%.

Bei der „aktiven“ Generation sind vor allem Haushalte mit (mehreren) Kindern schlechter gestellt, vor allem Alleinerziehende:

- Von den Paar-Haushalten mit 3 und mehr Kindern erreichen in Deutschland 2000 knapp 28% eine Pro-Kopf-Einkommensposition von weniger als 50% des Durchschnitts (Armut), fast zwei Drittel liegen insgesamt im Niedrigeinkommensbereich von unter 75%

des durchschnittlichen Haushaltseinkommens.

- Bei Alleinerziehenden-Haushalten (geschieden/getrennt) beträgt der Anteil mit Einkommen bis zur Hälfte des durchschnittlichen Haushaltseinkommens 30,6%; 67% erreichen nur bis zu 75% des Durchschnitts.

- Im Vergleich dazu sind nur 2,9% der Paar-Haushalte ohne Kinder einkommensarm (Haushaltsvorstand im Alter bis 45), im mittleren Alter (Haushaltsvorstand zwischen 46 und 65) sind es 3,5%. Im Niedrigeinkommensbereich liegen 12% bzw. 18,7%.

Diese Disproportionen weisen auf ein *intragenerationales* Gerechtigkeitsproblem. Mit fehlender Gerechtigkeit *zwischen* den Generationen können Unterschiede innerhalb von Generationen nicht begründet werden. Der Verteilungskonflikt macht sich nicht zwischen Jung und Alt, sondern an der sozialstrukturellen Scheidelinie fest. So ist es irreführend, die prekäre Lage einer allein erziehenden Mutter mit der sehr guten Lage eines älteren Beamtenehepaars zu vergleichen. Diese Gegenüberstellung – von den Medien in Szene gesetzt – nährt den Eindruck, dass die Älteren die Jungen „ausplündern“, ohne zu erwähnen, dass es auch bei schlecht gestellte Alte und gut gestellte junge gibt. Die eigentliche Pointe dieser Vergleiche von „Äpfeln und Birnen“ liegt darin, dass

sich Unterversorgung im Alters aus den schlechten Einkommensverhältnissen in der Erwerbsphase ableitet. Die Unterbrechung oder Einschränkung der Erwerbstätigkeit wegen Kindererziehung ist neben dem unzureichenden Familienleistungsausgleich der entscheidende Grund für das niedrige Pro-Kopf-Einkommen von Familien. Da die Frauen ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen oder reduzieren haben sie niedrige eigenständige Renten und . Das Generationenverhältnis ist immer auch Geschlechterverhältnis.

Was ist zu tun, um Armuts- und Unterversorgungsrisiken abzubauen? Die populäre Forderung, bei den Leistungen für Ältere zu kürzen, um Mittel für die Familien frei zu bekommen, führt in die falsche Richtung. Im Ergebnis würden bei der Alterssicherung, gerade zu Lasten der Bezieher niedriger Renten, Löcher aufgerissen, ohne dass sie beim Familienleistungsausgleich gefüllt würden. Eine Senkung des Rentenniveaus würde das Risiko der Altersarmut vergrößern, aber nicht das Einkommensproblem von Alleinerziehenden lösen. Die Alleinerziehenden würden vielmehr beim späteren Rentenbezug von einem verminderten Rentenniveau besonders betroffen. Wichtiger ist es, die „anderen“ Alterseinkommen ins Blickfeld zu nehmen. So sollte darauf geachtet werden,

dass auch die Vermögensbestände und Vermögenserträge im Alter künftig nach der Leistungsfähigkeit besteuert werden.

### Generationengerechtigkeit zwischen Kohorten?

Die Frage bleibt, ob die Balance zwischen den Generationen auch noch Bestand hat, wenn sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Älteren und der mittleren und jüngeren Generation zu Lasten der letzteren verändert. Um diesen gravierenden Umbruch zu bewältigen, müssen entweder die Jüngeren stärker belastet werden oder die Älteren Abstriche machen oder beides wird kombiniert – mit der Folge, dass die stärker besetzten Vorgängerkohorten mit niedrigeren Beitragssätzen ein höheres Rentenniveau erreichen konnten, während die jetzt Jüngeren mehr zahlen müssen aber ein niedrigeres Rentenniveau erhalten. Wird also die Generationengerechtigkeit verletzt, da der „Gewinnergeneration“ eine „Verlierergeneration“ gegenüber steht? Folgt man diesem Ansatz, heiße „Gerechtigkeit“, dass Menschen nicht aufgrund der ungünstigen Einflüsse, denen ihr Geburtsjahrgang gegenüber anderen Jahrgängen ausgesetzt ist, benachteiligt werden sollen.

Hinterfragt man eine auf die Vermeidung von Kohortendifferenzen zielende Gerechtigkeitsnorm, so liegt sie zu anderen Vorstel-

lungen von sozialer Gerechtigkeit konträr. So steht „Generationengerechtigkeit“ im Sinne gleichberechtigter Teilhabe der Altersgruppen am gesamtgesellschaftlichen Wohlstand im Hier und Jetzt – unabhängig von der

setzungsstärke der Gruppen – im Widerspruch zu der Position, die nachfolgenden Kohorten trotz der ungünstiger werdenden Bevölkerungsstruktur nicht stärker zu belasten. Eine Festschreibung des Beitragssatzes über die Zeit, um kohortenübergreifend gleiche Bedingungen bei Finanzierung und Belastung – also gleiche Renditen – herzustellen, würde wegen des dann abzusenkenden Rentenniveaus die heutigen Rentner schlechter stellen und die Teilhabeäquivalenz aufgeben.

### Alterssicherung im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang

Dass bei gleich bleibendem Rentenniveau die nachrückenden Jahrgänge durch die Verschiebung der Relation von Beitragszahlern und Leistungsempfängern (Rentnerquotient) stärker als vorhergehende Jahrgänge belastet werden, lässt sich nicht wegdiskutieren. Differenzierungen sind aber angebracht:

Die Benachteiligung der nachrückenden Kohorten bezieht sich auf relative Größen.

## Eine Senkung des Rentenniveaus würde die Altersarmut vergrößern, aber nicht das Problem von Alleinerziehenden lösen.

Auch wenn die Beitragssätze erhöht werden, muss dies nicht eine absoluten Verschlechterung im Lebensstandardbewirken. Es spricht alles dafür, dass Produktivität und Wertschöpfung der Gesellschaft weiter steigen und das aufzuteilende Sozialprodukt größer wird. Die höheren Belastungen können also aus den Zuwächsen der Bruttoeinkommen getragen werden und die erwerbstätige Generation kann die Altersgeneration auch ohne Konsumverzicht finanzieren. Ob höhere Beitragssätze als tragbar angesehen werden, hängt aber nicht nur von ihren ökonomischen Rückwirkungen ab, sondern von ihrer politisch-psychologischen Bewertung.

Sieht man die geringere relative Beitragsbelastung der Vorgängerkohorten als „Bevorzugung“, fällt aus dem Blick, dass früher nicht nur der Lebensstandard und die Verteilungsspielräume enger waren, sondern für die Rentenanwartschaft weitaus länger gearbeitet werden musste als heute und in Zukunft.

Die Schlüsselstellung des Sozialproduktes für die Umlagefinanzierung unterstreicht, dass Renten, aus dem Volkseinkommen und nicht aus demografischen Quoten finanziert werden. Das wirtschaftliche Leistungsvermögen der Volkswirtschaft ist dabei nicht allein Ergebnis von Investitionsdynamik und Arbeitseinsatz. Die Produktivität der Arbeitsleistung hängt auch elementar vom Bestand an Realkapital, öffentlicher Infrastruktur und Humankapital ab, der in der vergangenen Periode von der jetzt älteren Generation geschaffen worden ist. Diese Vorleistungen sind ein wichtiger Faktor für das Einkommensniveau der nachrückenden Kohorten. Ganz grundsätzlich gilt, dass es keine Entwicklung geben kann, bei der alle Kohorten gleich behandelt werden. Die Altersstruktur der Bevölkerung die ökonomischen Rahmenbedingungen die Rechtsprechung und die politischen Verhältnisse, Mehrheiten und Meinungen in einer Demokratie ändern sich. Auch politische und verfassungsrechtlich

kann es keinen Anspruch auf Gleichbehandlung über die Zeit hinweg geben. Eine solche Vorgabe würde jede Veränderung ausschließen. Die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern an das westdeutsche Niveau, die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung oder die Einführung der Pflegeversicherung mit sofortigem Anspruchsrecht der ersten Empfängergeneration hätte es nicht geben dürfen, weil bestimmte Kohorten bessere oder schlechtere Renditen realisieren.

### Intergenerative Belastung und kapitalgedeckte Alterssicherung

Generationengerechtigkeit im Sinne der Gleichbehandlung von Kohorten lässt sich erreichen – so die Argumentation der Kritiker der umlagefinanzierten Rentenversicherung –, wenn aus ihr ausgestiegen und zu einem Kapitaldeckungsverfahren übergegangen werde. Kapitalfundierte Alterssicherung erscheint aus dieser Sicht als unempfindlich gegenüber den Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur, da jede Person und damit auch jede Kohorte durch die Kapitalbildung nur für sich selbst

vorsorge. Folgt man der Argumentation, hängt das Sicherungsniveau im Alter allein von der Höhe des Kapitalstocks, der Kapitalmarktentwicklung und den individuellen Risiken ab, während politische Entscheidungen hinsichtlich Rentenniveau und -struktur keine Rolle mehr spielen. Auch die Besetzungsstärke und die Zahlungsfähigkeit wie Willigkeit der nachrückenden Jahrgänge verlieren ihre Bedeutung.

Der Generationenverbund im volkswirtschaftlichen Kreislauf macht aber deutlich, dass es an der Mackenroth-These keinen Weg vorbei gibt: Was eine Gesellschaft für die Versorgung der Nicht-Erwerbstätigen aufwendet, muss stets aus dem Sozialprodukt der laufenden Periode abgezweigt werden. Aus dem gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang kann auch der nicht ansteigen, der durch Sparen vorsorgt, um im Alter dann von den Erträgen oder der Substanz des Vermögens zu leben. Eine Volkswirtschaft insgesamt kann spätere Ausgaben nicht durch „Sparen“ vorfinanzieren und damit die Belastung zeitlich verschieben. Denn wie sich nur jemand verschulden kann, wenn er einen Gläubiger findet, kann auch nur der Geld anlegen und ein Vermögen bilden, der einen Schuldner

bzw. Investor findet. Die Ertragnisse aus den akkumulierten Vermögen müssen von den ökonomisch Aktiven erwirtschaftet werden und sind Teile des laufenden Volkseinkommens.

Dabei ist nicht entscheidend, ob die älteren Menschen ihre Ausgaben durch Renten finanzieren, die im Umlageverfahren eingebracht werden, oder durch Kapitalerträge oder die Auflösung von Kapital. Bei gleichem Sicherungsniveau kommt es auch bei kapitalfundierte Systemen zu einer erhöhten Anpassungslast späterer Kohorten:

### Renten werden aus dem Volkseinkommen und nicht aus demografischen Quoten finanziert.

• Die steigende Lebenserwartung zwingt bei kapitalfundierte Systemen zu höheren Sparleistungen, um zu einem Ausgleich der längeren Bezugszeiten zu kommen.

• Der Rückgang der nachwachsenden Geburtsjahrgänge führt zu einer negativen „Age-wave“ auf den Aktien- und Kapitalmärkten. Denn wenn die Älteren entsparen, d.h. ihre Wertpapiere veräußern und in Konsum umwandeln wollen, die nachfolgende Zahl jüngerer Sparer und Käufer von Wertpapieren aber demografisch bedingt sinkt, kommt es zu Anpassungsreaktionen auf den Märkten. Entweder sparen die Jüngeren zusätzlich, was zu einer Einschränkung ihres Konsums führt (analog Beitragserhöhungen). Oder der Realwert der zum Verkauf angebotenen Wertpapiere sinkt infolge des Angebotsüberhangs (entsprechend einer Senkung des Rentenniveaus).

### Ausblick

Es kann festgehalten werden, dass – unabhängig vom Finanzierungsverfahren – eine wachsende Zahl älterer Menschen bei gegebenem Leistungsniveau einen größeren Teil des Sozialproduktes für sich beansprucht. Es gibt keine institutionelle oder ökonomische Zauberformel, die dies überwinden könnte. Bei jedem Finanzierungssystem wird darüber entschieden, wie die Jüngeren durch Einbußen im Konsum belastet werden und wie die Älteren durch Minderung der Zuwachsraten ihrer Rentenansprüche belastet werden. Beim Umlageverfahren wird dies politisch entschieden, bei kapitalfundierte Systemen über Marktprozesse. Die Belastung könnte bei kapitalfundierte Systemen durch den Export und späteren Import von Kapital gemildert werden – wenn es nicht in jenen Ländern, bei denen ein Kapitaltransfer risikolos ist, den selben Verlauf der Alterung gäbe. Eine Problemmilderung könnte auch dann auftreten, wenn die Kapitalfundierte zu einer höheren Sparquote, zu höheren Investitionen und in Folge zu einem steigenden Sozialprodukt führte. Aber diese Annahmen sind und bleiben auf jeder Stufe der Kausalkette strittig; empirische Hinweise, dass Kapitaldeckung einen Wachstumspfad auf höherem Niveau begründet, finden sich nicht. spw 4 / 2003

### Literatur:

- Bäcker, G., Koch, A., „Die Jungen als Verlierer? Alterssicherung und Generationengerechtigkeit, in: WSI-Mitteilungen 2/2003  
Schmähl, W. (2001): Generationenkonflikte und „Alterslast“, in: Becker, I./Ott, N./Rolf, G. (Hrsg.), Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft, Frankfurt, 176-203  
Leisering, L. (2000): „Regeneration“ des Sozialstaats? Die Legitimationskrise der gesetzlichen Rentenversicherung als Wechsel „sozialstaatlicher Generationen“, in: Deutsche Rentenversicherung 9/2000

# Die WTO-Verhandlungen in der Doha-Runde

Von Sebastian Vollmer, Oliver Lindner, Torben Klant, Nils Hindersmann, Sven-Björn Wieduwilt, Jan Wagner

PolitikerInnen aus der EU kann nicht vorgeworfen werden, sie hätten keine Erfahrung mit Deregulierungen, Liberalisierungen und Privatisierungen. Im Gegenteil: Seit vielen Jahren ist dieser Dreiklang oftmals das dominierende „Rezept“ in vielfältigen Politikbereichen gewesen. Die Arbeitsmärkte wurden dereguliert, die Energiemärkte wurden liberalisiert und große Staatsunternehmen wie in Deutschland die Deutsche Bundesbahn oder die Deutsche Bundespost wurden privatisiert und zu Aktiengesellschaften gewandelt. Für eine Vielzahl weiterer Sektoren und Unternehmen – national wie international – lässt sich diese Aufzählung fortsetzen.

Allen voran bei den Privatisierungen gab es katastrophale Misserfolge: Der Börsencrash der Deutschen Telekomaktie und das Desaster mit der Umstrukturierung bei der Deutschen Bahn sind in Deutschland keinem verborgen geblieben.

In Großbritannien brach durch eine Grippe-Welle im vorletzten Winter die Gesundheitsversorgung zusammen. Und das unter Maggie Thatcher privatisierte Eisenbahnwesen wurde wieder verstaatlicht.

Sozialdemokratische Politik hat es immer ausgezeichnet, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen. Deshalb müssen auch die gerade beschriebenen Erfahrungen in der EU-Handelspolitik berücksichtigt werden.

## Das GATS in der WTO

Im Rahmen der laufenden Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) gilt dies besonders für das Abkommen zum Dienstleistungshandel (GATS – General Agreement on Trade in Services). Es wurde 1995 ins Leben gerufen und bildet neben dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und dem Abkommen über Urheberrechte (TRIPS) eine der drei wesentlichen Säulen des WTO-Vertragswerks.

Ziel des GATS ist die „fortschreitende Liberalisierung“ sämtlicher Dienstleistungssektoren der WTO-Mitgliedsstaaten (zurzeit 146, 26 weitere Staaten – darunter Russland – haben sich um einen Beitritt beworben).

Diese Zielsetzung geht einher mit der Aufgabe der WTO, den weltweiten Handel mit möglichst wenigen Hindernissen zu ermöglichen. Diese Aufgabe entspricht der neoklassischen Aussenhandelstheorie, wonach der weltweite Abbau von Handelshemmnissen zu mehr Wachstum und damit zu mehr Wohlstand führen würde.

## Bedeutung des Dienstleistungssektors

Dienstleistungen nehmen offiziellen Messungen zufolge rund ein Fünftel des Welthandelsvolumens ein. Dies ist gemessen an der Bedeutung des Dienstleistungssektors in den einzelnen Volkswirtschaften vergleichsweise gering. Dieser Sektor hat in den letzten Jahrzehnten an ökonomischer Bedeutung nicht nur in den Industrieländern, wo er knapp 2/3 des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmacht, sondern auch in den Entwicklungsländern gewonnen (ca. 38% in den ärmsten Ländern, in den Ländern mit mittlerem Einkommen ca. 56%).

Wegen der aktuell hohen Handelsbeschränkungen von Dienstleistungen versprechen sich die Apologeten des Freihandels durch Liberalisierungsschritte hohe Wohlfahrtsgewinne, die laut OECD überproportional den Entwicklungsländern zu Gute kommen werden. Realistischer ist jedoch, dass eine bloße Liberalisierung die Arbeitsteilung zwischen hochwertiger Dienstleistungsproduktion im Norden und geringerwertiger Produktion im Süden langfristig zementiert.

## Struktur des GATS

Das GATS erfasst – nach Artikel 1 Abs.1 GATS – alle den Handel mit Dienstleistungen betreffenden Maßnahmen der Mitglieder. Diese Mitglieder sind gemäß Artikel 1 Abs.3 GATS zum einen die zentralen, regionalen und lokalen Regierungen und Behörden und zum anderen nichtstaatliche Stellen, die mit der Ausübung öffentlicher Aufgaben betraut sind. Das GATS gliedert die Dienstleistungen nach

dem Standortkriterium der Erbringung und Nutzung dieser Dienstleistungen. Dabei wird zwischen vier wirtschaftlich relevanten Erbringungseinheiten („modes of supply“) von Dienstleistungen unterschieden:

Mode 1- Erbringung einer Dienstleistung durch eine Person oder eine Unternehmung im Land A für einen Kunden im Land B

Mode 2- Erbringung einer Dienstleistung im Land A bei gleichzeitiger Nutzung durch einen Dienstleistungsnachfrager aus dem Land B (z.B. Tourismus)

Mode 3- Erbringung einer Dienstleistung durch einen Anbieter des Landes A im Land B über eine kommerzielle Präsenz (z.B. Dienstleistungen von Bank-Filialen)

Mode 4- Erbringung einer Dienstleistung durch einen Anbieter des Landes A im Land B über die Präsenz natürlicher Personen im Land B (z.B. Buchprüfungs- und Beratungsarbeiten)

Im Rahmen des GATS wird unterschieden zwischen allgemeinen Pflichten und Disziplinen, die sich grund-

Ziel des GATS ist die „fortschreitende Liberalisierung“ sämtlicher Dienstleistungssektoren der WTO-Mitgliedsstaaten“.

sätzlich mit dem Inhalt der Prinzipien der WTO decken und „automatisch“ für alle Mitgliedstaaten und für sämtliche GATS-Sektoren gelten – es handelt sich dabei u.a. um das Meistbegünstigungsprinzip

(Handelsvergünstigungen für ein Land müssen allen anderen WTO-Mitgliedern ebenfalls zugestanden werden.) –, und den spezifischen Verpflichtungen „Marktzugang“ (Keine quantitativen Handelsbeschränkungen (d.h. keine Beschränkungen der Zahl der Anbieter, des Umsatzes, der Stückzahlen etc.)) und „Inländerbehandlung“ (In- und ausländische Anbieter müssen gleich behandelt werden; es darf keine Vorzugsbehandlung von inländischen Anbietern geben.). Diese beiden spezifischen Verpflichtungen sind nicht allgemein verbindlich, sondern sind Folge von länder- und fallweisen Zugeständnissen. Diese Zugeständnisse sind in den sog. Listen der spezifischen Verpflichtungen („schedules of specific commitments“) zusammengefasst. Wird eine Dienstleistung nicht in diese Liste aufgenommen, dann bleiben die Vertragspartner frei, bestehende Handelshemmnisse beizubehalten oder neu einzuführen. Aber auch hierbei müssen allgemeine Prinzipien und Regeln der WTO und des GATS eingehalten werden. Im Hinblick auf das Meistbegünstigungs-

Sebastian Vollmer, studiert Mathematik sowie Internationale Wirtschaft, Mitglied im SPD-Bezirksvorstand Hannover

Oliver Lindner, studiert Volkswirtschaftslehre in Hamburg

Torben Klant, studiert Jura in Hannover, Juso-UB-Vorsitzender Hannover-Land

Nils Hindersmann, studiert Wirtschaftswissenschaften, Mitglied im Juso-Bezirksvorstand Hannover

Sven-Björn Wieduwilt, studiert Politik, Geschichte und Rechtswissenschaften,

Mitglied im SGK-Landesvorstand Niedersachsen

Jan Wagner, arbeitet am Lehrstuhl für allgemeine Wirtschaftspolitik an der Universität Kassel

prinzip enthält das GATS allerdings in Artikel V wichtige Ausnahmen für regionale Integrationsabkommen. Insbesondere für die Europäische Union hat diese Ausnahmeregelung des GATS eine wichtige Bedeutung, da sie verhindert, dass Vorteile des hohen Liberalisierungsniveaus innerhalb des Europäischen Binnenmarktes bedingungslos auch Drittstaaten außerhalb des EU gewährt werden müssten.

### Änderung oder Rücknahme von Verpflichtungen

Das GATS schreibt darüber hinaus eine Verpflichtungen zu weiteren Verhandlungen vor und besitzt damit einen eingebauten Flexibilisierungsmechanismus. Es ist ein institutioneller Rahmen, in dem sich die Vertragsparteien zu weiteren Verhandlungen verpflichten.

Festgelegt ist diese Verpflichtung in Artikel XIX Abs.1 GATS. Dort heißt es: „Entsprechend den Zielen dieses Übereinkommens treten die Mitglieder in aufeinander folgende Verhandlungsrunden ein, die spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens beginnen und danach regelmäßig stattfinden, um schrittweise einen höheren Stand der Liberalisierung zu erreichen.“

Nach Artikel XXI GATS kann eine Änderung oder Rücknahme von Verpflichtungen frühestens nach Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten der entsprechenden Verpflichtung erfolgen. Erforderlich sind allerdings Kompensationsverhandlungen mit dem betroffenen Partner. Kommt zwischen den Vertragsparteien keine Änderung zustande, wird ein Streit-schlichtungsverfahren eingeleitet, dessen Schlussfolgerungen verbindlich sind. Beachtet ein Land die Empfehlungen des Berichtes nicht, hat der betroffene Handelspartner das Recht, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und „im wesentlichen gleichwertige Vergünstigungen“ zurückzunehmen.

Der Artikel XXI GATS führt dazu, dass der GATS-Verhandlungsprozess und der erreichte Verhandlungsstand de facto unumkehrbar sind, weil Rücknahmen der Liberalisierung und Privatisierung gleichwertig kompensiert werden müssen. Insbesondere – aber nicht nur – für Entwicklungsländer könnten dadurch Probleme entstehen, wenn sie feststellen, dass bestimmte Maßnahmen für die Bevölkerung Nachteile bedeuten.

Die Entscheidungen über die Erbringung öffentlicher Güter haben sowohl weltweit als auch überall in Deutschland nach den Prinzipien der Demokratie und Subsidiarität zu erfolgen, so dass jedes Land und jede Kommu-

ne autonom und immer wieder neu für ihre BürgerInnen entscheiden kann, wie sie die Erbringung regeln will. Öffentliche Güter müssen also grundsätzlich von internationalen Liberalisierungsabkommen wie dem GATS ausgenommen werden.

In allen anderen Bereichen muss eine sogenannte Safeguard-Klausel eingeführt werden, die eine kurzfristigen, zeitlich befristeten Rücknahme von Zusagen unter bestimmten Umständen ohne Kompensation ermöglicht.

### Demokratisierung der Handelspolitik

Im Vergleich zu anderen multilateralen Organisationen ist die WTO außerordentlich durchsetzungsfähig. Zurückzuführen ist dies nicht zuletzt auf den effektiven Streitschlichtungsmechanismus (DSU – Dispute Settlement Understanding). So sehr dies auch Manchen begrüßenswert erscheint und wir die Vorteile von multilateralen gegenüber bilateralen Abkommen grundsätzlich begrüßen, so sehr muss auch auf die Probleme des Multilateralismus im Rahmen der WTO hingewiesen

werden. Kleine -vor allem arme- Staaten besitzen keine ausreichenden Kapazitäten, um Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe führen zu können. Die Komplexität des Verhandlungsprozesses verringert die Transparenz und die Expertise und Beteiligung von nationalen Parlamenten (sowie

dem EU-Parlament) ist stark ausbaufähig. Hohe Transparenz und eine stärkere Demokratisierung ist vor allem deswegen so sinnvoll, weil insbesondere durch das GATS in Handlungsrahmen und -spielräume auf nationaler und regionaler Ebene konstitutiv eingegriffen wird.

Die WTO-Verhandlungen müssen von Beginn an auf ein breiteres Fundament gestellt werden. Deshalb müssen nationale Parlamente sowie föderale Strukturen entscheidend sowie Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und gewinnorientierte NGOs (BIN-GOs) beratend beteiligt werden. Für Deutschland würde dies zum Beispiel auch die Einführung eines geeigneten Systems der Ländermitwirkung bedeuten. In diesem Zusammenhang ist der Parlamentsvorbehalt, den der Deutsche Bundestag bzgl. der WTO-Verhandlungen beschlossen hat, ausdrücklich zu begrüßen. Damit ist nun aber auch die Erwartung verbunden, dass er auch wirkungsvoll wahrgenommen wird.

### Vertretung der Mitgliedsstaaten durch die EU

Die Zuständigkeit für die Verhandlungen liegt nach Artikel 133 des EG-Vertrages bei

der Europäischen Union. Die Verhandlungen werden von der Europäischen Kommission geführt. Sie hat in folgenden Sektoren anderen Mitgliedsstaaten Angebote (offers) und Forderungen (requests) unterbreitet:

Forderungen der EU an Drittländer

Die EU stellt an diverse Länder Liberalisierungsforderungen im Telekommunikations-, Finanz-, Transport- und Umweltsektor. Auch im öffentlichen Sektor, für den die EU selbst an einer Schutzklausel festhält, stellt die EU Forderungen zur Liberalisierung in den Bereichen Kranken- und Pensionsversicherungen, Bildung, Trinkwasserversorgung, Abwasser, Müll, Verkehr, Post, Energie und Telekommunikation.

### Forderungen von Drittländern an die EU

Hier wird praktisch alles in Frage gestellt. Angefangen bei der generellen Infragestellung der bisher noch existierenden Schutzklausel für öffentliche Dienstleistungen über Subventionen bis hin zu sehr expliziten Forderungen in den heiklen Bereichen Bildung, Gesundheit, Trinkwasser, Schienen- und Straßenverkehr, Energieversorgung, Post und audiovisuelle Dienstleistungen (Öffentlich-rechtliches Fernsehen und Radio). Besonders interessant für den Fortgang der Verhandlungen sind die Forderungen der Entwicklungsländer im Mode 4.

### Angebote der EU an Drittländer

Die als sehr heikel anzusehenden Bereiche Bildung, Gesundheit und Trinkwasserversorgung sind vorerst aus den Angeboten der EU verschwunden. Der einzige – auch nicht unproblematische – Bereich, in dem wesentliche Zugeständnisse gemacht werden, ist der Mode 4. Hier wird allen WTO Staaten eine quasi uneingeschränkte Arbeitsmigration für hochqualifizierte ArbeitnehmerInnen (Universitätsabschluss oder vergleichbares) in die EU Staaten angeboten.

Es ist zu befürchten, dass die EU im Zuge der Verhandlungen bereit sein könnte, Zugeständnisse im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Trinkwasser) zu machen, um einige der eigenen Forderungen durchsetzen zu können.

Das Angebot an Entwicklungsländer zur Migration hochqualifizierter ArbeitnehmerInnen in die EU ist grundsätzlich in Ordnung, jedoch muss darauf geachtet werden, dass es hierdurch nicht zu einem „Brain-Drain“ in Entwicklungsländern kommt. Durch die zeitliche Befristung der Migration, welche ein wesentliches Merkmal von Mode 4 ist, dürfte dies aber ohne größere Probleme möglich sein.

Aus entwicklungspolitischen Gesichtspunkten sollte sogar darüber nachgedacht werden, auch eine zeitlich begrenzte Arbeitsmigration von gering qualifizierten Arbeitskräften zuzulassen, da diese zu einem „Brain-Gain“ in den Ländern des Südens beitragen könnte. Um Lohndumping zu verhindern, muss sichergestellt werden, dass für diese Arbeitsmigrantinnen die Anforderungen an Entlohnung, soziale Absicherung und Sicher-

Es ist zu befürchten, dass die EU Zugeständnisse im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge macht, um einige der eigenen Forderungen durchsetzen zu können.



heit am Arbeitsplatz den europäischen Regelungen entspricht, im Interesse dieser Arbeitnehmer, aber auch im Lohndumping zu verhindern.

### Die WTO nach Cancún – Eine echte Entwicklungsrunde?

Vom 11. – 14.09.2003 fand in Cancún (Mexiko) die 5. WTO-Ministerkonferenz statt. Aufgabe dieser zwei Jahre nach Doha stattfindenden Konferenz war, zur Halbzeit der Verhandlungsrunde – der sogenannten Entwicklungsrunde – eine Zwischenbilanz zu ziehen. Die Konferenz wurde ohne Ergebnis beendet und ist als gescheitert zu betrachten. Folgende Gründe sind zu nennen:

#### Singapur-Themen

Unter Singapur-Themen versteht man die Themen: Investitionsschutz, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen und Handels erleichterungen. In Doha wurde beschlossen, dass diese Themen der politischen Agenda hinzugefügt werden, wenn hierfür in Cancún ein expliziter Konsens gefunden werden kann.

Die Frage der Handelserleichterungen durch Bürokratieabbau ist wenig strittig, aber bereits die Frage nach einer Mindesttransparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge stellt Entwicklungsländer vor ernsthafte Probleme. Höchst kritisch sind die Fragen Investitionsschutz und Wettbewerb. Investitionsschutz und Wettbewerb dienen nur dem Interesse weniger transnationaler Konzerne, denen dadurch der Zugang sowie die Durchsetzung auf den Märkten von Entwicklungsländern gesichert werden. Dies würde den Lebensstandard in Europäischen Union und anderen Industrieländern keineswegs erhöhen, für die ökonomische Entwicklung des Südens wären solche Umstände jedoch fatal. Direktinvestitionen bedeuten zwar einen kurzfristigen Zufluss von Kapital, damit geht aber mittelfristig auch ein Rückfluss von Gewinnen einher. Es ist unstrittig, dass ökonomische Entwicklung bis zu einem gewissen Niveau Investitionsschutz sowie Schutz inländischer Unternehmen vor zu starkem Wettbewerb erfordert.

Die Politik der Europäische Union im Vorfeld und während der Konferenz zielte – obwohl der Widerstand der Entwicklungsländer bekannt war – darauf ab, bei allen vier Singapur-Themen die Verhandlungen zu eröffnen. Erst am Ende der Konferenz war die Europäische Union bereit, ihr angestrebtes Verhandlungspaket aufzuschnüren und die Forderung nach Aufnahme der Verhandlungen über Investitionssicherheit und Wettbewerbspolitik aus dem Paket zu nehmen.

#### Agrarsubventionen

Die Öffnung der Agrarmärkte in Industrieländern für die Produkte aus Entwicklungsländern ist für deren wirtschaftliche Entwicklung wünschenswert. Damit eine solche Öffnung auch faktisch und nicht nur formell stattfinden kann, muss damit ein verstärkter

Subventionsabbau bei Agrarprodukten in Industrieländern einhergehen. Umgekehrt sollte auf weitere Marktöffnungen in Entwicklungsländern für Agrarprodukte des Nordens verzichtet werden. Die Weigerung der Industrieländer, in der Frage des Subventionsabbaus den Entwicklungsländern entgegenzukommen, war ein weiterer Grund für das Scheitern.

#### G22

Das Ungewöhnliche an dieser Ministerkonferenz war das Agieren der Entwicklungs- und Schwellenländer. Diese Länder, die sich in der Gruppe der G22 zusammengeschlossen hatten, agierten bis zum Ende der Konferenz gemeinsam – trotz ihrer Heterogenität zum Beispiel in der Agrarpolitik. Insbesondere deren Heterogenität war es, die dazu führte, daß die Industriestaaten diese Gruppe unterschätzten.

Die Verhandlungsrunde ist damit nicht beendet – es handelte sich schließlich „nur“ um die Halbzeitbewertung. Die Verhandlungen sollen erst einmal auf Arbeitsebene fortgesetzt werden. Grundlage hierfür dürfte der zuletzt in Cancún erreichte Verhandlungsstand werden, hinter den die Mitgliedstaaten der WTO – zumindest theoretisch – nicht mehr zurückfallen können.

Bereits diese Themen zeigen das Ungleichgewicht der sogenannten „Doha-Entwicklungsrunde“. Diese Entwicklung zeigt sich aber auch am Beispiel der GATS-Verhandlungen: Entgegen dem allgemeinen Titel, den die Doha-Verhandlungsrunde trägt, wurden an Entwicklungsländern sowohl qualitativ als auch quantitativ ungleich mehr request gestellt als ihnen umgekehrt offers unterbreitet wurden. Von den 29 ärmsten Ländern wurden alle 29 aufgefordert, den Telekommunikations-, 20 den Finanz-, 17 den Transport- und 7 den Umweltsektor zu öffnen. Dies lässt den Schluss zu, dass eine sehr unilaterale Herangehensweise an die GATS-Verhandlungen stattfindet und der Titel Entwicklungsrunde zu reiner Rhetorik verkommt.

Auch in anderen Sektoren haben die Entwicklungsländer bereits im Vorfeld der Ministerkonferenz von Seattle auf Probleme bei der Umsetzung von WTO-Verpflichtungen sowie strukturelle Unausgewogenheiten hingewiesen. Sie haben etwa hundert Bereiche genannt, in denen sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnten oder Industrieländer Zusagen nicht eingehalten hatten. Eine Lösung dieser unter dem Oberbegriff „Implementierung“ subsumier-

ten Probleme haben bei Entwicklungsländern oberste Priorität, zudem wurde ihnen diese bereits in der Doha-Ministererklärung zugesichert. Auch das Prinzip des „Special and differential Treatment“, das Entwicklungsländern aufgrund der ökonomischen Ungleichgewichte zwischen Nord und Süd eine Sonderbehandlung zusichert, genießt bei den Entwicklungsländern hohe Priorität und wurde in der Praxis der WTO zunehmend verwässert.

Damit die Doha-Runde wirklich noch zur Entwicklungsrunde werden kann, muss auch ein Schwerpunkt auf solche Themen gelegt werden, die ein wirkliches Anliegen für Entwicklungsländer sind. Daher müssen die Themen Implementierung und Special and differential Treatment von den Industrieländern ernsthaft berücksichtigt werden. Und Entwicklungsländer muss es zukünftig einfacher möglich sein, ihre Themen auf die Verhandlungsagenda zu setzen. Keinesfalls dürfen diese Themen dazu benutzt werden, um von ihnen Zugeständnisse in anderen Bereichen zu erpressen.

Im Streitfall sind Entwicklungsländer wegen hoher Verfahrenskosten sowie teilweise mangelnder Sachkompetenz oft nicht in der Lage, ihr Recht durchzusetzen, da ihnen hierfür die notwendigen personellen und finanziellen Kapazitäten fehlen. Diesen Mangel gilt es zu beseitigen. Im Hinblick hierauf könnte das Auftreten der „Gruppe 22“ eine –

**Im Streitfall sind  
Entwicklungsländer wegen  
hoher Verfahrenskosten  
sowie teilweise mangelnder  
Sachkompetenz oft  
nicht in der Lage, ihr Recht  
durchzusetzen.**

teilweise – Abhilfe schaffen. Die Bildung der Gruppe erfolgte nicht nur zur Durchsetzung von Positionen und Forderungen gegenüber der EU und den USA; sie erfolgte auch zur gemeinsamen inhaltlichen Vorbereitung der Konferenz, da diese Vorbereitung durch einzelne Staaten kaum möglich

gewesen wäre. Allerdings bedarf es nicht nur der Hoffnung auf die Selbstorganisation der Entwicklungs- und Schwellenländer. Die EU ist aufgefordert, sich für eine Stärkung der personellen und finanziellen Kapazitäten der Entwicklungsländer einzusetzen und sie beim Aufbau entsprechender Kapazitäten politisch, personell, finanziell und administrativ zu unterstützen.

#### Menschenrecht Wasser

Wasser wird ist der wichtigste Rohstoff der Zukunft. Laut den Aussagen der Weltbank wird es aufgrund der begrenzten Vorräte zum „Erdöl des 21. Jahrhunderts“ werden und könnte ähnliche Konflikte auslösen. Dabei stellt die Gewährleistung des Zugangs zu sauberem Trinkwasser in den Entwicklungsländern die Herausforderung der nächsten Jahre dar. „Täglich sterben 6000 Kinder an Krankhei-

ten, die auf verschmutztes Trinkwasser zurückzuführen sind. 2,2 Millionen Kinder sterben jährlich, weil die Versorgung unzureichend ist. 1,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.“ (Wieczorek-Zeul) Um dieses Problem zu lösen, sind große finanzielle Investitionen erforderlich. „Die Weltbank hat errechnet, dass jährlich 180 Milliarden Dollar investiert werden müssen, um das Millenniumsziel im Wassersektor zu erreichen. Tatsächlich werden jährlich etwa 80 Milliarden Dollar dafür aufgewendet. Das heißt, es existiert eine Investitionslücke von 100 Milliarden.“ (Wieczorek-Zeul) Angesichts dieser Situation kommt dem Dienstleistungsbereich „Wasser“ schon jetzt eine große Bedeutung zu.

In einem Dokument vom 01. Juli 2002, in dem die EU ihre Marktöffnungsforderungen an 109 Handelspartner übermittelt, fordert sie von 72 Staaten, dass sie ihre Wasserversorgung liberalisieren, ausländischen Wasserkonzernen Zugang verschaffen und diese wie die lokalen Unternehmen behandeln. Diese Forderungen werden gestellt, obwohl die Aufnahme der Trinkwasserversorgung in die GATS-Klassifikation bisher keine Zustimmung der WTO-Mitglieder gefunden hat. In der bisherigen Klassifikation des GATS tauchen Wasserdienstleistungen im Sektor „Umwelt-

dienstleistungen“ auf. Bislang waren darunter Abwasserbeseitigung und sanitäre Anlagen zu verstehen, der Trinkwasserbereich war nicht enthalten. Der Umweltsektor soll nun aber weiter differenziert werden durch den Teilssektor „Wasser für den menschlichen Gebrauch und Abwassermanagement“. Dies ist ein Vorstoß, um eine Liberalisierung des Trinkwasserbereiches weitreichend voranzutreiben, deren Nutznießer auf deutscher Seite Wasserkonzerne wie RWE-Thames Water, AquaMundo, die E.ON-Tochter Gelsenwasser oder Berlinwasser International wären. Sollte es im Zuge der Verhandlungen zu einer Liberalisierung der Wasserversorgung in den Entwicklungsländern kommen, ist sicherzustellen, dass in den betroffenen Ländern Regulierungen im Hinblick auf Ressourcenschutz, Preisobergrenzen, Qualitätsstandards, Mindestanforderungen für Instandhaltungsinvestitionen und den Anschluss der ländlichen Regionen geschaffen werden. Hierfür muss den betreffenden Staaten seitens der EU und ihren Mitgliedstaaten politische und administrative Unterstützung zur Verfügung gestellt werden.

Nach einer offiziellen Verlautbarung des Handelskommissars Pascal Lamy hat die EU in der momentanen Verhandlungsrunde des GATS nicht nur ein Interesse an einer Libera-

lisierung der Trinkwasserversorgung in Entwicklungsländern, sondern auch an einer Öffnung des europäischen Binnenmarktes. Ähnliche Äußerungen gibt es auch von dem für Binnenmarkt zuständigen EU-Kommissar Bolkestein. Und auch in offiziellen Dokumenten der Europäischen Kommission ist diese Forderungen – zumindest zwischen den Zeilen – enthalten.

Anzumerken ist, dass es einen Privatisierungsprozess in der Wasserversorgung schon heute gibt. Private Energieversorgungsunternehmen und die Tochterunternehmen großer internationaler Konzerne bauen ihre wirtschaftliche Betätigung auf dem „deutschen Wassermarkt“ durch Aufkäufe oder Beteiligungen an kommunalen Unternehmen kontinuierlich aus. Die finanzielle Situation der Kommunen trägt dazu bei, dass diese sich von „ihrer“ Wasserversorgung trennen und diese – mit dem Ziel, einen Beitrag zur Haushaltssanierung zu leisten – verkaufen.

Diese Entwicklung kann nicht ignoriert werden. Es ist aber daran festzuhalten, dass die Kommunen auch zukünftig – im Rahmen der Leistungen der Daseinsvorsorge – die Verantwortung für die Daseinsvorsorge tragen sollen. Und es ist sicherzustellen, dass der kommunale Einfluss aufrechterhalten bleibt.

spw 4 / 2003

# ISW

institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

analysen, fakten & argumente



**isw-report 54**  
Juni 2003  
3,00 EUR zzgl. Versand

Der "Umbau des Sozialstaats" entpuppt sich als eine gewaltige Umverteilung von Unten nach Oben. Wer sich zu neoliberalen Bedingungen als nicht "beschäftigungsfähig" erweist, hat von der Gesellschaft nichts mehr zu erwarten.

grafikdienst 9 befasst sich mit der unsozialen Steuersituation in Deutschland, der rot-grünen Steuerreform, der Finanznot von Städten und Gemeinden. Großformatige Grafiken mit prägnante Texten, Fakten u. Argumenten.



**isw-grafikdienst 9**  
August 2003  
5,00 EUR zzgl. Versand

[www.isw-muenchen.de](http://www.isw-muenchen.de)

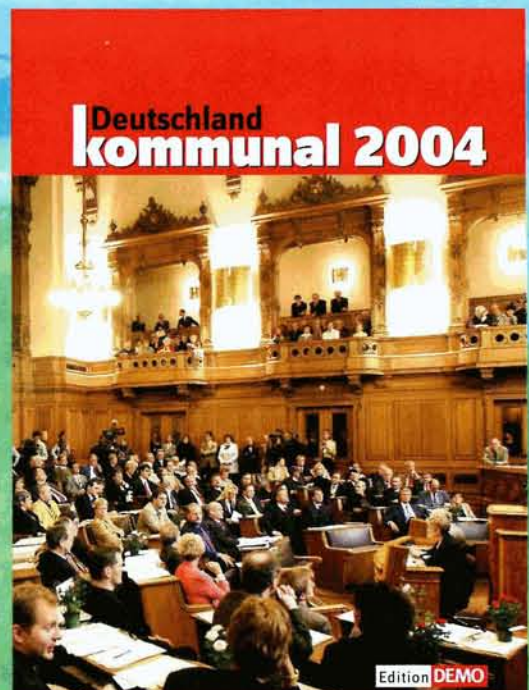
**Bestellungen  
Gesamtprogramm**

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.  
Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München.  
fon 089-130041, fax 168 94 15, [isw\\_muenchen@t-online.de](mailto:isw_muenchen@t-online.de)

**Achtung: aktualisierte  
Neuaufgabe für 2004!**

# Deutschland kompakt

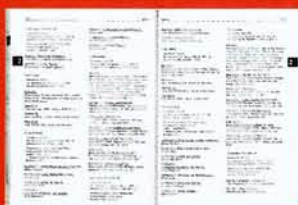
**So erreichen Sie alle Ansprechpartner  
in Bund, Ländern und Kommunen**



**kommunal 2004 – Umfassend und übersichtlich** / Kommunale Institutionen in Städten, Kreisen, Ländern, Bund, Europäischer Union / Mit Anschrift(en) der Verwaltung, Einwohnerzahl, Bürgermeister und Dezernentenstruktur aller Städte über 20 000 Einwohner; natürlich mit Parteizugehörigkeit und Telefonnummern

**Weitere Schwerpunkte** / Parteien, Wirtschaft, Verbände, Medien, Freizeit, Kultur

**Termine** / Fachmessen, Kongresse, Veranstaltungen



**Preis:**  
20,35 EUR zzgl. Porto  
und Verpackung

**Auslieferung:**  
voraussichtlich  
Mitte November 2003

**Bestelladresse:**  
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin

Bestell-Telefon: (0 30) 2 55 94-130  
Bestell-Fax: (0 30) 2 55 94-199  
E-Mail: [vertrieb@demo-online.de](mailto:vertrieb@demo-online.de)  
Internet: [www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)

# Global Action for Peace – IUSY-Festival 2003

Von Thilo Scholle

„Global Action for Peace“: Unter diesem Motto fand das Festival der International Union of Socialist Youth (IUSY) vom 23. bis 29. Juli 2003 im griechischen Kamena Vourla statt. Knapp 8.000 JungsozialistInnen und junge SozialdemokratInnen aus aller Welt bevölkerten für eine Woche eine große Zeltstadt etwa drei Busstunden nördlich von Athen, die unter hohem finanziellen Aufwand von der griechischen Partnerorganisa-



tion der Jusos, der Neoleia PASOK, bereitgestellt worden war. Dabei waren die Auswirkungen der weltweiten wirtschaftlichen Krise auf die IUSY-Mitgliedsorganisationen durchaus zu spüren. So war beispielsweise die argentinische Delegation, sonst eine der teilnehmerInnenstärksten, auf unter 20 Personen geschrumpft. Dafür kam nicht zuletzt aufgrund der geographischen Lage des diesjährigen Festivals erstmals ein Großteil der TeilnehmerInnen aus den Staaten des Balkan sowie aus Mittel- und Osteuropa. Trotz der durch die Entfernung erschwerten Anreise blieben die Jusos ihrer Tradition treu und stellten mit etwa 350 TeilnehmerInnen neben den Genossinnen und Genossen aus Italien und Rumänien eine der stärksten Delegationen.

## Hitzige Diskussionen unter mediterraner Sonne

Vormittags und nachmittags, also außerhalb der ärgsten Hitze, wurde in zehn thematisch gegliederten Workshop-Zelten eine große

Vielfalt an Themen diskutiert. Während man sich im *Students Tent* beispielsweise mit der Kommerzialisierung von Bildung auseinandersetzte, wurde im *ECOSY Tent* unter anderem die Ost-Erweiterung der EU und der Verfassungskonvent behandelt. Nicht nur im *Women's Tent*, das nur vormittags für männliche Genossen offen stand, wurden Aspekte von Gender Equality kontrovers diskutiert. Die Jusos haben sich an der Vorbereitung

und Durchführung von über zehn Workshops und Seminaren beteiligt, darunter Lösungsvorschläge für die Entschuldung von Entwicklungsländern gemacht, über die Zukunft der UN nachgedacht und eine Strategie für das Auftreten der IUSY auf der anstehenden WTO-Ministerkonferenz in Cancun entwickelt. Auch darüber hinaus waren die weltweit zu erwartenden Auswirkungen des in Cancun zu verhandelnden GATS-Abkommens Thema, wie sich am Beispiel der Liberalisierung im Bereich der Daseinsfürsorge wie der Wasserversorgung zeigte. Die Jusos befinden sich daher in guter Gemeinschaft, wenn sie ebenso wie die IUSY im Rahmen einer GATS-Kampagne den Stopp weiterer Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen fordern.

## Neue Aspekte zu klassischen Themen

In den etwas kühleren Abendstunden konnten auf gutbesuchten Konferenzen sozialdemokratische und sozialistische Politikerinnen und Politikern aus allen Teilen der Welt ihre Sicht zu klassischen sozialdemokratischen Themen wie Gleichheit, Demokratie, Global Governance und der Zukunft des Sozialismus äußern. Welche unterschiedlichen Aspekte von den jeweiligen Konzepten abgeleitet werden, zeigte sich beispielsweise an der Diskussion zum Thema „Gleichheit“. So wies Walden Bello von der thailändischen

NGO „Focus on the Global South“ auf das Problem der ungleichen globalen Verteilung von Reichtum und der Rolle der internationalen Finanz-Institutionen hin, während Branislav Canak, ein Gewerkschafter aus Serbien, auf demselben Podium die Schwierigkeiten der Umstellung von ehemals staatlich gelenkten Gewerkschaften auf eine unabhängige Interessenvertretung ihrer Mitglieder darstellte.

Die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten und der Kampf gegen Unterdrückung standen im Mittelpunkt der Konferenz zur „Demokratie“. Prominente Gäste waren hier unter anderem die südafrikanische Außenministerin Nkosazana Dlamini Zuma und der ehemalige dänische Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen. In der Konferenz zum Thema „Global Governance for Peace“ hingegen waren sich Susan George, Vize-Präsidentin von *attac* Frankreich, und Felipe Gonzales, der frühere spanische Ministerpräsident und Mitbegründer seiner Partei nach der Franco-Diktatur, darin einig, dass das neoliberale Modell von Globalisierung ökonomisch falsch ist. George schlug daher neben einer Reform oder Abschaffung der internationalen Finanzinstitutionen einen weltweiten Kampf für ein an den europäischen Erfahrungen anknüpfendes Sozialstaatsmodell vor. In der abschließenden Konferenz zur „Zukunft des Sozialismus“ sprachen neben Gonzales u.a. der griechische Ministerpräsident Kostas Simitis und der Generalsekretär der Sozialistischen Internationalen Luis Ayala.

## Das Pulverfass Nahost

Wichtiges Thema auf dem Festival war die Situation im Nahen Osten. So stritten die israelischen Delegationen von der Jugendorganisation der Arbeitspartei und von der Meretz-Partei mit der palästinensischen Fateh-Jugend nicht nur für alle durch ihre Nationalflaggen sichtbar in den Workshops, sondern auch lautstark auf der Konferenz zum Thema „Frieden“. Als Teilnehmer diskutierten dort u.a. der israelische Labour-Vorsitzende Shimon Peres sowie Farouk Kadoumi, Leiter der politischen Abteilung der PLO. Das IUSY-Festival als Bühne für neue Vorschläge für einen Weg zum Frieden vermochte keiner der beiden Diskutanten zu nutzen. Der Schwerpunkt beider Wortbeiträge lag eher darauf aufzuzeigen, dass die jeweils andere Seite Schuld an der momentanen Lage habe. Immerhin begann Shimon Peres sein Statement mit einem klaren Bekenntnis zu einem künftigen palästinensischen Staat, der in

Frieden mit Israel existieren solle. Auch in diesem Bereich taten sich die Jusos jedoch durch aktive und konstruktive Beiträge hervor, da es dem von den Jusos, der Fateh-Jugend und der israelischen Arbeitsjugend gemeinsam getragenen Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem gelang, auf insgesamt drei Workshops die aktuellen Probleme mit beiden Seiten gemeinsam zu diskutieren.

#### Deutsche Geschichte in Nahost

Das IUSY-Festival fand in direkter Nähe zum Dorf Distomo statt, in dem die deutsche Wehrmacht während des 2. Weltkriegs ein schweres Massaker unter der Zivilbevölkerung angerichtet hat. Vor kurzen erreichte Distomo wieder Aufmerksamkeit, weil die Opfer vor dem Bundesgerichtshof für eine Entschädigung stritten. Die Jusos nutzen das Festival zu einer Gedenkfahrt. In Distomo traf die 50köpfige Delegation u.a. mit dem PA-SOK-Bürgermeister zusammen, und legte Blumen an der Gedenkstätte nieder.

#### Das Fazit

Gezeigt hat sich auf dem Festival wieder die große inhaltliche Heterogenität der Mitgliedsorganisationen der IUSY. Dies kann bei der Unterschiedlichkeit der jeweiligen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftli-

chen Rahmenbedingungen in den verschiedenen Ländern, die die IUSY umfasst, kaum anders sein. Hauptbezugspunkt ihrer politischen Identität scheint für manche Organisationen, insbesondere aus Osteuropa, aber manchmal eher ihr Nationalstaat und nicht so sehr sozialdemokratische oder sozialistische Überzeugungen zu sein. Es bleibt deshalb für die IUSY wichtig, einen intensiven Dialog mit den Mitgliedsorganisationen über die Basics jungsozialistischer politischer Orientierung zu führen. Die IUSY kann und soll nicht ideologischer „Tugendwächter“ der Mitgliedsverbände sein. Eine Verständigung über das kleine Einmaleins der gemeinsamen politischen Überzeugungen ist aber nötig.

Interessant könnte in dieser Hinsicht sein, den Mitgliedsverbänden auf dem Festival mehr Raum zur Präsentation von eigener Organisation und aktuellen politischen Schwerpunkten zu bieten. Eine solche institutionalisierte Möglichkeit zur Information fehlt bislang, und käme auch einem verbreiteten Interesse der Mitglieder der deutschen Festival-Delegation entgegen. Geschehen könnte dies durch einen „Tag der Verbände“ mittels Präsentationen in den Workshops-Zelten oder durch Info-Stände auf dem Gelände.

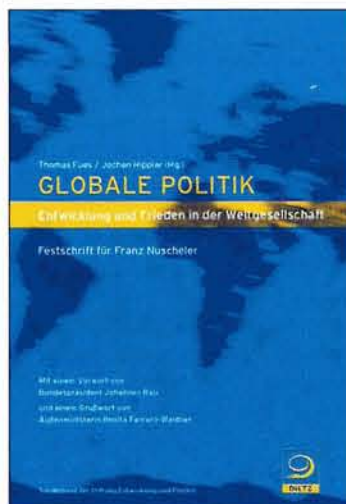
Anspruch jedes IUSY-Festivals sollte sein, den Dialog zwischen JungsozialistInnen weltweit zu fördern. Dieses sollte nicht nur im Sinne eines interessierten Gedankenaustausches, sondern vor allem auch mit dem Ziel geschehen, gemeinsame Ansätze zur Lösung aktueller Probleme (z. B. dem Umgang mit der WTO, Reform der internationalen Finanzinstitutionen und Frieden im Nahen Osten) zu finden. Daneben sollte die gesamte Bandbreite der Festival-Aktivitäten – internationale Diskussionen, Demonstrationen, Feten – den TeilnehmerInnen einen Motivationsschub zur weiteren Arbeit dann wieder in den jeweiligen Mitgliedsorganisationen bieten. Dafür ist es jedoch hilfreich, wenn die Workshop-Zelte integraler Bestandteil des Festivalgeländes sind und nicht wie in Kamena Vourla abgeschieden am Rande des Geländes liegen.

Die trotz der extremen Hitze und des lockenden Strands engagierte Beteiligung vieler Jusos an den Workshops, das geschlossene Auftreten bei der Demo und der Abschlusszeremonie sowie viele Begegnungen an den Bars und auf dem Festivalgelände bezeugen, dass das IUSY-Festival 2003 diesem Anspruch – wenn auch mit Abstrichen – gerecht geworden ist.

s pw 4 / 2003

*Franz Nuscheler, Doyen der deutschen Entwicklungs- und Friedenspolitik, feiert in diesem Jahr seinen 65. Geburtstag. Mit der vorliegenden Festschrift wird er von Wegbegleitern aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft mit persönlichen und wissenschaftlichen Beiträgen für sein Werk und sein Engagement geehrt.*

Mit vielen kritischen Beiträgen zu den aktuellen weltpolitischen Entwicklungen und ihren Konsequenzen für die Realisierung von Global Governance, für nachhaltige Entwicklung, friedliche Konfliktlösungen und interkulturelle Dialoge.



Thomas Fues / Jochen Hippler (Hg.)

#### Globale Politik

Entwicklung und Frieden  
in der Weltgesellschaft

Festschrift für Franz Nuscheler

400 Seiten  
geb. mit Schutzumschlag  
Euro 19,80  
ISBN 3-8012-0339-5

Besuchen Sie uns im Internet: [www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)



Verlag J.H.W. Dietz Nachf.  
Dreizehnmorgenweg 24 – 53175 Bonn

[www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de) – e-mail: [info@dietz-verlag.de](mailto:info@dietz-verlag.de) – Tel. 0228/23 80 83 – Fax 0228/23 41 04

# Der palästinensische „Dritte Weg“

Von Inken Wiese

Vielleicht nicht zum letzten Mal wird Jassir Arafat im September eine Umbildung des Kabinetts veranlasst haben. Und wohl nicht zum letzten Mal wird dies ohne die Möglichkeit des palästinensischen Volkes, über einen solchen Schritt mitentscheiden zu können, geschehen sein. Denn der Zeitpunkt der längst überfälligen Wahlen, ursprünglich angekündigt für Januar 2003, steht angesichts der derzeitigen Eskalation des Konflikts mehr denn je in den Sternen. Resignation ob der Zustände im Nahen Osten macht sich deshalb aber nicht nur bei den westlichen Geberländer breit, sondern vor allem unter den Betroffenen selbst – Palästinensern wie Israelis. Vor diesem Hintergrund weckt die vor einem Jahr gegründete Bewegung „Palestinian National Initiative“ (kurz: PNI oder auch Al-Mubadara/Die Initiative) einen kleinen demokratischen Hoffnungsschimmer. Unter Israelis so gut wie gar nicht bekannt und unter Palästinensern nur in bestimmten Schichten prominent, wird die Bewegung jedoch im Ausland mit großem Interesse verfolgt und von hiesigen zivilgesellschaftlichen wie politischen Akteuren umworben. Je nach Ausrichtung, wird sie mal als sozialdemokratisch, mal als liberal, mal als undoktrinär bezeichnet. Um also nicht überzogenen Erwartungen zum Opfer zu fallen, wie im Fall des nach nur wenigen Monaten im Amt zurückgetretenen palästinensischen Premierministers Mahmud Abbas geschehen, soll im Folgenden kurz beleuchtet werden, wie realistisch die Hoffnungen sind, die unter anderem die deutsche Sozialdemokratie in die PNI setzt.

## Eine „Dritte Alternative“: Zwischen Arafat und islamistischen Extremisten

Gegründet wurde „Al-Mubadara“, wie sie in Palästina und in arabischsprachigen Zeitungen gemeinhin genannt wird, am 6. Juni 2002 von namhaften Vertretern der palästinensischen Gesellschaft und Politik. Unterzeichnet wurde der Aufruf von Mustafa Barghouthi aus Ramallah, Direktor der größten palästinensischen Erste-Hilfe-Organisation UPMRC, von Haidar Abdel-Shafi aus Ghaza, der sich weiten Respekt durch seine Rolle bei den Verhandlungen in Barcelona verschafft hatte, dem Jerusalemer

Abgeordneten Ibrahim Daqqaq und dem kürzlich verstorbenen US-palästinensischen Professor Edward Said. In Saids Worten, die in der gesamten arabischen Welt großen Einfluss besitzen, stellt Al-Mubadara „eine Vision von Frieden mit Gerechtigkeit, Koexistenz und – extrem wichtig – säkularer Sozialdemokratie für unser Volk, die einzigartig in der palästinensischen Geschichte ist“ dar (Al-Ahram Weekly, 11.7.2002).

Entstanden und genährt aus den wachsenden Forderungen der Bevölkerung, am Prozess des „nation-building“ und damit an der Bildung eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates beteiligt zu sein, ist der konkrete Wirkungsgrad der PNI aber nur schwer zu bestimmen. Aktiv unterstützt wird sie derzeit, außer von den ausländischen Stiftungen in Palästina, vor allem von Angehörigen der palästinensischen Mittelschicht und der säkularen Intelligenz. Besonders durch die Aktivitäten des von Mustafa Barghouthi geleiteten UPMRC, der die medizinische Versorgung von über einer Million Palästinenserinnen und Palästinenser sicherstellt, macht sie indirekt einen weitaus größeren Personenkreis für die Bewegung empfänglich.

Mustafa Barghouthi ist auch der Hauptprotagonist der Bewegung. Der smarte 49-jährige Alt-Kommunist, der ursprünglich in der Sowjetunion zum Arzt ausgebildet worden war und später in Stanford ein MBA dazu erwarb, fungiert als Generalsekretär der PNI. Nach seinen Worten, die sich im Detail auf der Website der Organisation ([www.almubadara.org](http://www.almubadara.org)) nachlesen lassen, will sie eine „Dritte Alternative, ein Dritter Weg“ sein. Al-Mubadara möchte damit denjenigen Teil der Bevölkerung repräsentieren, der in der ausländischen öffentlichen Meinung, also vor allem in der israelischen und der US-amerikanischen, unrechtmäßigerweise nicht wahrgenommen wird, weil sie nicht der stereotypen Kategorisierung in die korrupte Nationalautonomie Arafats einerseits und gewaltbereite Islamisten andererseits entspricht. Die Anerkennung der – empirisch nachweisbar durchaus nicht unwesentlichen – Gruppe von Befürwortern einer demokratischen und säkularen Alternative würde, so Barg-



Dr. Mustafa Barghouthi

houthi, nicht nur die Verhandlungsstrategie der israelischen Regierung unterminieren, sondern auch das Ausmaß der Verschleppung der internen Reformen durch die palästinensische Autonomiebehörde zu Tage fördern.

## Eine einheitliche nationale Führung

Um nicht nur einer weiteren Schwächung dieser palästinensischen demokratischen Öffentlichkeit entgegenzutreten, sondern vor allem auch um eine weitere Spaltung der Gesellschaft zu verhindern, setzt sich Al-Mubadara vornehmlich für die Bildung einer nationalen Einheitsführung, also für eine Einbindung der islamistischen Akteure in den politischen Prozess, ein. Nur so kann nach Einschätzung Barghouthis und der PNI ein lebensfähiger souveräner Staat Palästina geschaffen werden, der wiederum die Grundlage dafür darstellt, dass die von ihr propagierte säkulare und demokratische Option eines Tages mehrheitsfähig wird. Barghouthi erwartet sich von der Einbindung aller Gruppen in den politischen Prozess die Mäßigung der radikalen Kräfte wie Hamas und islamischer Dschihad, da auch sie gezwungen wären, sich dem mehrheitlichen Willen des Volkes zu unterwerfen. Zwar kann auch für Barghouthi eine solche geeinte Führung nur eine Interimslösung zur Vorbereitung wirklich demokratischer Wahlen sein, doch sind seine Erwartungen an sie hoch. Er erhofft sich „...eine Führung, die uns mit einem Minimum an Koordinierung und Aussöhnung versieht und unserem Volk Vision, Führung und Orientierung, die uns so lange fehlte, anbietet“ („Ein Ort für unseren Traum“, Palästina Journal 53/54, S.7).

## Sozialdemokratische Visionen

Dabei mangelt es Al-Mubadara nicht an einer praktischen, wenn auch ambitionierten

politischen Agenda. Neben ihren Forderungen an die israelische Seite nach einem souveränen und unabhängigen Staat in den Grenzen von 1967 mit Jerusalem als seiner Hauptstadt und der prinzipiellen Anerkennung des Rückkehrrechts palästinensischer Flüchtlinge gibt es konkrete Forderungen an die palästinensische Führung. Nicht nur die Etablierung einer unabhängigen Justiz und damit eine Durchsetzung der Gewaltenteilung sowie die Verstärkung des Kampfes gegen die Korruption stehen auf der Agenda, sondern auch sozialdemokratische Kernanliegen wie die Errichtung eines wohlfahrtsstaatlichen Gesundheitssystems und eines allgemeinen und reformierten Bildungs- und Erziehungssystems. Diese Aufgaben, die man zwar in Kooperation mit ausländischen Organisationen und Institutionen, auf keinen Fall aber unter ihrer Führung, angehen müsse, stellen nach Ansicht Mustafa Barghouthis nicht nur einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur längst überfälligen politischen Selbstbestimmung dar. Er erwartet sich auch geradezu „emanzipatorische soziale und entwicklungspolitische Auswirkungen“ für die gesamte Bevölkerung von ihnen.

### Begrenzte Chancen der PNI als Partei – noch!

An Rhetorik wie dieser lässt sich manchmal noch die kommunistische Schule ablesen, die Barghouthi durchlaufen hat. Dass er auch weiterhin Vorstandsmitglied der kommunistischen Partei Palästinas ist, widerspricht damit zwar nicht dem Programm von Al-Mubadara, die sich ja für eine parteiübergreifende Führung einsetzt, überrascht aber vor dem Hintergrund der Pläne, bei den nächsten Wahlen als eigene Partei, mindestens jedoch als Wahlbündnis anzutreten. Barghouthis Zögern, die kommunistische Partei zu verlassen, mag damit begründet sein, diese Pläne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht allzu publik machen zu wollen, da die Chancen seiner Wahl bzw. die seiner Bewegung derzeit denkbar gering wären. Zwar gehören er und Haidar Abdel-Shafi zu den geschätztesten Persönlichkeiten in Palästina, da sie sich durch ihren gewaltlosen Beitrag zum palästinensischen Befreiungskampf und zur Intifada ausgezeichnet haben, aber auch durch ihre Distanz zur Autonomiebehörde Arafats ihre Integrität wahren konnten. Gerade die Aufgabe dieser Distanz, die viele im Eintritt der PNI in den politischen Wettkampf sehen würden, stellt derzeit eine der größten Gefahren dar.

Hinzu kommt, dass es angesichts der in Palästina noch weit verbreiteten Klientelstrukturen in der Regel nicht ein überzeugendes Parteiprogramm und hehre Maßstäbe sind, die bei einem Urnengang entscheiden. Trotzdem sollten Personen wie Mustafa Barghouthi und Bewegungen wie

Al-Mubadara als Hoffnungsträger und mögliche Führungskräfte eines friedlichen und demokratischen Neuanfangs nicht nur weiterhin im Auge behalten werden, sondern auch weiterhin die größtmögliche Unterstützung aus dem In- und Ausland erhalten.

### Auch Jusos leisten einen Beitrag

Die Jusos haben mit ihrem Beitrag schon begonnen: So informierten sie Vertreterinnen und Vertreter des Jugendsektors von Al-Mubadara in einem einwöchigen Seminar in Berlin über die deutschen jugendverbandlichen Strukturen und über innerparteiliche Demokratie. Dass angesichts der

jungen palästinensische Gesellschaft daraus eine aktive und starke Jugendorganisation entwachsen möge, bleibt hoffentlich nicht nur ein frommer Wunsch. Die geplanten flächendeckenden verbandsinternen Wahlen auf allen Gliederungsebenen in den kommenden Monaten geben berechtigten Anlass zur Hoffnung: Sie wären nicht nur ein Stück gelebte Demokratie in Palästina, sondern sollen die Bewegung rechtzeitig vor den nationalen Wahlen mit einer legitimierten Führung versehen und damit ihren Forderungen nach innerpalästinensischer Demokratie Nachdruck verleihen. Ein erster Schritt auf einem noch langen und steinigen Weg. spw 4 / 2003



Du kannst diese Motive als Plakat (DIN A1, für nur 40 Cent zzgl. Versandkosten), als Flyer oder als Postkarte (für nur jeweils 10 Cent zzgl. Versandkosten) bestellen.

- Ich möchte ..... Plakate A, ..... Plakate B, ..... Plakate C, ..... Plakate D, ..... Plakate E bestellen.
- Ich möchte ..... Flyer A, ..... Flyer B, ..... Flyer C, ..... Flyer D, ..... Flyer E bestellen.
- Ich möchte ..... Postkarten A, ..... Postkarten B, ..... Postkarten C, ..... Postkarten D, ..... Postkarten E bestellen.
- Ich hätte gerne weitere Informationen über das Jugendwerk der AWO.

Mein Name: \_\_\_\_\_

Meine Anschrift: \_\_\_\_\_

Mein Wohnort und PLZ: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ E-mail: \_\_\_\_\_

Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes der AWO

Oppelner Straße 130, 53119 Bonn

Telefon: 0228/6685-117

e-mail: [info@bundesjugendwerk.de](mailto:info@bundesjugendwerk.de)

[www.einer-fehlt-noch.de](http://www.einer-fehlt-noch.de)

# Die Vermarktlichung der deutschen Gesundheitsversorgung

Von Marcel Sachs

## Einleitung

Die Sozialpolitik ist seit den 50iger Jahren wiederkehrend wirtschaftsliberalen Ansinnen ausgesetzt, doch waren deren Vertreter ihrem Ziel noch nie so nahe wie heute (Kühn in JKM 33, 2000). Verstärkend wirken die internationalen wirtschaftspolitischen Ereignisse und Bestrebungen. Seit Anfang 2000 wird ein Abkommen der WTO-Mitgliedsstaaten neu verhandelt (GATS), das die Liberalisierung und damit faktisch die Privatisierung aller Dienstleistungen zum Ziel hat. International operierende Großkonzerne drängen auf den Zugang zu sämtlichen grenzüberschreitenden Dienstleistungen, wobei die meisten davon nach bisherigem Konsens öffentlicher Obhut bedürfen. Davon betroffen sind u.a. Telekommunikation, Post, Strom, Gas, Wasser, Transport, Tourismus, Medien, Bildung und Gesundheit. Obwohl sensible Bereiche der sozialen Sicherheit und der Grundversorgung enthalten sind, werden die Verhandlungen nicht öffentlich, sondern unter Ausschluss der Parlamente zwischen Lobbyistengruppen der internationalen Industrie geführt. Das beunruhigt da eingegangene Liberalisierungsverpflichtungen der Nationalstaaten nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Die öffentliche Daseinsvorsorge in Deutschland, darunter auch das Gesundheitswesen, ist vor diesem Hintergrund den Begehrlichkeiten großer Konzerne ausgesetzt und dem Wachstums- und Stabilitätspakt der EU unterworfen. Die Devise lautet demzufolge Wettbewerb und Deregulierung. Ein enormer Markt um das „Gut“ Gesundheit verspricht dem medizinisch-industriellen Komplex das lukrative Geschäft schlechthin.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt eine sukzessive Aushöhlung der Prinzipien der öffentlichen Gesundheitsversorgung (Bedarfsprinzip, Solidarprinzip und Sachleistungsprinzip) zu Gunsten des Marktes. Unzählige Gesundheitsreformen oder besser „Kostendämpfungsmaßnahmen“ haben deutliche Einschnitte vorgenommen. Zwischen den Jahren 1977 und

1999 gab es 46 Gesetze in der Gesundheitspolitik mit über 6800 Einzelbestimmungen und Verordnungen, ohne dass das Dilemma der Finanzsituation mehr als kurzfristig behoben wurde (Henke in: Laaser/ Schwalbe 2000). Hervorzuheben sind Zuzahlungen zu Arzneimitteln, zu Heil- und Hilfsmitteln, zum Zahnersatz und zu Krankenhausaufenthalten, die obendrein gegen den Grundsatz der paritätischen Finanzierung verstoßen (Arbeitgeber/Arbeitnehmeranteil). Besonders hart davon betroffen sind chronisch kranke und multimorbide Patienten sowie ältere, ärmere und weibliche Versicherte (Rosenbrock 1998).

## Ökonomisierung des Gesundheitswesens

Angesichts des Umsatzvolumens des Gesundheitssystems von mehr als 250 Mrd. Euro (Schirmer, isw-Report 48, 2001), wird schnell deutlich, dass es sich hierbei um einen äußerst interessanten Markt handelt. Konsolidierungszwänge begünstigen Deregulierung und staatlichem Rückzug. Das Zauberwort für Wirtschaftlichkeit und Qualität im Gesundheitswesen heißt Wettbewerb. Durch das Einbringen marktwirtschaftlicher Mechanismen in alle Ebenen des Versorgungssystems werden die neoliberalen Maximen Marktöffnung und Schuldendienst im Sinne des Washington-Konsenses bedient.

Unterdessen entsteht bei sämtlichen privaten Akteuren ein Begehren nach Absatzchancen:

Versicherungskonzerne drängen auf die Dezimierung der gesetzlichen Krankenversicherung, um mit ihren Billigtarifen den Wettbewerb um wohlhabende Junge und Gesunde auszudehnen (ISW-Report 48, 2001). Dieses ‚Rosinenpicken‘ als Markt-

strategie ist bekannte Tendenz in durch Ökonomie und Konkurrenz gesteuerten Versorgungssystemen und resultiert aus dem Nutzenmaximierung durch die Verbindung von hohen Prämien mit geringen Ausgaben (Rosenbrock 1998). Im Umkehrschluss bedeutet das für ärmere, ältere, chronisch kranke bzw. multimorbide Patienten und Frauen eine unsolidarische Mehrbelastung, denn mit dem Krankheitsrisiko steigt die Prämie. Nach einer angestrebten Aufspaltung des gesetzlichen Leistungskatalogs in Grund- und Wahlleistungen würden diese sogenannten „schlechten“ Risiken im öffentlichen Gesundheitssystem mit einer wie auch immer gearteten Grundsicherung verbleiben, während Besserverdienende (und zumeist Gesündere) in eine Privatversicherung wechseln, mit der Folge einer weiteren Verschlechterung der Finanzlage der GKV.

Unter den privaten Krankenhausbetreibern haben besonders US-amerikanische Konzerne Wettbewerbsvorteile gegenüber

den europäischen, z. B. im Management von Krankenhäusern, und brennen darauf, hier Fuß zu fassen. An dieser Stelle ist auf das eingangs erwähnte Abkommen der Welthandelsrunde (GATS: General Agreement on Trades in Services) zu verweisen, in dem unter anderem auch

**Versicherungen drängen auf Dezimierung der gesetzlichen Krankenversicherung, um den Wettbewerb um wohlhabende Junge und Gesunde auszudehnen.**

über die marktmäßige Umformung der öffentlichen Gesundheitsversorgung der WTO-Mitgliedsstaaten entschieden werden soll und das eine Zuspitzung der Privatisierungswelle befürchten lässt.

Obwohl die Bettenzahl deutschlandweit durch politische Steuerung zurückgegangen ist, konnten private Krankenhäuser zwischen 1991 und 1998 ihr Volumen an Krankenhausbetten um 50% steigern und hat die Krankenhauszahl in privater Trägerschaft um fast 25% zugenommen (Schirmer 2001). Mit großen Investitionen konkurrieren Konzerne wie Sana, Asklepios, Helios, Paracelsus, Rhön-Klinikum AG und ProServe (Fresenius) um Anteile in Akut- und Rehabilitationsversorgung.



Inzwischen wurde das erste große Krankenhaus der Maximalversorgung (1000 Betten) in den alten Bundesländern an einen privaten Investor verkauft (Helios zu 95%).

Betrachtet man die Reform der Krankenhausfinanzierung (DRG-Preissystem mit Fallpauschalen), die bis 2007 abgeschlossen sein soll, werden weitere marktkonforme Interventionen deutlich, die unter anderem auf Vergleichbarkeit von Leistungen als Voraussetzung für Wettbewerb abzielen. Der Logik von Fallpauschalen immanent ist eine Unterordnung der medizinischen Versorgung unter das ökonomische Prinzip. Patientengruppen, die unrentabel erscheinen (chronisch kranke und ältere Personen), laufen Gefahr ausgegrenzt zu werden.

Eine Vorreiterrolle nimmt die internationale Pharmaindustrie ein. Schon seit fast 20 Jahren vermehrt sie ihre Gewinne durch Zusammenschlüsse und Absatzsteigerungen. Dabei besitzen Großunternehmen aus der Schweiz, Großbritannien und den USA die Oberhand mit durchschnittlichen Renditen von 20% bis 30%, darunter auch Spitzenrenditen von 40% bis 60%, deren Kapitalstock überwiegend durch die Sozialversicherungsbeiträge der sogenannten Hochpreisländer (USA, Kanada, Europa, Japan, Australien) gebildet wird (Eckert 1998).

Ihre strategischen Aktivitäten zur Befriedigung von Absatzbedürfnissen gehen über das „normale“ Maß an Lobbyismus und Einflussnahme auf politische als auch patientennahe Entscheidungsträger (verordnende Ärzte, Apotheker, Klinikleitungen) hinaus. Im November 2001 einigten sich bei einem Spitzengespräch unter Vorsitz des Bundeskanzlers die im Verband der forschenden Arzneimittelhersteller (VFA) zusammengeschlossenen Pharma-Firmen und die Regierung auf eine Einmalzahlung von 200 Mio. Euro, um eine Preissenkung um 4 Prozent bei patentgeschützten Arzneimitteln im Rahmen des Arzneimittel-Sparpakets zu verhindern (TI-Deutschland 2001a). „Transparency International – Chapter Deutschland“, eine Organisation zur Untersuchung der Korruption, berichtet von Vertriebsmechanismen in der Arzneimittelversorgung, „die Therapieerfordernisse und Qualitätsfragen (...) dem Absatzinteresse der Warenanbieter unterordnen“ Als besonders problematisch gelten der Bereich der Kliniken und deren Führungstäbe, der durch aktive Einflussnahmestrategien auf kaufentscheidende Klinikmitglieder gekennzeichnet ist. Hierbei sind Zuwendungen aller Art an der Tagesordnung, wie Finanzierung von Kongressreisen und Studien, Zahlungen auf Drittmittelkonten und Übernahme von Investitionskosten für medizinische Geräte. Eine Motivation zu Privatisierung hat nicht

zuletzt auch die Ärzteschaft, insbesondere die niedergelassenen Ärzte und ihre Standsvertretungen (KBV) (Gerlinger/Lenhard/Stegmüller in Deppe/ Burkhardt 2002). Sie fordern die Aufspaltung des einheitlichen Leistungskataloges in Grund- und Wahlleistungen. Denn mit der Bindung der GKV-Ausgaben an die Stabilität der Beitragssätze (Budgetierung) fühlen sich die Ärztevertreter in ihren Einkommenschancen eingeengt.

Vermeintliche Sachzwänge zur Gestaltung des Gesundheitswesens

Um massenwirksam gegen ein solidarisches Gesellschafts- und Gesundheitsmodell mobil zu machen, werden fragwürdige Begründungen vorgeschoben. Es folgt eine Auswahl häufig benutzter Standardargumente:

**Behauptung 1:** Der demographische Wandel führt zu einem nicht beherrschbaren Anstieg der Versorgungsleistungen Veränderungen in der Altersstruktur führen in Deutschland durch die Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung um vier Jahre bis 2050 und die niedrige Geburtenrate zu einem Anstieg des Anteils betagter Menschen an der Gesamtbevölkerung (Spaar, isw-Report 48, 2001). Prognostiziert wird dabei eine Verschiebung des Anteils der über 60jährigen von derzeit ca. 20% auf 80%. Der Annahme, dass damit die Gesundheitskosten per se dramatische Ausmaße annehmen, muss widersprochen werden. Mit der Alterung der Gesellschaft nimmt auch der Anteil der gesunden Lebensjahre an der Lebenserwartung zu (Kühn 2000a). Außerdem könnten chronische Krankheiten durch gezielte gesundheitspolitische Interventionen (aktive Präventions- und Gesundheitsförderungspolitik) in immer höhere Lebensjahre verschoben und der Versorgungsaufwand begrenzt werden (ebenda).

**Behauptung 2: Der medizinisch-technische Fortschritt wird unbezahlbar**

Kostensteigerungen durch medizinische Innovationen sind vor allem auf eine Ausweitung von Leistungsmengen zurückzuführen, die nicht unbedingt dem Bedarf der Bevölkerung entspricht (Spaar 2001). Verschwiegen wird, dass die Ursache dafür im Versagen der politischen Steuerung liegt und somit zukünftige Entwicklungen beeinflussbar sind. Darüber hinaus bieten medizinische Innovationen durchaus Potentiale zu Kosteneinsparungen (z. B. füh-

ren minimal-invasive OP-Techniken zu schnelleren Heilungsprozessen) (Kühn in JKM 32, 2000).

**Behauptung 3:** Die Gesundheitsausgaben belasten die Lohnnebenkosten und das führt zu einem Wettbewerbsnachteil für den Standort Deutschland

**Folgende Überlegungen sind in der Lohnnebenkosten-Debatte von Bedeutung:**

Die Konkurrenzfähigkeit eines Unternehmens ist abhängig von der Qualität des Produktes, der Angebotssituation der Konkurrenz, den Wechselkursen u. v. m. Die Bedeutung der Lohnnebenkosten wird gewaltig übertrieben. Zudem sind die Lohnstückkosten in Deutschland eher günstig und in den vergangenen Jahren weniger gestiegen als in vergleichbaren Ländern. Die Lohnkosten für die GKV machen an den Gesamtkosten eines Unternehmens gerade mal 1% aus. Eine Beitragssatzsteigerung um 5% würde zu einer Belastung der Produktionskosten von einem halben Promille führen. Die Unternehmen sind seit 1979 weitgehend von Steuern entlas-

tet worden, denn der Anteil aller Steuern auf Unternehmertätigkeit ist seitdem von 7% auf 3,5% gesunken. Die Ausgabenlast der Arbeitgeber für gesetzliche Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung ist von 14% auf 11,5% gefallen. Der suggerierte Stellenwert der Lohnnebenkosten für die Wettbewerbsfähigkeit ist mit Blick auf den Außenhandelsüberschuss und die außerordentlichen Unternehmensgewinne der letzten Jahre unglaubwürdig.

**Behauptung 4:** Weil die Ausgaben für Gesundheit in den letzten Jahren explodiert sind, muss das Solidarprinzip neu diskutiert werden

Unter Einbeziehung der Faktoren Inflation, volkswirtschaftliches Wachstum, Wiedervereinigung und Modernisierungsmaßnahmen ergibt sich seit 1970 ein Anstieg der Gesundheitsausgaben von ca. 10%. Seit 1975 liegen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung relativ konstant bei etwa 6% des Bruttoinlandsprodukts. Von einer „Kostenexplosion“ kann demnach nicht die Rede sein. Vielmehr sind die Einnahmequellen durch die rückläufige Lohnquote und die Massenarbeitslosigkeit erodiert.

**Aktuelle Reformdebatte**

Nüchtern betrachtet waren die Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre eher

## Der Logik von Fallpauschalen immanent ist eine Unterordnung der medizinischen Versorgung unter das ökonomische Prinzip.

Kostendämpfung, die nur kurzfristig wirkte. Von einer am Bedarf der Bevölkerung orientierten und sozialen Gesundheitspolitik kann auch unter der rot-grünen Bundesregierung keine Rede sein. Die Reformvorhaben sind erfolgreichen Wirtschaftslobbyismus geschuldet und keinesfalls den vorgeschobenen Gestaltungszwängen. Trotz gegenteiliger Wahlversprechen der Regierungskoalition ist die neoliberale Trendumkehr unverkennbar und erstaunlich radikal.

Das Gesamtpaket (GMG), mit dem vorrangigen Ziel Senkung der Lohnnebenkosten, beinhaltet in erster Linie Leistungskürzungen und Mehrbelastungen für Versicherte und Patienten: Umfinanzierung von Zahnersatz und Krankengeld, erhöhte Zuzahlungen zu Medikamenten und Krankenhausaufenthalten, Praxisgebühren bei Arztbesuchen, Streichung bzw. Einschränkung von Entbindungsgeld und Maßnahmen zur künstlichen Befruchtung etc. Dagegen ist von einer gerechten Lastenverteilung, z. B. durch die Anhebung der Bei-

tragsbemessungsgrenze in Verbindung mit der Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze (Stichwort: Erwerbstätigenversicherung), keine Rede. Gestrichen wurde das hoffnungsvolle Instrument Positivliste für Medikamente mit nachgewiesenem Nutzen. Unzureichend für eine Systemverbesserung sind die Vorhaben zur Prävention, integrierten Versorgung, Patientensouveränität und Qualitätssicherung (das Zentrum für Qualität in der Medizin ist nicht unabhängig, hat keine Kontrollfunktion und soll keine Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln durchführen). Darüber hinaus dient die Umgestaltung vor allem dem Wettbewerb und der Marktöffnung: Zusatzversicherungen für Zahnersatz, Wahlmöglichkeiten bei Versicherungskonditionen für freiwillig Versicherte, Wahl der Kostenerstattung, Versandhandel von Medikamenten und Einzelverträge für die ambulante fachärztliche Versorgung. Wettbewerb und Konkurrenz dienen den Profitraten der privaten Interessenten, haben im gemeinwohlorientierten Gesundheitsbereich jedoch nichts zu suchen, denn hier gilt die Theorie des Marktversagens (Deppe, isw-Report 48, 2001), d. h. die Regulierung von gesamtwirtschaftlichen Kosten und von Gesundheitsbedarfen kann durch die Marktkräfte allein nicht sichergestellt werden. Es ist dagegen zu erwarten, dass aus mikroökonomischen Interessen heraus volkswirtschaftliche Ressourcen verschwendet werden. Die Anreize zur Leistungserbringung unterliegen gänzlich wirtschaftlichen Überlegungen, so dass unwirksame oder sogar gefährliche medizinische Leistungen genauso viel Gewinn bringen können, wie wirkungsvolle und effiziente (ebenda). Insbesondere schaffen finanzielle Anreizsysteme eine starke Tendenz zur Reduzierung von Leistungsqualität und Aufwandsminimierung sowie zur Patientenselektion unter Gewinn Gesichtspunkten. Denn ein günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis erreicht nur derjenige Leistungsanbieter (Krankenhaus, Praxis etc.), der es vermag, den anfallenden Aufwand unter dem vorgegebenen Budget oder der Fallpauschale zu halten. Menschen, die überdurchschnittliche Behandlungskosten verursachen, also ältere, chronisch kranke und multimorbide Personengruppen, laufen Gefahr, eine Leistungsminderung zu erfahren. Die Geschädigten sind dann Patientengruppen, die sich aufgrund ihrer Schicht- und Demographiemerkmale am wenigsten wehren können (Personen mit niedrigem sozio-ökonomischen Status und geringer Bildung sowie hohem Alter).

Nach diesem Schema werden Patienten in einen Kundenstatus überführt, der völlig fehl am Platz ist (Deppe in isw-Report 48 2001, Rosenbrock 1998): Gesundheit ist ein lebensnotwendiges öffentliches Gut, auf das nicht einfach verzichtet werden kann. Kein Leistungsempfänger hat die Möglichkeit, vor Erhalt der Leistung nach rationalen Gesichtspunkten zu entscheiden, welche Behandlung er benötigt –

dabei ist er auf das schwer zugängliche Expertenwissen der Anbieter angewiesen (Anbieterdominanz). Schließlich ist die Nachfragesituation dadurch gekennzeichnet, dass diejenigen Bevölkerungs-

anteile den größten Bedarf an gesundheitsbezogenen Dienstleistungen haben, die über die geringsten Ressourcen verfügen.

### Fazit

Die erklärten Ziele der Bundesregierung sind mehr Wirtschaftlichkeit und Qualität durch Konkurrenz unter Leistungsanbietern und Kassen. Eine Betrachtung der Reformvorhaben offenbart die wahren Profiteure: Arbeitgeber, private Anbieter, Versicherungskonzerne und Pharmaindustrie. Deshalb muss das Gesundheitswesen mit Entschiedenheit vom Primat des ökonomischen Prinzips freigehalten werden. Angezeigt sind solche Reformansätze, die sich auf die Behebung der eigentlichen Systemfehler (Über-, Unter- und Fehlversorgung) beziehen und der Bevölkerung dienen. Hierzu zählen: die Steigerung der Qualität durch eine evidenzbasierte Versorgung (Behandlungsleitlinien) und umfassende Qualitätsentwicklung, die Gestaltung des Risikostrukturausgleichs in der Art, dass auch für die Versorgung älterer und chronisch kranker Patienten Anreize bestehen, eine aktive Präventions- und Gesundheitsförderungs politik, die auch die Arbeitswelt mit einbezieht sowie die Stärkung der Finanzierungsgrundlage der gesetzlichen Krankenversicherung durch die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze und die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze.

spw 4 / 2003

### Literatur

- Eckert, P. (1998): *Das Pharmakartell*. Hamburg: VSA  
 Deppe, H.-U./Burkhardt (Hg.) (2002): *Solidarische Gesundheitspolitik. Alternativen zu Privatisierung und Zwei-Klassen-Medizin*. Hamburg: VSA  
 Laaser, U.; Schwalbe, A. (Hg.) (2000): *Das Gesundheitswesen in Deutschland. Von der Kosten- zur Nutzenorientierung. Gesundheitswissenschaftliche Analysen*. Lage: Jacobs  
 Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V. (ISW) (Hg.) (2001): *Gesundheit – ein Mordgeschäft*. Isw-report 48, 09/01  
*Jahrbuch für Kritische Medizin (JKM)* 32 und 33  
 Rosenbrock, R. (1998): *Gesundheitspolitik. Einführung und Überblick. Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe Public Health*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

## Zeitschrift Marxistische Erneuerung

14. Jahrgang, Nr. 55, September 2003, 224 S.

### Sozialstaatsdemontage

Bontrup – Unterminierung des Sozialstaates durch neoliberale Wirtschaftspolitik / Urban – Die neue Sozialpolitik / Klages – Neoliberale Symbolik und Politik des Sozialabbaus / Klundt – Armut und Reichtum in Deutschland / Burkhardt – Die großen Umverteilung

### Perspektiven auf Marx

Baum – Freiheit bei Marx / Tomberg – Habermas – Rekonstruktion des historischen Materialismus?

### Neuer Imperialismus – Zentrum und Peripherie

Arrighi – Niedergang der USA / Baraki – Von Kabul nach Bagdad und noch weiter? / Rilling – Geopolitik von links / Roth – Erinnerungen an das chilenische Experiment 1970 - 1973 / Schmalz – Der kolumbianische Sonderweg / Tjaden-Steinhauer und Tjaden – Was ist Chiapas? / Braun – Verdunkelung ökonomischer Verhältnisse

### Und:

Wehr – Das europäische Parlament / Stiehler – Geschichte deuten und verstehen

### Sowie:

Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im Abo: 32,- Euro ; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers.) Bezug: über e-mail, Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:

Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt / M. Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de  
e-mail: redaktion@zme-net.de

# Die Linke muss die Welt auch interpretieren

Zwischenruf zum Demokratischen Sozialismus und „zum Standort der sozialistischen Linken in der SPD“ (SPW 132, 4/03)

Von Horst Heimann

„140 Jahre nach ihrer Gründung steht die Sozialdemokratie an einem Scheideweg“, ob sie ihre soziale Tradition erneuern und bewahren oder aufgeben wird. Das konstatieren zutreffend Reinhold Rünker, Andrea Nahles und Horst Peter in SPW 4/2003. Diese Aussage impliziert, dass auch die gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands – und ganz Westeuropas – an einem Scheideweg steht: Wird der deutsche – und der europäische – Sozialstaat erneuert und bewahrt oder durch systemüberwindene Reformen schrittweise durch das neoamerikanische Modell des „Raubtierkapitalismus“ (Der SPIEGEL, 8. 7. 02) ersetzt. Und schließlich entscheidet sich dabei auch, ob die SPD langfristig ihre Mehrheits- und gesellschaftspolitische Gestaltungsfähigkeit bewahrt oder verliert.

Welche Richtung die SPD an diesem Scheideweg einschlagen wird, hängt nicht nur vom machtpolitischen Kräfteverhältnis zwischen den personalpolitischen Richtungen und Gruppierungen ab, sondern vor allem von der „Theoriearbeit, die die Linke leisten muss“ (Horst Peter, SPW 4/2003, S. 2), aber auch die gesamte SPD. Das erwähnte Standortpapier enthält wichtige Anregungen für eine Schadensbegrenzung und für eine Vermeidung des neoliberalen Weges. Es enthält aber auch einige gravierende Lücken, indem es theoretische Defizite der Linken übersieht, die mit zur aktuellen besorgniserregenden Entwicklung beigetragen haben. Es erwähnt nicht, ob die Richtungsentscheidung am Scheideweg vielleicht mit der jüngst aufgeflamnten Kontroverse zu tun hat, ob die SPD in ihrem neuen Grundsatzzprogramm den traditionellen Leitbegriff Demokratischer Sozialismus beibehalten oder auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgen soll.

Der Verzicht auf den Begriff Demokratischer Sozialismus wäre ein Bruch mit der im „Standortpapier“ angemahnten „sozialen und demokratischen Tradition“, eine Kapitulation vor dem neoliberalen „mainstream“, dem sich zu widersetzen sowohl die SPW als auch viele Sozialdemokraten fordern, u. a. Wolfgang Thierse (Frankfurter Rundschau, 12. 9. 03).

## „Demokratischer Sozialismus“ – ein vernachlässigter Begriff

Wenn, wie zu erwarten, zur Beruhigung einiger Gemüter, im neuen Grundsatzzprogramm die Wörter demokratischer Sozialismus wieder erwähnt werden, ist das noch keine Garantie dafür, dass die soziale Tradition erneuert und bewahrt wird, und die SPD am Scheideweg die „linke“ Richtung einschlägt. Allein die Beibehaltung der vielen vertrauten Wörter bewirkt gar nichts. Harald Schartau ist durchaus zuzustimmen: „Es macht keinen Sinn für die SPD, Begriffe hochzuhalten, die keinen Inhalt mehr besitzen.“ (F.R. 5. 9. 03) Zugespitzt müßte man sogar sagen: ... einen Begriff hochzuhalten, den die SPD gar nicht mehr „besitzt“. Denn, wie Wolfgang Thierse feststellte (FR 19. 8. 03), hat ja die PDS den Begriff „dreist geklaut“. Allerdings müßte man den Vorwurf an die PDS etwas präzisieren: Die PDS hat ein unbewohntes, vom Eigentümer SPD ungenutztes und auch nicht

beanspruchtes

Grundstück mit wertvoller Bausubstanz schlicht „besetzt“.

Dieses nicht genutzte Eigentum der SPD ist zwar so wertvoll, dass es die UNESCO zum „Welt-Sozialerbe“ erklären könnte. Aber in den letzten Jahrzehnten wurde dieser wertvolle „Besitz“ völlig vernachlässigt, nicht mehr gehegt, gepflegt oder renoviert, sondern dem schleichenden Verfall überlassen. Und alle Generationen und Zweige der Eigentümer-Großfamilie hat es gleichgültig gelassen, wie das wertvolle Erbe zunehmend verrottete. Weder „Rechte“ noch „Linke“, „Modernisierer“ noch „Traditionalisten“ waren bereit oder in der Lage, auch nur eine kleine geistige Anstrengung zu investieren, um ihr Erbe vor Wertminderung und Verfall zu bewahren. Und die PDS hat die leerstehenden Gebäude auch nur „besetzt“, keineswegs „instandbesetzt“, wie das sonst Hausbesetzer zu tun pflegten.

Wer sich damit begnügt, dass die Wörter demokratischer Sozialismus nicht ausdrücklich aus dem neuen Grundsatzzprogramm der SPD verbannt werden, pflegt damit noch keineswegs die Tradition im Sinne von Jean Jaurès: Traditionen pflegen heißt nicht, in kalte Asche zu blasen, sondern eine Flamme am Brennen zu halten. Nur die Wörter demokratischer Sozialismus weiter zu verwenden, würde tatsächlich nur bedeuten, in kalte Asche zu blasen, und würde keinen enttäuschten Anhänger der SPD davon überzeugen, dass es noch Sozialdemokraten gibt, in denen die Flamme des Demokratischen Sozialismus noch brennt.

Diese „Flamme“ meint Sigmar Gabriel, wenn er den Begriff „demokratischer Sozialismus“ als das „Gefäß“ bezeichnet, in dem „die sozialdemokratische Erzählung (als) Erfolgsgeschichte“ aufbewahrt wird und durch die sich die SPD von allen anderen Parteien unterscheidet: „Gleichzeitig ist diese Erzählung

aber auch eine gewaltige Ressource und Energiequelle für sozialdemokratisches Engagement.“ (F. R. 23. 8. 2003) Aktualisiert müßte der Satz eher beginnen: „Diese Erzählung WAR und MUSS wieder WERDEN ...“.

Auch Michael Müller betont immer wieder, dass die Linke zur Orientierung

und Motivierung eine „große Erzählung“ brauche. Aber er schätzt das Kräfteverhältnis zwischen konkurrierenden „Großen Erzählungen“ falsch ein, wenn er Schröder auffordert, „sich lieber kritisch mit den Restbeständen der neoliberalen Ideologie auseinanderzusetzen“. Denn „Restbestände“ gibt es leider nicht von der neoliberalen Ideologie, sondern von der einstigen intellektuellen Großmacht Demokratischer Sozialismus. Und diese „Restbestände“ der „großen sozialdemokratischen Erzählung“ sind nicht konkurrenzfähig mit dem „großmäuligen neoliberalen Geschwätz“, das nicht nur die Talk-Shows der jammernden Millionäre, die Feuilletons, die Sozialwissenschaften (soweit sie sich nicht auf Empirie beschränken) dominiert, sondern auch das Alltagsbewußtsein von Menschen defor-

Die PDS hat ein vom Eigentümer SPD ungenutztes Grundstück schlicht „besetzt“, aber keineswegs „instandbesetzt“, wie das sonst Hausbesetzer zu tun pflegten.

miert, die nie das Wort Neoliberalismus gehört haben.

### Es kommt auch darauf an, die Welt erklären zu können

Eine Ursache dafür, dass die neoliberale Ideologie dominant wurde, dass sie „zur materiellen Gewalt wurde, weil sie zwar nicht die Massen, aber die Machteliten ergriff“, liegt in folgendem Verhalten der linken Eliten: Nach 1989 hat weder die akademische noch die politische Linke (SPD und Gewerkschaften) der neoliberalen These fundiert widersprochen, die Implosion des „Realsozialismus“ habe das Scheitern des „Sozialismus jedweder Art“ und den Endsieg des Kapitalismus unwiderruflich bewiesen. An jenen heftigen Debatten über das „Scheitern des Sozialismus jedweder Art“ beteiligten sich aus dem ehemals linken Spektrum fast nur jene, die der neoliberalen These zustimmten. Diejenigen, die ihr nicht zustimmten, schwiegen dagegen betreten, waren aber auch nicht interessiert, der neoliberalen Interpretation der welthistorischen Zäsur von 1989 theoretisch und empirisch fundiert entgegenzutreten. Auch bei schärfster Kritik an der neoliberalen politischen Praxis haben viele die neoliberale Interpretation der heutigen Welt klammheimlich oder unreflektiert übernommen. Zum stillschweigenden Konsens der Restlinken gehört daher das Bekenntnis, das 2001 auch die linken Mitbegründer des „Netzwerks 2010“ (Projektgruppe der unter vierzigjährigen SPD-Mandats und Funktionsträger – dass die Zahl 2010 inzwischen auch mit einem anderen Subjekt verbunden ist, war damals nicht beabsichtigt und ist rein zufällig!) unterschrieben haben: „Das 20. Jahrhundert mit seinen allumfassenden Gesellschaftsentwürfen und ganzheitlichen Glaubenssystemen ist Vergangenheit. Die alten, einander ausschließenden Gesamterklärungen überzeugen nicht mehr.“ (Zur Kritik dieser Aussage darf der Autor ausnahmsweise sich selbst zitieren, in SPW 120, 4/01, S. 58): „Bei dieser gesellschaftstheoretischen Prämisse, die als objektive Tatsachenaussage formuliert ist, handelt es sich um eine der fatalsten und folgenreichsten Selbsttäuschungen im linken intellektuellen Spektrum: Denn diese Aussage ist zwar einerseits tatsächlich zutreffend, aber nur für ‚allumfassende Gesellschaftsentwürfe und ganzheitliche Glaubenssysteme‘ sowie ‚Gesamterklärungen‘ aus der linken Tradition. Auf der rechten Seite dagegen hat der Neoliberalismus als ‚allumfassender Gesellschaftsentwurf und ganzheitliches Glaubenssystem‘ sowie ‚Gesamter-

### Die Restlinke unterschätzt die praktisch-politischen Wirkungen der intellektuellen Diskurse, in denen die Welt interpretiert und Entwicklungsperspektiven skizziert werden.

klärung‘ in den intellektuellen Diskursen in Deutschland nicht nur die Hegemonie, sondern die Alleinherrschaft erobert.“

Diese im Weltmaßstab siegreiche neoliberale Ideologie hat in den letzten Jahrzehnten nicht nur die Welt interpretiert, sondern auch radikal verändert. Wenn die Restlinke, die diese Veränderungen beklagt, künftig die Welt wieder in ihrem Sinne verändern will, muß sie sie zunächst wieder interpretieren, und zwar verschieden von der neoliberalen Interpretation.

Die Restlinke unterschätzt die praktisch-politischen Wirkungen der intellektuellen Diskurse, in denen Intellektuelle die Welt interpretieren und die Entwicklungsperspektiven der Gesellschaft skizzieren. Dagegen überschätzt sie die „objektiven“ Faktoren, wie das Kapital, die Technik, die Globalisierung. Und so unterschätzt sie die Macht der „subjektiven“ Faktoren, der Ideen, der Wert- und Zielvorstellungen, der Gesellschaftsbilder und Visionen im Denken und Bewußtsein der Menschen. Sie übersehen, dass die Neoliberalen in den letzten Jahrzehnten die Welt nur deshalb im Sinne ihres „allumfassenden Gesellschaftsentwurfs“ so radikal verändern konnten, weil sie die entscheidende Rolle des „subjektiven“ Faktors erkannt hatten. Norman Birnbaum erläutert am Beispiel der USA, wie die Zerstörung der sozialen Errungenschaften des New Deal – also die Veränderungen der Basis – durch die Politik Reagans mit einer ideologischen Offensive zielstrebig vorbereitet und erst möglich gemacht wurde: „Zur Entwicklung und Verbreitung neokonservativer Ideen (in Europa neoliberal genannt, H. H.) finanzierten die amerikanische Wirtschaft und Wohlhabende

Forschungszentren, Stiftungen, Universitätsinstitute, Zeitschriften und Verlage.“ (N. Birnbaum, Nach dem Fortschritt – Vorletzte Anmerkungen zum Sozialismus. Stuttgart/München 2003, S. 422 f.) Die Schwäche der Gewerkschaften und der Demokraten hatte

„das amerikanische Kapital zu einer intellektuellen Offensive (ermuntert). Die Fähigkeit, das alltägliche Denken zu prägen war langfristig gesehen wesentlich wertvoller, als Staatssekretäre, Kongreßabgeordnete und Gouverneure zu gewinnen. Darin lag kein Widerspruch: Ersteres erleichterte letzteres.“ (S. 426)

### Den Hegemoniekampf annehmen!

Obwohl Michael Müller (SPW 132, 4/2003, S. 29 ff.) unter Berufung auf Gramsci die Linke ermahnt, „um die kulturelle Hegemonie zu kämpfen“ (S. 30), konstantiert er es als „Tatsache, dass es den ‚Rheinischen Kapitalismus‘ ...

nicht mehr gibt“ und dass sich das „angelsächsische Modell“ durchgesetzt habe. Wenn das tatsächlich schon „Tatsache“ wäre, dann stünde die SPD nicht mehr am „Scheidewege“, denn dann wäre die Systemauseinandersetzung zwischen dem „Rheinischen Kapitalismus“ und dem neoamerikanischen „Raubtierkapitalismus“ schon unwiderruflich entschieden. „Tatsache“ ist dagegen, dass sich das europäische Sozialstaatsmodell gegenüber dem expandierenden neoamerikanischen Modell auf dem Rückzug befindet, aber noch nicht endgültig zerstört ist. Ursache für diesen Rückzug sind nicht nur die „Realfaktoren“, die Michael Müller nennt, sondern vor allem die erfolgreiche neoliberale „Bewußtseins-Konterrevolution“ und die Kapitulation der Linken in den intellektuellen Diskursen.

Das Zurückweichen des „Rheinischen Kapitalismus“ vor dem neoamerikanischen Modell hatte schon 1992 Michel Albert in seinem Buch „Kapitalismus contra Kapitalismus“ prognostiziert. Diese Tendenz verwunderte ihn, da ja – wie er empirisch belegte – das „rheinische Modell“, dem „neoamerikanischen“ nicht nur auf sozialem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet deutlich überlegen ist. Die Ursache für die Paradoxie, dass ein sozial und ökonomisch effizienteres System durch ein weniger leistungsfähiges Modell zurückgedrängt wird, sieht er darin, dass „die grundsätzlichen Gedanken und Werte, die ihm (dem rheinischen Modell des Sozialstaats) vorangehen, weitgehend ignoriert oder bestritten werden“. Mit anderen Worten, das geistige Fundament des Demokratischen Sozialismus, auf dem der europäische Sozialstaat errichtet wurde und auf dem er erneuert und bewahrt werden könnte, ist morsch geworden und verschwunden.

Natürlich ist es fatal für die Zukunftschancen des Sozialstaates, dass sein geistiges Fundament verschüttet wurde. Aber wirklich bedrohlich ist es, dass auch die Restlinke darin kein Problem sieht und nicht erkennt: Ohne Wiederherstellung dieses Fundaments bestehen keine Chancen, praktisch-politische Forderungen für soziale Gerechtigkeit mehrheitsfähig zu machen und durchzusetzen. Wenn die aktuellen Bemühungen, auch den traditionsreichen Namen zu tilgen, den dieses geistige Fundament einst trug, nicht große intellektuelle Anstrengungen provozieren, den Begriff Demokratischer Sozialismus wieder mit orientierenden und motivierenden Inhalten zu füllen, dann sollten sich alle Sozialdemokraten ehrlicherweise dem Ansinnen des Generalsekretärs beugen. Doch kein theoretisches Positionspapier, keine Göttinger oder Herforder Thesen, sondern nur ein langfristig angelegter Diskussions-, Erkenntnis- und Lernprozeß kann den Demokratischen Sozialismus wieder zu einem intellektuellen und damit auch politischen Machtfaktor gegen die neoliberale Hegemonie machen.

# Die Genossen, das Geld und die Gemeinden

## Der Kampf um die Kommunalfinanzen

Von Stefan Grönebaum

Das Verhältnis zwischen Enkel-SPD und Kommunalpolitik war stets schwierig. Zwar hatten Jusos wie Norbert Gansel Anfang der 70-er die Kommunalpolitik als Standbein für gesellschaftsverändernde Reformen entdeckt. Doch der abstrakte Jargon der akademischen Mittelschichten, die in den 70-ern in SPD und öffentlichen Dienst drängten, trieb nicht nur die letzten Arbeiter aus der SPD, sondern auch die pragmatisch bis rechts gewirkten Kommunalpolitiker auf die Palme. Diese gründeten Anfang der 70-er die SGK NRW, 1978 entstand mit Hilfe von Parteichef Willy Brandt und Geschäftsführer Egon Bahr die Bundes-SGK, durchaus als Kraft gegen die linken Jusos, deren Vorsitzenden Bahr kurz zuvor ausgeschlossen hatte. Die Bundes-SGK war ein Bündnis gestandener Rechter wie Hermann Schmitt-Vockenerhausen mit Linken wie Frankfurts OB Rudi Arndt, aber auch „Jusos“ wie Herbert Schmalstieg und – ärger noch – „Grünen“ wie Hans Eichel, wie sich der Ehrenvorsitzende der Bundes-SGK, Günter Samtlebe, auf der 30-Jahrfeier in Dortmund erinnerte. Die kommunale Lobby agierte unauffällig und v.a. in den Kernländern NRW und Hessen einfluss- und erfolgreich. Doch gelang es ihr nie, in Spitzenpositionen der Landes- und Bundes-SPD vorzustoßen, wie es in der Nachkriegszeit üblich gewesen war.

### Die Enkel-SPD ignoriert die schleichende Krise der Kommunen

Denn die 80-er und 90-er gehörten den Enkeln, jenen Jusos, die im Marsch durch die Parteiinstitutionen ihren antikapitalistischen Eifer der 70-er mit dem „Arbeit-Frieden-Umwelt“-Pathos der 80-er vertauschten, und reihenweise die Länderregierungen übernahmen. Sie hatten zwar teilweise, wie Hans Eichel in Kassel oder Oskar Lafontaine in Saarbrücken, kommunal angefangen. Als Länderfürsten trug sie ihr Ehrgeiz aber bald über kleinkarierte Probleme ihrer Kommunen hinaus. Übrigens erklärte der Niedersachse mit schöner Offenheit bei der SGK-Bundeskonferenz in Rüsselsheim 2001, mit Kommunalem nichts anfangen zu können und sah auf der Städtetagsversammlung in Leipzig vor allem

„reiche Verwandte“. In den 90-ern befassten sich die Enkel v.a. mit Ausscheidungskämpfen um die Kanzlerkandidatur und scherten sich kaum um die Kommunen.

Dies schien auch nicht nötig, weil in Kohls Spätphase der SPD die Städte wie von allein zufielen. Zudem neutralisierten die Kommunen durch Verwaltungsreformen noch einen Teil ihrer wachsenden Probleme: Also das Ansteigen der Soziallasten durch das Überwälzen der Folgen der Massenarbeitslosigkeit und die Kosten durch weitere Leistungsgesetze von Bund und Ländern zu Lasten der Städte. Paradebeispiel hierfür das Kindergartenbetreuungsgesetz von 1996. Auf der Einnahmeseite wurden die Kommunen für das Säbeln an der Gewerbesteuer, ihrer wichtigsten eigenen Einnahmequelle, durch Umsatzsteuerpunkte entschädigt. Dabei geriet aus dem Blick, das mit der Gewerbesteuer auch die kommunale Finanzautonomie beschädigt wurde. Immer mehr Kommunen rutschten in den späten 90-ern in die „Miesen“, was sie durch Privatisierungen nur kurzfristig überdeckten. Kurz gesagt, produzierte der neue flexible Kapitalismus soziale Ungleichheit, deren Folgeprobleme vor allem in den Städten, den Hochburgen der SPD, zu spüren waren. Doch die SPD in ihrer bequemen Oppositionsrolle tat auf Bundes-, Länder- und lokaler Ebene wenig, dem konzeptionell oder politisch zu begegnen: So gibt es in der Bundes-SPD – anders als in der Union – weder ein Kommunalreferat noch eine Personalbörse, bis 2001 galt das Programm von 1976! Die Landesverbände schoben bis 1998 alle Übel der Welt auf den Bund und die Kommunalen fuhren hohe Wahlsiege ein und überließen die Partei weitgehend sich selbst.

So war die äußerlich gute Lage der Kommunen wie der dort führenden SPD in Wahrheit heikel, als Rot-Grün 1998 siegte. Schon die politische Struktur stimmte nicht. Wie im Bund, zerfiel die SPD lokal in zwei Flügel: In florierenden Dienstleistungszentren wie Frankfurt, Hamburg usw. setzten sich nach den Kämpfen der 70-er die „Modernisierer“ durch, deren wachstumsorientierter „Metropolitenpolitik“ es v.a. um verbesserte Investitionsbedingungen für die Wirtschaft und mehr Lebenskom-

fort für die neue Mitte ging. Dabei gerieten die sog. kleinen Leute aus dem Blick, die QUITUNG gab es bei Protestwahlen wie Berlin 1999 (wo die CDU die Sozialpartei und die SPD den Sparverein gab), Köln 2000 oder Hamburg 2001. In struktur-schwachen Städten wie im Revier verlor die traditionalistische bis filzige SPD zwischen alerten Grünen und renovierter Union an Boden.

### Geld für die Wirtschaft, Prinzip Hoffnung für die Kommunen

Dem Bund wiederum fehlt bis heute jede umfassende Stadtpolitik, wie Stadtforscher Prof. Heinrich Mäding anmerkt. Die Zusage für eine tiefgreifende Gemeindefinanzreform aus der Koalitionsvereinbarung von 1998 ging in der Hektik des Jahres 1999 unter, in der Hausse von 2000/2001 wurde sie geflissentlich vergessen. Die Steuerreform 2000 entlastete die Unternehmen z.T. stark durch neue Möglichkeiten, Gewinne mit Verlusten zu verrechnen, in der Folge sank drastisch die Gewerbesteuer, die die Unternehmen an die Kommunen zahlen. Zugleich wurde die Gewerbesteuerumlage, die die Kommunen an Bund und Länder zahlen, von 20 auf bis zu 30 Prozent erhöht. Als 2001 die Konjunktur einbrach, brachen mit der Gewerbesteuer die kommunalen Einnahmen weg, während die Sozialhilfekosten durch die Folgen der Arbeitslosigkeit explodierten. So machten die Städte 2003 gut 10 Milliarden Euro Defizit. Derweil wurde die Großindustrie 2002/3 praktisch gewerbesteuerfrei gestellt. Auch die Sparaktionen von Bund und Ländern zwangen die Kommunen, ihre Investitionen 2002 um 30 Prozent gegenüber 1992 zu senken. Da die Kommunen zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen tätigen, bedeutete dies fast einen Investitionsstopp mit Folgen für den lokalen Mittelstand, Handwerk usw. Die finanzielle Strangulation der Städte lähmte den Arbeitsmarkt, das Wachstum, den Aufschwung in der Republik.

### Die Kommission als Wahlkampf-Wunderwaffe

Unter dem Druck der Kommunallobby u.v.a. des Termin für die Bundestagswahl berief die Regierung Anfang 2002 eher widerwillig die Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen. Finanzminister Hans Eichel erklärte 2001, die Kommission sei unnötig, dann 2002, ihr Ergebnis müsse aufkommensneutral sein, im Frühjahr 2003 versprach er sieben Milliarden

## Seit 25 Jahren

spw

spw lädt alle LeserInnen zur Jubiläumsfeier ein.

Am 25. Oktober 2003 diskutieren spw-AutorInnen von gestern, heute und morgen über drei Leitfragen radikal-reformerischer Politik im 21. Jahrhundert:

Anders Arbeiten, anders Leben – ist die Gestaltung der Ökonomie obsolet?  
 Friedensmacht Europa – gibt es eine geopolitische Alternative zur US-Hegemonie?  
 Vorwärts, Rückwärts, Seitwärts – der alte und neue Weg der SPD?

Tagungsort: Willy-Brandt-Haus, Berlin. Beginn ca. 13.00 Uhr

... wissen, was

die SPD-Linke diskutiert!

Anmeldungen und Infos bei:  
 25jahre@spw.de

Euro. Derweil hatte sich die Finanzlage aller öffentlichen Hände rapide verschlechtert. Zwar wuchs 2002 das Bewusstsein für die volkswirtschaftliche Bedeutung kommunaler Investitionen. Bis zur Bundestagswahl war die Zusage einer echten Gemeindefinanzreform neben der Betreuungsfrage und Hartz ( natürlich 1:1 umgesetzt ) einer der wenigen Trümpfe von Rot-Grün. Die fast verlorene Wahl holte Gerhard Schröder, der „Genosse der Bosse“, mit der plötzlichen Hinwendung zu den „kleinen Leuten“, der Irakpolitik und der Flutbewältigung aus dem Feuer. Direkt danach vollzog der Kanzler erneut einen kühnen Schwenk. Nach dem herben Echo zum Start der zweiten rot-grünen Regierung suchte er wieder die Nähe von Medien und Wirtschaft – Wenn schon die Arbeitslosigkeit nicht sank, wollte er nicht im SPIEGEL und anderswo als arger Traditionalist und Ruineur der Volkswirtschaft vorgeführt werden.

### Kampf um eine andere Republik: Kommunen kontra BDI

Die Kommunalen fanden sich in der Kanzlerrede vom 14. März zur „Agenda 2010“ wieder: Schröder versprach eine tief greifende Gemeindefinanzreform zum 1.1.2004 auf Basis einer modernisierten Gewerbesteuer sowie eine Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe in Zuständigkeit des Bundes. Beides zusammen sollte den Kommunen mehrere Milliarden Euro pro Jahr bringen. Auch dies hielt die SPD-Kommunalen auf Agenda-Kurs und überzeugte auch viele Unions-Kommu-

nale. So gelang es bis Mitte 2003 nicht nur die CDU-dominierten Kommunalverbände, sondern auch die meisten SPD- und CDU-Länder hinter die Kernbestandteile des sog- „Kommunal-Modells“ (das eigentlich ein NRW-Modell war) zu bringen.

Demnach soll die Gewerbesteuer durch eine breitere Bemessungsbasis und neue Steuerpflichtige revitalisiert und auf eine von der Konjunktur unabhängige Basis gestellt werden. Dazu werden die Miet-, Pacht- und Zinserträge der Kapitalgesellschaften sowie die Freiberufler einbezogen. Dagegen stand das Modell der Wirtschaft (BDI), das kommunale Zuschläge auf die Einkommenssteuer vorsah und bei Hartz die Kommunen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger zuständig machen wollte. Der BDI-Vorschlag hätte die Gewerbe-

steuer zur reinen Gewinnsteuer und konjunkturabhängiger gemacht. Und er hätte die Steuerlast von (Groß-) Unternehmen auf Privathaushalte und Mittelständler verlagert. Die Industrie hätte wenig Interesse an der Kommune, und diese an Ansiedlungen. Struktur-schwache Kommunen würden gezwungen, hohe Zuschläge zu nehmen, strukturstärkere könnten niedrige Sätze wählen. So würden die Gegensätze von City und Umland, von arm und reich verstärkt statt verringert. Es ging also letztlich um die Frage, ob weitere Vorteile für die Wirtschaft von der Armut der Bürger und der öffentlichen Hände bezahlt werden.

Dabei votierte die Kommissionsmehrheit für das Kommunalmodell. Anfang Juni stellte

sich der SPD-Bundesparteitag klar hinter die Kanzlervorschläge, auf der Bundeskonferenz der SPD-Kommunalen Ende Juni bekräftigte Hans Eichel die Kanzlerzusagen, am 4. Juli beschlossen die Bundestagsfraktionen von Rot-Grün Eckpunkte auf der Basis des sog. Kommunalmodells. Kommunale und MdB gingen beruhigt in die Sommerpause. Alles schien auf gutem Wege

### Der Eichel-Entwurf und die Folgen

Aber das war es nicht. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement hatte stets jede Reform abgelehnt, die die Wirtschaft belasten würde. Und Hans Eichel hatte immer betont, das die Finanzlage keine „Wohltaten“ mehr erlaube. Im Konjunktur- und Stimmungstief Mitte 2003 kam auch der Kanzler zur Auffassung, die Wirtschaft müsse mehr als bisher entlastet werden. So legte Eichel mit freundlicher Hilfe des Wirtschaftsministers am 4. August einen Entwurf vor, der einem Vorschlag des Deutschen Industrie- und Handelstages erstaunlich ähnelte: Die Gewerbesteuer wurde nun für alle kräftig gesenkt, die Freiberufler wurden zwar einbezogen, konnten aber ihre Abzüge meist mit der Einkommensteuer verrechnen, die Einbeziehung von Miet-, Pacht- und Zinserträgen wurde ebenso gestrichen wie ertragsunabhängige Bestandteile der Gewerbesteuer, die damit – so Bernd Scheelen, der Leiter der Kommunal-AG der SPD-Fraktion, – schlicht in die Nähe der Verfassungswidrigkeit geriet.

Schlimmer war, was nicht im Entwurf stand: Neben dem Senken der Steuermesszahl und dem Abzug der sog. Dauerschuldzinsanrechnung sollen die Städte 1,5 Milliarden Euro für Kinderbetreuung aufbringen, bei der Hartz-Umsetzung fast leer ausgehen – die Sparsumme geht an den Bund. Zusammen mit der vorgezogenen Steuerreform, die die Betriebe durch Senkung der Steuerätze weiter ent-, die Kommunen aber mit gut 3 Milliarden Euro belastet, kam bei vielen hastigen Modellrechnungen der Kämmerer eine Null, oft ein Minus heraus! Entschädigt wurden die Städte durch ganze 1,4 Umsatzsteuerpunkte – eine konjunkturabhängige Steuer, die der Staat zuweisen, aber auch wieder einbehalten kann. Obendrein können die Länder über die Finanzausgleiche den Kommunen Mittel vorenthalten oder nehmen. Die Kommunen mussten also bei einem Strukturdefizit von 10 Milliarden Euro davon ausgehen, dass der „Reformentwurf“ die Gewerbesteuer beschädigte und ihre Einnahmen nicht verbesserte.

### Gemeindefinanzreform im Politikarussell

Während sich in Wirtschaftskreisen „klammheimliche Freude“ ausbreitete, saßen Wut und Frust tief bei den Kommunalen aller Parteien (noch im Juni beim Städtetag in Mannheim war Erwin Teufel mit dem BDI-Modell auch bei den Unions-Kommunalen abgeblitzt!) Die Regierung hatte eine einmalige

Chance verschenkt: Plötzlich stehen alle Kommunalverbände und fast alle Länder gegen sie. Die Union ist nun in der bequemen Lage, mit Ländermehrheit die Freiberufler „zu retten“, d.h. sie aus der Gewerbesteuerpflicht auszunehmen, und mit dem Sofortprogramm – v.a. der Senkung der Gewerbesteuerumlage – die Kommunen „zu retten“. Die Verbände sind sich einig im Protest gegen den Eichel-Entwurf, aber auch gegen die Unionspläne, die Kommunen für die Vermittlung arbeitsfähiger Sozialhilfeempfänger zuständig zu machen. Nach Tagen der Depression erhob sich ein Proteststurm, der seine Wirkung auf die Bundestagsfraktionen von Rot-Grün nicht verfehlte. So schwenkte die SPD-Fraktion Anfang September auf die kommunalen Forderungen ein und beauftragte eine AG aus Finanzern und Kommunalen, den Eichel-Entwurf umzuarbeiten. Der bereits Mitte September in die erste Lesung eingebrachte Eichel-Entwurf steckt nun im politischen Pokerspiel zwischen den Lagern, in Bundestag, Bundesrat und Vermittlungsausschuss fest. Noch ist unklar, was am Ende heraus kommen wird, sicher ist nur: Der Eichel-Entwurf hat keine Chance.

#### Wie geht's weiter?

Vermutlich Mitte Oktober beschließen die Koalitionsfraktionen einen Entwurf auf Basis des Kommunalmodells, den die Union im Bundesrat ablehnt. Wenn die Reform zum 1.1.2004 kommen soll, wird man sich im Spätherbst im Vermittlungsausschuss einigen müssen, inhaltlich wird wohl eines der Elemente – Einbeziehung der Miet-, Pacht- und Zinserträge oder die der Freiberufler – auf der Strecke bleiben, der Bund behält wohl die Zuständigkeit für die Empfänger des sog. Arbeitslosengeld II und die Kommunen erhalten Ersatz dafür, das die zugesagte Stärkung der Gewerbesteuer ausfällt. Ob es in dieser Konstellation gelingt, die Wirtschaft wieder an der Finanzierung kommunaler Aufgaben zu beteiligen und mehr Arbeit zu vermitteln, ist offen. Das ist wenig Ertrag für ein Reformprojekt.

#### Was müsste geschehen?

Zur Stärkung der Kommunalfinanzen, müsste die Regierung – so der Bremer Ökonom Rudolf Hickel – kurzfristig ein milliarden-schweres kommunales Investitionsprogramm anschieben, die Gewerbesteuerumlage senken und den Umsatzsteueranteil erhöhen. Mittelfristig müsste sie die Industrie mindest besteuern, ihr die Steuerschlupflöcher verstopfen, die Veräußerung von Beteiligungen wieder besteuern und die Grundsteuern erhöhen. Vor allem aber müsste die

Gewerbsteuer zur wettbewerbsneutralen kommunalen Wertschöpfungssteuer umgebaut werden, die die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital gleich behandelt. (Hickel) Alles dies ist nach bisherigen „Reformverlauf“ leider unwahrscheinlich.

#### Was tun, bittere Lektionen für Partei und Kommunen

Politisch haben die Kommunen bitter gespürt, dass sie außer mit Wahlterminen kaum mit etwas drohen können. Bund und Ländern ist das eigene kurze Hemd näher als jede kommunale Jacke. Die SPD hat kurz vor dem „Super-Kommunalwahljahr 2004“ viele Kommunale gegen sich aufgebracht. Bei der Frage nach Bündnispartnern in SPD und Gesellschaft fällt auf, dass Linke und Gewerkschafter bei der Finanzreform kommunale Positionen vertraten, aber beide Seiten bei der Agenda-Debatte in verschiedenen Lagern hockten. Dialog null. Bei den diversen Treffs der SPD-Linken spielen kommunale Themen so gut wie keine Rolle. Das muss die Linke ändern, will

sie noch ernsthaft eine Rolle spielen. Und die SPD braucht Reformen, die mehr beinhalten als die Übernahme der Thesen der Wirtschaftsverbände, um wieder von denen gewählt zu werden, die sie bezahlen sollen: die Arbeitnehmer („Neue Mitte“ wie „kleine Leute“) und die Kommunen.

Die Kommunalen schließlich müssen sich fragen, ob zur Änderung ihrer Lage die Mischung aus Parteiloyalität – „der Herr Minister wird's schon richten“ – und Kirchturmspolitik ausreicht. Eine Lehre aus dem Verlauf ist: Ohne öffentliche Drohkulisse und interne Verankerung in der Parteispitze – die Parteiwahlen in Bochum lassen schön grüßen – ist man auf freundliche Gaben der „Großkopfeten“ angewiesen. Fest zu halten bleibt aber auch, der Entwurf zur Gemeindefinanzreform, war der erste seit 1998, den die Fraktion komplett „gekippt“ hat, die Kommunen sind also nicht ganz zahlos und es gibt durchaus Kräfte in der SPD, die die Bedeutung intakter Kommunen für die Volkswirtschaft und die Regierungsfähigkeit der Partei erkannt haben.

spw 4 / 2003

#### Literatur:

- Stefan Grönebaum, SPD-Kommunalpolitik wohin? In: spw 109, September/Okttober 1999, S. 21f.  
ders., Die mühsamen Paradigmenwechsel der SPD, in: Neue Gesellschaft 8/1999, S. 677ff.  
ders., Schaut auf diese Städte, in: Berliner Republik 6/2002, S. 33f.  
ders., Anmerkungen zur Gemeindefinanzreform, in: Neue Gesellschaft 7+8/2003, 49ff.  
Rudolf Hickel, Keine Entwarnung für die Kommunen, in: FR vom 16. August 2003  
H. Mading, in: DEMO 9/2002  
Franz Walter, Die SPD, 2001, Die Jahre unter Kohl, S. 215ff.

### Politisch haben die Kommunen bitter gespürt, dass sie außer mit Wahlterminen kaum mit etwas drohen können.

www.sozialismus.de

## Sozialismus

Mythen der Kampf-Kommunen  
Privatisierung arbeitsbedingter Krankheitsfolgen  
Forum  
Gewerkschaften  
Schweden - kein Ja, kein Nein  
Kritik der Industrieländer



Redaktion Sozialismus: Anpassungskurs; Klaus Willkomm-Wiemer: Schweden – »Europa ja – Euro nej«; Lars Klingbeil/Kai Burmeister: Nach Cancun – wie weiter mit der WTO? Hans-Henning Adler: Schlechter als das Grundgesetz. Zum EU-Verfassungsentwurf

Joachim Bischoff/Richard Detje: Neujustierung der Sozialen Sicherungssysteme. Zum Bericht der Rürup-Kommission; Gine Elsner: Privatisierung von arbeitsbedingten Krankheitsfolgen; Harald Mattfeldt: Niedriglöhne und gesellschaftliche Nachfrage

Michael Wendl: Nach der Fusion – Wie weiter mit ver.di? Hans-Jürgen Urban: Die Zukunft des Sozialstaats; Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften: 15 Thesen gegen die Agenda 2010

Sebastian Herkommer: Renaissance kritischer Industriosozologie; Thomas Weiß: Engels- und Teufelskreise (Zu Brenners »Boom & Bubble«); Joachim Wilke: Für eine globalisierte Vernunft; Harald Jentsch: Eine Legende wird 80 Der »deutsche Oktober« 1923

Joachim Bischoff/Hans-Georg Draheim: Warenproduktion einer sozialistischen Ökonomie (Replik auf Ingeborg Dummer); Marion Fisch: »Rosenstraße« (Filmkritik)

Supplement: Hansgeorg Conert  
Neoliberalismus und Weltmarkt

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-  
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus  
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Fax 040/280 505 68  
e-Mail: redaktion@sozialismus.de

## Vorletzte Anmerkungen zum Sozialismus

Norman Birnbaum – *Nach dem Fortschritt – Vorletzte Anmerkungen zum Sozialismus* – DVA Stuttgart – München – 2003 ISBN 3 – 421 – 05515 – 7, 496 Seiten – Preis: 34 Euro

Norman Birnbaum definiert Sozialismus als Prozess. Sozialistisches Engagement suche den Markt zu bändigen und unnötiger Ungleichheit zwischen den Menschen ein Ende zu setzen. Es setze darauf, primäre Solidaritätsgefühle, unter gebotener Beachtung der Verhältnismäßigkeit, auf die gesamte Gesellschaftsstruktur auszudehnen.

Sozialistische Reformisten und Revolutionäre können sich in seiner Begriffsbestimmung wiederfinden. Der Hinweis auf die unnötige Ungleichheit deutet auf das marxistische Geschichts- und Gesellschaftsverständnis hin. Aber Birnbaums Vorstellung von Sozialismus hat nichts gemein mit den historisch unheilvollen engherzigen Politikideen der Linken.

Die Impulse, die in den letzten 200 Jahren zum Sozialismus drängten, speisten sich, meint Birnbaum, aus christlichen Vorstellungen von Gemeinschaft, nationalen Konzepten des sozialen Ausgleichs, radikaldemokratischen Ansichten und brüderlichen Gefühlen der Solidarität.

Sozialistisches Denken lebe von der Idee, die Vernunft auf bislang für unveränderbar gehaltene ökonomische und soziale Prozesse ausdehnen zu können. Wenn er die historischen Debatten der marxistischen Linken skizziert, warnt er jedoch vor dem rationalistischen Kurzschluss, Sozialismus als reine Vernunftangelegenheit zu verstehen.

Sozialistisches Denken ziele auf eine rational nicht erschöpfend bestimmbare Erlösung von menschlich verursachtem Leid. Norman Birnbaum schreibt: „Keine Gesellschaft ist je auf diese Weise organisiert worden und keine wird vermutlich so organisiert werden können“.

Auch Karl Marx hielt sich zugute, die religiösen Eierschalen des utopischen Sozialismus abzustreifen, als er das Konzept eines wissenschaftlichen Sozialismus propagierte.

Die Geschichte des sozialistischen Denkens führt uns noch einmal deutlich vor Augen,

dass solche Ideen zu dem fatalen Trugschluss verführen, Menschen könnten durch eine linke Avantgarde im Schnellverfahren zur Solidarität gezwungen werden. Und er erinnert uns an die grundlegende Übereinstimmung zwischen dem jüdisch-christlichen Glauben und dem Sozialismus: beide Denkbewegungen beharren auf die unauflösbaren Banden der Menschen untereinander. Auch ein Wissenschaftlicher Sozialismus bleibt nach Birnbaum auf diese vor-rationale utopische Verwurzelung angewiesen, wenn er nicht barbarisch enden will.

Der Rationalismus im sozialistischen Denken habe auch zu dem Fehlschluß verleitet, dass die romantische Denkweise in sozialistischen Diskussionen weitgehend nur als Teil einer Genaufklärung aufgefasst wurde. Birnbaum: „Die Berufung der Romantik auf eine erreichbarer Welt der kraftvollen Tätigkeit des Gefühls und der Freiheit ermöglichen nicht nur, sondern erzeugen revolutionäre Visionen.“

Allerdings hält Birnbaum deutlich fest, dass das sozialistische Denken in hohem Maße in den Traditionen der Aufklärung verwurzelt ist. Auch wenn es in der Geschichte *überall auf der Welt* Aufstände der Unterdrückten gab, – das planmäßige Streben nach einer anderen Gesellschaft habe aber wiederum nur der Westen erfunden.

Im Kapitel „Das Goldene Zeitalter und wie es zu Ende ging“, spürt Birnbaum den Gründen nach, warum in Europa der Nachkriegszeit der Wohlfahrtsstaat in die Krise geriet. Die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung waren größtenteils so weit befriedigt, dass neue Wünsche gar nicht so schnell geweckt werden konnten, um ausreichend wirtschaftliche Wachstumsimpulse zu schaffen.

Abschließend lässt er keinen Zweifel daran, dass die staatliche Kontrolle der Märkte weiterhin der wichtigste Schlüssel dafür ist, die gesellschaftliche Solidarität zu ermöglichen. Über eine romantische Kulturrevolution alleine ließen sich soziale Fortschritte nicht erreichen, wie die Niederlage der amerikanischen „Neuen Linken“ der USA in den 60er-Jahren bewies.

„Es gab eine Art Schrumpfung des historischen Horizonts. Wir haben uns in Verteidigungsstellung gefunden. Wir müssen unsere Traditionen wie etwa social security, wie medicare – diese Einrichtungen verteidigen, um nur die Möglichkeit in der Zukunft ein ande-



re Vorstoß Richtung ein anderes Amerika machen zu können, ins Leben zu erhalten. Es ist verdammt schwer.“

Deshalb plädiert Birnbaum für eine stärkere Vereinigung der europäischen Staaten. Auf die USA wirke das europäische Sozialmodell seiner Meinung nach bedrohlich.

Den sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa wirft er vor, nun aber in die neoliberale Richtung abzuwandern. Allerdings bleibe das europäische Sozialmodell in die Widersprüche eines globalen Kapitalismus verwickelt.

Dazu Birnbaum wörtlich: „Ein Freund von mir, Dennis Swan, ein sehr gescheiter amerikanisch-kanadischer Soziologe, hat einmal gesagt, soziale Demokratie ist die höchste Form von Kapitalismus... Diese Leistungen der Nordhemisphäre, genauso wie die Nachkriegsprosperität von den Vereinigten Staaten, hat etwas zu tun mit dem Zugang zu billigen Rohstoffen, der Abwesenheit von ernsthafter Konkurrenz – denken sie, was die Japaner bei uns angerichtet haben, als die ihre Autoindustrie entwickelt haben.“

Birnbaums Ansicht nach führt kein Weg an „einem gewissen Beitrag der westlichen Länder“ vorbei. Sein Buch hat er daher Willy Brandt, der die Nord-Süd-Problematik auf die Agenda der sozialistischen Parteien setzte, gewidmet.

(Ingo Zander, Kerpen)

## Arm und Reich

Werner Rügemer, *Arm und Reich, Bibliothek dialektischer Grundbegriffe Band 3, Bielefeld 2002, 45 Seiten, 7,60 Euro*

Geht es Ihnen auch so? Sie schlagen mal wieder Ihr Leib- und Magenblatt auf, um sich über die Geschehnisse auf diesem schönen Planeten zu informieren und was müssen Sie

da lesen? Zum hundertfünfundfünfzigsten Mal erfahren Sie, dass sich die Armut im deutschen, europäischen und Weltmaßstab verschärft, ja bisweilen sogar erhöht hat. Und vielleicht fragen Sie sich ja alsbald auch dann und wann, wie es denn um den heiligen nationalen und internationalen Reichtum so beschieden ist und ob das eigentlich etwas miteinander zu tun hat. Und wenn ja, was?

An diesem Punkt kann Abhilfe geschaffen werden. Denn der fleißige Kölner Korruptionsforscher und Publizist Werner Rügemer hat sich die Mühe gemacht, extra für Sie in einem kleinen, feinen Bändchen die Fragen von Armut und Reichtum aufzuklären. Dabei nimmt er sich zunächst den gebührenden Raum, um die vorhandenen Erkenntnisse zur Armuts- und Reichtumsforschung in Deutschland und der Welt vorzustellen.



Doch lässt er es – im Unterschied zu vielen Armuts- und Sozialforscher(inne)n – nicht dabei, sondern untersucht die historische Entstehung und Entwicklung sowie die Kausalzusammenhänge von Armut und Reichtum. Hierdurch treten beeindruckende, für sozialistische Leser/innen dieser Zeitschrift vielleicht nicht sonderlich überraschende, aber dennoch er- bzw. auffrischende Erkenntnisse zu Tage.

So z.B., dass die Bundesregierung im ersten Armuts- und Reichtumsbericht behauptet oder suggeriert, es gebe keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen Armut und Reichtum. Während die statistischen Daten zu Armut einerseits und Reichtum andererseits beziehungslos nebeneinander stehen, schlägt das Bundeskabinett nur Maßnahmen hinsichtlich der Armut vor (Förderung des Immobilienerwerbs, Kindergelderhöhung, Schuldnerberatung u. ä.), nicht aber hinsichtlich des Reichtums (wie etwa die Wiedereinführung der Vermögensteuer etc.). Da Reichtum „wichtige positive gesellschaftliche Funktionen im ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich“ habe, nimmt die Bundesregierung den Reichtum von jeder möglichen Maßnahme aus und fordert, den „in Deutschland vorhandenen Wohlstand und Reichtum nicht zu dämonisieren und Neiddiskussionen keinen Vorschub zu leisten.“ (Armuts- und Reichtumsbericht 2001, S. 3)

Während aber das Bundeskabinett in seinem Bericht die Superreichen ausdrücklich gegen Dämonisierungen und „Neiddiskussionen“ in Schutz nimmt, hat es keinerlei Skrupel, wenn sich solche Kampagnen gegen Erwerbslose und Sozialhilfebezieher/innen richten. Vielmehr scheint auch die rot-grüne Regierungskoalition erfreut darüber zu sein, dass hoch bezahlte JournalistInnen die Opfer ihrer verfehlten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu Sündenböcken machen. Anders lassen sich die diversen – ex- und impliziten – „Sozialschmarotzer“- und „Faulenzer“-Kampagnen eigentlich nicht erklären.

Gleichzeitig werden im Armuts- und Reichtumsbericht vor allem die rot-grüne Renten- und Steuerpolitik als herausragende Maßnahmen gegen Armut gepriesen. Bei genauerer Betrachtung entpuppen sich jedoch gerade die Riester'sche Renten- und die Eichel'schen Steuerreformen als kolossale Umverteilungsprojekte von unten nach oben. Denn während die Strukturprinzipien der umgestalteten Altersversicherung – Teilprivatisierung sozialen Risikos und Arbeitgeberentlastung – eine wieder zunehmende „Seniorisierung“ der Armut forcieren, hat die rot-grüne Steuerreform den Staat, die Länder und Kommunen systematisch verarmen lassen und die Spitzeneinkommen sowie Gewinne und Vermögen radikal entlastet (ähnliche Resultate lassen sich jetzt schon für die Hartz-, Rürup- und Agenda 2010-Konzepte prognostizieren).

Auf diese Leerstellen im Bundesbericht aufmerksam machend, analysiert Rügemer die Entstehung und Funktion von Reichtum sowie seinen legitimen und illegitimen Gebrauch. Der Modus des Reichtumserwerbs und die Rolle von Macht und Machtmissbrauch sind dabei zentral. Der Autor untersucht die Entstehung von Profitraten, und wie sie durchgesetzt werden. Sein besonderes Augenmerk gilt dabei Reichtum und Gewinn, sofern sie nicht auf individueller Leistung, betriebswirtschaftlicher Rationalität und auf Marktmechanismen beruhen, sondern auf Selbstbedienung der Vorstände und Insider, auf Kartellbildung, Steuerflucht und Steuerhinterziehung, schließlich auch auf Korruption. Der Kölner Publizist betrachtet den Verwendungszweck von Reichtum und insbesondere Betriebsvermögen und verweist auf die Momente, wo erstere zur Schädigung der Gesellschaft dienen, bspw. indem Arbeitsplätze zerstört, Menschenrechte verletzt, Politiker bzw. politische Parteien gekauft und die Umwelt vergiftet wird. Besonders interessiert sich Rügemer für die Frage, inwiefern und unter welchen Bedingungen gesetzwidriger, machtgestützter und monopolistischer Erwerb von Reichtum und Produktivvermögen zur Armut und Arbeitslosigkeit Dritter führt. Diesbezüglich erscheint die Argumentation der Bundesregierung einer (blauäugigen?) Verschleierung der realen Verhältnisse gleichzukommen, wenn sie undifferenziert und lapidar betont, dass sich die „Ungleichheit der Einkommen (...) aus dem Marktprozess“ ergibt. (Armuts- und Reichtumsbericht 2001, S. XVI)

In seiner grundsätzlichen Kritik vorherrschender Armuts- und Reichtumsbetrachtungen, verweist der Autor auf die unterbelichtete empirische Analyse über Umfang, Entstehung und Wirkungen von Armut und Reichtum sowie ihren Zusammenhang. Dagegen unterstreicht er, dass Arm und Reich ein dialektisches Verhältnis eingehen, das vom Reichtum her übergriffen und daher bestimmt wird und das wesentlich Ausdruck des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital ist. Doch erklärt er auch warum nun dennoch weiter die Begriffspaare ‚arm-reich‘ und ‚Armut-Reichtum‘ verwandt werden, wo es doch im Kern um das dialektische Verhältnis von Arbeit und Kapital geht. „Die Verwendung ist nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Denn die meisten Armen, sogar heute, angesichts des globalen Siegeszuges ‚des‘ Kapitalismus, sind nicht arm wegen eines unmittelbaren Lohnarbeitsverhältnisses oder einer nachfolgenden Arbeitslosigkeit, sondern nur infolge einer Fernwirkung ‚des‘ Kapitalismus. Das können Spätfolgen des ehemaligen Kolonialstatus sein, das können die Abhängigkeit von Weltmarktpreisen, die Ausplünderung eines Landes durch einige Konzerne, durch Teile der eigenen ausgehaltenen Elite, das kann die von der Weltbank regulierte Staatsverschuldung eines Landes

sein. Viele Arme sind arm, weil sie es unmitteibar mit feudaltherrnartigen Grundbesitzern zu tun haben. Desgleichen sind viele Reiche nicht reich oder nicht nur reich, weil sie zu den dominierenden Kapitalisten gehören, sondern weil sie alte Reichtümer und Privilegien aus früheren Epochen besitzen oder repräsentieren. Dass das Verhältnis ‚arm-reich‘ weiter besteht und sich gegenwärtig sogar ausweitet, ist zwar im Kern dem Gegensatz von arm und reich in seiner modernsten kapitalistischen Form geschuldet, aber nicht in jeder Einzelheit und für jede Person direkt von ihm verursacht. Die Ergebnisse und Folgen eines 4.000-jährigen arm-reich-Verhältnisses sind in der gegenwärtigen Menschheit angehäuft und lasten als ein scheinbar normal gewordener Alptraum auf uns.“ (S. 31)

Schließlich ist darauf zu verweisen, dass, wie es Karl Marx formuliert hat, Armut und Reichtum als „Pol und Gegenpol der kapitalistischen Produktion“ eines in sich widersprüchlichen Ganzen bestehen (MEW 23, S. 725). „Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seiten der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.“ (ebd., S. 675) Deshalb müsste auch sozialistische Politik über bloße Umverteilungsforderungen hinauskommen zu sozialer Emanzipation jenseits des Klassenverhältnisses. Man muss nicht der übertriebenen und historisch falschen Ansicht von Franz Schandl sein, dass Umverteilung schlichtweg unmöglich sei. Für ihn ist „eine einfache Division der Güter oder der Arbeitsplätze, wie sie die Umverteilung vorschlägt, (...) auf der Basis kapitalistischer Verhältnisse gar nicht machbar, denn es ist schließlich stets so, dass die Verteilungsverhältnisse wesentlich identisch mit diesen Produktionsverhältnissen, eine Kehrseite derselben sind.“ (Marx). Jene können von diesen nicht abheben. Die Umverteilung ist eine Unverteilung. Sie ist nicht möglich.“ (junge Welt v. 6.1.2003) Dennoch sollte Marxens Kritik des Gothaer Programms der deutschen Sozialdemokratie, in der er ihr vorwarf „den Sozialismus hauptsächlich als um die Distribution sich drehend darzustellen“, gerade auch in der heutigen Zeit als unverändert aktuell angesehen werden.

Einen Schritt in die richtige Richtung geht daher, wer sich Rügemers außerordentlich lehrreiches und kompaktes Studienbüchlein beschafft, um in Zeiten (nicht nur sozialdemokratischer) neoliberaler Höllenfahrten zu überwintern und nicht zu verdummen. Es sei deshalb all denjenigen empfohlen, die die „Zeit der Kirschen“ noch nicht vergessen haben und an einem gegenhegemonialen Projekt weiter arbeiten – trotz alledem.

(Michael Klundt, Köln)

## Kritik der reinen Oberfläche

Emmanuel Todd: *Weltmacht USA. Ein Nachruf*. München, Zürich: Piper 2003. 265 Seiten. PREIS

Die US-amerikanische Sängerin und Ikone alternativer Kultur, Ani DiFranco, leistet in einem ihrer gesungenen Gedichte eine treffende Situationsbeschreibung der USA: „Nimm einmal unsere Flughäfen und Playstations weg und du hast ein Dritte-Welt-Land“, behauptet sie sinngemäß. Der austroamerikanische Terminator Arnold Schwarzenegger, der in einem vermutlich als Überkompensation zu diagnostizierenden Habitus als rechter Republikaner die konservativen Werte des zum Reichtum gelangten Kleinbürgertums vorlebt, witzelte bei seinen Truppenbesuchen in aller Welt über den Umstand, dass die Streitkräfte mit völlig unzureichender Strom- und Wasserversorgung und mitten in der Wüste zu kämpfen haben, „das ist ja wie in Kalifornien.“ Er tat dies, bevor die halbe Ostküste und symbolträchtig die einstmalige *City of Light*, New York, wegen einer Panne tagelang in Dunkelheit versank. Der Weltöffentlichkeit bot sich so ein unvermittelter Einblick auf den maroden Unterbau jenes glänzenden Vorbilds der westlichen Welt, dessen Regierung aus lauter Millionären besteht und von einem kaum halbgebildeten, christlich-fundamentalistischen Texasrancher aus steinreicher Familie geleitet wird.

Diese Melange aus Dekadenz, wirtschaftlicher Macht einiger Weniger, militärischer Gewalt, sowie die unkaputtbaren Mythen einer liberalen Demokratie und Thesen über eine imperiale Dimension der Außenpolitik thematisieren etliche Publikationen, insbesondere nachdem sich die USA im Zuge der Anschläge vom 11. September 2001 als unheimlich verletzlich präsentiert hat. Emmanuel Todds „Weltmacht USA. Ein Nachruf“ bietet einen provokanten Titel und eine in diesem Stile begründende These, dass „Amerika sich im Niedergang befindet. [...] Die wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Vereinigten Staaten und anderen Ländern kehren sich um, und die Dynamik der demokratischen Entwicklung kehrt sich um, in Eurasien erleben wir einen Zuwachs an Demokratie, in Amerika einen Rückgang.“ Diese vielfach variierte These beruht zunächst auf einer freilich recht simplen Modernisierungsteleologie, die der Autor anhand von allerlei demographischem Material belegt: „Die Abfolge Alphabetisierung – Revolution – Rückgang der Geburtenzahlen ist zwar nicht universell zu beobachten, aber doch ein klassisches Muster.“ Mit der Alphabetisierung tritt der Mensch, so Todd in ein „entscheidendes Stadium seiner Entwicklung ein.“ Es folgt Geburtenkontrolle, Gewalt und schließlich nach der „Übergangsphase“ vermutlich ein geburtenkontrolliertes, allzeit

lesendes Paradies, ohne Gewalt, mit einem erst dann überwundenen kalten Krieg und einem Staat USA, der nicht mehr Primus inter Pares sein kann und in dem die wirtschaftlich unterentwickelten Staaten es zu Abbildern der sogenannten ersten Welt gebracht haben.

Todds Essay ist dabei keineswegs ein kriegerisches Pamphlet, noch romantisiert der Autor seine Entwicklungsperspektive. Vielmehr fällt er vorbehaltlos auf die Mythen der liberalen Demokratie und auf seine eigene Übersteigerung eben dieser herein; nach seinem Verständnis stand die USA als „die Lösung“ aller Probleme: „Ein halbes Jahrhundert lang standen die USA für politische und wirtschaftliche Freiheit, aber heute erscheinen sie immer mehr als ein Faktor der internationalen Unordnung, und wo sie können, fördern sie Instabilität und Konflikte.“ Für einen promovierten Historiker wie Todd ist diese Perspektive – und sei es aus der essayistischen Betrachtung – geradezu disqualifizierend ahistorisch. Man muss nicht Christopher Hitchens „Trial on Henry Kissinger“ oder Anthony Summers grandiose Nixon-Biographie „The Arrogance of Power“ gelesen haben, um mit diesen einführenden Worten die Lektüre von Todds Bestseller zu beenden. Ein wenigstens bruchstückhafte Rezeption der US-Außenpolitik etwa seit dem Ende des zweiten Weltkrieges bezüglich Lateinamerika und Cuba, dem nahen und fernen Osten gleichermaßen, zeigen der grundsätzlichen Annahme, die USA stünde in irgendeiner Weise für die liberalen Werte der Aufklärung mehr als deutlich die Grenzen auf. Ebenso zeigt die Innenpolitik der USA allenfalls blasse Spuren eines elaborierteren Demokratieverständnisses – dies betrifft sowohl die Verfasstheit der Institutionen wie auch ihre faktische Funktionsweise nicht erst seit der Reinstallation eines technisch versierten und religiös aufgeblasenen McCarthyismus der Regierung von George W. Bush.

Derartige Kritiken überlässt Emmanuel Todd freilich den von ihm so genannten „Amerikagegnern“, an deren Spitze er Noam Chomsky verortet. Mit ein paar vermeintlich läppi-schen Bemerkungen („haben sich nicht weiterentwickelt“, „verhalten sich zur Realität wie eine stehengebliebene Uhr – zweimal am Tag zeigt sie die richtige Stunde“) versucht Todd jegliche kritische Stimme zu delegitimieren. Todd bezieht seine Quellen zur politischen Disposition amerikanischer Politik, die er nebenbei als „aufschlussreicher“ tituliert, lieber aus den Auslassungen von Paul Kennedy, Samuel Huntington, Zbigniew Brzezinski, Henry Kissinger und Robert Gilpin – also dem politischen und wissenschaftlichen Establishment der USA.

Nachdem der Autor seine Quellenlage und seine politischen Bezüge derart aufgedeckt hat, eröffnet er in einem ersten Schritt ein weite Perspektive aus französisch-liberalem Amerikaskeptizismus, bei genauem Hinse-

hen reichlich unerfrischender Demographie und vorsichtig ausgedrückt geschichtsneutralen Versuchen über eine jeglicher Semantik befreiten Modernisierungsdynamik, mittels Bildung, Geburtenkontrolle und dem „natürlichen“ Gang kapitalistischer Wirtschaft eine Reduktion der Rolle der USA vorherzusagen. Etwa hundert Seiten später bekräftigt er überflüssigerweise, was einer aufmerksamen Leserschaft kaum entgehen konnte, der Kapitalismus ist für Todd „die einzige vernünftige wirtschaftliche Organisationsform“ – indem jenem Wirtschafts- und Sozialsystem so das Monopol an Vernunft und gar Natürlichkeit überlassen wird, kann eine über Oberflächenphänomene hinausgehende Kritik schwerlich erwartet werden. Die gegenwärtige Situation analysiert Todd dabei als gewaltbeladene Übergangsphase, in der „die Menschen [...] den Halt verloren [haben], die Folge ist Gewalt in Gesellschaft und Politik. Der Eintritt in die geistige Moderne wird oft von einer Eruption ideologischer Gewalt begleitet.“ Tatsächlich vermag er dabei die Politik der USA als Modus operandi sogar zu erfassen, wenn er in der Kapitelüberschrift verspricht, den „Mythos des weltweiten Terrorismus“ zu diskutieren. Allerdings scheint seine rein auf die politisch-wissenschaftliche Elite reduzierte Diskursanalyse hier wenig ergiebig, sonst würde es sicher für mehr, als nur ein paar Allgemeinplätze zum Kapitelende reichen. Tatsächlich wirken große Teile des Essays wie eine Wiederholung und entsprechender Aktualisierung von statistischem Material, das Emmanuel Todd schon einmal in seinem aussagenschwachen Buch über Neoliberalismus (*Die neoliberale Illusion*, 1999) gesammelt hatte.

Todd stellt nur sehr unterkomplexe Bezüge soziopolitischer Natur zur Rolle der USA gegenüber in Pakistan, im Iran oder ähnlichen Gegenden her, eine historisch-kulturelle Analyse des Islam (der somit höchst fahrlässig und doch einem allgemeinen Diskurs entsprechend gleichgesetzt wird mit Vormoderne und terroristischer Bedrohung) selbst findet nicht statt.

Handfester werden Todds Ausführungen bei der Untersuchung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der USA von Importen und Wirtschaftskooperation. Dies betrifft – populär diskutiert im Zusammenhang mit der „Befreiung“ des Irak – fossile Energie und die einen größeren Raum einnehmenden Importe von Industrieprodukten ganz unterschiedlicher Fertigungsstufen. In einer losen Analogie zur sozioökonomischen Entwicklung des römischen Imperiums zeichnet Todd so mit dem Blick auf das seit den 1970er Jahren steigende Außenhandelsüberschuss einen Wandel der volkswirtschaftlichen Dimension der USA nach: „Es ist zunehmend so, dass die Welt produziert, damit Amerika konsumieren kann. In den Vereinigten Staaten bildet sich kein Gleichge-

wicht zwischen Importen und Exporten heraus. Die autonome, geradezu überproduktive Volkswirtschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit ist zum Zentrum eines Systems geworden, in dem ihre Berufung der Konsum ist und nicht die Produktion.“ Das betrifft insbesondere jene verarbeiteten Güter, die im Jahr 2001 für 366 Mrd. US\$ Handelsdefizit verantwortlich sind.

Realiter hat sich allerdings nicht nur in den USA, sondern auch im europäischen und asiatischen Kontext eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik im Sinne der Beschleunigung der Deregulierung zu Gunsten eines zunehmend international agierenden Kapitals durchgesetzt. Die Folge von Freihandels und zunehmendem Wegfall von Besteuerung von Großindustrie und Besitz sind – auch wenn Todd jene Analysen offensichtlich nicht wahrnimmt – die Krisenmerkmale des Fordismus: strukturelle Überakkumulation bei gleichzeitigem Einkommens- und Kaufkraftverlust von ArbeitnehmerInnen als Konsequenz einer neoliberalen politischen Grammatik. Diese führt zur überall beobachtbaren Nachfrageschwäche und Massenentlassungen aus der dennoch eine Kapitalvermehrung der besitzenden Klassen resultiert. Dabei wird die wachsende Stagnation der Kaufkraft als politische Handlungsoption für Umverteilungsstrategien unterdessen gerade von den sozialdemokratischen Regierungen Europas verpönt, eine auch nur grob an Keynes erinnerte Politik grundsätzlich verworfen.

Neben dem wirtschaftlichen Missverhältnis zwischen Produktion und Konsum und der daraus resultierenden Asymmetrie der Handelsbilanz bietet Todd im Anschluss an eine vorsichtige Kritik am US-amerikanischen Casino-Kapitalismus. Zwar konstatiert der Autor eine der daraus resultierenden Stärkung der Machtposition von der sehr reichen Klassen und eine Zuspitzung der Reichtumspyramide weltweit. Diese Analyse lässt sich allerdings schon bei Marx als die Expropriation der Expropriateure finden und wird vom Autor nur noch einmal im Vokabular einer globalisierten Wirtschaft schwächer dekliniert. Todd entdeckt nebenbei die Gewissheit der strukturellen Überakkumulation von Reichtum und der Produktion von vermehrter Unsicherheit über die Radikalisierung eines weltweiten Börsenkapitalismus als handele es sich um sein neugeborenes Kind. Daraus leitet er schließlich die, von soziomoralischen Bedenken ob der weltweit vermehrten Ausbeutung von abhängig Beschäftigten weitgehend befreiten These, dass sich eine „zunehmende Gefährdung der amerikanischen Hegemonie“ aus der gleichzeitigen Verminderung von Gewinnen und so eine Bedrohung der Besitzstände der „privilegierten Schichten der abhängigen Peripherie“ resultiert, ab. Allerdings verharret Todd hier in seiner sonst tabellengesättigten Arbeit in der Pose des bloßen Postulierens. Der Bezug zum Niedergang der Hegemoniestellung der USA wirkt etwas bemüht: aktu-

ellen Statistiken weisen eher auf eine Ausweitung der finanziellen Macht der bereits reichen Klassen in Europa hin, analog zu den freilich radikaleren Entwicklungen in den USA – bei gleichzeitigen Verlusten jener abhängig Beschäftigten aus den Milieus der Mittelklassen und sowieso der wirtschaftlich Ärmsten der Gesellschaften.

Tatsächlich benötigt Emmanuel Todd eine von dieser Sichtweise abweichende Analyse, schließlich läuft seine hypothetische Pointe des Abschieds der USA von ihrer Hegemonialstellung auf die zwei gleichsam US-interne Aspekte und das Moment des Erstarkens der Gegenspieler der USA hinaus: einerseits reichen nach Todd die militärischen und ökonomischen Zwangsmittel nicht einmal für den Status quo der Ausbeutung des Planeten, geschweige denn für ein alles beherrschendes, elliptisch zwischen Zentrum und Peripherie aufgeteiltes *Empire*; andererseits bezieht er sich auf eine Schwächung des weltanschaulichen Universalismus als politische Ethik der USA. Was bleibt ist der Ausblick auf die zunehmend gewalttätige Kohäsion im Sinne der westlich und US-amerikanisch geprägte (Post)Moderne und den darin eingebetteten Mythos der liberalen Demokratie – die Stärke oder Schwäche der USA selber ist dabei nur ein Oberflächenphänomen, ihre systemische Logik wird zum Paradigma der Gesellschaften.

(Lennart Laberenz, Berlin)

## Praxismappe

### Spiele für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

Diese Praxismappe gehört in jede Institution, die sich mit Kinder- und Jugendarbeit beschäftigt. Die sehr gute Strukturierung ermöglicht jedem einen schnellen Überblick über die verschiedenen Spielarten, wie z.B. Kennenlernspiele, Bewegungs- u. Kooperationsspiele und Geländespiele, um nur drei der 15 im Buch beschriebenen Arten zu nennen. Somit kann jede/r Spielleiter/in aus einem schier unendlichen Vorrat von Spielvorschlägen schöpfen. Den eigenen Phantasien sind keine Grenzen gesetzt, da die vorgegebenen Spiele immer wieder abgeändert oder verknüpft werden können, und so für die gegebene Situation immer ein passendes Spiel zur Hand ist. Für die noch unerfahrenen Spielleiter/innen unter Euch ist auch gesorgt. Auf den Seiten 9–25 werden detaillierte Hilfestellungen gegeben. Diese wesentliche Arbeitserleichterung ist schon bei vielen Betreuern/innen, Pädagogen/innen und Kindererzieher/innen, kurz allen Personen, denen das pädagogisch sinnvolle Spiel am Herzen liegt, äußerst beliebt. Diese 304 Seiten starke Publikation kostet 23,— DM plus Versandkosten.



**jw**  
BUNDES  
JUGENDWERK  
DER AWO

Hiermit bestelle(n) ich/wir

Publikation(en) zum Preis

von 23,— DM plus Versandkosten.

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ / Wohnort \_\_\_\_\_

Ihre schriftliche Bestellung senden Sie bitte an das : Bundesjugendwerk der AWO • Oppelner Str. 130 • 53119 Bonn.

# 25 Jahre spw – jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

## Paket 1

Perspektiven rot-grüner Politik



**Edelbert Richter**  
Eine zweite Chance? Die Sozialdemokratie unter dem Druck der „Globalisierung“  
300 S., EUR 15.50, sFr 27.80,  
VSA-Verlag 2002

**Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)**  
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter  
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

## Paket 2

It's the economy, stupid!



**Beck, Stefan; Caglar, Gülay; Greven, Thomas (Hrsg.)**  
Nach der New Economy – Perspektiven der deutschen Wirtschaft  
233 S., EUR 15,30 - SFR 27,80, Verlag Westfälisches Dampfboot 2002

**Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)**  
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?  
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

## Paket 3

Sozialistische Politik und Wirtschaft



**Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug (Hrsg.)**  
Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden  
256 Seiten, EUR 8,-; SFR 14,40

**Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)**  
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter  
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

**Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)**  
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?  
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

**Detlev von Larcher (Hrsg.)**  
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik  
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

## Paket 4

Sparen wir uns zu Tode?



**Joachim Vockel**  
Kreislauf und Krise - Wirtschaftstheorien im Überblick. Eine illustrierte Skizze zur Einführung in die Volkswirtschaftslehre  
PapyRossa  
Hochschulschriften 40  
131 Seiten, EUR 15,- SFR 26,-

**Detlev von Larcher (Hrsg.)**  
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik  
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Abo unter [www.spw.de](http://www.spw.de) oder per eMail an [verlag@spw.de](mailto:verlag@spw.de)